

IV.

PROBLÉMY RANĚ NOVOVĚKÉHO ÚSTAVNÍHO ZŘÍZENÍ STŘEDOEVRPSKÝCH ZEMÍ VE SROVNÁVACÍ PERSPEKTIVĚ

*Die Probleme der frühneuzeitlichen Landesverfassung
in den mitteleuropäischen Ländern
in der vergleichenden Perspektive*

*Problemy wczesno-nowożytnych systemów
konstytucyjnych w środkowej Europie
w perspektywie porównawczej*

VLADISLAVSKÉ ZŘÍZENÍ ZEMSKÉ

A POČÁTKY ÚSTAVNÍHO ZŘÍZENÍ V ČESKÝCH ZEMÍCH
(1500-1619)

Uspořádali Karel MALÝ a Jaroslav PÁNEK
Praha 2001



DIE LANDESORDNUNGEN IN BAYERN IM 16. UND 17. JAHRHUNDERT

Hans SCHLOSSER

I.

Bayerns Geschichte der Staatswerdung war stets primär auch eine Geschichte seiner Gesetzgebung. Es gibt nur wenige vergleichbare Territorien des Reichs, deren Rechtsordnung sich von Anbeginn ihrer Entwicklung zu einer gleichwie auch immer gestalteten Staatlichkeit auf geschriebenes Recht gründete. Die Traditionsreihe bayerischer Rechtsetzungstätigkeit beginnt bereits mit den frühen Zeugnissen einer schriftlichen Fixierung von Rechtsgrundsätzen durch die *Lex Baiuvariorum* im 8. Jahrhundert.¹⁾ Sechs Jahrhunderte später erreicht sie im *Oberbayerischen Landrecht* einen vorläufig ersten Höhepunkt.²⁾

Dieses Gesetz wurde 1335 erstmals der Stadt München als Musterrechtsordnung verliehen. Seine zweite, 1346 verkündete Fassung war rund drei Jahrhunderte geltendes Recht für das Land und alle Städte des Herzogtums. Urheber dieser Rechtssetzung war

(1) Harald SIEMS, in: *Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte* (Lex Baiuvariorum), Berlin 1971, S. 1887ff.

(2) Hans SCHLOSSER – Ingo SCHWAB, *Oberbayerisches Landrecht Kaiser Ludwigs des Bayern von 1346*. Edition. Übersetzung und juristischer Kommentar, München 2000.

der Wittelsbacher *Ludwig IV.*, Herzog von Oberbayern (1294-1347). Er hatte unter seinem ursprünglichen Spottnamen „der Bayer“ als römisch-deutscher Kaiser (1314) Weltgeschichte geschrieben. Sein Kampf gegen den Machtanspruch der Kurie und das Papsttum als zweite Universalmacht des Mittelalters endete zwar mit dem Kirchenbann, den Papst Johannes XXII. über den Kaiser verhängt hatte. Dennoch leitete Ludwig damit den Beginn einer Erosion der kurialen Machtposition ein, die ihre Auswirkungen weit über Italien hinaus zeitigte. Erinnert sei hier nur an die Fernwirkung der revolutionären, aus der Sicht der Kurie ketzerischen Schriften der Franziskaner *William von Ockham* und *Michele da Cesena* oder des politischen Theoretikers *Marsilio da Padova*. Sie alle waren fanatische Parteigänger des Kaisers und seine engsten Berater.³⁾

Das Gesetzbuch Ludwigs des Bayern für sein oberbayerisches Territorialherzogtum darf heute auf der Grundlage der neuesten Forschungen als richtungsweisender Akt der Gesetzgebung bezeichnet werden. Es hatte die Rechtsentwicklung Bayerns bis in das 17. Jahrhundert maßgeblich geprägt. Das primäre Ziel des kaiserlichen Gesetzgebers war die Konsolidierung der Landesherrschaft durch geschriebenes Recht. Auf diese Weise beabsichtigte er, von der gefestigten Basis seiner bayerischen Erblände, seiner Hausmacht ausgehend, erfolgreich Reichspolitik zu betreiben.

Die Stabilisierung von Staat und Gesellschaft durch geschriebenes Recht war im 14. Jahrhundert etwas durchaus Revolutionäres. In ganz Europa hatte die Epoche der sog. *Verschriftlichung des Rechts* mit der Aufzeichnung des unsystematischen, unsicher gewordenen Gewohnheitsrechts begonnen. Die Entdeckung der „lex scripta“ als alleiniger Garant der Rechtssicherheit und Gerechtigkeit stieß das Tor zu einer neuen Epoche des Rechtsdenkens und der Rechtskultur auf. Die Geburtsstunde der „Kodifikation“ hatte geschlagen.⁴⁾

Die Vorstellung von der Schriftlichkeit des Rechts setzte sich in Kontinentaleuropa als Ideal einer Rechtsordnung durch. Sie war letztlich das Ergebnis insbesondere der römisch-kanonischen Gesetzgebungslehre. Ihre Grundsätze wurden von den Legisten ausgehend von der absolutistisch-monarchischen Stellung des „princeps conditor legum“ entwickelt. Die entscheidende theoretische Fort- und Durchbildung gelang jedoch den Kanonisten auf der Grundlage des richtungsweisenden Gesetzgebungsprogramms der beiden Promulgationsbullens zum Liber Extra „Rex pacificus“ (1234) sowie zum Liber Sextus „Sacrosanctae Romanae ecclesiae“ (1298).⁵⁾

(3) Sigmund RIEZLER, *Die literarischen Widersacher der Päpste zur Zeit Ludwigs des Bayern*, Leipzig 1884; Alois SCHÜTZ, *Der Kampf Ludwigs des Bayern gegen Papst Johannes XXII. und die Rolle der Gelehrten am Münchner Hof*, in: Wittelsbach und Bayern I/1, hg. v. Hubert Glaser, München 1980, S. 388ff.

(4) Pio CARONI, in: *Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte* (Kodifikation), wie Anm. 1, S. 907ff., DERS., *Saggi sulla storia della codificazione, Per la storia del pensiero giuridico moderno* 51, Milano 1998.

(5) Hans SCHLOSSER, *Grundzüge der Neueren Privatrechtsgeschichte. Rechtsentwicklungen im europäischen Kontext*, 9. Auflage, Heidelberg 2001, S. 24f.

Das Oberbayerische Landrecht ist ein einzigartiges Dokument einer derart frühen Verwirklichung der Kodifikationsidee. Bereits durch die Art seiner Entstehung unterscheidet es sich grundlegend von vergleichbaren zeitgenössischen Rechtsetzungsakten. Eine Mitwirkung der in Bayern bereits im 14. Jahrhundert aus dem Adel, den Prälaten und den Städten bestehenden Stände (Landstände) bei der Gesetzgebung erfolgte nicht. Sehr wahrscheinlich hatte die überragende Persönlichkeit Ludwigs des Bayern die Gesetzgebungsarbeiten dominiert. Dessen ungeachtet war das Rechtsbuch das Produkt einer genialen Kombination von Pragmatismus und Empirie. Die Rechtsätze wurden nämlich erst niedergeschrieben, nachdem die unterschiedlichen divergierenden Rechtsansichten der Gerichtspraxis zu bestimmten Rechtsfragen aus allen Land- und Stadtgerichten des Herzogtums eingeholt, geprüft und durch eine – unbekannt gebliebene, sicher aber auch aus Juristen bestehende – Kommission vereinheitlicht worden waren.⁶⁾

Nach dem ludovizischen Rechtsbuch erreichte die bayerische Gesetzgebung erst wieder im 16. und 17. Jahrhundert einen weiteren Höhepunkt. Die im Jahre 1518 fertiggestellte *Reformation* des (alten) *Landrechts* (von 1346) im Sinne des römisch-kanonischen Rechts wurde zur wirkmächtigen Vorreiterin der Rezeption.⁷⁾ Knapp einhundert Jahre später, 1616 folgte das durchgehend romanisierte *Bayerische Landrecht*.⁸⁾

Mit dieser grobkörnigen Skizze ist der große Rahmen bayerischer Gesetzgebungstätigkeit beschrieben. Neben den genannten größeren Aufzeichnungen des Rechts diente jedoch zusätzlich eine Vielzahl sog. *Landgebote*, *Mandate* und *Landesordnungen* der politischen Stabilisierung und Befriedung der Gesellschaft. Beide waren Instrumente einer eher auf aktuelle Bedürfnisse des Rechtsalltags reagierenden Rechtsetzung.⁹⁾

Die Erforschung der Auswirkungen der *Landesordnungen*¹⁰⁾ auf die politischen Machtverhältnisse zwischen Landesfürst und Ständen und damit letztlich auf die Staatswerdung Bayerns stößt auf besondere Schwierigkeiten – im Gegensatz zu anderen deutschen Territorien. Ursächlich dafür sind die zahlreichen *Landesteilungen*.¹¹⁾ Sie haben über ihre unmittelbaren politischen Konsequenzen hinaus das Rechtswesen und die Gesetzgebung der durch sie entstandenen Großlandschaften maßgeblich beeinflusst. Ich darf die Situation holzschnittförmig umreißen:

(6) Vgl. H. SCHLOSSER – I. SCHWAB, *Oberbayerisches Landrecht*, S. 153ff.

(7) Die privatrechtlichen Teile (mit Erläuterungen) bei Wolfgang KUNKEL, *Quellen zur Neueren Privatrechtsgeschichte Deutschlands I 2*, hg. v. W. Kunkel und H. Thieme, Weimar 1938, S. XIIIff., 1ff.

(8) Helmut GÜNTER, *Das Bayerische Landrecht von 1616*, München 1969.

(9) Hans SCHLOSSER, *Rechtsgewalt und Rechtsbildung im ausgehenden Mittelalter*, Savigny-Zeitschrift für Rechtsgeschichte, 100, 1983, S. 11ff.

(10) Wilhelm BRAUNEDER, in: *Handwörterbuch zur Deutschen Rechtsgeschichte* (Landesordnung), wie Anm. 1, S. 1405ff.

(11) Zum Ganzen vgl. Max SPINDLER (Hg.), *Handbuch der Bayerischen Geschichte*, Bd. 2, 2. Aufl., München 1988, S. 72ff., 199ff.

Im 13. Jahrhundert war Bayern ein selbständiges Reichsterritorium und flächenmäßig das größte Territorialherzogtum im Deutschen Reich. Da eine erbrechtliche Bevorzugung des Erstgeborenen (Primogenitur) nicht existierte, mussten mehrere Söhne des Regenten nach seinem Tode das Land entweder gemeinsam regieren oder sich die Herrschaft teilen. 1255 trat erstmals der Teilungsfall ein. Nach dem Tode ihres Vaters Otto II. (1231-1253) teilten seine beiden Söhne Ludwig II. (1253-1294) und Heinrich XIII. (1253-1290) – allein des persönlichen Vorteils wegen – das Land wie einen Privatbesitz. Fortan zerfiel das Herzogtum in zwei Landesteile: „Oberbayern“ mit Einschluss des wittelsbachischen Amtes „Rheinpfalz“ und den Residenzen München bzw. Heidelberg sowie „Niederbayern“ mit der Kapitale Landshut.

Seit dieser ersten Landesteilung bestanden deshalb in Bayern zwei große Rechtsprovinzen. Sie besaßen eine jeweils völlig unterschiedliche, weitgehend auch sachlich voneinander abweichende Rechtsordnung und verschiedene Verwaltungsstrukturen. In Niederbayern mit dem Zentrum Landshut galt neben vereinzelt aufzeichnungen des Stadtrechts (z. B. Landshut 1279) im Wesentlichen mündlich tradiertes Gewohnheitsrecht und ungeschriebener, forensischer Gerichtsgebrauch. Oberbayern mit der Residenzstadt München hatte dagegen bereits seit 1335 bzw. 1346 in dem Oberbayerischen Landrecht ein für seine Zeit durchaus fortschrittliches Gesetzbuch.

Die folgenden Landesteilungen – insgesamt waren es zehn – betrafen im Wesentlichen nur den oberbayerischen Landesteil. Erwähnt seien nur die zwei Folgenreichsten.¹²⁾

1. Nach der ersten Teilung im Jahr 1349 zerfiel das Territorium geographisch in die Teilherzogtümer Oberbayern-Tirol, Bayern-Ingolstadt und Niederbayern-Landshut.

2. Die zweite Teilung von 1392 verfestigte und arrondierte die Trias, änderte aber an der grundsätzlichen Zweiteilung der Rechtsprovinzen wiederum nichts. Seitdem wurde das vormalige mächtige Stammesherzogtum Bayern für weitere rund 200 Jahre von den Linien Bayern-München, Bayern-Ingolstadt und Bayern-Landshut regiert. Der Teilungsvertrag sicherte erstmalig den Linien das gegenseitige Erbrecht zu, stellte den Grundsatz der agnatischen Erbfolge fest und bereitete damit den Weg für eine politische Vereinigung des Landes.

II.

In den drei Landesteilen besaßen allein Bayern-München und Bayern-Ingolstadt eine geschriebene Rechtsordnung.¹³⁾ Niederbayern (mit Landshut) beharrte weiter auf

(12) Dazu vgl. auch Ludwig ROCKINGER, *Die Folgen der Teilungen Baierns für seine Landesgesetzgebung im Mittelalter*, München 1969, S. 113ff.

(13) Zur Gesetzgebungsgeschichte vgl. Ignaz RUDHART, *Abriß der Geschichte der bayerischen Gesetzgebung*, München 1820; H. G. GENGLER, *Quellengeschichte und System der im Königreiche Bayern mit Ausschluß der Pfalz geltenden Privatrechts*, Erlangen 1846; Max v. SEYDEL, *Bayerisches Staatsrecht*, 3. Aufl. bearbeitet v. J. v. GRAßMANN u. R. PILOTY, Bd. 1, Tübingen 1913, S. 16ff.; M. SPINDLER (Hg.), *Handbuch*, S. 592ff.

ungeschriebenem Gewohnheitsrecht. An ihm wollten vor allem die Landstände, die eifersüchtig auf die Wahrung ihres Rechtswesens bedacht waren, um jeden Preis festhalten. Letztlich hatten sie mit dieser Politik der Verweigerung der Rechtseinheit weitgehend Erfolg, und dies bis etwa Ende des 16. Jahrhunderts. Vor diesem Hintergrund müssen die Bemühungen um die politische Einigung der Teilherzogtümer gesehen werden.

In der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts scheiterten noch alle Versuche der niederbayerischen Herzöge Ludwigs IX. (1450-1479) und Georgs d. Reichen (1479-1503), die Rechtseinheit als Voraussetzung der erstrebten territorialen Einheit herzustellen.¹⁴⁾ Erfolgreich waren allerdings die Bestrebungen der Fürsten, in ihrem Herzogtum Niederbayern anstelle des nur schwer fortbildungsfähigen Gewohnheitsrechts eine geschriebene Rechtsordnung herzustellen. Damit waren auch die Stände grundsätzlich einverstanden.

Nach mehrjährigen Verhandlungen wurde schließlich 1474 für den Landesteil Bayern-Landshut eine *Landesordnung* erlassen.¹⁵⁾ Sie war ihrem Wesen nach Fragment und eine Art Rahmen-Grundrechtsordnung. Als erste Aufzeichnung des niederbayerischen Gewohnheitsrechts bestand sie vorwiegend aus Rechtsprinzipien des Prozessrechts sowie des Polizeirechts. Deutliche Spuren einer beginnenden Romanisierung enthalten nur die Rechtsnormen über die Appellation zum obersten fürstlichen Hofgericht sowie über die Schriftlichkeit des Verfahrens. Dieser neue, vom kanonischen Recht beeinflusste Prozesscharakter sollte die alte Verfahrensmündlichkeit wenn nicht ablösen, so doch behutsam ergänzen. Ihrer Gesamtkonzeption nach blieb die Landesordnung jedoch ein weitgehend systemloses Mischgesetz.

Ihre bald schon notwendig gewordene Neufassung war durch massive Beschwerden der Stände veranlasst worden. Die als Reaktion darauf 1491 erlassene *Landesordnung*¹⁶⁾ beschäftigte sich erneut vorwiegend mit weiteren Detailregelungen des Gerichtsverfahrens grundsätzlicher Art. Das Gesetz versuchte, vor allem die Mängel der Mündlichkeit des Prozesses durch eine weitergehende Rationalisierung der Urteilsfindung zu korrigieren.

Aber schon zehn Jahre später gaben Missstände bei der Besetzung der Richterstellen den Landständen wiederum Anlass zu weiteren massiven Vorhaltungen. Offensichtlich war die Bevorzugung gelehrter, am römisch-kanonischen Recht geschulter, professioneller Juristen zu einem personalpolitischen Problem geworden. Die Landstände monierten, die Rechtsprechung würde sich zunehmend in gelehrten Rechtssphären abspielen, die es dem Laien immer schwerer machten, die Urteils- und Richter-

(14) Hierzu zählt auch der bereits in der Regierungszeit von Herzog Georg gefasste Plan, das Oberbayerische Landrecht von 1347 zu reformieren, um es dann in beiden Landesteilen einzuführen. Der 1487 von einer in Erding bei München tagenden Kommission erarbeitete Entwurf (sog. „Erdinger Reformation“ [auch „Revision“]) wurde jedoch nicht Gesetz, wohl aber wurde er bei der 1518 zustande gekommenen Reformation berücksichtigt. Abdruck der Erdinger Revision bei Franz v. KRENNER, *Baierische Landtagshandlungen in den Jahren 1429-1513*, Bd. 12, München 1803/05, S. 57-184.

(15) Text bei F. v. KRENNER, *Baierische Landtagshandlungen*, Bd. 7, S. 472-512.

(16) Text bei F. v. KRENNER, *Baierische Landtagshandlungen*, Bd. 12, S. 336-354.

sprüche der Landgerichte nachzuvollziehen.¹⁷⁾ Deshalb forderten sie in der Folgezeit immer wieder äußerste Zurückhaltung des Fürsten bei der Besetzung vor allem der fürstlichen Hofgerichte und hohen Verwaltungsstellen mit gelehrten, teilweise landfremden Juristen. Statt dessen sollten dabei bevorzugt einheimische rechtskundige Landsleute Berücksichtigung finden. In der nach intensiven Beratungen 1501 erlassenen *Landesordnung* hatte Herzog Georg der Reiche neben anderen Novellierungen den Forderungen der Landstände im Wesentlichen entsprochen.¹⁸⁾

Im Übrigen ist der offenbare Überfluss an im römisch-kanonischen Recht ausgebildeten Fachleuten möglicherweise auf die 1472 durch *Ludwig IX. d. Reichen* (1450-1479) erfolgte Gründung der ersten *Landesuniversität* in *Ingolstadt* zurückzuführen. An dieser Hochschule stand das „*utrumque jus*“ bereits als Pflichtfach auf dem Lehrplan.¹⁹⁾ Damit erübrigte sich das früher für bayerische Landeskinder beschwerliche und finanziell aufwendige Rechtsstudium an den italienischen Universitäten, vorzugsweise in Pavia und Padua.

Diese Situation änderte sich erst nach der Wiedervereinigung der Teilherzogtümer Ober- und Niederbayern im Jahre 1505.²⁰⁾ Aber selbst der erste Herzog des vereinigten Herzogtums Bayern, *Albrecht IV.* (1465-1508), scheiterte noch mit seinen Rechtseinheitsplänen erneut an den um ihre Eigenständigkeit besorgten niederbayerischen Ständen. Es gelang ihm nicht, eine bereits im Jahre 1516 ausdrücklich für beide Landesteile verfasste *Landesordnung* in Niederbayern in Kraft zu setzen.²¹⁾ Auch diese Gesetzgebung blieb ihrem Rechtscharakter nach weiterhin ein Mischgesetz. Ohne erkennbare systematische Anordnung enthielt sie vorwiegend gewerberechtliche, polizeirechtliche und prozessrechtliche Bestimmungen. Immerhin hatte aber der für das Zustandekommen verantwortliche Ausschuss aus fürstlichen Räten und Delegierten der oberbayerischen Landstände mit dieser Arbeit ein Gesetzeswerk geschaffen, das geeignet war, fortentwickelt in beiden Teilen des Herzogtums in Kraft gesetzt zu werden.

Ungeachtet dessen setzten die Stände in Niederbayern ihre Obstruktionspolitik fort. An ihrem Veto scheiterte auch die Einführung der 1518 für die damaligen Bedürfnisse der Praxis anspruchsvollen *Reformation des Landrechts*.²²⁾ Hartnäckig hielten Gerichte und Verwaltungsbehörden weiterhin an den teils schriftlich niedergelegten, überwiegend

jedoch gewohnheitlich geltenden Rechtsgrundsätzen fest. Herzog Albrecht IV. war politisch nicht in der Lage, die Erstreckung der Reformation wesentlich über Oberbayern hinaus durchzusetzen. Der Einfluss der Landstände erschien im niederbayerischen Landesteil vorerst noch unüberwindlich.

Gleichwohl wurde die sehr stark vom römischen Recht beeinflusste Landrechtsreform in Oberbayern zum wirklichen Grundgesetz des gesamten Straf-, Zivil- und Prozessrechts.²³⁾ Die zahlreichen Novellierungen und Ergänzungen der nächsten 50 Jahre belegen, mit welcher Intensität sich die Landesfürsten im 16. Jahrhundert der Gesetzgebung als probates Steuerungsmittel einer dirigistischen Politik zu einer zentralistischen Umgestaltung des gesamten Staatswesens bedient hatten.

Aus einer wahren Flut legislatorischer Aktivitäten sei lediglich auf die tatsächlich richtungweisende, für Ober- und Niederbayern erlassene *Gerichtsordnung* von 1520²⁴⁾ sowie auf die *Landesordnung* von 1553²⁵⁾ hingewiesen, die 1578 in der sog. *Erklärten Landesordnung*²⁶⁾ ihre letzte erneuerte und mit authentischen Interpretationen versehene Fassung erhalten hatte.

Alle diese Gesetze traten dezidiert mit dem Anspruch auf möglichst vollständige Regelungen auf. Bei allen waren die Landstände wenn nicht die treibenden Kräfte, so doch zumindest intensiv in die Beratungen einbezogen worden. Die Landesordnung von 1553 und die von 1578 widmeten sich beide – dem Trend der Zeit folgend – geradezu exzessiv den Polizeisachen. Dass dies nicht zufällig erfolgte, belegt eine entsprechende zeitgleiche gesetzgeberische Betätigung auf Reichsebene. Die in rascher Abfolge auf den Reichstagen verabschiedeten *Reichspolizeiordnungen* (1530, 1548 und 1577) provozierten die machtbewussten Landesfürsten zu Parallelgesetzgebungen.²⁷⁾

Das romanistisch beeinflusste *Bayerische Landrecht* von 1616²⁸⁾ beendete die noch vorhandenen Reste einer Rechtszersplitterung im Herzogtum Bayern endgültig. Es war die erste umfassende, gesamt-bayerische Gesetzgebung und im Vergleich zu anderen Territorien eine einzigartige legislatorische Leistung.²⁹⁾ Das Gesetz regelte praktisch alle Rechtsmaterien des politisch-öffentlichen und zivilen Lebens umfassend sowie mit dem

(17) Die 1531 als Druckschrift weit verbreitete „Laysche Anzaigung“, eine Anweisung für den juristisch nur wenig vorgebildeten Richter auf dem Land, fasste eindrucksvoll alle diese Unzulänglichkeiten des Rechtsalltags zusammen.

(18) Text bei F. v. KRENNER, *Baierische Landtagshandlungen*, Bd. 13, S. 261-313.

(19) C. PRANTL, *Geschichte der Ludwigs-Maximilians-Universität in Ingolstadt*, Bd. 1, Landshut-München 1872, S. 33f.

(20) Vgl. dazu M. SPINDLER (Hg.), *Handbuch*, S. 324ff.

(21) Mit dem Titel: „*Das Buch der gemeinen Landpot, Landsordnung, Satzung und Gebreuch des Fürstenthumbs in Obern und Nidern Bairn*“, Druck.

(22) Mit dem Titel: „*Reformation der Bayrischen Lanndrecht*“; dazu und zum Folgenden vgl. Helmut GÜNTER, *Das Bayerische Landrecht*, S. 129ff.

(23) Näher dazu s. bei Johann Christoph SCHWARTZ, *Vierhundert Jahre deutscher Zivilprozess-Gesetzgebung*, Berlin 1898 (Neudruck Aalen 1986), S. 228ff.

(24) Mit dem Titel: „*Gerichtzordnung im Fürstenthumb Obern und Nidern Bayrn aufgericht*“, als Druck erschienen und dazu J. C. SCHWARTZ, *Vierhundert Jahre*, S. 230ff.

(25) Mit dem Titel: „*Bairische Lanndsordnung 1553*“, Druck.

(26) Mit dem Titel: „*Der Fürstlichen Bayrischen Landßordnung weittere erclerung ...*“, Druck.

(27) Heinz LIEBERICH, *Die Anfänge der Polizeigesetzgebung des Herzogtums Baiern*, in: Festschrift f. Max Spindler, München 1969, S. 307ff.; Reinhard HEYDENREUTER, *Der landesherrliche Hofrat unter Herzog und Kurfürst Maximilian I. von Bayern (1598-1651)*, München 1981, S. 231ff.

(28) Titel: „*Landrecht, Policy, Gerichts-, Malefiz- und andere Ordnungen deß Fürstenthumben Obern und Nidern Bayrn*“, bestehend aus neun Einzelgesetzen.

(29) J. C. SCHWARTZ, *Vierhundert Jahre*, S. 240ff.

Anspruch auf Vollständigkeit und Exklusivität. Sein Urheber war der absolutistisch regierende Wittelsbacher *Maximilian I.* (1597-1651), seit 1623 auch der erste bayerische Kurfürst.³⁰⁾ Sein Landrecht war das Ergebnis intensiver Beratungen vornehmlich im Kreise von Fachjuristen und hohen Justizpraktikern. Sie alle waren mit dem römisch-kanonischen Recht sehr wohl vertraut. Die meisten von ihnen hatten zum Doctor juris promoviert. Unverkennbar sind folglich auch die Einwirkungen der von der mittelalterlichen Jurisprudenz (*Bartolo da Sassoferrato* und *Baldo degli Ubaldi*) entwickelten Gesetzgebungsdoktrin sowie der legistischen Rechtsdogmatik auf das Gesetz.³¹⁾

III.

Zusammenfassend betrachtet repräsentierten seit dem 14. Jahrhundert im Wesentlichen drei Grundtypen der Rechtsetzung die bayerische Gesetzgebung und das Streben nach der Fixierung verfassungsähnlicher Machtstrukturen: das *Landgebot*, die *Landesordnung* sowie das *Stadt- bzw. Landrecht*.³²⁾ Sie alle haben die Staatswerdung des Herzogtums und späteren Kurfürstentums gefördert und die Machtbalance zwischen Landesfürst und Landständen maßgeblich bestimmt. Gesetzgebungstheoretisch unterscheiden sie sich voneinander nicht unerheblich.

Überwiegend Einzelmaterien regelte das *Landgebot*. Seiner Rechtsnatur nach war es vorwiegend ein sog. *Einzel- oder Maßnahmegesetz*. Als fürstliche Anweisung antwortete es rasch auf dringende Rechtsprobleme des juristischen Alltags im weitesten Sinne. Eine Beteiligung der Landstände bei der Genese dieser Rechtsgebote mit Eilcharakter fand in der Regel nicht statt, obwohl sie von ihnen immer wieder ergebnislos beim Landesherrn angemahnt wurde.³³⁾ Unter Bezeichnung „*Generalmandat*“ fungierte das Landgebot im 17. Jahrhundert als bevorzugtes, schnellwirkendes Instrument umfassender fürstlicher Reglementierung und Sozialdisziplinierung.

Hingegen beschränkten sich die *Landrechte* überwiegend auf eine umfassende Regelung des Privatrechts, des Strafrechts, des Polizeirechts sowie des Prozessrechts und der Gerichtsverfassung. Noch bis in das 17. Jahrhundert versuchten sie eine Zusammenfassung bereits schriftlich fixierter Rechtsgebiete im öffentlichen Interesse. Vom Rechtsbuch Ludwigs des Bayern vom Jahr 1346 abgesehen, wirkten bei der Redaktion dieser Art der Gesetzgebung die Landstände sehr wohl mit. In den meisten Fällen waren die

(30) Friedrich MERZBACHER, *Gesetzgebung und Rechtskodifikation unter Kurfürst Maximilian I.*, in: Wittelsbach und Bayern II/1, hg. v. Hubert Glaser, München 1980, S. 225ff.

(31) Zum Ganzen vgl. H. GÜNTER, *Das Bayerische Landrecht*, S. 128ff.

(32) Dazu i. e. s. Hans SCHLOSSER, *Rechtsetzung und Gesetzgebungsverständnis im Territorialstaat Bayern im 16. Jahrhundert*, in: Zeitschrift für bayerische Landesgeschichte, Bd. 50, 1987, S. 41ff.

(33) Zum Ganzen vgl. Max v. FREYBERG, *Pragmatische Geschichte der bayerischen Gesetzgebung und Staatsverwaltung seit den Zeiten Maximilian I.*, Bd. 1, Leipzig 1836, S. 113ff.; Maximilian LANZINNER, *Fürst, Räte und Landstände*, Göttingen 1980, S. 275ff.

von ihnen vorgetragenen massiven Beschwerden die entscheidenden Impulsgeber für legislatorisches Tätigwerden des Landesherrn. Die Landrechte stellten ideale Vorlagen für eine Reformierung des Rechts im Sinne der römisch-kanonischen Rechtsideen dar. Sie wurden schon im Laufe des 16. Jahrhunderts zu echten „Rezeptionsgesetzen“. Sie waren das ideale Medium für die Übernahme von Rechtsgrundsätzen des römisch-kanonischen Rechts in das „*ius patrium bavaricum*“.

Eine Mittelstellung nimmt in Bayern die *Landesordnung* ein. Vom Landgebot unterscheidet sie ihr Anspruch, mehrere zentrale Rechtsgebiete umfassend zu regeln. Gegenüber dem Landrecht beschränkte sie sich vornehmlich auf solche Materien, die für die Gestaltung und Strukturierung des frühneuzeitlichen Staates unabdingbar waren. Deshalb finden sich in Landesordnungen vorwiegend und teilweise überwiegend Rechtsnormen, die das politische Verhältnis des Landesherrn zu den Landständen bestimmten. Die große Landesordnung von 1553 gilt als magna charta der Ständeprivilegien. Sie ist Zeugnis eines absoluten Höhepunktes ständischer Macht im Herzogtum Bayern.

Gesetzgebungsgeschichtlich sind die Landesordnungen aussagekräftige Zeugnisse für die jeweils das Rechtsdenken beherrschende Vorstellung von den Aufgaben des Rechts. Noch das Landrecht wird von der Auffassung geprägt, Recht bestehe aus einer vorgegebenen, unwandelbaren, der Disposition der Menschen weitgehend entzogenen Ordnung. Der fürstliche Gesetzgeber als „*conditor legum*“ im Sinne des justinianischen Corpus Juris kann und darf stets nur Rechtsgrundsätze zu einzelnen Rechtsgebieten sammeln, neu fassen und behutsam fortbilden. In der Regel enthalten deshalb Land- und Stadtrechte einen „*salvatorischen Vorbehalt*“ zur Fortgeltung des alten, überwiegend gewohnheitlichen Gerichtsgebrauchs und Herkommens neben dem „*ius novum*“.³⁴⁾

Ganz verschieden davon das rechtspolitische Programm der Landesordnung. Das vom Fürsten für sich in Anspruch genommene Gesetzgebungsmonopol erkennt in der Landesordnung das ideale Instrument politischer, gesellschaftlicher und ökonomischer Planung sowie Gestaltung. An die Stelle des statischen, altes Recht und bewährtes Gewohnheitsrecht konservierenden Landrechts tritt der revolutionäre Gedanke der Konstruierbarkeit der Rechtsordnung und damit auch der Gesellschaft sowie des gesamten „*Staatswesens*“.

Die *Stände* spielten schon seit dem 14. Jahrhundert eine besondere Rolle bei dem Zustandekommen von Gesetzen und Verordnungen.³⁵⁾ In Oberbayern besaßen sie seit 1302 und in Niederbayern seit 1311 feste körperschaftliche Strukturen. Seit dem späten Mittelalter bildeten sie als geistlicher, adeliger und bürgerlicher Landstand das politische Gegengewicht zum Landesfürsten. Der geistliche Stand bestand aus den Vorstehern großer Klöster und Stifte (Prälaten). Zum adeligen Stand zählten die auf dem Land ansässigen Ritter und rittermäßig lebenden Grundbesitzer. Aus den patrizischen und in

(34) Z. B. Artikel 196, 228 des Oberbayerischen Landrechts v. 1346 (wie Anm. 2).

(35) Zum Ganzen vgl. Max v. FREYBERG, *Pragmatische Geschichte der bayerischen Gesetzgebung und Staatsverwaltung seit den Zeiten Maximilian I.*, Bd. 4, Leipzig 1839, S. 19ff., 57ff.; M. LANZINNER, *Fürst*, S. 249ff., M. SPINDLER (Hg.), *Handbuch*, S. 564ff.

der Regel begüterten Familien der Bürger der Städte und Märkte setzten sich die Vertreter des dritten Landstandes zusammen.

Seit dem 15. Jahrhundert versammelten sie sich auf den sog. *Landtagen* und fühlten sich als die Repräsentanten des gesamten Volkes. Allerdings war dabei die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, nämlich die Bauern, nicht vertreten. In der Institution der sog. „*Landschaft*“ traten die Stände engagiert und leidenschaftlich für die Interessen des gesamten Landes ein. Gerade sie waren es, die 1505 nach dem sog. *Landschuter Erbfolgekrieg* eine drohende erneute Teilung des Herzogtums verhindert und damit die Wiedervereinigung der beiden Landesteile erst ermöglicht hatten. Ihr wirksamstes Druckmittel war das Recht der Steuerbewilligung. Vor allem mit seiner Hilfe betrieben sie effektive Sicherheits- und Innenpolitik oder entschieden auch nach außen über die Führung eines Krieges.

Die Existenz der Landstände als politische Machtfaktoren und frühe „Verfassungsorgane“ wurde von den Landesfürsten anerkannt. In den sog. *Landesfreiheitserklärungen* oder *Freiheitsbriefen* ließen sie sich ihre persönlichen wie korporativen Vorrechte rechtsförmlich bestätigen oder – um weitere Zugeständnisse des Landesherrn vermehrt – zusichern.³⁶⁾ Für die Zeit von 1311 bis 1565 dokumentieren insgesamt 64 Freiheitsbriefe die landständischen Privilegierungen.³⁷⁾ Zu den persönlichen Vorrechten zählte auf der Ebene von Staat und Gesellschaft vor allem ihre niedere Jurisdiktion in bestimmten abgegrenzten Herrschaftssitzen (sog. *Hofmarken*).³⁸⁾ Auf der Ebene zum Herrscher bestand das wirksamste Vorrecht in der Mitwirkung und Zustimmung zu Gesetzen, ferner bei der Landesteilung und Landesveräußerung, bei der Überwachung der Landesdefension, beim Münzwesen und bei der – bereits erwähnten – Ernennung von Beamten (*Indigenat*). Nach dem *ius indigenatus* durfte der Landesfürst bei der Besetzung von Beamtenstellen keine Bewerber berücksichtigen, die nicht im Lande geboren und hier auch nicht ansässig waren. Der *Indigenat* wurde in den Händen der Stände zu einem bewährten Mittel, sich ihren Einfluß im Hofrat des Landesfürsten zu sichern. In dem Recht der Steuerbewilligung und Steuerverwaltung kulminierten die korporativen Privilegien.

Einen ersten Höhepunkt ihrer Macht hatten die Landstände 1508 in der förmlichen Verfassungsurkunde der Erklärten Landesfreiheit erreicht. Vor allem der alte landsässige Adel, der höchstens 1 % der Gesamtbevölkerung ausmachte, besaß in dem Instrument der sog. *Hofmarks- oder Edelmannsfreiheit*³⁹⁾ eine erheblich erweiterte grundherrliche Gerichtsbarkeit mit anhängenden Hoheitsrechten, wie etwa den Jagdrechten.

(36) Gustav v. LERCHENFELD, *Die altbayerischen landständischen Freibriefe mit den Landesfreiheitserklärungen*. Einleitung v. Ludwig Rockinger, München 1853.

(37) M. v. FREYBERG, *Pragmatische Geschichte*, Bd. 4, S. 75ff.

(38) Die „Hofmark“ als ein von der niederen Gerichtsbarkeit des Landgerichts befreiter Komplex von Liegenschaften, Gebäuden und Einwohnern, über die der „Hofmarksherr“ die Obrigkeit mit polizeilichen und Gerichtsrechten darstellte; vgl. dazu auch Hans SCHLOSSER, *Spätmittelalterlicher Zivilprozess nach bayerischen Quellen*, Köln-Wien 1971, S. 50ff.

(39) Seit dem 60. Freibrief v. 22. Dezember 1557, vgl. G. v. LERCHENFELD, *Die altbayerischen landständischen Freibriefe*, S. 158.

Überdies war er von der allgemeinen Landsteuer völlig befreit und trug von der Ständesteuer nur ein Zehntel. Ähnlich bevorzugt waren die Landstandschaft besitzenden Städte und Märkte. Besonders herausgehoben waren dabei die sog. Hauptstädte München, Landshut, Straubing, Burghausen und Ingolstadt. Ihre Bevorzugung unterstrich vor allem der Besitz der Blutgerichtsbarkeit (*ius gladii*).⁴⁰⁾ Im Gegensatz zu den Bauern in Salzburg und Tirol ist es den bayerischen Bauern nie gelungen, neben Adel, Prälaten und Bürgern die Landstandschaft zu erringen. Obwohl vier Fünftel der Bevölkerung Bauern waren, trugen sie die größten finanziellen Lasten für die Allgemeinheit und blieben ohne rechtlich garantierte Mitwirkung im Bereich der Politik.

In der Landesordnung von 1553 hatten die Stände den letzten Gipfelpunkt ihrer politischen Macht erreicht. Danach begann ihr unaufhaltsamer Verfall. Je „absoluter“ der Landesfürst seine Herrschaft gestalten und durch eine straffe Verwaltung und einen zentralistischen Behördenapparat verfestigen konnte, desto entbehrlicher erschienen ihm die Mitspracherechte der Landstände. Das ursprüngliche Gleichgewicht zwischen Fürst und Ständen begann sich schon Mitte des 16. Jahrhunderts zu verschieben. Die bayerischen Landstände selbst trugen dazu entscheidend bei. Im Jahre 1577 verzichteten sie, sich zu den jeweils turnusmäßigen oder außergewöhnlichen Terminen der Steuerbewilligung zu versammeln. Statt dessen übertrugen sie dieses wichtige politische Instrument einem aus 16 Mitgliedern bestehenden Landtagsausschuss auf die Dauer von zwölf Jahren. Damit war für den Landesfürsten die Notwendigkeit entfallen, die Stände regelmäßig einzuberufen und sie auf diese Weise als Kontrollorgane politisch zu beteiligen.

Der Niedergang der Ständemacht fand seine Fortsetzung unter der Regierung Herzog *Wilhelms V.* (1579-1597). Dieser Regent brachte das Land an den Rand eines Staatsbankrotts. Nach seiner Abdankung 1598 zugunsten seines finanzpolitisch und juristisch hochbegabten Sohnes Maximilian I., dem späteren Kurfürst, gelang es diesem, die Landstände schrittweise auszuschalten. Das Instrument, dessen er sich bediente, war eine völlige Neuordnung der Finanzen und der Staatsverwaltung mit Hilfe einer hochprofessionellen, zuverlässigen Beamtschaft. Bei der Redaktion des Bayerischen Landrechts von 1616 respektierte er zwar noch die gutachtlichen Stellungnahmen der Landschaft. Er gab dabei jedoch stets ebenso unmissverständlich zu erkennen, dass die landesfürstliche Superiorität grundsätzlich uneingeschränkt sei und das Recht zur Gesetzgebung dem Fürsten allein zustand. Zu keiner Zeit hatte er während seiner fast 50jährigen Regierungszeit die Stände als ihm gleichgeordnete Gewalt akzeptiert.

Parallel zu diesem Machtverfall der die Gesetzgebung des Fürsten kontrollierenden Stände verliert auch die Landesordnung zunehmend an Bedeutung. Sie wird mit der an Intensität zunehmenden Rezeption des römisch-kanonischen Rechts durch die größeren Kodifikationen abgelöst, die ihrerseits Vollständigkeit und Ausschließlichkeit der Regelung anstreben.

Nach dem ersten gesamt-bayerischen Landrecht von 1616 gab sich das Kurfürstentum Bayern erst Mitte des 18. Jahrhunderts wieder eine vergleichbar umfassende

(40) Für München vgl. Richard BAUER (Hg.), *Geschichte der Stadt München*, München 1992, S. 191f.

Gesetzgebung. Der aus drei Teilgesetzen (1751,⁴¹⁾ 1753,⁴²⁾ und 1756⁴³⁾) bestehende „*Codex Maximilianus*“ eröffnete das neue Zeitalter des Gesetzesrechts. Unter dessen Ägide stehen noch heute die Rechtsordnungen Kontinentaleuropas. Diese Gesetzgebung war das Werk eines einzigen Mannes, des Staatskanzlers *Freiherr von Kreittmayr*. An ein ständisches Mitwirkungsrecht wurde allerdings nicht einmal mehr gedacht.⁴⁴⁾

IV.

Mit dem Verlust des politischen Einflusses der Landstände korrespondiert der Anspruch des Landesfürsten auf unumschränkte Souveränität und Herrschaft nach innen als *Majestätsrecht*. In Kurbayern hatte die Begründung des fürstlichen Absolutismus bereits im 16. und frühen 17. Jahrhundert begonnen. Im 18. Jahrhundert war diese Entwicklung im wesentlichen abgeschlossen, das Recht der Landstände auf politische Mitbeteiligung an der Herrschaft weitgehend beseitigt. 1669 fand der letzte Landtag statt, der vom Landesherrn einberufen wurde. Seitdem durfte lediglich ein aus Landtagsverordneten bestehendes Gremium (die sog. *Landschaftsverordnung*) die vom Fürsten geforderten Steuern bewilligen.

Der Weg Bayerns zur ersten *Konstitution* im Jahre 1818 und damit zum Verfassungsstaat war ohne die politische Verbindung mit der nachrevolutionären Französischen Republik nicht möglich. Das 1806 begründete Königreich Bayern als Belohnung Napoleons für Bündnistreue wäre ein weiteres Kapitel neuerer Verfassungsgeschichte.

(41) *Codex juris bavarici criminalis*.

(42) *Codex juris bavarici iudiciarii*.

(43) *Codex juris bavarici civilis*.

(44) Zum Ganzen s. Richard BAUER – Hans SCHLOSSER (Hg.), *Freiherr von Kreittmayr. Ein Leben für Recht, Staat und Politik*, München 1991.

Hans Schlosser

Zemská zřízení v Bavorsku v 16. a 17. století

Shrnutí

Dějiny vývoje státu v bavorském vévodství a od roku 1623 v bavorském kurfiřtství jsou především dějinami zákonodárství tohoto teritoria. Vytvoření jednotného právního řádu však zabránila četná, dynasticky podmíněná, dělení země.

Až do opětovného sjednocení (naposledy tři) částí vévodství v roce 1505 existovaly v Bavorsku dva velké právní obvody se zcela rozdílným, věcně vzájemně velmi odlišným právním řádem. V Dolním Bavorsku s hlavním městem Landshutem platilo vedle zlomku ojedinelých zápisů práva ve značné míře ústně tradované obyčejové právo a nepsané soudní obyčej. Horní Bavorsko s hlavním městem Mnichovem mělo naproti tomu od roku 1335/1346 v podobě Hornobavorského zemského práva (*Oberbayerisches Landrecht*) císaře Ludvíka Bavora na svou dobu pokrokové zemské a městské právo zachycené v právní knize. Tento zákon je prvním záznamem práva po *Lex Baiuvariorum*, pocházejícím z 8. století.

Další zápisy práva následující po zemském právu z let 1335/1346, platném pro Horní Bavorsko, se nacházejí v údělu Dolního Bavorska (Bavorsko-Landshutsko): zemské zřízení z roku 1474, zemské zřízení z roku 1491 a zemské zřízení z roku 1501.

Připravované zemské zřízení z roku 1516, určené pro obě části sjednocené země, se nepodařilo pro odpor stavů prosadit v Dolním Bavorsku.

Po opětovném sjednocení země (1505) se v roce 1518 podařilo uskutečnit reformu zemského práva v Horním Bavorsku (na základě zemského práva z let 1335/1346). Rozšíření reformy i pro Dolní Bavorsko opět ztroskotalo na odporu stavů. V následujícím období bylo právo dále rozvíjeno prostřednictvím zemského zřízení: soudní řád z roku 1520, zemské zřízení z roku 1553, komentované zemské zřízení z roku 1578.

Dočasnou tečku představovalo Bavorské zemské právo z roku 1616 (*Codex Maximilianus*, pojmenovaný podle vévody a pozdějšího kurfiřta Maxmiliána I.).

Stavy tvořily v Horním Bavorsku od roku 1302 a v Dolním Bavorsku od roku 1311 pevné korporativní struktury. Jako tzv. *Landschaft* sestávaly z šlechty, prelátů, měst i městeček. K duchovnímu stavu se počítali představení velkých klášterů, k šlechtickému stavu v zemi usedlí rytíři a nerytířští vlastníci statků. Měšťané z patricijských rodin z velkých měst a městeček si společně ustanovovali zástupce třetího zemského stavu. Od 15. století se shromažďovali na zemských sněmech (*Landtagen*) a považovali se za zástupce veškerého obyvatelstva. Sedláci (*poddani*), většina obyvatelstva, nebyli zastoupeni.

Vrcholu své moci dosáhly bavorské zemské stavy v 16. století. Jejich výsady, obsažené od 14. století ve zvláštních listinách na svobodu (tzv. *Freiheitserklärungen* nebo *Freiheitsbriefe*), byly zaručeny zemskými knížaty. Tato zlistinění jsou ve vlastním smyslu ústavními dokumenty, protože zakotvují politické osobní a korporativní výsady stavů vůči panovníkovi.

„Zemská zřízení“ (Landesordnungen) jsou v Bavorsku předchůdci velkých kodifikací. Od sbírek „zemského práva“ (Landrecht), které byly obsáhlé a výlučné, se liší věcnou neuspořádaností a právní úpravou diktovanou aktuálními praktickými potřebami. Od dílčích zákonů (tzv. Landgebote) se odlišují právněpolitickým požadavkem na časově neomezenou platnost a celospolečenský dopad.

Úpadek moci stavů začal s vytvářením centrální správy a soudnictví a zřízením zeměpanských ústředních úřadů, jako byly dvorská rada, dvorská komora a tajná rada. Zejména funkce dvorské rady jako soudního orgánu a vládního úřadu učinila – počínaje vládou Maxmiliána I. – spoluúčast stavů zbytečnou.

Hans Schlosser

Ustawy krajowe w Bawarii w XVI i XVII wieku

Streszczenie

Dzieje rozwoju państwa w Księstwie Bawarii, a od 1623 roku w Elektoracie Bawarii są pierwotnie dziejami ustawodawstwa na tym terytorium. Liczne podziały kraju, uwarunkowane względami dynastycznymi, uniemożliwiły jednak stworzenie jednolitych norm prawnych.

Aż do ponownego (trzeciego) zjednoczenia części księstwa w 1505 roku, istniały w Bawarii dwa wielkie okręgi prawne o całkowicie odmiennym, pod względem rzeczowym różniącym się wzajemnie systemem prawnym. W Dolnej Bawarii z Landshutem obowiązywało, obok fragmentów sporadycznych zapisów prawa, w znacznej mierze ustnie przekazywane prawo zwyczajowe i niepisane zwyczaje sądowe. Natomiast Górna Bawaria ze stolicą w Monachium, miała, jak na owe czasy (od 1335/1346 roku), postępowe prawo krajowe i miejskie, odnotowane w księdze prawnej w formie górno-bawarskiego prawa krajowego (*Oberbayerisches Landrecht*) cesarza Ludwika Bawarskiego. Jest to pierwszy zapis prawa po *Lex Baiuvariorum*, pochodzącym z VIII wieku.

Następne zapisy prawa, które ukazały się w prawie krajowym z lat 1335-1346 i obowiązywały w Górnej Bawarii, znajdują się w części Dolnej Bawarii (Bawaria – Landshut): ustawy krajowe z 1474 roku, ustawy krajowe z 1491 roku, ustawy krajowe z 1501 roku.

Ustaw krajowych z 1516 roku, przeznaczonych dla obydwu części zjednoczonego kraju, nie udało się przeforsować w Dolnej Bawarii, ze względu na sprzeciw stanów.

Po ponownym zjednoczeniu kraju (1505), w 1518 roku udało się urzeczywistnić reformę prawa krajowego w Górnej Bawarii (na podstawie prawa krajowego z lat 1335/1346). Rozszerzenie reformy również na Dolną Bawarię nie doszło do skutku, powodem był znowu sprzeciw stanów. W następnym okresie prawo było nadal rozwijane, za pośrednictwem ustaw krajowych: system prawny z 1520 roku, ustawy krajowe z 1553 roku, komentowane ustawy krajowe z 1578 roku.

Chwilową stabilizację stanowiło bawarskie prawo krajowe z 1616 roku (*Codex Maximilianeus*, nazwany według księcia-elektora Maksymiliana I).

Stany tworzyły w Górnej Bawarii od 1302 roku, a w Dolnej Bawarii od 1311 roku silne struktury korporacyjne. Jako tzw. *Landschaft* składały się ze szlachty, prałatów, miast i miasteczek. Do stanu duchownego należeli przełożeni dużych klasztorów, do stanu szlacheckiego osiadli na ziemi rycerze i nierycerscy właściciele majątków ziemskich. Mieszczanie z patrycjuszowskich rodzin z wielkich miast i miasteczek byli wspólnie przedstawicielami trzeciego stanu krajowego. Od XV wieku gromadzili się na sejmach krajowych (*Landtagen*) i uważali się za przedstawicieli całego społeczeństwa. Chłopi (poddani), stanowiący większość ludności, nie mieli swoich przedstawicieli.

Stany krajowe w Bawarii osiągnęły szczyt swojej władzy w XVI wieku. Ich przywileje, zawarte od XIV wieku w specjalnych dokumentach – tzw. *Freiheits-*

erklärungen lub *Freiheitsbriefen*, gwarantowali poszczególni książęta krajowi. Przywileje te są w pewnym sensie dokumentami konstytucyjnymi, ponieważ uznawały one polityczne indywidualne i korporacyjne przywileje stanów wobec monarchy.

„Ustawy krajowe” (*Landesordnungen*) w Bawarii poprzedzają wielkie kodyfikacje. Od zbiorów „prawa krajowego” (*Landrecht*), które były obszerne i elitarne, różnią się chaosem rzeczowym i opracowaniem prawnym, podyktowanym aktualnymi potrzebami praktycznymi. Od ustaw częściowych (tzw. *Landgebote*) różnią się żądaniami prawno-politycznymi obowiązującymi na czas nieograniczony i mającymi znaczenie ogólnospołeczne.

Spadek znaczenia stanów zapoczątkowało kształtowanie się administracji centralnej i sądownictwa, a także zakładanie szlacheckich urzędów centralnych, takich jak rada dworska, izba dworska i tajna rada. Zwłaszcza funkcja rady dworskiej jako organu sądowego i urzędu władzy sprawiła – począwszy od rządów Maksymiliana I – to, że współdziałanie stanów stało się niepotrzebny.

VLADISLAVSKÉ ZŘÍZENÍ ZEMSKÉ

A POČÁTKY ÚSTAVNÍHO ZŘÍZENÍ V ČESKÝCH ZEMÍCH

(1500-1619)

Uspořádali Karel MALÝ a Jaroslav PÁNEK
Praha 2001



LANDESORDNUNGEN IN SACHSEN UND DIE RECHTSREFORMEN IM 16. UND 17. JAHRHUNDERT - DARGESTELLT AM BEISPIEL DER ENTSTEHUNG DER „KURSÄCHSISCHEN KONSTITUTIONEN“

Gerhard LINGELBACH

I.

Mit den sächsischen Territorien ging es seit der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts wirtschaftlich und geistig-kulturell wie auch politisch aufwärts: Der durch neue Erzfunde und moderne Abbaumethoden rasch wachsende Silberbergbau im Erzgebirge ließ neue Bergbau- und Hüttenzentren – neben der alten Bergstadt Freiberg solche um Annaberg und Schneeberg – entstehen. Leipzig erhielt in den Jahren 1497 sowie 1507 die ersten Messeprivilegien und errang auch von daher eine zentrale Stellung in der Wirtschaft Mitteldeutschlands.¹⁾ Der wirtschaftliche Reichtum wiederum begünstigte

(1) Ihren Niederschlag fand dies in den verschiedensten Mandaten, Verordnungen und Befehlen. Vgl. *Codex Augusteus Oder Neu vermehrtes Corpus iuris Saxonici, Worinnen Die in dem Churfürstentum Sachsen und darzu gehörenden Landen, Auch denen Markgraffthümern Ober- und Nieder-Laussitz, publicirte und ergangene CONSTIUTIONES, DECISIONES, MANDATA und*

vor allem in den Zentren des Landes wie Dresden, Leipzig, Meißen, Wittenberg u.a. das Wachsen einer weit über Sachsen hinaus ausstrahlenden geistigen Kultur. In der Wissenschaft war es neben Leipzig die im Jahre 1502 gestiftete Universität zu Wittenberg, die nicht zuletzt in Theologie und Jurisprudenz rasch eine geachtete Stellung unter den mitteleuropäischen Universitäten erlangte. Von hier nahm wenige Jahre später die Reformation ihren Ausgang und ließ Sachsen für kurze Zeit in den Brennpunkt europäischer Geschichte treten. Und mit dem Übergang der Kurwürde Sachsens auf Markgraf Friedrich (Regierungszeit 1445-1482) erlangte Kursachsen auch einen beachtlichen politischen Einfluß im Alten Reich, um dann im Zeitalter des Absolutismus sowie als Königreich Sachsen seine wohl in jeder Hinsicht größte Blüte zu erfahren.

Ein entscheidender staatsgeschichtlicher Einschnitt ist mit den Jahrzehnten nach 1482 verbunden. – Ihren Niederschlag fand dies zunächst in der Landesordnung des Herzogs Ernst von Sachsen und seines Bruders Herzog Albrecht aus jenem dafür maßgeblichen Jahr²⁾ sowie unter anderem in der im Jahr 1543 neu gefaßten Landesordnung³⁾ sowie in Ergänzungen bis 1555.⁴⁾ Diese Landesordnung war über lange Zeit eine grundlegende Quelle des sächsischen Verfassungs- und Rechtszustandes. Zu ihr gehörten die hier noch näher in den Blick zu nehmenden *Kursächsischen Konstitutionen* aus dem Jahr 1572.⁵⁾

In der wissenschaftlichen Literatur wird dabei jedoch eine vorangehende Quelle sächsischer Verfassungsgeschichte unterschätzt: Die im Jahr 1446 zustande gekommene Landesordnung. Sie wurde vom Landtag Anfang Januar auf der mittelalterlichen Runneburg in der Stadt Weißensee⁶⁾ verabschiedet und verkündet. Dieser Landtag hat seine bedeutsame Stellung in der sächsisch-thüringischen Verfassungsgeschichte aus zwei

Verordnungen enthalten, Nebst einem ELENCHO, dienlichen Summarien und vollkommenen Registern..., von Johann Christian LÜNIG, II. Band, Leipzig 1724. (Im folgenden werden die sächsischen Rechtsvorschriften nach der kurz *Codex Augusteus* genannten Sammlung zitiert.)

(2) *Landes-Ordnung So Hertzog Ernst, Churfürst, und Hertzog Albrecht zu Sachsen, Gebrüdere, von wegen mancherley Gebrechen, An. 1482. Montags nach Quasimodogeniti im Lande aufgerichtet.* Vgl. *Codex Augusteus*, Band I, Sp. 1-12.

(3) *Neue Landes-Ordnung Hertzog Moritzens zu Sachsen, die drey Schulen zu Meißen, Merseburg und Pforten, wie auch etliche andere Articul betreffend, Montags nach Trinitatis, anno 1543.* Vgl. *Codex Augusteus*, Band I, Sp. 13-24.

(4) Ebenda, Sp. 24-74.

(5) *Verordnungen und Constitutiones Des rechtlichen Processus, auch wasser massen etzliche zweiffelhaffter Fälle halben, durch die bestallten und geordneten Hof-Gerichte, Juristen-Facultäten, Schöppen-Stühle, auch andere Gerichten, in Ihren Landen, zu recht erkannt und gesprochen werden solle,* in IV. Theilen, den 21. April. Anno 1572 (in: *Codex Augusteus*, Band I, Sp. 73-138).

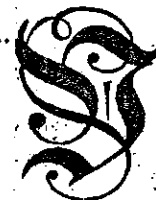
(6) Weißensee liegt etwa 30 Kilometer nördlich von Erfurt und erlangte mit seiner in der Staufferzeit ausgebauten Runneburg als Raststätte zwischen den Landgrafenburgen Wartburg und Neuenburg im Mittelalter Bedeutung.

CODICIS AUGUSTEI
Ober
Steuermehrten
CORPORIS JURIS SAXONICI
Erster Theil,
Morinnen allerhand General-Verordnungen, so
unterschiedliche Materien, Collegia und Expeditiones
zugleich betreffen, und nicht wohl zu separiren gewesen,
enthalten.

Landes-Ordnung,

So Hertzog Ernst, Churfürst, und Hertzog Albrecht zu Sachsen, Gebrüdere, von
wegen mancherley Gebrechen, An. 1482. Montags nach Quasimodogeniti
im Lande aufgerichtet.

An. 1482.



On Gottes Gnaden, Wir Ernst, des
h. Röm. Reichs Erbs-Marschall, Chur-
fürst, und Albrecht Gebrüdere, Hertzoge
zu Sachsen; Land-Graven in Thürin-
gen, und Marggrafen zu Meißen, Be-
rennen in diesen Unsern offenen Schrif-
ten und Satzungen: Als von denen
Prälaten, Herren, Ritterchaft und
Städten unserer Lande, viel Klage an uns gelangt: Wie
unser und ihre Untertanen, in unsern Landen, in großem
Fall, Abnehmen und Verderben stünden, daß sich alles,
aus der schweren Münz, dem unmäßigen großen Gesin-
de, derer Werckleute, als: Steinmehen, Mäurer, Zimer-
leute, gemeiner und täglicher Arbeiter Lohn; aus überflüs-
siger Kost, an Essen, Getränke und Kleidung, in unsern
Landen, unter allen Ständen über die Maß, und unor-
dentlich gebrauchet, verursachete, und die Städte, daß sie ih-
rer Bürgerlichen Handel, als: Mälzens, Brauens und
Bier-Verkauffens, daß sie sich nähren, und der größte
Theil ihrer Nahrung darauf stünde, durch ehliche Prä-
laten, und des Adels, in unsern Landen, die sich des ange-
nommen; Auch, durch die Handwerker, so von ihnen
auf denen Dörffern gehalten, beraubet würden, das doch
nicht seyn sollte, ihnen auch nicht zustünde, und vor Alters
also nicht Herkommens wäre: Und Uns darauf demü-
thiglichen angeruffen, und fleißig gebeten, daß wir in die
schädliche, unträgliche und ungleiche, in gut, nächst-
hes, trüglichen, gleich und billiges, wo wir das
thun können, nach Unserm Vermögen, allwege zu
wandeln, und zu verfügen, geneigt seyn. Und wievohl
Wir wissen, daß Wir mit Veränderung böses We-
sens und Satzung ordentlicher und nutzbarer Dinge,
von und bey denen Unverständigen, Leichtfertigen, und
die in ihrem Eigenen, vor dem gemeinen Nutz, verblen-
det, viel Argwohn und Nachrede machen. Daß Wir
Uns aber nicht verhindern, sondern Uns auf Anrufen,
demüthige und fleißige Bete deier Unsern, die ohne
zweifel zu Unser und aller unserer Lande und Untertan-
nen Ehren, Bestes, und zu Förderung gemeinen Nutzens
geneigt sind, als Wir die allezeit emsig und fleißig er-
kandt; So haben wir uns angenommen, in denen ob-
gerührten, und andern Stücken, aus unserer Fürstlichen
Macht und Gewalt, Ordnung und Satzung zu thun;
Thun die auch aus unserer Fürstlichen Macht und Ge-
walt, wollen und gebieten, daß die von allen unsern Un-
tertanen angenommen, feste, feste, und unbrochen
sollen gehalten werden, bey denen Bönen, so darauf ge-
sagt sind, und also die Befehle und Bönen darauf, jeglich
in seinem Articul hernach vernommen wird.
Und als Wir von denen unsern, um eine geringere
Münze zu machen lassen, und zu sehen gebeten sind, und
wir betrachtet, daß Wir in unsern Landen gar eine löblich

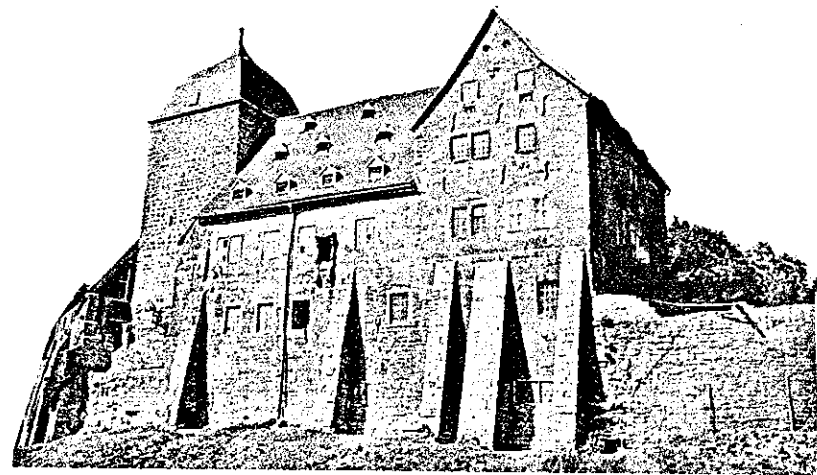
Ursachen
des Abneh-
mens im
Lande.

Peticio.

Sächsische Landesordnung von 1482

Seite aus der *Erstausgabe des Codex Augusteus* - Leipzig 1724.

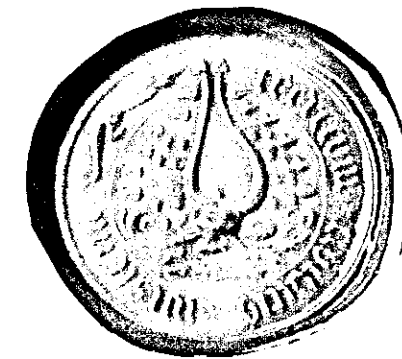
Gründen: Neben der beschlossenen Landesordnung⁷⁾ gehört die vom regierenden Herzog *Wilhelm dem III. – dem Tapferen* (Regierungszeit 1445-1482) dorthin zusammengerufene Versammlung seines im Herrschaftsgebiet ansässigen Landadels größere Aufmerksamkeit. Mit ihren Beratungen und Abschieden verdient diese Körperschaft bei näherer Betrachtung durchaus die Bezeichnung als *frühes Parlament*. Wenn der Begriff Parlament auch zumeist erst in späteren Zeiten für eine aus Wahlen hervorgegangene Vertretungskörperschaft seine gängige Verwendung findet, so hatte jene im Winter 1446 im Thüringischen zusammengetretene Versammlung als einer der frühesten Landtage in deutschen Territorien überhaupt, zugleich einen grundsätzlich neuen Charakter. – Dies wird noch zu zeigen sein.



Die Runneburg bei Weissensee (Thüringen)
– heutiger Zustand.

(7) Die sorgfältigste Fassung nach den im Ernestinischen Gesamtarchiv des Thüringer Hauptstaatsarchivs Weimar lagernden Akten mit den verschiedenen Texten der Landesordnung erfolgte in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts durch Martin Naumann. Vgl. M. NAUMANN, *Der Regierungsantritt Herzog Wilhelms und die Entstehung der ersten thüringischen Landesordnung 1445/1446*, Maschinenschriftliche Fassung im Thüringer Hauptstaatsarchiv. Zuletzt wiedergegeben bei: G. MÜLLER, *Die thüringische Landesordnung vom 9. Januar 1446*, in: Zeitschrift des Vereins für Thüringische Geschichte, Band 50, 1996, S. 17-35.

Diese Landesordnung wiederum war nach der vierzig Jahre später – 1485 – vollzogenen folgenreichen Teilung Sachsens eine der Grundlagen nachfolgender Landesordnungen; und zwar für beide daraus hervorgehenden herrschaftlichen Linien. Auch hier wird die Forschung Näherem noch nachzugehen haben. So ist die „*Weißenseer*“ Landesordnung in ihrer Bedeutung zwar seit mehreren Jahrzehnten erkannt,⁸⁾ sie steht jedoch immer noch im Schatten anderer verfassungsgeschichtlich wichtiger Zäsuren sächsischer, und damit auch deutscher Geschichte. Auch hatte es Landesordnungen vereinzelt schon früher, vor 1446, und auch später in anderen Territorien gegeben; jene wiesen jedoch einen grundlegend anderen Charakter auf. Das Besondere an der Weißenseer Landesordnung vom 9. Januar 1446 war *zum einen*, dass Landesherr und Stände ein als immerwährend gedachtes Bündnis schlossen, *zum anderen* waren in dieser Urkunde die in Landes- und Polizeiordnungen üblichen Bestimmungen mit vereint. Das wiederum bedeutete, dass die Landstände auch bereits wesentliche inhaltliche Seiten modernen staatspolitischen Handelns mit zu tragen sich verpflichteten. Die Auswirkungen, die diese Spezifik für Sachsen und seine Entwicklung – möglicherweise auch darüber hinaus – hatte, sind eben noch kaum untersucht. Und selbst herkömmlich geartete Landesordnungen kamen in vielen Gebieten des Alten Reiches erst in folgender Zeit zustande. In jedem Falle ging der Landtag zu Weißensee mit einem bedeutsamen Dokument voran.



Siegel der Stadt Weissensee (Thüringen)
aus dem Jahr 1446.

(8) Vgl. G. RICHTER, *Die ernestinischen Landesordnungen und ihre Vorläufer von 1446 und 1482*. (= Mitteldeutsche Forschungen, Hrsg. R. Oesch – W. Schlesinger – L. E. Schmitt, Band 34), Köln-Graz 1964.

Der verfassungsgeschichtliche Hintergrund der Entstehung dieser Ordnung war folgender: In Thüringen hatten die wettinischen Markgrafen von Meißen seit dem 13. Jahrhundert als Land- und Pfalzgrafen festen Fuß gefasst. Sie schlossen ihren territorialen Besitz und die von ihnen beanspruchten Rechte in Ämtern und Pflegen zusammen. Das Jahr 1423 wurde zu einem entscheidenden in der sächsischen Geschichte: Zum einen wurde der *Markgraf von Sachsen-Meißen – Friedrich der Streitbare* genannt, Regierungszeit 1423-1428 – mit dem Herzogtum Sachsen-Wittenberg belehnt. Verbunden damit war, dass die vom sächsischen Herzog mit der Goldenen Bulle von 1356 auch urkundlich erlangte Kurwürde nunmehr auf jenen Markgrafen *Friedrich* überging. *Zum anderen* war die Markgrafschaft – das nunmehrige Kursachsen – nach zuvor erfolgten wiederholten Teilungen seit der Mitte des 15. Jahrhunderts zu einem territorium clausum wieder vereinigt.⁹⁾ Damit ging zugleich der Name Sachsen von dem neuerworbenen Gebiet auf den meißnischen und thüringischen Besitz der Wettiner über.

In den darauf folgenden Jahren wurde die Burggrafschaft Meißen, der Kern des Vogtlands und weitere Gebiete erworben. Ein Herrschaftsgebiet ansehnlichen Ausmaßes war entstanden. Der nachfolgende sächsische *Kurfürst Friedrich II. – Friedrich der Sanftmütige* genannt –, Regierungszeit 1428-1464, hatte das im Jahre 1440 an ihn gefallene Thüringen zunächst mit seinem Bruder, *Wilhelm dem Tapferen*, Regierungszeit 1445-1482, für kurze Zeit gemeinsam regiert.¹⁰⁾ – Aber: Mit dem gemeinsamen Regieren war und ist es stets ein besonderes Problem. Ein Bruderkrieg brachte im Ergebnis am 10. Dezember 1445 die Teilung der wettinischen Lande, und ein Machtspruch des Tribunals zu Halle hat diese umstrittene Aufteilung bald darauf endgültig bestätigt. Ein für den einzu-berufenden Landtag bedeutsames Ereignis, denn *Herzog Wilhelm* erhielt einen Teil Thüringens und mehrere Ämter im Fränkischen sowie im sogenannten Osterland.¹¹⁾

Herzog Wilhelm war nicht unvorbereitet. Bereits zwei Jahre zuvor hatte er als weiser Regent einem juristischen Experten den Auftrag gegeben, eine Bestandaufnahme des Landes vorzunehmen. Im einem benachbarten kleinen Ort¹²⁾ erstellte ein herzoglicher Oberschreiber im Februar 1443 eine fast perfekte Beschreibung der wettinischen Güter. Alle Ämter, die Amtsbezirke mit all ihren ansässigen Untertanen, die Gerichtszuständigkeiten und nicht zuletzt die möglichen Steuereinnahmen waren dem Landesherrn damit recht präzise bekannt und ihm wurde somit eine berechenbare Politik –

(9) Im Jahre 1439 war die Burggrafschaft Meißen hinzugekommen, 1466 wurde der Kern des Vogtlands (die Herrschaft Plauen) von den Reußen erworben, so dass ein Herrschaftsgebiet ansehnlichen Ausmaßes entstanden war. Vgl. dazu wie zur Geschichte Sachsens im folgenden: K. W. BÖTTIGER, *Geschichte des Kurstaats und Königreichs Sachsen*, Band I-III, bearb. Th. Flade, Gotha 1867-1873²; K. CZOK [Hrsg.], *Geschichte Sachsens*, Weimar 1989, S.105ff.

(10) Vgl. M. WILBERG, *Regententabellen*, Frankfurt/Oder 1906 (unveränderter Nachdruck Augsburg 1995), S. 174f.

(11) Dies waren Territorien um die im Ostthüringischen gelegene Gegend um Weida mit der Kernbug Osterburg.

(12) Das ein Dutzend Meilen von Weißensee entfernt liegende Buttstedt; der Schreiber: *Thomas von Buttstedt* genannt.

vor allem in Steuerangelegenheiten – möglich. Eine Grundlage für die bald auf den Weg zu bringenden grundlegenden verfassungsrechtlichen Leistungen Herzog Wilhelms.

Nunmehr, zwei Jahre danach – es ist der den Chroniken nach strenge Winter 1445/1446 – ist der Herzog entschlossen und entsprechend vorbereitet, die Grundlagen künftigen Regierens grundlegend neu zu gestalten. Dazu berief er jenen entscheidenden Landtag nach Weißensee ein. Die Landtage als wesentlicher Teil im staatlich-rechtlichen Ordnungsgefüge des Spätmittelalters und der frühen Neuzeit vereinigten die Stände: die Grafen und Herren, die Ritterschaft und – dies jedoch nicht immer – die Städte. – Auf diesem maßgeblichen Landtag sind alle drei vertreten. Sie sind Ausdruck für das verfassungsrechtliche Zusammenwirken von Landesherr und den im Land ansässigen lokalen Herrschaftsträgern.

Bereits in der zweiten Dezemberhälfte des Jahres 1445 tagte in Weißensee zunächst ein Ausschuß der Stände mit den entsprechenden juristischen Bediensteten. Hier wurde der Entwurf zu einer neuen Landesordnung erstellt. Der Inhalt bewegte sich noch im Üblichen solcher Ordnungen: Regelungen, die das Zusammenleben der prosperierenden modernen Gesellschaft garantieren. Über zwei berichten die Chronisten mit Namen: *Bodo Graf von Stolberg* und aus der herzoglichen Kanzlei der schon erwähnte *Thomas von Buttstedt*.¹³⁾ Mit dem Jahreswechsel – am 31. Dezember 1445 – waren die Arbeiten an der Landesordnung abgeschlossen.

Die in den ersten Januartagen – wahrscheinlich am 9. Januar 1446 – beschlossene Landesordnung wurde zur maßgebenden Institution dieses Zusammengehens und trug zur Stabilität der Landesherrschaft bei. Unter diesen „ausgewogenen“ Verhältnissen des Regierens konnte sich regional die neuzeitliche Wirtschafts-, Sozial- und Rechtsordnung mit einer entsprechenden Kultur entwickeln. Letztlich war dafür allerdings das jeweilige komplizierte politische, wirtschaftliche und soziale Gefüge im Territorium entscheidend. So waren in diesem ersten Landtag zu Weißensee schätzungsweise fünf Dutzend der rund zweihundert thüringischen Herrschaftsgeschlechter vertreten.¹⁴⁾ Sie trugen eine gewachsene Verfassungsordnung mit und waren bereit, fortan auf Landtagen prinzipielle Fragen und Anforderungen an den Territorialstaat, v. a. solche der Steuererhebung sowie des Landes- und Rechtsfriedens, mit zu entscheiden. Herzog Wilhelms Bestrebung war es zugleich, durch einen Landfrieden die aus dem mittelalterlichen Recht herrührenden Fehden auch für sein Territorium endgültig zu beenden. Knapp fünfzig Jahre später wird der bedeutende Reformreichstag zu Worms den dort vom Kaiser mit den Reichständen beschlossenen Ewigen Landfrieden verkünden.

Nachdem Herzog *Wilhelm* im Jahr 1482 kinderlos verstorben war, fiel Thüringen an seine Neffen, den Kurfürsten *Ernst* und an *Albert den Beherzten*, die es zunächst gemeinsam regierten. Im August 1485 kam es dann zur sogenannten Leipziger Teilung

(13) M. NAUMANN, *Die wettinische Landesteilung von 1445*, in: *Neues Archiv für sächsische Geschichte*, Band 60, 1939, S. 171-213.

(14) So die Feststellungen von Gerhard Müller. Vgl. G. MÜLLER, *Der thüringische Landtag zu Weißensee und die Landesordnung Herzog Wilhelms des Tapferen vom 9. Januar 1446*, in: *Die Stadt Weißensee, Weißensee 1998*, S. 27-44, insbesondere S. 37-42.

in die beiden, die mitteldeutsche Geschichte prägenden sächsischen Herrschaftsgebiete; eine Aufspaltung, die nie mehr rückgängig gemacht wurde. Im Ergebnis erhielt Kurfürst *Ernst* das Kurland Sachsen; Herzog *Albrecht* hingegen die Markgrafschaft Meißen mit den Zentren Dresden und Freiberg sowie weitere bedeutende Territorien und Ämter.¹⁵⁾ Fortan regierten die Anhaltinische Linie auf der einen sowie die Ernestinische Linie auf der anderen Seite, wobei die Kurwürde nach der Niederlage von Kurfürst *Johann Friedrich I. - des Großmütigen*, Regierungszeit 1532-1547, im Schmalkaldischen Krieg - in der Schlacht zu Mühlberg - und der darauf folgenden Wittenberger Kapitulation im Jahre 1547 auf die Anhaltiner wechselte.

Und: In Anlehnung an die Landesordnung von 1446 erhielt die drei Jahre zuvor - im Jahr 1482 - erlassene neue Landesordnung auf diesem Weg für die nächsten Jahrhunderte Geltung in den Territorien beider Herrschaftslinien.

Nach dem bereits eingangs erwähnten Aufblühen Sachsens in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts erstarkte das Kurfürstentum vor allem nach der entscheidenden Teilung im Jahre 1485 durch gezielte Entscheidungen in wirtschaftlicher wie auch politischer Hinsicht. Bereits *Moritz von Sachsen* (Regierungszeit 1541 [als Kurfürst 1547] - 1553) hatte eine Verwaltungsreform in Gang zu setzen begonnen, die sein Bruder *August* (Regierungszeit 1553-1586) aufgriff und weitgehend abschloß. Dazu gehörte der Versuch, das geltende Recht mittels der Kursächsischen Konstitutionen von 1572 zu vereinheitlichen. Diese „bedeutendste Gesetzgebung ihrer Zeit und des nächstfolgenden Jahrhunderts“, wie *Roderich Stintzing* sie später nannte,¹⁶⁾ soll im folgenden näher betrachtet sein.¹⁷⁾

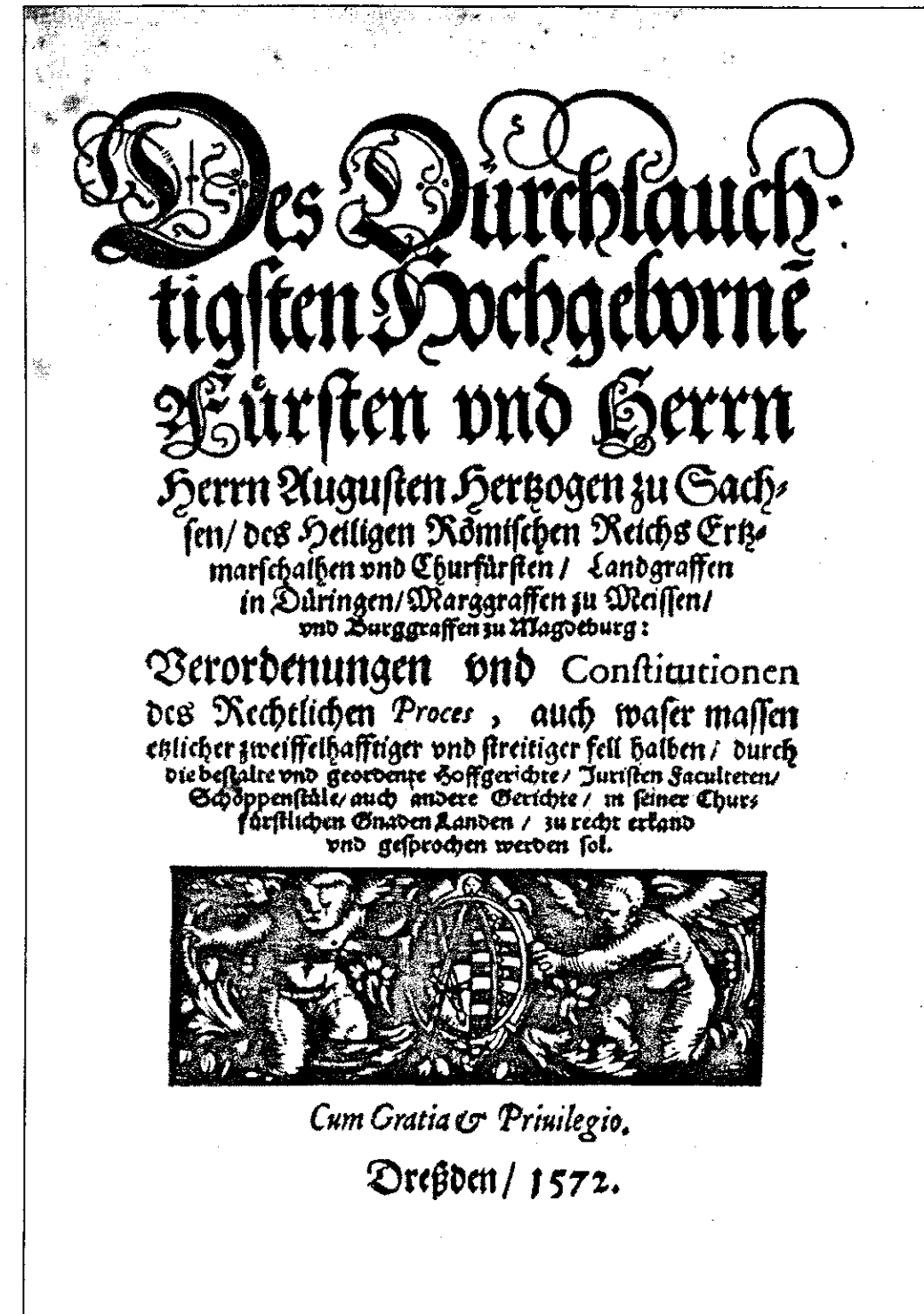
II.

Eine maßgebliche Ursache für das Schaffen der Kursächsischen Konstitutionen lag in der uneinheitlichen Spruchpraxis der Gerichte: Insbesondere die Rechtsvoten der Konsistorien waren zu einem dauernden Streitpunkt geworden und verlangten fast immer wieder ein korrigierendes Eingreifen des Landesherrn. Allein dies genügte nicht mehr. Eine grundlegende Neugestaltung war erforderlich. *Moritz von Sachsen* hatte mit seiner Politik bereits die innere Verfassung in Kursachsen im wesentlichen ausgeformt;

(15) So zum Beispiel Leipzig, Merseburg und andere. S. Einzelheiten bei: K. CZOK [Hrsg.], *Geschichte Sachsens*, S. 151ff.

(16) R. STINTZING, *Geschichte der Deutschen Rechtswissenschaft*, Erste Abtheilung, München-Leipzig 1880, S. 558.

(17) Die Darstellung knüpft an einen Beitrag an, den der Verfasser im vergangenen Jahr in einer Festschrift zu Ehren des 80. Geburtstages des Rechtshistorikers Rolf Lieberwirth veröffentlicht hat. G. LINGELBACH, *Der „Codex Augusteus“ - zu Entstehung, Inhalt und Wirkungsgeschichte einer (fast) vergessenen Rechtsammlung*, in: *Recht - Idee - Geschichte*, Hrsg. H. Lück - B. Schildt, Köln-Weimar-Wien 2000, S. 249-274.



Titelkupfer der Erstausgabe der Kursächsischen Konstitutionen
Dresden 1572.



was ausstand, war nunmehr auch die als generelles Problem in jener Zeit im Reich stehende Garantie einer Rechtsprechung, die auf möglichst einheitlichen Kriterien beruht.

Zunächst gelang über Jahrzehnte kein Durchbruch. Seit der Reformation, die Sachsen weitgehend ergriff, wurde dieses Bemühen sogar erschwert. Es war weder ein protestantisches Kirchenrecht ausgeformt noch existierte eine einheitliche Konsistorialordnung; zudem fehlte eine gemeinsame Oberbehörde. Ein gewisser Abschluß in der Entwicklung der protestantischen Kirchenverfassung wurde in diesen punkten dann allerdings im Jahr 1580 mit dem Erlaß der Kirchenordnung und der Errichtung eines Oberkonsistoriums in Dresden erreicht.¹⁸⁾ Letztlich waren es aber die „Kursächsischen Konstitutionen“, die die sächsische Entwicklung nachhaltig beeinflussten. Sie sind nicht nur für die folgenden Jahrhunderte die bedeutenden grundlegenden (kur)sächsischen Rechtsvorschriften, sondern werden zu recht als „die hervorragende Landesgesetzgebung des 16. Jahrhunderts“ bezeichnet – so Otto von Gierke.¹⁹⁾

Dem wohl bedeutendsten sächsischen Fürst – Herzog Moritz von Sachsen, – gelangen in seiner Regierungszeit – seit 1547 als Kurfürst – maßgebliche Gebiets-erweiterungen für das anhaltinische Sachsen sowie der Erwerb der Stiftskonsistorien Merseburg, Zeitz und Wurzen. Ihren Niederschlag fand diese Entwicklung unter anderem in der bereits erwähnten revidierten Landesordnung von 1543 sowie deren Ergänzungen bis zu Jahr 1555.²⁰⁾ Durch gezielte Maßnahmen nahm das Land einen beachtlichen wirtschaftlichen Aufschwung. Zudem wurden in den Jahren ab 1559 die Gebiete der evangelisch gewordenen Bistümer Meißen, Merseburg und Naumburg dem Kurstaat einverleibt und 1569 das Vogtland endgültig erworben.

Ein versuchter politischer Anschluß an die gesamtprotestantische Bewegung hingegen scheiterte am Widerstand der Stände Kursachsens.²¹⁾ Somit blieb auch der Versuch zur Errichtung eines den mitteldeutschen Raum ausfüllenden Großstaats unverwirklicht.²²⁾ Sachsens Glanz strahlte fortan stark aus der Landesresidenz Dresden, das seit dem 17. Jahrhundert ein lebendiges Zentrum von Geist und Kultur wurde.²³⁾ Dazu hat die Jurisprudenz Sachsens – nicht zuletzt mit den ausgearbeiteten und in den folgenden Jahrhunderten fortgebildeten Kursächsischen Konstitutionen – beigetragen, so dass die sächsische Rechtsgelehrten in toto Einiges ins gelehrte Recht der Neuzeit einbrachte; unter anderem den Sächsischen Prozeß.²⁴⁾

(18) K. BLASCHKE – W. HAUPT – H. WIEßNER, *Die Kirchenorganisation in den Bistümern Meißen, Merseburg und Naumburg um 1500*, Weimar 1969, S. 38ff.

(19) O. v. GIERKE, *Deutsches Privatrecht*, Band I, Leipzig 1895, S. 68.

(20) Vgl. die Bezeichnungen und Fundstellen jener Landesordnungen bei Anm. 2 und 3.

(21) Vgl. zur Ausgangssituation vor der Reformation: W. SCHLESINGER, *Kirchengeschichte Sachsens im Mittelalter*, 2 Bände, Köln-Graz 1962.

(22) R. KÖTZSCHKE – H. KRETZSCHMAR, *Sächsische Geschichte*, Band 2, Dresden 1935, S. 187ff.

(23) Vgl. K. CZOK, *August der Starke und Kursachsen*, 2. Aufl., Leipzig 1988.

(24) Dazu im abschließenden Abschnitt dieses Beitrags.

Ausschreiben,

Churfürst Morizens und Herrn Augusti, Gebrüderer, Herzoge zu Sachsen, die Policen, Justiz und andere Articul belangend, den 12. Nov.

Anno 1550.

An. 1550.

On Gottes Gnaden, Wir, Moriz, des heiligen Römischen Reichs Erz-Marschalch und Churfürst, Und von denselben Gnaden, Wir Augustus Gebrüderer, Herzogen zu Sachsen, Landgrafen in Düringen, Marggrafen zu Meissen, etc. Entbieten allen und ieden, Unsern Grafen, Herren, Rittersn, Knechten, Vogten und Pflegern, Bürgermeistern, Räten, Gemeinden, Schultheissen, Unterthanen, Verwandten, und männiglich, so sich in unsern Landen thun enthalten, wes Namens oder Standes die seyn, sonderlich auch denen Geistlichen, Superatendenten und Pfarrherren, unsern Gruß und Gnade.

Wolgeborne, Edle, auch Würdige, Liebe Getreuen, und Andächtige: Als auff gehaltenen Land-Tagen, Uns, dem Churfürsten, von denen von der Ritterschaft und Städten eglische Articel, schriftlich übergeben, und unterthänig gebeten worden, daß Wir darinne Verordnunge und Verfehunge thun wollen; Als haben wir also beyderseits, weil Wir anderer unserer obliegenden Sachen halben, ehe darzu nicht kommen mögen, dieselben vor die Hand genommen, ferner betrogen und berathschlaget, und Uns darneben erinnert, daß die Röm. Käyserl. Mayr. unser aller gnädigster Herr, auf hiebevorder gehaltenem Reichstag zu Augspurg, mit Rath, derer Churfürsten, Fürsten, und Stände des R. Reichs, in eglischen denselben Articeln, Ordnung gemacht, und in dem heiligen Reiche zu eröffnen, befohlen. Demnach thun Wir hiermit euch solche Käyserliche Ordnung verkünden, und in denen andern Articeln, nachfolgende Verfehunge.

Erflich aber ermahnen Wir euch alle, und ieden besonders, ihr wollest euch unserer vorigen Ausschreiben fleißig erinnern, und euch also die vorstehenden gefährlichen Läuße, in nichts bewegen lassen; Dann das Werck an ihm selbst, wird Zeugniß geben, daß in unsern Landen, beyde in Kirchen und Schulen, nichts sol gehalten noch gelähret werden, das Gottes Wort entgegen, und das mit guten Gewissen nicht geschehen könnte; Wir wollen auch zu Gott hoffen, Er werde Uns, und euch, seine Gnade verleihen, daß Wir, und ihr, unser Leben in seiner Furcht, Gehorsam und aller Gottseligkeit führen,

Von Gottes-lästern, Fluchen und Schwören.

Wie ernstlich die Laster, der Lästern Gottes, beyde von Gott und der Welt, allewege gestraffet, das besagen die Biblischen und andere Schrifften; Dieweil es dann, dieser Zeit, leider, bey der Jugend und dem Alter, trefflich überhand genommen, ist die höchste Nothdurfft, ihme mit ernster Straffe entgegen zugehen, dann ohne das zu besorgen, Gott werde die Welt nachmals darum straffen; Derhalben die Käyserl. Maj. geordnet: Welcher Gott lästert, Gott zumißt, daß seiner Göttlichen Majest. nicht bequem, oder mit seinen Worten, dasjenige, so Gott zusaget, abschneiden wolte; oder: ob Gott nicht ein Ding vermöchte, oder nicht gerecht wäre, oder sonst dergleichen freveliche verächtliche Lasterwort, ohne Mittel, in oder wider Gott, seine heilige Menschheit, oder die Göttlichen Sacramenta redet, daß er am Leben, oder mit benehmung eilicher Glieder, peinlich soll gestraffet werden; Darnach sich ein ieder wisse zu richten, und für solcher Straff zu hüten.

So ist es auch nicht Christlich, die Wunden und das Leiden Christi, so um unserer Erlösung willen geschehen, zu des Nächsten Verderbe, zu wünschen, da Wir doch Gott allezeit dafür sollen dankbar seyn.

Derowegen ordnen und wollen wir, daß männiglich, wie es zu der in unsern Landen Gerichte hat, die Lästere Gottes, bestraffen, wie gemelt, und die Flüche, sonst ernstlich straffe, daß sie in die Eifen für die Kirchen, Rathshäuser oder Schenkstädte, männiglich vorstellen, und sich sonst ein ieder derer Gerichte halben, also erzeige, damit diese Laster ungestraffet nicht bleiben, So weit sie Gottes und unsere Straffe wollen vermeiden.

Von verdächtigen Schrifften, Liedern und Gemälden.

Es werden in unsere Lande, Schrifften, Lieder und Gemälde geschoben, die zu besorglichen Gefahren gerichtet, damit man unsere Unterthanen bewegen will. Derhalben haben Wir hiebevorder ein Ausschreiben gethan, welches wir hiermit verneuern, abermals ernstlich befehlende, und gebieten, wo hinfürder jemand solches

Confer. P.
4. Conf. 1.
& Decif.
75.

Ausschreiben des Kurfürstens Moritz von Sachsen vom 12. November 1500, die Gebrechen der Policity und Justiz betreffend, Seite aus der Erstausgabe des Codex Augusteus - Leipzig 1724.

Nach dem Wendepunkt in der sächsischen Geschichte im Jahre 1547 stand als eine entscheidende Aufgabe des kursächsischen Hofes die Neuordnung des Hofgerichts.²⁵⁾ Unter Kurfürst *Moritz von Sachsen* und insbesondere in der Regierungszeit dann seines Bruders *August* begannen die Festigung und der Ausbau des sächsischen Staates, die sich über mehr als ein Vierteljahrhundert erstreckten. Maßgeblich dabei war zunächst eine Reform der Gerichtsverfassung und des Prozeßrechts.²⁶⁾ Diese war dringlicher geworden, da das Wittenberger Hofgericht seit dem Schmalkaldischen Krieg völlig zum Erliegen gekommen war.²⁷⁾ Auf Bitten der Landstände stellte Kurfürst *Moritz* zunächst dieses Hofgericht wieder her und gab ihm im Jahre 1550 eine neue Ordnung – die neue Wittenberger Hofgerichtsordnung.²⁸⁾ Es war dies eben nicht „eine Wiederholung der Leipziger Oberhofgerichtsordnung“,²⁹⁾ sondern eine neue und vor allem erweiterte Fassung der Wittenberger Hofgerichtsordnung von 1529; und diese hatte im Gefolge der Reformation andere Züge ausgeprägt. Im übrigen stimmen die personellen Zuständigkeitsregelungen fast wörtlich mit denen der Coburger Hofgerichtsordnung von 1544 und der Leipziger Oberhofgerichtsordnung von 1548 überein.³⁰⁾

Dennoch wies auch diese veränderte kursächsische Gerichtsverfassung Mängel auf. Die maßgebende Rechtsquellen stammten aus dem Hochmittelalter und hatten auf manchem Rechtsgebiet – trotz zahlreicher, im Laufe der Jahrhunderte erfolgter Glossierungen – nunmehr bestimmte Grenzen gezeigt. Kurfürst *August* hatte seinem kurfürstlichen Rat Kanzler und Oberhofrichter *Dr. Melchior von Osse[a]* (1506/07 - 1557)³¹⁾ im Jahre 1555 dann „ein unscheulich Bedenken“ für die Verbesserung der Justiz abverlangt. Dieser zeitgenössische Kenner des kursächsischen Gerichtssystems hat in einem

(25) Zur Entwicklung der kursächsischen Gerichtsorganisation bis zur Neuordnung der sächsischen Hofgerichte Mitte des 16. Jahrhunderts vgl. als umfassende jüngste Gesamtschau: H. LÜCK, *Die kursächsische Gerichtsverfassung 1423-1550* (= Forschungen zur Deutschen Rechtsgeschichte, Hrsg. S. Gagnér – H. Krause – D. Willoweit, 17. Band), Köln-Weimar-Wien 1997, zu den Hofordnungen dort S. 137ff.

(26) Vgl. A. LOBE, *Ursprung und Entwicklung der höchsten sächsischen Gerichte. Ein Beitrag zur Geschichte der sächsischen Rechtspflege*, Leipzig 1905, S. 31ff.

(27) Vgl. Präambel der Wittenberger Hofgerichtsordnung von 1550, in: *Codex I*, Sp. 1337.

(28) Ordnung Des Churfürstl., Sächsischen Hof-Gerichts zu Wittenberg von Churfürst Mauritio zu Sachsen, de Anno 1550 (*Codex Augusteus*, Band I, Sp. 1337-1346) sowie Folgebefehle und Ordnungen Sp. 1346-1350.

(29) A. LOBE, *Ursprung*, S. 33.

(30) Ordnung des Churfürstl. Sächsischen Über-Hof-Gerichts zu Leipzig und darzu gehörige Sachen / Ordnung Churf. Mauriti zu Sachsen des Churfürstl. Sächsischen Ober-Hof-Gerichts zu Leipzig, den 22. Decembr., An 1548 (*Codex I*, Sp. 1279-1290) sowie Folgebefehle (ebenda, Sp. 1290-1332); vgl. auch H. LÜCK, *Die kursächsische Gerichtsverfassung*, S. 139ff.

(31) O. A. HECKER, *Schriften Dr. Melchior v. Osse mit einem Lebensabriß und einem Anhang von Briefen und Akten*, Leipzig – Berlin 1922, Einleitung S. IV; zu Melchior v. Osse auch K. LUIG, in: HRG, Band III, Berlin 1984, Sp. 1329ff.

umfangreichen Traktat³²⁾ die Gebrechen des sächsischen Rechtswesens dargelegt.³³⁾ Zu Neujahr 1556 übersandte *Osse* seinem Landesherrn Ausarbeitung der entscheidenden *Gravamina* im sächsischen Rechtsgang. (Später wurden diese Ausführungen auf Grund ihrer Bedeutung als dessen politisches Testament gedeutet.) Wenige Jahre darauf – um 1560 – veranlaßte Kurfürst *August* auf dieser Grundlage eine Justizreform.

Als studiertem Juristen fielen *von Osse* insbesondere die im Widerspruch zu römisch-rechtlichen Auffassungen stehenden sächsischen Verhältnisse als entscheidende Probleme auf. Vor allem betraf das Charakteristika des Rechtslebens wie die Ämterhäufung bei einzelnen Personen in den Schöffenstühlen, Juristenfakultäten und Hofgerichten sowie das aus vergangenen Tagen rührende Tätigwerden derselben Personen als Advokaten und Urteilsfinder. Sein vorgeschlagener Weg zielte jedoch nicht auf ein völliges Setzen auf römisch-rechtliche Strukturen und Methoden, sondern beinhalteten den Versuch, sächsisches Rechtsdenken mit jenem zu verknüpfen.

Ein erster Schritt zur Besserung war der bereits im gleichen Jahr für alle Prokuratoren und Advokaten am sächsischen Hofgericht zwingend vorgeschriebene erfolgreiche Abschluß des juristischen Studiums, immerhin aufgenommen in die Landesordnung.³⁴⁾ Für die Armen wurde zudem ein gesonderter Armenprokurator und Advokat angestellt. Das Tätigwerden als Prokurator oder Advokator war in der Mitte des 16. Jahrhunderts oftmals kaum unterschieden, so dass die Oberhofgerichtsordnung das ausdrückliche Gebot enthielt, sich als Prokurator jeglicher Tätigkeit als Advokat zu enthalten.³⁵⁾

Ebenso remonstrierte *Osse* die Besetzung der staatlichen Ämter mit Personen, die nicht über die nötige universitäre Bildung geschulter Juristen verfügten, das übereilte Abfassen von Urteilen sowie vor allem den langwierigen Prozeß. Letzteren hat er sogar als den „Hauptfeind“ der kursächsischen Justiz bezeichnet:

„Aber noch ein großer Beschwerung des Landes ist, dass man so viel ungelehrte, unverständige Procuratoren uffen Lande und in Städten leidet, dass Handwerksleute, die verderben aber nicht arbeiten wollen, Kirchner und ander Gesindlein, dass die Arbeit fliehet, sich unterstehen zu procuriren und der Recht nicht allein keinen Verstand haben, sondern eines Theils auch nicht schreiben und lesen können, hetzen die armen einfältigen Bürgers- und Bauers-Leute in einander, hindern gültliche Verträge, haben auch eins Theils ihre Leute bis in die Schänck und Bierhäuser umbherzugehen, die Leute zu zäncken wider ihre Erbherren oder ander Leute anreizen und danach zu den elenden Leuten weisen.

Dieß sind in Wahrheit die Frösche von denen Originps sagt, bei denen Nichts ist denn unnütze wie quäken und schreien und bringen doch solche Gesellen viel Gelds von den armen Unterthanen. Darumb sollte gut sein, dass man Advokaten und Procuratoribus, die sich solcher Unart unterstünden, in die Würffel griffe und mein gnädigster Herr die

(32) Abgedruckt in: O. A. HECKER, *Schriften*, S. 269ff.

(33) Vgl. R. STINTZING, *Geschichte*, S. 74, 547ff.

(34) *Codex Augusteus*, Band I, Sp. 48.

(35) *Codex Augusteus*, Band I, Sp. 1281f.; vgl. auch A. LOBE, *Ursprung*, S. 39.

unverständige ungelehrte Procuratoris im Lande gänzlichen abschaffte. Denn die bringen durch ihren bößhaften Unverstand Schaden und kein Frommen.“³⁶⁾

Ferner warf er den Untergerichten Willkür vor, besonders bei der Anwendung der Folter.³⁷⁾

Seine fundierte Kritik an prozessualen Strukturen und personalpolitischen Praktiken belegen zugleich dessen praktische Erfahrung. Osse akzeptierte grundsätzlich die kursächsische Gerichtsverfassung; hielt sie jedoch insgesamt für dringend reformbedürftig. Im Leipziger Schöppenstuhl und dem dort ansässigen Oberhofgericht sah er jeweils ein „Cleinot“ der sächsischen Lande,³⁸⁾ wobei er an der Ausarbeitung der bereits erwähnten Leipziger Oberhofgerichtsordnung von 1548 ebenfalls maßgeblichen Anteil hatte.³⁹⁾

Dennoch war die kursächsische Justiz nach dem Jahr 1550 weder durch die Schaffung neuer Gerichtsbehörden noch durch tiefgreifende Veränderungen der alten Institution entscheidend reformiert worden. Diese Aufgabe wurde erst mit den Konstitutionen von 1572 in Angriff genommen.

Zunächst einmal ist für das sächsische Recht grundsätzlich festzustellen: Es war gekennzeichnet von besonders umfangreichen Prozeßvorschriften, die auch in den eben erwähnten Gerichtsordnungen einen breiten Raum ausfüllten. Mit diesen nahm der sächsische Prozeß einen Ausgang.⁴⁰⁾ Das geht zurück auf die besondere Form der Rezeption des Römischen Rechts in den sächsischen Gebieten. Zumindest für das 17. Jahrhundert trifft die Einschätzung Buchdas das Problem, wonach „sich das sächs[ische] Recht durch zähes Festhalten am Bodenständigen seinen eigenen Charakter zu bewahren (vermochte)“.⁴¹⁾ Melchior von Osses energisches, aber zugleich die gewachsenen verhältnisse berücksichtigendes Wirken dürfte dazu beigetragen haben. So waren beispielsweise im Kurfürstentum als Rechtsmittel sowohl die *Läuterung nach sächsischem Recht* wie auch die *Appellation nach römisch-rezipiertem Kaiserrecht* zugelassen. Erst im Verlauf des 16. Jahrhunderts vollzog sich in den Ländern des sächsischen Rechts eine „wirkliche Rezeption“.⁴²⁾

Insoweit leistete das gemeine Sachsenrecht dem rezipiertem Römischen Recht einerseits einen gewissen Widerstand, andererseits war auch für Sachsen die Rezeption ein das moderne Recht prägender Prozeß der Verwissenschaftlichung unter Aufnahme

(36) M. von OSSE, *Politisches Testament*, S. 461; Zit. nach: R. STINTZING, *Geschichte*, S. 74-75.

(37) O. A. HECKER, *Schriften*, S. 460.

(38) Ebenda, S. 445, 453.

(39) K. LUIG, *Melchior v. Osse*, Sp. 1329.

(40) G. BUCHDA, *Die Rechtsmittel im sächsischen Prozeß*, ZRG, GA, Band 75, 1958, S. 274ff.; DERS., *Der Beweis im mittelalterlichen sächsischen Recht*, Rec. Societé Jean Bodin, Bd. XVII, Brüssel 1965, S. 519ff.

(41) G. BUCHDA, *Kursächsische Konstitutionen*, in: HRG, Band II, Berlin 1978, Sp. 1304ff.

(42) G. BUCHDA, *Die Rechtsmittel*, S. 274ff. [348].

des römisch-byzantinischen Rechts. Dies wurde für die nachfolgende Entwicklung des gemeinen Sachsenrechts bedeutsam.⁴³⁾

Die Kursächsischen Konstitutionen von 1572 zählen zu den bedeutendsten Rechtsquellen Kursachsens im Ancien Régime.⁴⁴⁾ Sie wurden zudem in zahlreichen ernestinischen Staaten rezipiert und hatten überdies einen großen Einfluß auf die Gesetzgebung anderer Länder.⁴⁵⁾

Sie wurden seit deren Verabschiedung immer wieder neu publiziert. Ferner gibt es über 40 weitere Konstitutionen, die mangels offizieller Verabschiedung ohne Gesetzeskraft blieben (*Constitutiones ineditae*).⁴⁶⁾

Der Ausgangspunkt für den „eigenartigen Typus von Streitfragengesetzgebung“, den die Kursächsischen Konstitutionen unter den deutschen Landesgesetzen ausmachen, war bereits im Jahre 1547 gesetzt. Mit dem Erwerb des sächsischen Kurlandes um Wittenberg durch Herzog Moritz von Sachsen bestanden im albertinischen Kursachsen nunmehr zwei Universitäten mit Juristenfakultäten sowie zwei Hofgerichte: jeweils in Leipzig und in Wittenberg. Während der Schöppenstuhl zu Wittenberg aus der außeramtlichen Spruchtätigkeit von Hofgerichtsjuristen entstanden war, folgte der Leipziger Schöppenstuhl als Spruchkollegium einer tradierten Fakultätspraxis.

Zudem kam noch die kurfürstliche Landesregierung in Dresden als oberste landesherrliche Justizbehörde mit dem ihr als Spruchkolleg eingegliederten (alten) Appellationsgericht für Anfragen und Rechtsmeinungen in Betracht. Die Folge war, dass in einem relativ begrenzten geographischen Raum allein durch diese drei Gerichte recht gegensätzliche Standpunkte und Praktiken im juristischen Alltag aufeinandertreffen mußten. Und dies in einer Zeit, wo mit dem Eindringen des Römischen Rechts ohnehin die prinzipielle Rechtsfragen die Gerichte beschäftigten.

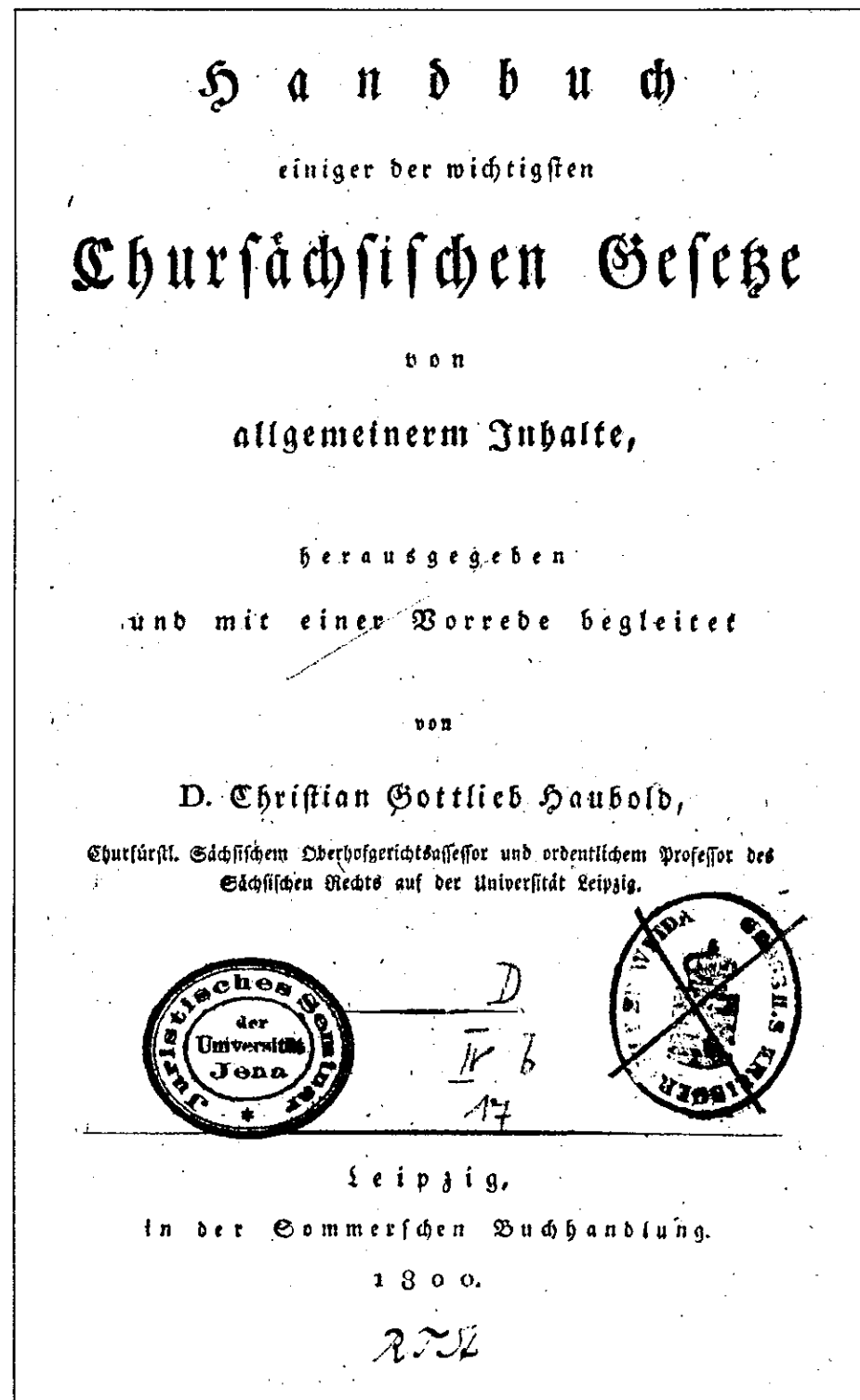
43) G. BUCHDA, *Gemeines Sachsenrecht*, in: HRG, Band I, Berlin 1971, Sp. 1510-1513.

(44) Konstitutionen gliedern sich in vier Teile: *Pars I: Judicialia* [Zivilprozeß] (32 Konstitutionen); *Pars II: De Contractibus vel Quasi* [die Verträge] (53 Konstitutionen); *Pars III: De Successionibus, Ultimis Voluntatibus et Investiture Feudali* [das Erbrecht einschließlich der Lehninvestitur] (38 Konstitutionen); *Pars IV: Criminalia* [Strafrecht] (48 Konstitutionen). Daneben wurden noch neun *Constitutiones separatae* beschlossen, die lehn- und strafrechtliche Fragen betreffen und von den Behörden geheimzuhalten waren.

(45) Zur Entstehung und Charakter s. H. Th. SCHLETTER, *Die Konstitutionen Kurfürst August's von Sachsen vom Jahre 1572. Geschichte, Quellenkunde und dogmengeschichtliche Charakteristik derselben*, Leipzig 1857; W. KUNKEL - H. THIEME [bearb. W. BEYERLE], *Quellen zur Neueren Privatrechtsgeschichte Deutschlands*, Band I, 2. Hbd., Weimar 1938, Einleitung S. XIff.; R. STINTZING, *Geschichte*, S. 551ff.

(46) Auszüge aus den beiden letztgenannten Gruppen finden sich bei Ch. G. HAUBOLDT, *Handbuch einiger der wichtigsten Chursächsischen Gesetze von allgemeinerem Inhalte*, Leipzig 1800, 2. ed. Heinrich Theodor Schletter, Leipzig 1837, sowie bei W. KUNKEL - H. THIEME [bearb. W. BEYERLE], *Quellen*, S. 301ff.

(47) G. BUCHDA, *Kursächsische Konstitutionen*, Sp. 1304.



Titelseite des Handbuchs wichtigster kursächsischer Gesetze
von Christian Gottlieb Haubold - Leipzig 1800.

Das Landesrecht des albertinischen Kurfürsten fußte zwar auf dem *Sachsenspiegel*,⁽⁴⁸⁾ dem *Richtsteig Landrechts*, dem *Sächsischen Weichbildrecht*⁽⁴⁹⁾ als einem *ius scriptum*. Aber diese Grundlagen waren längst in vielen Punkten verlassen. Die sächsische Rechtspraxis hatte das Sachsenrecht immer wieder fortgebildet. Nunmehr – Mitte des 16. Jahrhunderts – bedurfte es einer erneuten grundlegenden Anpassung. Allerdings trafen zu jener Zeit die regelmäßigen Anpassungszwänge mit dem Eindringen des Rechtsstoffs römisch-italienischer Herkunft zusammen. Dies mußte geistig-inhaltlich verarbeitet werden, wobei sich „die kursächs[ischen] Juristen mit ihren Landesherrn eines Sinnes wissen (durften); genoß der säch[ische] Kurfürst doch Ruf und Ansehen eines *interpret et defensor iuris veteris Saxonici*.“⁽⁵⁰⁾ Letztlich gelang es, das rezipierte Römische Recht mit der bodenständigen sächsischen Grundordnung zu einer brauchbaren Synthese zu vereinen.

Die unter diesen Zeitbedingungen hervortretenden rechtlichen Streitfragen – zumindest ein greifbarer Teil von ihnen – waren durch landesherrliche Verordnung zu entscheiden. An die Stelle zahlreicher Kontroversen war ein *ius certum* zu rücken. Dabei war es nicht Ziel und Aufgabe der kursächsischen Konstitutionen, einen mehr oder minder vollständigen, nach einem System angelegten und zu den Untertanen sprechenden Gesetzescodex zu schaffen wie ihn Württemberg seit 1555 beispielsweise in seinem Landrecht besaß. Im summarischen Ergebnis entstand „die *Augusteische Gesetzgebung*“, die als „*Entwicklungsstufe des deutschen Rechts*“ anzusehen ist und „eine Reihe der beachtenswertesten Momente für die theoretische Ergründung der einheimischen Rechtsinstitute sowol als auch für die richtige Beurtheilung ihrer neuern Gestaltung enthält.“⁽⁵¹⁾ Die Konstitutionen waren ein – allerdings wesentlicher – Teil davon.

Die Anregung zu diesem Gesetzeswerk kam von den Landständen. Die Städte rügten in ihren Bedenken zum Landtag 1565, es würden an den Schöppenstühlen der kurfürstlichen Lande in vielen Fällen „*ungleiche und widerwärtige Urteile*“ gesprochen, woraus „*nicht kleine Unrichtigkeit*“ erfolge. Daran knüpften sie die Bitte an den Kurfürsten, „*etzliche fürnehme Juristen beneben etzlichen der Landschaft, so der Landesbräuche*

(48) E. SINAUER, *Der Schlüssel des sächsischen Landrechts* (= Untersuchungen zur deutschen Staats- und Rechtsgeschichte, A.F., H. 139) Breslau 1928; M. SCHLÜTER, *Historisch- und Rechtsbegründeter Tractat von dem Erb-Rechte der Ehe-Leute, Wie selbiges in dem Gemeinen Kayserrechte mithin auch Sachsen-Rechte begründet*, Hamburg 1700; *Vonn Erbschafften der Erb- und Lehengüter, wie die nach Sechssischen Landt, Weichbildt und Leben, auch gemeinen KeyserRechten ane Testament und ab intestato vorerbt und vorfelleet werden*, Frankfurt 1562.

(49) A. v. DANIELS – F. v. GRUBEN, *Das Sächsische Weichbildrecht. Jus municipale saxonicum*, 1. Band, Berlin o. J.; W. v. THÜNGEN, *Das Sächsische Weichbildrecht nach dem Codex Palatinus Nro. 461*, Heidelberg 1837; *Sechsisch Weichbild* o. O. 1562.

(50) G. BUCHDA, *Gemeines Sachsenrecht*, Sp. 1512.

(51) H. Th. SCHLETTER, *Die Constitutionen*, Vorwort.

kundig, zu verordnen, die solcher streitigen Fälle halber sich nothdürftig unterreden und wie hinfüro darin gesprochen werden soll, vergleichen“.⁵²⁾

Kurfürst August griff die Beschwerde in der Erledigung der Landesgebrechen vom 29. September 1565 auf, und der nächste Landtag im Jahre 1570 erörterte die Angelegenheit von neuem. Den bisherigen, zu kritisierenden Zustand vermerkte nochmals die Landtagsproposition, wonach in den Schöppenstühlen zu Leipzig und Wittenberg „in vielen Peinlichen und Burglichen sachen unnd fellen auf die Rechtsfrage, auch in den Hoffgerichten widerwertigk erkandt und gesprochen“ werde. Zugleich versprach der Kurfürst, den „Hoffgerichte[n], JuristenFakulteten unnd Schöppenstühle[n] Urtheilssprechen halbenn“ den Doktoren und Professoren etliche aus dem Stande der Ritter wie auch der Städte zuzuordnen und sie miteinander „entlich ratschlagenn unnd schließenn lassenn“. Auf diesem Wege sollte in seinen Landen „ein bestendiges und gleichmæssiges Recht“ entstehen.⁵³⁾

Vorarbeiten zu diesem Projekt waren bereits erfolgt, so dass der Kurfürst auf dem Landtag bekanntgeben konnte, die Gelehrten in beiden Universitäten – Wittenberg und Leipzig – hätten ihre unterschiedlichen Bedenken in vielen Fällen schon zusammengetragen und gefaßt.⁵⁴⁾

Zu Beginn des Sommers 1571 berief Kurfürst August dann Vertreter beider Fakultäten zu einem Konvent nach Leipzig, auf dem sich die Zahl der Fragestücke noch erhöhte. Insgesamt waren danach 277 Fragen zu beraten und die Ergebnisse – 249 Quästionen – wurden in einem „großen Buche“ an den kursächsischen Hof geschickt.⁵⁵⁾ Dieses Material ist der eigentliche Entwurf der Kursächsischen Konstitutionen und bildete die Vorlage für die Beratungen zu einem weiteren – den zweiten – Konvent. Dieser fand im Jahre 1572 in Meißen statt. An ihm nahmen außer Vertretern der Fakultäten auch eine Reihe kurfürstlicher Hofräte teil.⁵⁶⁾ Der Meißner Konvent behandelte die vorliegenden Quästionen und unterbreitete diese dann dem kleinen und dem großen ritterschaftlichen Ausschuß. Vom Kurfürsten nicht angehört wurden hingegen die Städte, was nach der Verabschiedung der Konstitutionen dann zu zeitweisen Verspannungen führte.

(52) G. BUCHDA, *Kursächsische Konstitutionen*, Sp. 1305f.

(53) Vgl. ebenda, Sp. 1304ff.

(54) Dem Kurfürst und seinen Beratern lagen im Jahre 1570 vor: Eine Sammlung von 136 Rechtsfragen der Wittenberger Juristenfakultät, neun seitens der Leipziger Fakultät eingebrachte Fragen, die deren Kontroversen mit den Wittenbergern beinhalteten; weitere 86 nachgelieferte, in ein kurzes Verzeichnis gebrachte Fragepunkte. Vgl. auch Ch. G. HAUBOLD, *Handbuch einiger der wichtigsten Chursächsischen Gesetze*, Leipzig 1800, Vorrede S. 4

(55) G. BUCHDA, *Kursächsische Konstitutionen*, Sp. 1305.

(56) Aus Leipzig kamen *Jacob Toming*, *Leonhard Badehorn* und *Johann Reisschneider*; aus Wittenberg *Michael Teuber*, *Joachim von Beust* und *Matthäus Wesenbeck*, als Hofräte *Hans von Bernstein*, *Volkmar Erich von Berlepsch* [Oberhauptmann in Thüringen und Oberhofrichter zu Leipzig], *Hieronymus Kiesewetter* [Kanzler], *Johannes von Zeschau*, *Abraham Bock* [Hofmarschall], *Laurentius Lindemann* und *David Pfeffer*. Aufzählung bei ebenda, Sp. 1306.

Die Schlußredaktion der zu veröffentlichenden Konstitutionen oblag dem kurfürstlichen Rat *Georg Cracow* [Cracau]. Besondere Sorgfalt verwandte man auf eine allgemein verständliche, deutsche Sprache. Dies erleichterte die Aufnahme in der Praxis und dürfte ebenfalls zur Ausstrahlung über die Grenzen des albertinischen Kurfürstentums hinaus beigetragen haben.⁵⁷⁾

Der Kurfürst publizierte die Kursächsischen Konstitutionen mit einem Reskript vom 21. April 1572. Mit einem weiteren Reskript vom 28. April d. J. eröffnete er sie in handgeschriebenen, von ihm unterzeichneten Exemplaren den Hofgerichten, Juristenfakultäten und Schöppenstühlen. Für den Druck erfuhren sie eine besondere Redaktion. Im Sommer 1572 wurden die Konstitutionen allen Unterbehörden zugesandt. (Der Erstausgabe im Jahre 1572 sind bis 1653 noch 19 verschiedene offizielle Einzelausgaben gefolgt.)⁵⁸⁾

Der Charakter dieser Art von Gesetzgebung wird bereits in den stilistischen Ausführungen der Konstitutionen kenntlich. Jede einzelne Konstitution ist wie ein Gesetz für sich angelegt. Andere sind häufig wiederkehrende Anweisungen an die Hofgerichte, Juristenfakultäten und Schöppenstühle, wie sie sprechen sollen. Bei den zu späterer Zeit publizierten Konstitutionen wurden zunehmend Teile des behandelten Gesamtstoffes ausgelassen.⁵⁹⁾

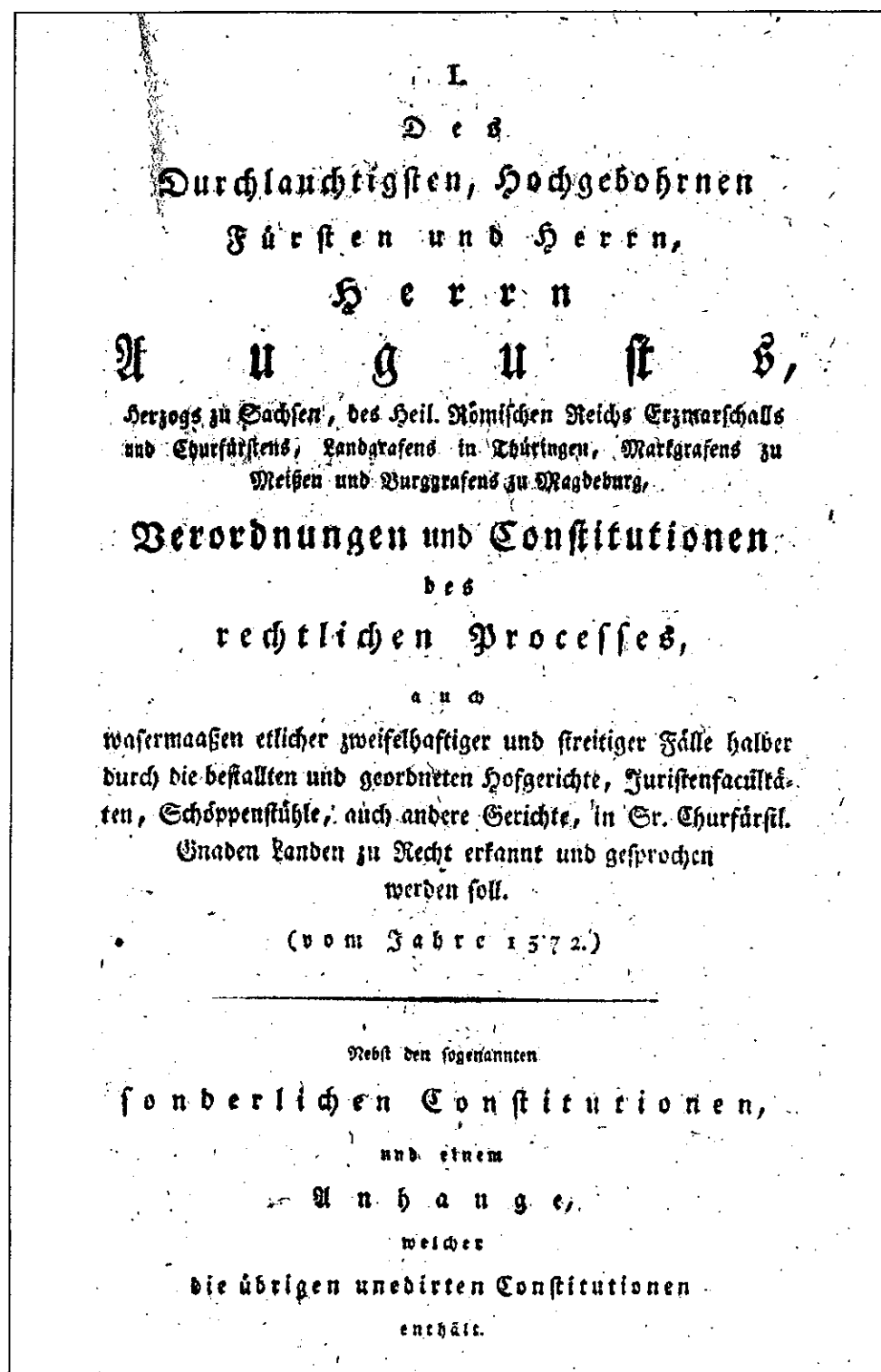
Die wichtigsten Vorarbeiten zu den Kursächsischen Konstitutionen sind in zahlreichen Handschriften, vor allem als Gutachten der Fakultäten von Wittenberg und Leipzig überliefert.⁶⁰⁾ Dies wiederum geht auf einen Frankfurter Buchhändler, *Johann Theobald Schönwetter*, zurück, der Teile eines Manuskripts ungenehmigt veröffentlichte und in der Folge einen langjährigen Rechtsstreit auslöste.

(57) Aber auch die Erklärung von Kurfürst August, dass „kein neues und in unseren Landen ungewöhnlich Recht durch dieselben eingeführt wird“, begünstigte die Aufnahme der Konstitutionen. Zitiert nach ebenda, Sp. 1307.

(58) Als eine der jüngeren Ausgaben vgl. J. WEISKE, *Die Quellen des gemeinen sächsischen Rechtes*, Leipzig 1846 (Diese enthält u. a. die Konstitutionen von 1572, die Prozeßordnung von 1622 und die Decisionen von 1661).

(59) Dies sind die neun sogenannten *constitutiones separatae* und die 42 sogenannten *constitutiones ineditae*. Die *constitutiones separatae* wurden den Dekasterien bloß handschriftlich mitgeteilt und lagen im Jahr 1572 gedruckt nur in wenigen Exemplaren vor; in offiziellen Ausgaben waren sie nicht enthalten. Die *constitutiones ineditae* wurden überhaupt nicht bekanntgegeben. Letztere waren zwar teilweise auf dem Konvent beschlossen worden, dann aber ohne landesherrliche Sanktion geblieben bzw. zum Teil hatte man keinerlei Konsens darüber herstellen können.

(60) W. KUNKEL – H. THIEME [bearb. W. BEYERLE], *Quellen*, S. XXXVIIIff.; Alle drei Bände haben gewöhnlich in der Bezeichnung: *Consultationes, Constitutionarum Saxonicarum*. Die beiden ersten Bände dieser consultationes enthalten die *Casus Teuberi*, die *Casus Thomingii*, die *Casus Wesenbecii* sowie die Resultate der Leipziger Beratungen. Ein dritter Band (Frankfurt am Main 1608) umfasste eine Auswahl von Fragen aus bereits gedruckten Sammlungen.



Abdruck der Kursächsischen Konstitutionen, Anfang des 19. Jahrhunderts,
Seite aus Haubolds Handbuch wichtigster kursächsischer Gesetze.

Allerdings gab es auch Widerstand gegen die Konstitutionen. So widersetzte sich die Bergstadt Freiberg mit ihrem ausgeprägten Stadtrecht und ebenso das nahe Wittenberg gelegene Seyda geraume Zeit der Anwendung der Kursächsischen Konstitutionen in ihrem Jurisdiktionsbereich.

Die Kursächsischen Konstitutionen haben im Justizwesen des Kurfürstentums Sachsen eine maßgebliche Rolle gespielt. *Benedict Carpzov* und andere haben sie kommentiert. Ursächlich dafür ist, dass auf Grund des fundamentalen Charakters der Kursächsischen Konstitutionen diese als eine organische Fortbildung des sächsischen Rechts begriffen wurden, kaum als ein Eingriff, der dem tradierten sächsischen Recht entgegenlief. Ziel der kurfürstlichen Bestrebungen war es, „eine amtliche Feststellung des Verhältnisses zwischen *Sachsenspiegel* und Röm[ischen] Recht“ von kompetenter Seite der Gelehrten her vornehmen zu lassen.⁽⁶¹⁾

Die kursächsischen Herrscher versuchten, den Adel an den Hof zu binden. Dies gelang auch, indem sie diesen wie auch die Landstände nicht mit überzogen-ehrgeizigen Kodifikationsplänen verschreckten. Alles zusammen gibt die Erklärung für den Aufstieg des modernen Fürstenstaats in der Gestalt sächsischer Herrscher, die dennoch das Monopol der Rechtssetzung als auch das der Rechtsdurchsetzung für sich reklamierten. Und die eingangs erwähnte Landesordnung und ihr Zustandekommen aus dem Jahre 1446 waren vielleicht ein kleiner Baustein für dieses geschickte Auspendeln der Stände in sächsischen Territorien.

Ausdruck für die Brauchbarkeit der Konstitutionen ist ebenso deren Aufnahme in den thüringisch-ernestinischen Herzogtümern, aber auch den außersächsischen wie den schwarzburgischen und reußischen Fürstentümern als auch in den anhaltinischen Gebieten, wenn auch in unterschiedlichem Maße. In der Folge wirkten sie überall dort, wo man am gemeinen sächsischen Recht festhielt.⁽⁶²⁾ Dabei erfolgte die Übernahme nur selten ausdrücklich, zumeist durch praktische Anwendung ihrer Grundgedanken als solche, den Erfordernissen der Zeit entsprechenden Grundsätzen des Rechts. – Darin liegt zugleich die generelle Bedeutung der Kursächsischen Konstitutionen und letztlich ihre Wirkung auf das gelehrte Recht weit über Sachsen hinaus.⁽⁶³⁾

Anzumerken bleibt noch, dass Kursachsen selbst die mit den Konstitutionen erprobte Methode der Gesetzgebung beibehielt. Sie gewährte Spielraum und Elastizität und ermöglichte, mit dem übrigen Deutschland in Theorie und Praxis gut Schritt zu halten.⁽⁶⁴⁾

Der Wandel der Verhältnisse rief im Laufe der Zeit immer neue Streitfragen hervor. Mit der „sächsischen Methode“ waren solche von Fall zu Fall mit den jeweiligen Konstitutionen zu lösen. Teilweise durch Revisionen im Verlaufe der Zeit immer wieder

(61) Th. MUTHER, *Kleiner Beitrag zur Geschichte der sächsischen Konstitutionen und der Sachsenspiegels*, ZRG, 4. Band, 1864, S. 168ff. [169].

(62) G. BUCHDA, *Gemeines Sachsenrecht*, in: HRG, Band I, a.a.O., Sp. 1510-1513.

(63) Vgl. zu allem G. BUCHDA, *Kursächsische Konstitutionen*.

(64) Ebenda, Sp. 1309.

angepaßt, konnte eine Anwendung auf die unterschiedlichsten Streitfragen zu einer elastischen Rechtsanpassung bis ins 19. Jahrhundert – bis zum Sächsischen Bürgerlichen Gesetzbuch – erfolgen.⁶⁵⁾

Gerhard Lingelbach

Zemské zřízení v Sasku a státní reformy v 16. a 17. století - na příkladě vzniku „Konstitucí Saského kurfiřtství“

Shrnutí

Konstituce Saského kurfiřtství hrají na základě své fundamentální povahy podstatnou úlohu v soudnictví Saska. Důvodem pro takové zásadní hodnocení je skutečnost, že Konstituce jsou chápány jako organické zdokonalování saského práva, stejně jako zásah do tradičního saského práva. Cílem kurfiřtských snah bylo „úřední stanovení poměru mezi Saským zrcadlem a římským právem“, provedené ze strany kompetentních učenců. Předcházející zemská zřízení k tomu přispěla jen zanedbatelným dílem.

Všechny skutečnosti ukazují vzestup moderního knížecího státu prostřednictvím saského panovníka, který si vyhradil monopol tvorby a také prosazování práva.

Do budoucna působily Konstituce všude tam, kde bylo možné přidržet se obecného saského práva. Přitom však bylo výjimkou výslovné převzetí Konstitucí a zpravidla byly přejímány praktickým používáním jejich základní myšlenky jako potřebné zásady práva odpovídající požadavkům doby. V tom spočívá zásadní význam Konstitucí a jejich vliv na právní nauku i mimo samotné Sasko.

Výsledky dosavadních výzkumů lze shrnout do těchto závěrů:

1. Saské právo ovlivňovalo – především takovými zásadními prameny jako byly Konstituce Saského kurfiřtství – právní nauku v Německu.
2. Jde o příklad přizpůsobení místního tradičního práva požadavkům moderní doby v návaznosti na recepci římsko-byzantského práva.
3. Především ale je možné – nejen z pohledu Konstitucí – konstatovat, že vývoj saského práva podstatně přispěl k novodobé právní nauce.
4. Konstituce z roku 1572 patří k nejvýznamnějším právním pramenům Saského kurfiřtství staré doby. Byly v četných ernestinských státech recipovány a měly také vliv na zákonodárství v jiných zemích.

(65) G. BUCHDA, *Kursächsische Konstitutionen*, Sp. 1305.

Gerhard Lingelbach

Ustawy krajowe w Saksonii i reformy państwowe w XVI i XVII wieku
– na przykładzie powstania „Konstytucji Elektoratu Saksonii“

Streszczenie

Konstytucje Elektoratu Saksonii ze względu na swój fundamentalny charakter odgrywają zasadniczą rolę w sądownictwie saskiego Elektoratu. Powodem tak zasadniczej oceny jest fakt, że Konstytucje są rozumiane jako organiczne doskonalenie saksońskiego prawa, tak samo jak ingerowanie w tradycyjne prawo saksońskie. Celem elektorackich starań było „urzędowe ustalenie stosunku pomiędzy saksońskim zwierciadłem i rzymskim prawem“ przeprowadzone przez kompetentnych naukowców. Wcześniejsze ustawy krajowe przyczyniły się do tego w minimalnym stopniu.

Wszystkie fakty wskazują na rozwój nowoczesnego państwa książęcego za pośrednictwem saksońskiego władcy, który zastrzegł sobie monopol tworzenia, a także forsowania prawa.

W przyszłości Konstytucje oddziaływały wszędzie tam, gdzie było możliwe zachowanie powszechnego prawa saksońskiego. Zarazem było jednak kwestią wyjątkową dosłowne przejmowanie Konstytucji i zazwyczaj były one przejmowane poprzez praktyczne wykorzystywanie ich podstawowej idei jako potrzebnej zasady prawa odpowiadającego postulatowi epoki. W tym spoczywa zasadnicze znaczenie Konstytucji i ich wpływ na naukę prawniczą także poza samą Saksonią.

1. Saksońskie prawo wpływało – przede wszystkim takimi zasadniczymi źródłami jakimi były Konstytucje Elektoratu Saksonii – na naukę prawniczą w Niemczech.

2. Chodzi o przykład przystosowania tradycyjnego prawa miejscowego do wymogów nowoczesnej epoki w nawiązaniu do recepcji prawa rzymsko-bizantyńskiego.

3. Można skonstatować – biorąc pod uwagę nie tylko Konstytucje – że rozwój saksońskiego prawa w sposób zasadniczy wpłynął na nowoczesną naukę prawniczą.

4. Konstytucje Elektoratu Saksonii z 1572 roku należą do najważniejszych źródeł prawnych elektoratu Saksonii wcześniejszych epok. Miały też wpływ na ustawodawstwo i w innych krajach.

VLADISLAVSKÉ ZŘÍZENÍ ZEMSKÉ A POČÁTKY ÚSTAVNÍHO ZŘÍZENÍ V ČESKÝCH ZEMÍCH (1500-1619)

Uspořádali Karel MALÝ a Jaroslav PÁNEK

Praha 2001



ASPEKTE DER VERFASSUNGSSTRUKTUR IN DEN ÖSTERREICHISCHEN ERBLÄNDERN IM 16. UND 17. JAHRHUNDERT (ÖSTERREICH OB DER ENNS)

Herbert K A L B

I. Einleitung

Die Verfassungsstruktur der österreichischen Erblände im 16. und 17. Jh. ist geprägt von jenem Umformungsprozeß der mittelalterlichen *christianitas*, in dem sich die gradualistisch vom Kaisertum organisierte Welt mittelalterlicher Herrschaften in die Pluralität des neuzeitlichen Staateneuropas auflöste. Diese war bestimmt durch das Nebeneinander von Partikularstaaten mit Flächenhoheit, Souveränitätsanspruch, frühmoderner Bürokratie und Identität auf territorialer oder dynastischer Grundlage. Zugleich war sie aber auch zunehmend gekennzeichnet durch das Wissen um eine – so *Heinz Schilling* – „transpartikularstaatliche Schicksalsgemeinschaft ‚Europa‘ und damit durch das Verlangen nach Ordnungskonzepten für ein schiedlich – friedliches Miteinander frühmoderner Staaten“. ¹⁾ Die Zeitgenossen erlebten diesen Umformungsprozeß

(1) H. SCHILLING, *Der Westfälische Friede und das neuzeitliche Profil Europas*, in: H. Durchhardt (Hg.), *Der Westfälische Friede. Diplomatie, politische Zäsur, kulturelles Umfeld, Rezeptionsgeschichte*, München 1998, S. 3 ff., 11.

als massiven, allgegenwärtigen Veränderungsdruck, wobei die Verschränkung von religiösem und politischem Handeln eine ungeahnte Intensität erlangte.

Auf der Ebene der Verfassungsstrukturen wurde und wird dieser angedeutete Vorgang mit Begriffen wie „Etablierung des frühneuzeitlichen Staates“, bzw. – in der älteren Literatur – „Dualismus von Landesfürsten und Landständen und werdender Absolutismus“ beschrieben.²⁾ Aus dem *dominium politicum et regale* wird in jenen Herrschaftskomplexen, in denen der Monarch über die Stände siegte, ein *dominium regale*. Von Werner Näf stammt das anschauliche Bild einer Ellipse mit den beiden Polen Fürst und Stände. Die Entwicklung zum landesfürstlichen Absolutismus bedeute eine andere Gewichtsverteilung innerhalb der Ellipse, wobei die Gewichtsverschiebung so weit gehen kann, dass ein Pol die Stellung beinahe als alleiniger Mittelpunkt eines Kreises beansprucht. Die Betonung liegt auf beinahe, denn kaum irgendwo im abendländischen Herrschaftsbereich ist das gesamte „gute alte Recht“ zugunsten fürstlicher Rechtssetzung getilgt worden. Insofern verbleibt der europäische Absolutismus in einer Spannung der Zweiheit. „Es klingt zwar paradox“ – so Werner Näf – „kennzeichnet aber den wahren Befund, wenn wir sagen, dass Absolutismus stets relativ sei, immer an einer bestimmten Stelle der Entwicklung, in einem bestimmten Verhältnis zu nicht-absolutistischen Größen“.³⁾

II. Dualismus von Landesfürsten und Landständen und werdender Absolutismus im Kontext der allgemein politisch-historischen Entwicklung

Zu Beginn des 16. Jh. standen zwei Modelle in Konkurrenz, um die alten feudalen Strukturen abzulösen. Die Landstände wollten ihren Einfluss, der bisher im wesentlichen auf fiskalische Mitwirkung beschränkt war, zu einer umfassenden Teilhabe an der Regierung ausbauen, demgegenüber versuchte der Landesfürst die ständische Mitwirkung einzudämmen.⁴⁾ Bereits nach 1440 erreichten die Bestrebungen der Landstände einen

(2) Übersicht über die Literatur bei O. LEHNER, *Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte mit Grundzügen der Wirtschafts- und Sozialgeschichte*, Linz 1994², S. 110ff.; U. LANGE, *Der ständestaatliche Dualismus – Bemerkungen zu einem Problem der deutschen Verfassungsgeschichte*, Blätter für deutsche Landesgeschichte 13, 1981, S. 311ff.; Begriffskritik bei V. PRESS, *Herrschaft, Landschaft und „Gemainer Mann“ in Oberdeutschland vom 15. bis zum frühen 19. Jahrhundert*, Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 123, 1975, S. 169ff.

(3) W. NÄF, *Frühformen des „modernen Staates“ im Spätmittelalter*, in: H. Hofmann (Hg.), *Die Entstehung des modernen souveränen Staates*, Köln-Berlin 1967, S. 101-114.

(4) H. HASSINGER, *Ständische Vertretungen in den althabsburgischen Ländern und in Salzburg*, in: D. Gerhard (Hg.), *Ständische Vertretungen in Europa im 17. und 18. Jahrhundert*, Göttingen 1969, S. 247ff.; DERS., *Die Landstände der österreichischen Länder. Zusammensetzung, Organisation und Leistung im 16.-18. Jahrhundert*, Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich NF 36, 1964, S. 988ff.

ersten Höhepunkt, selbst die erstarkten Gemeinden der Bürger und Bauern forderten „Repräsentation“.

Die Stände hatten den Zenit aber bereits erreicht, die Zukunft gehörte dem Landesfürsten. Das „Wr. Neustädter Blutgericht von 1522“, durchgeführt nach den Verhandlungsgrundsätzen des gelehrten Rechts, war unmissverständlich.⁵⁾ Abgesehen von der auch von den Zeitgenossen empfundenen Fatalwirkung war damit aus verfassungsrechtlicher Perspektive unübersehbar, dass ständische Interimsregierungen nicht mehr rechtskonform waren. Das absolutistische Regiment des Landesfürstentums kündigt sich an.

Durch die Verträge Karls V. und Ferdinands von Worms und Brüssel 1521/22 war Ferdinand alleiniger Herr der österreichischen Erbländer geworden, 1526 fiel der Herrschaftskomplex seines Schwagers Ludwig von Ungarn und Böhmen an ihn. Seine Nachfolge wurde von den böhmischen Ständen bestätigt, doch nur von einem Teil der ungarischen. Trotz der umstrittenen Wahl wurde Ferdinand sowohl in Ungarn als auch in Böhmen gekrönt. Diese Erwerbung bedeutete allerdings auch eine Stärkung des ständischen Elements, die Wahlkapitulation der böhmischen Stände war geradezu ein Programm ständischen Rechtsdenkens.

Neben dem Erwerb Böhmens und Ungarns sind aus verfassungsrechtlichem Blickwinkel vor allem zwei Aspekte dieser „monströsen Ländersammlung einer glücklich spekulierenden Monarchie“ (W. Näf) hervorzuheben: Die Verwaltungsreform und die Teilungsanordnungen Ferdinands.

Am Beginn des Zeitraumes hatte das Fürstentum mit Hilfe gelehrter Juristen als besoldete Berufsbeamten eine geordnete und rational arbeitende Staatsverwaltung aufgebaut. Gestützt auf die maximilianischen Reformmaßnahmen schuf Ferdinand mit dem Aufbau der Zentralverwaltung jenen landesfürstlichen Behördenapparat, der in den Grundzügen bis zu den Reformen Maria Theresias Bestand hatte. Demgegenüber etablierten die Stände ein landständisches Behördenwesen, dessen Ursprung im Steuerwesen lag.

In Österreich ob der Enns ist die Parallelität zur Entwicklung der landesfürstlichen Verwaltung besonders augenfällig, denn der Zeitraum, in dem sich der Übergang von Landtagsausschüssen mit begrenztem Auftrag zum beständigen Verordnetenkollegium vollzog, fällt in die Jahre 1526-1529.⁶⁾ Dabei ist sich die überwiegende österreichische Lehre einig, in der landständischen Organisation eine konkurrierende Struktur zum errichteten landesfürstlichen Behördenapparat, weniger eine – zumindest in den Anfängen – ergänzende Initiative der Stände und des Landesfürsten zu sehen.⁷⁾

Die ferdinandeische Verwaltungsreform wies allerdings noch beachtliche Ambivalenzen und Unklarheiten auf, sie musste sich erst in der Praxis erproben und verfestigen.

(5) A. NIEDERSTETTER, *Das Jahrhundert der Mitte. An der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit 1400-1522*, Wien 1996, S. 430.

(6) G. PUTSCHÖGL, *Die landständische Behördenorganisation in Österreich ob der Enns vom Anfang des 16. bis zur Mitte des 18. Jahrhundert*, Linz 1978.

(7) U. FLOßMANN, *Landrechte als Verfassung*, Wien-New York 1976, S. 121ff.

Ein eminenten Kenner der habsburgischen Verfassungswirklichkeit wie etwa Robert Kann betont etwa die Widersprüchlichkeiten im Hinblick auf gerichtliche und administrative Funktionen vor allem der umstrittenen ständischen Gerichtsbarkeit in den verschiedenen Ländern, ebenso aber bezüglich der Befugnisse der Verwaltungsbehörden für das Hl. Römische Reich, die österreichischen Erbländer und die Länder der östlichen Kronen.⁸⁾

Dessen ungeachtet, eine zentrale Voraussetzung der Etablierung des frühneuzeitlichen Staates war damit geschaffen. Die damit verbundene Zentralisierungs- und Integrationswirkung stellte sich unter Beweis, als die Konsequenzen der ferdinandeischen Sukzessionsordnung zum Tragen kamen. Gemäß dem 4. (und letzten) Testament von 1554 erhielt der älteste Sohn Maximilian (II.) Ober- und Niederösterreich und folgte dem Vater in das Kaisertum, in Böhmen und Ungarn als König nach. Der zweitgeborene Ferdinand erhielt die westliche Ländergruppe, Tirol und die Vorlande, der jüngste Sohn Karl übernahm einen Länderkomplex, der „Innerösterreich“ genannt wurde und die südöstlichen Erbländer umfasste.

Die Testamente Ferdinands sind ein Zwischenschritt zwischen überkommener Erbteilung und dem Prinzip der Zukunft, die Primogeniturlösung. Wenn auch die „Auszaigung“ unter der Bedingung stand, dass die Brüder gegeneinander „mit anderst halten und beweisen, alls wann sy gar ungetaillet (wären) und unsers Haus Österreich Lanndt und Leit durch ainträchtige und gesamdtte Regierung unverschaidentlich versehen und regieren“, so war dies eine Ermahnung/Empfehlung, die nichts am Befund ändert, dass die habsburgischen Erbländer ab 1564 als faktisch drei unabhängige Teilstaaten bestanden.⁹⁾ Die Interessenslagen – Streit um Verteilung der Reichshilfen, aber vor allem die differenzierte Bekämpfung der „fremden Religion“ in den drei Ländergruppen – waren zu unterschiedlich. Daß diese überkommenem patrimonialen Denken verpflichtete Lösung nicht jene Folgen wie im 15. Jh. zeitigte, liegt darin, dass von den ursprünglichen Linien nur eine die nächste Generation erlebte, nämlich jene des Erzherzog Karl in Innerösterreich. Endgültig wurde die Teilung überwunden, als Leopold I. 1665 wieder alle österreichischen Erbländer in seiner Hand vereinigte.

Nach dem Tode Maximilians II. 1576 trat Rudolf II. die Nachfolge an, er leitete die Gegenreformation in Oberösterreich ein. Die mit der Versorgung seiner vier Brüder einhergehenden Schwierigkeiten waren mit eine Ursache für den „Bruderzwist in Habsburg“, „der nicht nur eine tiefe Krise der Dynastie, sondern auch des Staates und der Länder herbeiführte“ (G. Heilingsetzer).¹⁰⁾

(8) R. KANN, *Geschichte des Habsburgerreiches 1526 bis 1918*, Wien-Köln 1999, S. 37ff.

(9) W. SCHULZE, *Hausgesetzgebung und Verstaatlichung im Hause Österreich vom Tode Maximilians I. bis zur pragmatischen Sanktion*, in: J. Kunisch – H. Neuhaus (Hg.), *Der dynastische Fürstenstaat. Zur Bedeutung von Sukzessionsordnungen für die Entstehung des frühmodernen Staates*, Berlin 1982, S. 253-271.

(10) Vgl. z. B. G. HEILINGSETZER, *The Austrian Nobility, 1600-1650: Between Court and Estates*, in: R. J. W. Evans – T. V. Thomas (Hg.), *Crown, Church and Estates. Central European Politics in the Sixteenth and Seventeenth Centuries*, London 1991, S. 158ff.; DERS., *Landesfürst*

Den Ständen gelang ein massiver Machtzuwachs, die größte Ausdehnung von Protestantismus und Ständemacht. In den Donau- und innerösterreichischen Ländern konnten sich Vorstellungen eines vom Adel geprägten Ständestaates entwickeln. Zu verweisen ist nur etwa auf die von den Monarchomachen geprägte Ideenwelt eines *Tschernembl*, der sich auch nicht scheute, Bündnisse mit auswärtigen evangelischen Fürsten zu initiieren. Unter seiner Führung vermochten die Stände dem Erzherzog die Kapitulationsresolution vom 19. März 1609 abzutrotzen, worin die Freiheiten der Stände auf dem Gebiet der Religionsausübung bestätigt wurden.¹¹⁾

Die „*Confoederatio Bohemica*“ von 1619¹²⁾ hätte die Möglichkeit geboten, den modernen frühneuzeitlichen Staat von den Ländern her zu konstituieren, die Schlacht am Weißen Berg beendete aber alle diesbezüglichen Vorstellungen.¹³⁾ Die „*Verneuerte Landesordnung*“ verwandelte Böhmen in ein Erbreich, das Prinzip der katholisch – absoluten Monarchie hatte gesiegt. Der Verwirklichungsthese entsprechend wurden im Land ob der Enns, dem Zentrum des Widerstandes, die Privilegien reduziert. Den Ständen wurde die Ausschreibung von Landtagen und anderen Ständeversammlungen wie auch eine eigenständige Außenpolitik als ausschließliches Recht des Landesfürsten untersagt.

Der Sieg war derart umfassend, dass die Institution der Stände als solche nicht angetastet werden musste, auch der landständische Behördenapparat – aber unter Abhängigkeit vom Landesfürsten – verblieb. Das *dominium supereminens* des Landesfürsten, ein politischer Absolutismus bei weiterbestehendem institutionellem Dualismus hatte sich durchgesetzt.

und Stände in den habsburgischen Ländern, in: F. M. Dolinar (et al. Hg.), *Katholische Reform und Gegenreformation in Innerösterreich 1564-1628*, Klagenfurt 1994, S. 419ff.; DERS., *Die habsburgischen Erbländer 1564-1648. Fürstliche Souveränität, ständische Libertät und Konfessionalismus*, in: H. Kalb – R. Sandgruber (Hg.), *Festschrift Zinnhobler*, Linz 2001, S. 83ff.

(11) H. STURMBERGER, *Georg Erasmus Tschernembl. Religion, Libertät und Widerstand*, Linz 1953; DERS., *Kaiser Ferdinand II. und das Problem des Absolutismus*, Wien 1957; W. SCHULZE, *Estates and the Problem of Resistance in Theory and Practice in the Sixteenth and Seventeenth Centuries*, in: *Crown, Church and Estates* (wie Anm. 10), S. 158ff.

(12) R. STANKA, *Die böhmische Conföderationsakte von 1619*, Berlin 1932.

(13) J. PÁNEK, *The Religious Question and the Political System of Bohemia before and after the Battle of the White Mountain*, in: *Central European Politics in the Sixteenth and Seventeenth Centuries* (wie Anm. 10), S. 129ff.; R. J. W. EVANS, *The Habsburg Monarchy and Bohemia, 1526-1848*, in: M. Greengrass (Hg.), *Conquest and Coalescence. The shaping of the State in Early modern History*, London etc. 1991, S. 134ff.

III. Die oberennsische Landtafel und die Etablierung des frühneuzeitlichen Staates

Wie präsentiert sich die geschilderte Entwicklung in der oberennsischen Landtafel?

Nach diversen Vorarbeiten, wie die des Linzer Stadtschreibers *Veit Stabel*,¹⁴⁾ gerieten die Arbeiten am „Landrecht ob der Enns“ in eine entscheidende Phase, als der aus Württemberg stammende ehemalige Professor der Linzer Landschaftsschule und ständische Advokat Dr. *Abraham Schwarz*¹⁵⁾ im Auftrag der Stände einen Entwurf erarbeitete. Schwarz beendete 1608 seine am Vorbild der im Land bereits verbreiteten Traktate Bernhard Walthers¹⁶⁾ und des unterennsischen Entwurfs Püdler¹⁷⁾ orientierte Arbeit und präsentierte den Ständen – Prälaten, Herren, Ritter, Städte – sein Elaborat. Es folgten Beratungen der 4 Stände, 1616 überreichten diese ihren Entwurf den landesherrlichen Landtagskommissaren („Verfasste Landtafel“, VLT). Dreizehn Jahre später, am 14. Dezember 1629, findet der amtliche Endpunkt der Textentwicklung statt. An diesem Tag beendete die NÖ-Regierung in Wien ihr Gutachten über die Landtafelrevision, 1630 wurde die „Corrigierte Landtafel“ (CLT) als „*Recht und Landts Gebreuch deß Erzherzogthums Österreich ob der Enns*“ dem Kaiser zur Genehmigung vorgelegt. Obwohl dieser Entwurf nie sanktioniert wurde, beeinflusste er die Judikatur und Literatur bis in die Zeit des Absolutismus.¹⁸⁾

Die Landtafel gliedert sich in sechs Teile. Der erste legt in 11 Titeln die rechtliche und organisatorische Sonderstellung des Landes ob der Enns dar (*Von denen Landtständen Obrighaits- und Gerichtspersonen*). An diesen „öffentlich-rechtlichen“ Teil schließt das Prozessrecht (*Von Gerichtsprocess in güett- und rechtlichen Sachen*),¹⁹⁾ dann folgt ein mit „*De contractibus*“ überschriebener Teil, im Anschluß daran ein eigener Teil

(14) F. KLEIN-BRUCKSCHWAIGER, *Veit Stabels erster Landtafelentwurf für Österreich ob der Enns*, Jahrbuch des oberösterreichischen Musealvereins 92, 1947, S. 215ff.; DERS., *Veit Stabel, Notar und Stadtschreiber in Linz*, in: Jahrbuch der Stadt Linz 1951, S. 399ff.

(15) M. DOBLINGER, *Dr. Abraham Schwarz, der Verfasser der oberennsischen Landtafel von 1616*, Jahrbuch der Gesellschaft für die Geschichte des Protestantismus in Österreich 77, 1961, S. 17ff.; U. FLOßMANN, *Abraham Schwarz 1562-1638*, in: W. Brauneder (Hg.), *Juristen in Österreich. 1200-1980*, Wien 1987, S. 42.

(16) M. RINTELEN (Hg.), *Bernhard Walthers privatrechtliche Traktate aus dem 16. Jahrhundert*, Leipzig 1937.

(17) Th. MOTLOCH, *Landesordnungen und Landhandfesten*, in: A. Mischler – E. Ulbrich (Hg.), *Österreichisches Staatswörterbuch*, Bd. 3, Wien 1907, S. 331ff.

(18) W. BRAUNEDER, *Zur Gesetzgebungsgeschichte der niederösterreichischen Länder*, in: G. Frotz – W. Ogris (Hg.), *Festschrift Demelius*, Wien 1973, S. 1ff.

(19) J. LOHNER, *Das landeshauptmannschaftliche Gericht in Oberösterreich zum Beginn der Neuzeit*, Frankfurt a. Main etc. 1988.

mit erbrechtlichen Regelungen (*Von Testamenten und letzten Willen*).²⁰⁾ Den Abschluß bilden lehensrechtliche Normen auf der Grundlage kaiserlicher und landesfürstlicher Resolutionen und Generale (*Von Leben*) und *Eidesformulare*.

Sowohl die Landtafel von 1616 wie auch die korrigierte Version aus 1629 sind in einer mustergültigen Edition von *Hans-Wolfgang Strätz* aus dem Jahre 1990 zugänglich.²¹⁾ Vorher war man auf die Quellensammlung des Grafen *Chorinsky* aus dem 19. Jh. angewiesen. Diesbezüglich hilfreich ist eine von Frau *Flossmann* mit ihren MitarbeiterInnen durchgeführte computerunterstützte Erfassung der österreichischen Rechtsquellen vom 16. bis zum 18. Jh., in der die Landtafel in der Fassung der Sammlung *Chorinsky*, aber auch beispielsweise die Kompilation der 4 Doktoren von 1654 (NÖ-Landtafel) und der *Codex Austriacus* mit einem komfortablen Suchprogramm aufgenommen sind.²²⁾

Anhand der beiden Fassungen der Landtafel ist die Veränderung des Dualismus von Landständen und Landesfürsten zum politischen Absolutismus des Landesfürsten unter Beibehaltung eines institutionellen Absolutismus deutlich ablesbar.

Im vorliegenden Kontext ist der erste Teil der Landtafel, der „öffentlich-rechtliche Teil“, von besonderer Relevanz. Die ständische Version des Jahres 1616 war vom profiliertesten Vertreter ständischer Rechte und Freiheiten, vom protestantischen Ständeführer *Georg Erasmus Tschernembl* bestimmt. Völlig zutreffend charakterisiert *Hermann Sturmberger* diesen Entwurf als eine „Waffe des altständischen Staates, gegen den erstarkenden landesfürstlichen Absolutismus“.²³⁾ Diese Landtafel präsentierte wie *Ursula Flossmann* in ihrer Habilitationsschrift „Landrechte als Verfassung“ aufzeigte, das Modell und die Grundlage ständischer Libertät.²⁴⁾

Demgegenüber vermittelt die korrigierte Fassung aus 1629 den Anspruch der landesfürstlichen Herrschaftsentfaltung. In der vorangestellten Inhaltsübersicht ist nicht mehr von Landtafel, sondern vom „*Recht und Landts Gebreuch deß Erzherzogthums Österreich ob der Enns*“ die Rede. Bei grundsätzlicher Bewahrung der einzelnen Bestimmungen wird durch Einschübe, Korrekturen und Ergänzungen ein landesfürstliches Verfassungsbild des Landrechts ob der Enns präsentiert. Auf dem Höhepunkt einer günstigen politischen Konstellation gelang ihm eine Rückführung und Umdeutung althergebrachter Rechtspositionen in widerrufliche Privilegien.

(20) Zum Privatrecht vgl. S. SCHÄFFER-ZIEGLER, *Gemeinrechtliche Einflüsse auf das Schuldrecht in der Landtafel ob der Enns*, in: Festschrift Zinnhobler (wie Anm. 10), S. 253ff.

(21) H.-W. STRÄTZ, *Landtafel des Erzherzogtums Österreich ob der Enns*, Linz 1990. Strätz nimmt als Haupttext die offiziöse Corrigierte Landtafel (CLT), die sich aus dem unverändert gebliebenen Text der „Verfassten Landtafel“ (VLT) und aus den in der Edition kursiv kenntlich gemachten Änderungen, Zusätzen und Korrekturen der CLT zusammensetzt.

(22) U. FLOßMANN, *Elektronische Erschließung rechtsgeschichtlicher Informationen*, Mitteilungen des Oberösterreichischen Landesarchivs 15, 1986, S. 283ff.

(23) H. STURMBERGER, *Georg Erasmus Tschernembl*, S. 249.

(24) U. FLOßMANN, *Landrechte als Verfassung*, S. 141ff.

Für diesen Veränderungsprozeß seien einige Beispiele angeführt.²⁵⁾

Der erste Titel handelt „Von des Landts Gelegenheit und Freyhaiten“. Im Ständentwurf wird hier vor allem die Trennung der beiden Erzherzogtümer ob und unter der Enns sowie die innere Geschlossenheit des Erzherzogtums betont. Das Schwergewicht liegt in der Hervorhebung der überkommenen Freiheiten.

Der landesfürstliche Text zeigt demgegenüber eine augenfällige Neuorientierung, da die Verweise auf die althergebrachten Freiheiten weitgehend entfallen²⁶⁾ und die Freiheitsrechte an die Bestätigung des jeweils regierenden Landesfürsten gebunden werden: der Zusatz lautet: „soweit dieselben von uns als regierenden Herrn und Landtsfürsten confirmiert worden; dabey es auch hinfüro bleiben solle“.²⁷⁾

Danach folgt „der ander Titul“, „Von den vier Landtständen des Landts ob der Enns“, ein Textabschnitt, der den Schwerpunkt der ständischen Verfassungsvorstellung widerspiegelt. Im Vordergrund steht neben der Beschwörung des Zusammenwirkens der Landstände im Interesse landschaftlicher Einheit die Abgrenzung gegenüber unmittelbaren Hoheitsbefugnissen des Landesherrn. Dabei bedienen sich die Stände des überkommenen Lehnrechts als einem Modell, um landesfürstlichem Absolutismus entgegenzuwirken. Dazu korrespondiert auch der Schlussteil des Landtafelentwurfs, wo in 52 Titeln ausführlich das einschlägige Lehnrecht als juristisches Argumentationsarsenal releviert wird.

Diesem Anspruch gegenüber verfährt der landesfürstliche Entwurf besonders brutal. Die Textpassagen über das Zusammenwirken der Landstände als „ein Corpus“,²⁸⁾

(25) Vgl. hierzu vor allem U. FLOßMANN, *Landrechte als Verfassung*, S. 185ff.

(26) Oö Landtafel I 1 § 1: Wiewohl die Erzherzogthumb Österreich ob und undter der Enns seith der Zeit, sie zue Erzherzogthumben erhebt und bestettigt worden, nit allein je und alwegen ainem ainigen Herrn und Landtsfürsten zuegehörig und underworffen gewest, sonder auch in vilen Dingen ainerlei Freyhaitten, Recht und Gerechtigkhaiten wie auch hergebrachte guette Gewonhaiten einander gleich haben und noch seint ... ; der kursiv gesetzte Text ist in der CLT-Fassung entfallen.

(27) Ebda.: ... und vill andere unterschiedliche Landtsgebreüch, Freyhaiten, Rechten und Gerechtigkhaiten mehr, solches auch lang über verjarter Zeit continue also hergebracht und ersessen, haben, dabey es auch hinfüro billich bleiben solle; welches wür aus landtsfürstlicher Gewalt und Volmacht für uns, unsere Erben und Nachkommen zue Abschneidung aller ferrern khunfftigen Khrieg und Irrungen hiemit lauter erclärt, gesözt, und auch hinfüro zue halten wissentlich ernstlich hiemit geboten haben wöllen, soweit dieselben von uns als regierenden Herrn und Landtsfürsten confirmiert worden; dabey es auch hinfüro bleiben solle; der kursiv gesetzte Text ist in der CLT-Fassung entfallen.

(28) Oö Landtafel I 2 § 2, VLT: Obbemelte vier Ständt samentlich sein und heißen die Landtschafft oder die Landstendt des Erzherzogthumbs Österreich ob der Enns, welche uns als ihrem Erbherrn und Landtsfürsten mit Pflicht und Huldigung verbunden und als irem Haupt undergehörig, sonsten aber außer unserer landtsfürstlichen Regalien, Hochhait und Cammergüettern alle Landtgüetter undter ihrem Gebieth haben und durch ihre Underthonen erpauen lassen.

die Betonung der „Landtsfreyhaiten“ und daraus resultierenden Konsequenzen, „auch von unerdencklichen Jahren in ohnunterbrochener Quasi-Possess und unwidersprochener Uebung hergebracht“,²⁹⁾ stellt der Landesfürst ein unmissverständliches Modell von Unter- und Überordnung gegenüber. Die ausführliche Textfassung der Landstände wird auf einen Satz reduziert, der da lautete: „Und seint dieselben unsere Landtständt uns als ihrem natürlichen Erbherrn und Landtsfürsten mit Pflicht, Glüb und Aidt verbunden und underworffen“.³⁰⁾

Mit einer derartigen Auffassung war selbstverständlich die von den Ständen präsentierte Sichtweise des Amtes des Landeshauptmanns³¹⁾ obsolet. War im Ständentwurf für die Person des Landeshauptmannes die Kenntnis des Landrechts vorrangig (vorderist), so wurde dies zugunsten der Kenntnis kaiserlicher Rechte nachrangig,³²⁾ ein Befund, der auch für den Anwalt ob der Enns, als Stellvertreter des Landeshauptmannes,

Die sollen auch als ain Corpus und gesambte Glider gethreichlich und fleißig zuesambenhalten, sich voneinander nit thailen noch schaiden, sondern ainer sich des andern herzlichlichen und mit ganzem Vermigen in allen gebürlichen Sachen annehmen, und wie sie miteinander halten, legen und contribuirn, also auch sonsten einander in allen Zuestendten mit rechten Treuen und Eyfer mainen.

(29) Oö Landtafel I 2 §§ 5, 6, VLT: Was sie auch für sonderbare Landtsfreyhaiten haben, von unsern hochgeehrten Vorfahren, den Römischen Khaysern und Erzherzogen zue Österreich ihnen gegeben, wie auch, was sie sonsten von uhralten löblichen gueten Gewonhaiten und Gebreüchen hergebracht, darbey sollen sie jederzeit von uns und unsern Nachkomben geschutzt und handgehabt werden.

Und demnach sie chrafft solcher ihrer Freyhaiten, auch von unerdencklichen Jahren in ohnunterbrochener Quasi-Possess und unwidersprochener Uebung hergebracht, daß sie zue Administrierung ihrer, der gemainen Ständt Güetter und Erhaltung habender Gerechtigkhait ihres Gefahlens ohn unser Zuethueung und Verhinderung aus ihren Mitteln Veordnetete ... zu benennen, zu erwöhlen und zu sezen und abzusezen haben ... so wöllen und sezen wir, daß es auch firohin also dabey verbleiben und gehalten und daran ihnen weder durch uns noch unsern Landtschauptman oder andere unsere nachgesetzte Obrighaiten khain Eintrag, Irr- noch Verhinderung erzaigt solle werden.

(30) Ebda. Oö Landtafel I 2 § 2, CLT.

(31) G. P. PUTSCHÖGL, *Landeshauptmann und Landesanwalt in Österreich ob der Enns im 16. und 17. Jahrhundert*, in: Mitteilungen des oberösterreichischen Landesarchivs 9, 1968, S. 265ff.

(32) Oö Landtafel I 3 § 2, VLT: Damit nun solches rechtgeschaffen verricht werden müge, wolten wür inmaßen von alters herkhomen dises Ambt der Landtschauptmanschafft jederzeit mit ainem verstendigen, tauglichen, würckhlichen und im Landt begüettem Landtman ersezen der etlichermaßen der khayserlichen Rechten, und vorderist aber diser unserer Ordnung und Landtafel, Landt- und Gerichtsgebreuch erfahren; CLT: Wir wöllen auch inmaßen von alters herkhomen dises Ambt der Landtschauptmanschafft jederzeit mit ainem verstendigen, tauglichen, würckhlichen und im Landt begüettem Landtman ersezen, welcher der khayserlichen Rechten auch diser Landt- und Gerichtsgebreuch erfahren.

gilt.³³⁾ Aus dem mit bindender Wirkung für den Landesfürsten konzipierten Vorschlagsrecht der Landräte für die Person des neu zu ernennenden Landeshauptmannes wurde ein im Belieben des Fürsten stehendes Recht auf Befragung.³⁴⁾

Von besonderer Brisanz war die Regelung der landesfürstlichen Vakanz, wo im Ständeentwurf dem Landeshauptmann und einem mit ständischen Verordneten erweitertes Landratskollegium die Verwaltung und Gerichtsbarkeit interimswise zukam.

Demgegenüber sah das landesfürstliche Elaborat ergänzend eine Appellationsmöglichkeit an die N. Ö. Regierung vor („*doch mit Vorbehalt dem beschwerten Theil seine Notturfft bei unserer NÖ Regierung anzubringen*“). Der entscheidende Bruch war jedoch die Festlegung, wonach die Landtafelregelung – von den Ständen als unwiderfürliches Gesetz und qualifizierte Übung verstanden – der beliebigen Disposition nachfolgender Landesfürsten anheim gestellt wurde. Die Normierung der ständischen

Interimsverwaltung gilt nur „*so lang und vill, bis unsere Erben destwegen andere Verordnungen und Bestellung thuen*“.³⁵⁾

Ständische Vorrechte sollten nur kraft ausdrücklicher Bestätigung anerkannt werden, sie waren widerrufliche Privilegien. Konsequenterweise, um ein weiteres Beispiel zu zitieren, wandelte sich das im Ständeentwurf vorgesehene bindende Vorschlagsrecht der Landstände für den Landschreiber als Vorsteher der Landkanzlei³⁶⁾ in ein alleiniges Ernennungsrecht des Landesfürsten: „*Der Landtschreiber sol dises Landts ein wolerfahrne und geüebte Person sein und dessen Bestellung auf einkhombende Bericht bei uns steen, er Landtschreiber auch uns als Herrn und Landtsfürsten und an unser Statt unsern landts-haubtmanischen Gericht geschworn und gelübdt sein*“.³⁷⁾

Resümierend ist festzuhalten: Die beiden Entwürfe der oberennsischen Landtafel verdeutlichen – auf dem Hintergrund der geschilderten politischen Ereignisse – das Tauziehen des Landesfürsten mit den Landständen um die Herrschaftsgewalt im Land. Durchgesetzt hat sich die landesfürstliche Perspektive: unmissverständliche Unter- und Überordnung, landesfürstliche Freiheiten als widerrufbare Privilegien, Bindung der ständischen Verfassungseinrichtungen an den Landesfürsten. Folgerichtig ist auch das überkommene Lehnrecht, das den Landständen als „Vorlage eines Verfassungsbildes“ diente, im landesfürstlichen Text nicht mehr vorhanden. Dieser sechste Teil der Landtafel war aus Wien nicht mehr zurückgekommen.³⁸⁾

Letztlich war damit ein Stück „Mittelalter“ sichtbar zu Ende gegangen und macht auch den Siegeszug des gelehrten Rechts deutlich. Man ist an eine Szene erinnert,

(35) Oö Landtafel I 3 § 12: Wür wollen, sezen und ordnen auch, daß sooft sich nach dem Willen Gottes begeben wurde, daß wür oder unsere Erben *und Nachkhommen* ainer mit Todt abgehen würdet, daß alsdan unser Landts-haubtman, so selbiger Zeit sich im Ambt befindet, sambt den Landrätthen in ihrem Ambt unverändert bleiben, *jedoch denselben durch gesambte Landtstendt, und nemblich aus jedem Standt ain oder zwei Persohnen, zuegeordnet sollen werden, welche die iustitiam und Landtsnotturfften miteinander diser unserer Landttafel und löblichen Herkhomen nach auf das Beste bedenckhen und handeln sollen; deren Bevelchen und Verordnung auch meniglich im Landt bey Straff zu gehorsamen und zu geloben schuldig und verbunden sein solle, so lang und vill, bis unsere Erben oder Nachkhommen ainer oder derselben Vormunder und Gerhaben an die Statt tretten und die Erbhuldigung denen Landtsfrehaiten und Herkhomen gemäß aufnehmen und andere Ordnungen und Bestellung als regierende Herrn und Landtsfürsten fürnehmen, welche die iustitiam administriren und die Landtsnotturfften bedenckhen sollen; deren Bevelchen und Verordnung auch meniglich im Landt bey Straff zu gehorsamen und zu geloben schuldig und verbunden sein solle, doch mit Vorbehalt dem beschwerten Theil sein Notturfft bei unserer N. Ö. Regierung anzubringen, so lang und vill, bis unsere Erben destwegen andere Verordnungen und Bestellung thuen.*

(36) Oö Landtafel I 6 § 3, VLT: Diser Landtschreiber sol ein gelehrte, wohlgeüebte, sonderlichen dises Landts- und Gerichtsgebrauchs wolerfahrne Person sein und von unserm Landts-haubtman und Landrätthen jedesmahls fürgeschlagen werden und als Herrn und Landtsfürsten und an unser Statt unsern landts-haubtmanischen Gericht geschworn und gelübdt sein.

(37) Oö Landtafel I 6 § 3, CLT.

(38) H.-W. STRÄTZ, *Landtafel*, S. XXX.

(33) Oö Landtafel I 5 § 1, wo der Verweis auf die Kenntnis des Landbrauchs in der CLT-Fassung entfällt; VLT: Der Anwaldt welcher ebenmeßig dem alten Herkhomben und Landtsfrehaiten nach ein würcklicher, angesessner und woll qualifizierter Landtman aus dem Ritterstandt, der Rechten und Gerichtsbreüchen khundig sein und uns als Herrn und Landtsfürsten zu seiner Antretung in gesambten Landtrath schweren solle, ist unserm Landts-haubtman allein der Ursach und Gestalt zuegeben, daß er denselben, wan er ehehaftten und nothwendigen Abwesen- oder Leibsschwachheit halber dem Ambt nicht selbst beywohnen khan, vertrette und sein Stell verwese; CLT-Fassung: Der Anwaldt solle ebenmeßig ein würcklicher, angesessner und qualifizierter Landtman aus dem Ritterstandt, sein und uns als Herrn und Landtsfürsten zu seiner Antretung vor unserm Landts-haubtman schweren, der ist unserm Landts-haubtman dergestalt zuegeben, daß er, wan er ehehaftten und nothwendigen Abwesen- oder Leibsschwachheit halber dem Ambt nicht selbst beywohnen khan, sein Ambt und Stell verwese; Zum Landesanwalt vgl. G. P. PUTSCHÖGL, *Landeshauptmann und Landes-anwalt* (wie Anm. 31), S. 275ff.

(34) Oö Landtafel I 4 § 11: Sobaldt sich auch mit ainem Landts-haubtman ein Todtfahl oder in anderweg Veränderung begibt und die Landrätthen dessen verstandigt werden, so sollen sie sich alsbaldt auf Lünz zusammen verfüegen und daselbst auff etliche taugliche Persohnen aus den würcklichen Landtleüthen zu Widerersezung der Landts-haubtmanschaft treulich nachgedenckhen und ohne Affect gegen ainer oder der andern Religion wie dan auch wir selbsten hierinnen khainen Unterschied machen, noch derenthalben ainen vor dem andern hierzue befürdern, sondern ainich allain auf die Qualiteten und Tüchtigkheit der Persohn sechen wollen beratschlagen und uns als Herrn und Landtsfürsten oder unser N. Ö. Regierung drey oder vier derselben Landtleith neben Berichtung des geschehenen Faals zu gedachtem Ambt bey aigner Post fürs schlagen, daraus wir alsdan eheist ainen benennen wollen, auch wegen der Erwartung solches Ambts bis auf die Ersezung Beschaid nehmen, unterdessen aber bey Versorgung der Justitien und zur Erledigung der fürfallenden Sachen und des Landts Notturfft samentlich beyeinander verharren, auch der Eltist des Herrstands die Frag und Fertigung aller fürfallenden Sachen hiezwischen haben und die Landts-haubtmanschaft vertreten, so mögen sie oder unser damals vorhandener Anwaldt uns dessen alsbaldt erindern; solle alsdan bei uns steen, gedachten Anwaldt und Landrätthen umb fürs chlagung tauglicher Personen zu vernemen oder für uns selbsten fürs chung zu thuen und zu resolvirn; der kursiv gesetzte Text ist in der CLT-Fassung entfallen.

die der steirische Reimchronist Herr *Otacher ouz der Geul* zum Jahre 1298 berichtet, eine Szene, die von der Forschung mit der Redaktion des österreichischen Landrechts im 13. Jh. in Verbindung gebracht wird.

König Albrecht I. hätte es den Landesherrn der Steiermark und Österreich freigestellt: „*ob sie iht wollten niwen und bezzern an ir landes reht*“. Dieses Angebot bewegt sich in den traditionellen Bahnen von Rechtsänderung. Das überkommene, tradierte Recht sollte nicht geändert, sondern nur gereinigt, gebessert, in seinem alten Zustand erneuert werden. Auch die Reaktion der Herren der Steiermark ist systemkonform, denn sie wollten es bei ihren alten, hergekommenen Rechten belassen.

Anders die Herren von Österreich: sie wollten neues Recht setzen, vom Reimchronisten pejorativ als Rechtsverkehrung gedeutet: „*nu trachten spate unde fruon/von Osterriche die herren/wie si diu reht wolden verkeren/daz ez in nutze waere*“.³⁹⁾

Drei Jahrhunderte später: Das gelehrte Recht⁴⁰⁾ hatte seinen Siegeszug angetreten, das pejorative „Recht verkehren“ wurde durch die rechtstheoretische Begründung von Rechtssetzungsbefugnis und einer Theorie von Privilegien⁴¹⁾ abgelöst. Nun ging es um die Befugnis, wer die alleinige Rechtssetzungsbefugnis ausübte, eine Frage, die politisch entschieden wurde: der Landesfürst hatte gesiegt, ihm kam die „innere Souveränität“ zu.

(39) O. HAGENEDER, *Über das fürstliche Gesetzgebungsrecht beim steirischen Reimchronisten*, in: L. Carlen – F. Steinegger, *Festschrift Grass*, Bd. 1, Innsbruck-München 1974, S. 459ff.

(40) H. KALB, *Juristischer und theologischer Diskurs und die Entstehung der Kanonistik als Rechtswissenschaft*, ÖARR 47, 2000, S. 1ff.

(41) B. DÖLEMEYER – H. MOHNHAUPT (Hg.), *Das Privileg im europäischen Vergleich*, 2 Bde., Frankfurt a. Main 1997-99.

Herbert Kalb

Podoba ústavní struktury v rakouských dědičných zemích v 16. a 17. století (Horní Rakousy)

Shrnutí

Počátkem 16. století proti sobě stály zemské stavy, snažící se rozšířit svůj podíl na vládě, a panovník, který se těmito tendencím bránil a jehož postavení postupně sílilo. Na základě smluv z let 1521-1522 byl Ferdinand I. jediným pánem rakouských dědičných zemí a v r. 1526 získal i českou a uherskou korunu. Na základě starších reforem Maxmiliána I. vybudoval Ferdinand I. zároveň s centrální správou aparát zeměpanských úřadů, který v zásadě přetrval až do reformy Marie Terezie.

V Horních Rakousích je paralela k rozvoji zeměpanské správy zvláště očividná. Vedle zeměpanského úředního aparátu vznikla konkurenční stavovská organizační struktura. Problematická byla stavovská soudní pravomoc v jednotlivých zemích i pravomoc správních úřadů v Říšsko-německé říši, v rakouských dědičných zemích a v českých a uherských korunních zemích. Ferdinandovy testamenty stály mezi principem dědičných podílů a uvolněním primogenitury a habsburské země byly v letech 1564-1665 rozděleny do tří fakticky nezávislých částí. Za vlády Rudolfa II. došlo k upevnění pozice stavů.

Česká konfederace z roku 1619 poskytla novou variantu moderního raně novověkého státu. Porážka na Bílé hoře a vydání Obnoveného zřízení zemského proměnily České království v dědičnou zemi a zvítězil tak princip katolické absolutistické monarchie. Porážka se dotkla výrazně také Horních Rakous – zemské sněmy nadále povoloval panovník, jiná stavovská shromáždění a samostatná zahraniční politika byly zapovězeny. Zachována byla instituce samotných stavů i stavovské úřady, které však byly podřízeny panovníkovi.

V roce 1608 byl dokončen soupis zemského práva, který byl po projednání stavů předložen v roce 1616 zeměpanskému sněmovnímu komisaři (tzv. *Verfasste Landtafel*). V roce 1629 byla ukončena jeho revize a o rok později byl jako „opravené zemské desky“ (*Corrigierte Landtafel*) předložen ke schválení císaři. Ačkoliv návrh nebyl schválen, ovlivňoval judikaturu a právní literaturu.

Zemské desky se člení do šesti částí – první se týká právního a organizačního postavení země, následují ustanovení, která pojednávají o procesním právu, závazcích, dědičném právu a ustanoveních lenního práva. Zemské desky z roku 1616 i přepracovanou verzi z roku 1629 vydal v edici H.-W. Strätz v roce 1990. Z obou verzí jednoznačně vyplývá proměna dualismu stavů a panovníka směrem k politickému absolutismu a jejich vzájemný zápas o moc v zemi. Stavovská práva měla být nadále uznávána jen na základě výslovného potvrzení a prohloubila se závislost stavovských institucí na panovníkovi.

HERBERT KALB

Herbert Kalb

Postać struktury konstytucyjnej w austriackich krajach dziedzicznych
w XVI i w XVII wieku (Górna Austria)

Streszczenie

Na początku XVI wieku przeciwko sobie stały stany krajowe, dążące do rozszerzenia swojego udziału w rządzie i władca, który przed tymi tendencjami bronił się, i którego pozycja stopniowo się umacniała. Na podstawie umów z lat 1521-22 Ferdynand I był jedynym władcą austriackich krajów dziedzicznych, a w roku 1526 uzyskał ponadto czeską i węgierską koronę. W nawiązaniu do starszych reform Maksymiliana I, Ferdynand I stworzył wspólnie z administracją centralną aparat urzędów szlacheckich, które przetrwały w zasadzie aż do reform Marii Teresy.

W Górnej Austrii paralela do rozwoju administracji szlacheckiej jest szczególnie widoczna. Obok szlacheckiego aparatu urzędowego powstała konkurencyjna stanowa struktura organizacyjna. Problematyczne były stanowe kompetencje sądownicze w poszczególnych krajach i zakres działania urzędów administracyjnych w Rzeszy, w dziedzicznych krajach austriackich i w krajach Czeskiej i Węgierskiej korony. Testamenty Ferdynanda uwzględniały zarówno zasadę dziedzicznego podziału majątku, jak i zasadę primogenitury, dlatego posiadłości habsburskie zostały podzielone w latach 1564-1665 na trzy faktycznie niezależne kompleksy terytorialne. Za rządów Rudolfa II doszło do umocnienia pozycji stanów.

Czeska konfederacja z 1619 roku dostarczyła nowego wariantu nowoczesnego państwa we wczesnej epoce nowożytnej. Klęska w bitwie pod Białą Górą i wydanie Odnowionej Ustawy Krajowej zmieniły Królestwo Czech na kraj dziedziczny i w ten sposób zwyciężyła zasada katolickiej monarchii absolutystycznej. Klęska pod Białą Górą w sposób wyraźny odbiła się też w Górnej Austrii – sejmy krajowe odbywały się za zgodą monarchy, inne zgromadzenia stanowe i niezależna polityka zagraniczna były zakazane. Zachowano instytucję samych stanów i urzędów stanowych, które jednak były podporządkowane władcy.

W 1608 roku zakończono spis prawa krajowego, który po rozpatrzeniu przez stany został przedłożony w 1616 roku szlacheckiemu komisarzowi sejmowemu (tzw. *Verfasste Landtafel*). W 1629 roku zakończono jego rewizję, a w rok później został jako „poprawione księgi ziemskie“ (*Corrigierte Landtafel*) przedstawiony do uchwalenia przez cesarza. Aczkolwiek propozycja nie została uchwalona, to jednak wpływała na judykaturę i literaturę prawniczą.

Księgi ziemskie dzielą się na 6 części – pierwsza dotyczy prawnej i organizacyjnej pozycji kraju, następna postanowień odnośnie prawa procesowego, część dotyczy zobowiązań, prawa dziedzicznego i postanowień prawa lennego. Księgi ziemskie z 1616 roku i zmodyfikowaną wersję z 1629 roku wydał w wydawnictwie H.-W. Stratz w 1990 roku. Z obydwu wersji jednoznacznie wypływa przemiana dualizmu stanów i władcy w kierunku absolutyzmu politycznego i ich wzajemna walka o władzę w kraju. Prawa stanowe miały być nadal uznawane jedynie na podstawie zdecydowanego potwierdzenia, pogłębiła się też zależność instytucji stanowych od władcy.

VLADISLAVSKÉ ZŘÍZENÍ ZEMSKÉ

A POČÁTKY ÚSTAVNÍHO ZŘÍZENÍ V ČESKÝCH ZEMÍCH

(1500-1619)

Uspořádali Karel MALÝ a Jaroslav PÁNEK

Praha 2001



POLSKIE KONSTYTUCJE SEJMOWE OD KOŃCA XV DO POŁOWY XVII WIEKU

Włodzimierz KACZOROWSKI – Jan SEREDYKA

W przedstawionym referacie nie podjęliśmy głębszej analizy historyczno-prawnej dotyczącej całokształtu kompetencji ustawodawczych sejmu, lecz przede wszystkim skoncentrowaliśmy naszą uwagę na jego produkcie finalnym – normie prawnej (stanowienie prawa).

Chronologicznie rozważania nasze zacieśnił do epoki, kiedy sejm polski działał na ogół sprawnie, pomijając późniejsze wynaturzenia polskiego parlamentarizmu u schyłku XVII i w pierwszej połowie XVIII w.

Zakres chronologiczny opracowania wytyczają dwa ważne wydarzenia w dziejach staropolskiego parlamentu. Pierwsze – to pojawienie się posłów ziemskich podczas obrad króla z senatorami w 1493 r., co przesądziło o ukształtowaniu się dwuizbowego sejmu walnego koronnego, a po unii realnej Polski z Litwą (1569 r.) parlamentu federacyjnej Rzeczypospolitej. Potem w jego rozwoju ważną datą był rok 1652, kiedy sprzeciw pojedynczego posła spowodował rozejście się sejmu bez podjęcia uchwał. Wcześniej niektóre sejmy również nie podejmowały końcowych uchwał, ale w wyniku

woli większości posłów.¹⁾ Mimo bowiem formalnego obowiązywania zasady jednomyślności przy stanowieniu prawa, ustawy faktycznie przyjmowała – lub odrzucała – większość reprezentacji sejmowej. W ten sposób około 80 % (z ponad 140) sejmów, które się zebrały w latach 1493-1652, zakończyło się pozytywnym wynikiem. Dodajmy, że między 1493 a 1793 r. (od sejmku piotrkowskiego do grodzieńskiego) odbyło się w Polsce około 240 sejmów.²⁾

Gdy chodzi o skład omawianego tutaj polskiego sejmku walnego, to jego izba wyższa – senat koronny, liczył w końcu XV w. 87 senatorów duchownych i świeckich: 2 arcybiskupów, 7 biskupów, 14 wojewodów, 59 kasztelanów oraz 5 dostojników piastujących urzędy ministerialne (marszałków wielkiego i nadwornego, kanclerza, podkanclerzego i podskarbiego wielkiego koronnego). Po inkorporacji Mazowsza w 1529 r. przybył jeden wojewoda i siedmiu kasztelanów, powiększając liczbę senatorów do 95.³⁾ Za panowania Zygmunta Augusta (1548-1572) w senacie zasiadali senatorowie z Prus Królewskich: 2 biskupów, 3 wojewodów i 3 kasztelanów. Do senatu wprowadzono też wówczas kasztelana oświęcimskiego.⁴⁾

Z części ziem Wielkiego Księstwa Litewskiego, które przyłączono do Korony Polskiej, na krótko przed zawarciem przez oba państwa unii, weszło do senatu 2 biskupów, 4 wojewodów i 4 kasztelanów. Po unii lubelskiej w senacie Rzeczypospolitej zasiadało 2 biskupów, 10 wojewodów, w tej liczbie starosta generalny żmudzki, 10 kasztelanów oraz 5 ministrów litewskich.⁵⁾

W końcu XVI w. do senatu wprowadzono senatorów inflanckich: biskupa, 3 wojewodów i 3 kasztelanów. W latach trzydziestych XVII w. przybył jeszcze wojewoda i kasztelan czernihowski oraz trzeci biskup litewski – smoleński. Tak więc – w połowie XVII w. senat Rzeczypospolitej tworzyło 150 senatorów: 115 z Korony, 28 z Litwy i 7 z Inflant.⁶⁾

Trudniej określić tak precyzyjnie liczbę posłów. W 1504 r. wymieniono ich 75, przed unią lubelską było ich 93. W połowie XVII w. istniało w Rzeczypospolitej 69

sejmików: 44 koronne, 24 litewskie i 1 inflancki, na których wybierano około 180 posłów.⁷⁾

W działalności sejmowej w latach 1493-1652 można wyodrębnić dwie sfery: stanowienie konstytucji i sprawowanie kontroli nad zarządem państwa.⁸⁾ W literaturze historyczno-prawnej przyjmuje się, że kompetencje ustawodawcze (stanowienie konstytucji) sejmku polskiego określała ustawa zwana Nihil Novi z 1505 r.⁹⁾ Wykładnia tej ustawy pozwala stwierdzić, że do sejmku należało wszystko to, co dotyczyło Rzeczypospolitej jako całości i stanowiło zmianę w zakresie obowiązującego dotychczas prawa. Po 1505 r. zaznaczyły się wyraźnie tendencje do interpretacji rozszerzającej już rozległych kompetencji sejmku. Do sejmku polskiego zatem należało: ustawodawstwo w zakresie prawa ustrojowego; ustawodawstwo podatkowe; ustawodawstwo w kwestiach dotyczących wojny i organizacji obrony państwa; ustawodawstwo w zakresie prawa sądowego; ustawodawstwo w kwestiach administracyjnych. Charakteryzując kompetencje sejmku nie sposób więc pominąć innych spraw załatwianych podczas sejmku (varia).¹⁰⁾

Początkowo dorobek ustawodawczy sejmów określano najczęściej mianem statutów, dekretów, przywilejów, ordynacji, recesów, ale z czasem coraz częściej konstytucji.¹¹⁾ Konstytucja sejmowa w Polsce była więc kategorią późniejszą od samego sejmku.¹²⁾ Nie wnikając w zawiłości terminologiczne można stwierdzić, że tylko część przyjmowanych przez sejm aktów normatywnych, przypominała dzisiejsze ustawy. Inne dotyczyły spraw jednostkowych, obecnie w dużej części regulowanych przez decyzje administracyjne.

Z osobna należy wspomnieć o tak zwanych tajnych skryptach do archiwum, uchwalanych przez stany sejmowe najczęściej w kwestiach wojskowo-podatkowych, lecz co zrozumiałe – niepublikowanych, czy też nie spisanych – tak zwanych intencjach sejmowych, będących jednak wyrazem stanowiska zgromadzonych i prawnie obowiązujących norm.¹³⁾

Czasami, po kilkutygodniowych obradach, pozostawał jedynie tak zwany uniwersał poborowy (podatkowy). W uchwaleniu podatków najbardziej zainteresowana

(1) Wacław URUSZCZAK, *Sejm walny koronny w latach 1506-1549*, Warszawa 1980; Konstanty GRZYBOWSKI, *Teorie reprezentacji w Polsce epoki Odrodzenia*, Warszawa 1959, s. 312-317; Wacław KRIEGSEISEN, *Sejm Rzeczypospolitej szlacheckiej (do 1763 roku)*, Warszawa 1995, s. 33.

(2) Obliczeń dokonano na podstawie: Władysław KONOPCZYŃSKI, *Chronologia sejmów polskich 1493-1793*, Kraków 1948.

(3) *Historia sejmku polskiego*, I. Do schyłku szlacheckiej Rzeczypospolitej, pod red. Jerzego MICHAŁSKIEGO, Warszawa 1984, s. 75.

(4) Władysław CZAPLIŃSKI – Anna FILIPCZAK-KOCUR, *Udział senatorów w pracach sejmowych za Zygmunta III i Władysława IV*, *Przegląd Historyczny* 69, 4, 1978, s. 665-666.

(5) Włodzimierz KACZOROWSKI, *Sejmy konwokacyjny i elekcyjny w okresie bezkrólewia 1632 r.*, Opole 1986, s. 361-362.

(6) Stanisław KUTRZEBA, *Sejm walny dawnej Rzeczypospolitej Polskiej*, Warszawa 1923, s. 93-97.

(7) *Historia sejmku polskiego I*, s. 68-69, 128-132, 217-220, 242; Wacław KRIEGSEISEN, *Sejmiki Rzeczypospolitej szlacheckiej w XVII i XVIII wieku*, Warszawa 1991, s. 25-35.

(8) W. URUSZCZAK, *Sejm walny*, s. 127.

(9) Stanisław KUTRZEBA, *Historia ustroju Polski w zarysie*, Lwów 1905, s. 24.

(10) Stanisław GRODZISKI, *Sejm dawnej Rzeczypospolitej jako najwyższy organ ustawodawczy. Konstytucje sejmowe – pojęcie i próba systematyki*, *Czasopismo Prawno-Historyczne* 35, 1, 1983, s. 164.

(11) Ibidem, s. 166-167.

(12) Ibidem, s. 170.

(13) Jan SEREDYKA, *Sposoby uchwalania ustaw na sejmach w ostatnich latach panowania Zygmunta III (1626-1632)*, *Acta Universitatis Wratislaviensis* 477, *Historia* 31, Wrocław 1978, s. 34-35.

była ekipa rządowa. Sytuacja ta stwarzała okazję szlachcie do przetargów z królem w celu uzyskania pożądanych rozwiązań prawno-politycznych. W tej sytuacji inicjatywa ustawodawcza zaczynała stopniowo wymykać się z rąk króla. O ile w początku XVI w. rola posłów ograniczała się do akceptacji woli króla i senatorów, to już za ostatnich Jagiellonów reprezentanci szlachty coraz silniej nalegali na uwzględnienie jej postulatów, wykraczając tym samym poza program obrad nakreślonych w królewskiej legacji na sejmiki, powtórzonej w czasie inauguracji sejmku pod postacią tak zwanej propozycji sejmowej.¹⁴⁾

W tej sytuacji znacznemu wzbogaceniu uległy też formy (sposoby) dochodzenia do zgody między stanami sejmowymi. Obok obrad w izbach rozłączonych, senatorowie i posłowie kontaktowali się ze sobą przez delegatów, zasiadali w komisjach, odbywali tak zwane sesje prowincjonalne, czy nawet kolokwia obu izb (w szczególnych przypadkach – nawet bez obecności króla).¹⁵⁾

Ogólnie od lat sześćdziesiątych XVI w. – co jeszcze raz trzeba podkreślić – stale rosła rola reprezentantów szlachty w procesie stanowienia prawa. Później doprowadzi to do systematycznego przygotowywania przez posłów projektów ustaw i wstępnej ich akceptacji w izbie, zanim za zgodą króla i senatorów stały się na konkluzji prawem.

Uchwały sejmku walnego formułowano jako tak zwane konkluzje (conclusiones). Zwyczaj nakazywał konkludowanie obrad jednego dnia, co powodowało, że ostatnia sesja trwała niekiedy kilkanaście godzin. Rzadko wyrażano zgodę na prologatę sejmku o jeden lub dwa dni. Dopiero konstytucją z 1633 r. określono czas trwania konkluzji na ostatnie pięć dni sejmku, lecz w praktyce niewiele usprawniło to proces stanowienia prawa, z powodu stałego opóźniania początku konkluzji.¹⁶⁾

W zasadzie konstytucje spisywano w kolejności ich dyskusowania i uchwalania. Dopiero konstytucja z 1616 r. nakazała, aby na nowym sejmie rozpoczynać od tych spraw, na które na poprzednim sejmie zabrakło czasu i dlatego „poszły w tak zwany reces“. W ten reces szły z reguły sprawy ważniejsze, budzące ożywioną dyskusję, grożące zerwaniem sejmku.¹⁷⁾

Konstytucje uzyskiwały kształt po sejmie. O ich redakcji decydowała początkowo kancelaria koronna, w późniejszym okresie pieczętarze wspólnie z deputatami z senatu i izby poselskiej. W trakcie redagowania ustaw niejednokrotnie wprowadzano w nich zmiany, a nawet umieszczano konstytucje, które nie były czytane przy

konkluzji lub nie zyskały one akceptacji stanów sejmowych. Wywoływało to protesty na sejmikach, rozpatrywane – z różnym skutkiem – przez kolejne sejmy.¹⁸⁾

Konstytucje zasadniczo rozpoczynały się od kwestii dotyczących bezpieczeństwa i innych spraw ważnych, wspomnianych w legacji królewskiej na sejmiki lub wniesionych przez izby. Następnie przechodziły ku sprawom partykularnym, dotyczącym poszczególnych prowincji, ziem, miejscowości czy osób. Konstytucje jednego sejmku tworzyły z biegiem czasu wyraźniejszą całość formalną, powiązaną wstępem, zakończeniem oraz jednolitą (tak w rękopisie, jak i w druku) szatą graficzną. We wstępie określony był rodzaj sejmku, podane imię króla, za którego panowania normy były wydane (chyba, że był to sejm konwokacyjny czy elekcyjny), skrócony tytuł królewski, salutacja. W zakończeniu znajdowała się datacja, z określeniem, który był to rok panowania danego monarchy, oraz formuła: „Ad mandatum Sacrae Maiestatis proprium“, która po spolonizowaniu brzmiała: „Na własne Króla Jegomości rozkazanie“. Z początkiem XVII w. pojawił się podpis marszałka izby poselskiej, który od 1636 r. wyparł formułę królewską.¹⁹⁾

Uchwały sejmowe, na równi ze wszystkimi innymi aktami, wychodzącymi z kancelarii królewskiej, wpisywano początkowo do ksiąg Metryki Koronnej, potem drukowano. Tak więc ich redakcje uważać należy za autentyczne, chyba że jeszcze w czasie trwania sejmku sporządzono jakieś dokumenty, opatrzone pieczęcią królewską.²⁰⁾

Równą moc prawną jako teksty oryginalne miały też (od drugiej połowy XVII w.) teksty oblatowane w grodzie – w miejscu obrad danego sejmku. Nie chroniło to jednak przed poważnymi omyłkami, z których najstraszniejsza, choć popełniona już w 1658 r., spowodowała unieważnienie całego wydania drukiem.²¹⁾

Wpis do Metryki Koronnej, oblata w grodach, publikacja na sejmikach relacyjnych bądź przez starostów – wszystko to miało istotne znaczenie, gdyż od 1505 r. obowiązywała zasada, że „nikt nie jest zobowiązany do zachowania nowej konstytucji, jeśli nie została ona uprzednio opublikowana w Królestwie przez proklamację“. ²²⁾ Stąd też tak bardzo dbano o druk, pilnując tego, aby podstawę do niego stanowił zawsze egzemplarz rękopiśmienny, podpisany przez marszałka izby poselskiej i wybranych przez izbę deputatów.²³⁾

(14) Władysław CZAPLIŃSKI, *Dzieje sejmku polskiego do roku 1939*, Kraków 1984, s. 32-33; Jan DZIĘGIELEWSKI, *Izba poselska w systemie władzy Rzeczypospolitej w czasach Władysława IV*, Warszawa 1992, s. 13-14.

(15) Gotfryd LENGNICH, *Prawo pospolite Królestwa Polskiego*, Kraków 1836, s. 344-381.

(16) Sybilla HÓLDYS, *Praktyka parlamentarna za panowania Władysława IV Wazy*, Wrocław 1991, s. 113-121.

(17) S. GRODZISKI, *Sejm dawnej Rzeczypospolitej*, s. 173.

(18) Henryk OLSZEWSKI, *Sejm Rzeczypospolitej epoki oligarchii 1652-1763*, Poznań 1966, s. 353-361.

(19) Stanisław GRODZISKI, *Wstęp*, in: *Volumina constitutionum*, I, 1493-1549. Do druku przygotowali Stanisław Grodziski – Irena Dwornicka – Waław Uruszczak, Warszawa 1996, s. 37.

(20) IDEM, *Sejm dawnej Rzeczypospolitej*, s. 173.

(21) Ibidem, s. 174.

(22) *Volumina legum*, I, wyd. Józefat OHRYZKO, Petersburg 1859, s. 300 („nullus obligatus erit ad novam constitutionem servandam, nisi ipsa primum proclamationem in Regno publicetur“).

(23) J. SEREDYKA, *Sposoby uchwalania ustaw*, s. 34.

Trzeba dodać, że Jan Łaski, kanclerz wielki koronny, działając zarówno z polecenia króla Aleksandra Jagiellończyka, jak i z własnej inicjatywy, przeglądał Archiwum Koronne i niektóre archiwa sądowe. Sięgnął do zbiorów kancelarii królewskiej, gdzie znajdowały się ostatnie konstytucje sejmowe. Wykorzystał również wiele zbiorów rękopiśmiennych, jak i pierwsze wydanie drukowane ustaw polskich pod nazwą *Syntagma*. Całość zbioru opatrzył wstępem i zakończeniem, po czym przekazał do druku. Tak powstało w 1506 r. dzieło znane pod nazwą *Statutu Łaskiego*.²⁴⁾ Publikacja ta dała niejako impuls do wydania drukiem następnych konstytucji sejmowych. Już konstytucje sejmowe koronacyjne, który obradował w 1507 r., wydane zostały – i to nawet w tym samym formacie co i Statut Łaskiego. Potem także wydano konstytucje wszystkich sejmów z pierwszej ćwierci XVI wieku (Kraków 1524). Było to urzędowe wydanie konstytucji sejmowych. Następne wydanie zbiorowe konstytucji z lat 1550-1569 konfirmował Zygmunt August. Ostatnią taką edycją, przed *Volumina legum*, która objęła akta po 1635 r., było wydanie kolejnych konstytucji Rzeczypospolitej w 1637 r. w Krakowie.²⁵⁾

Volumina legum jest to wprawdzie prywatny, ale pełny zbiór ustaw polskich, zestawiony przez pijarów, Józefa Załuskiego i Stanisława Konarskiego.²⁶⁾ To pijarskie ośmiotomowe wydawnictwo nie objęło konstytucji ostatnich sejmów Rzeczypospolitej.²⁷⁾

Nowego wydania *Volumina legum* podjął się w latach 1859-1860 w Petersburgu Józefat Ohryzko. Ograniczył się on tylko do przedruku ośmiu pijarskich tomów. Dopiero w XIX w. *Volumina legum* otrzymały charakter zbioru urzędowego ma podstawie dekretu z 10 października 1809 r.²⁸⁾

W 1899 r., staraniem komisji prawniczej Akademii Umiejętności w Krakowie, wydany został jeszcze jeden tom – IX, w którym zawarto konstytucje sejmowe z lat 1782-1784, 1786 i 1786-1792. Ostatni X tom *Volumina legum* wydano w 1952 r. w Poznaniu. Obejmuje on konstytucje sejmowe grodzieńskiego w 1793 r.²⁹⁾

W ostatnich latach podjęto prace nad naukową reedycją *Volumina legum*. Efektem tych prac jest już publikacja pierwszego tomu zatytułowanego: *Volumina constitutionum*, vol. 1, 1493-1526. Do druku przygotowali: Stanisław Grodziski, Irena Dwornicka i Wacław Uruszczak (ze wstępem Stanisława Grodziskiego), Warszawa 1996. Wydawcy zaproponowali pominięcie w edycji aktów prawnych, dotyczących normalnego zarządu państwem, a tylko z okazji sejmów wydawanych, na tymże sejmie; pominięcie traktatów międzynarodowych, które i tak wyjątkowo tylko publikowano w konstytucjach sejmowych. Celem tej edycji jest ujęcie możliwie pełnego zbioru

(24) Stanisław PŁAZA, *Historia prawa w Polsce na tle porównawczym*, cz. I: X–XVIII w., Kraków 1997, s. 140.

(25) Piotr JUREK, *Historia państwa i prawa polskiego*, Wrocław 1998, s. 30.

(26) S. GRODZISKI, *Wstęp*, s. 10-11.

(27) P. JUREK, *Historia państwa*, s. 30-31.

(28) S. GRODZISKI, *Wstęp*, s. 13.

(29) P. JUREK, *Historia państwa*, s. 31.

uchwał sejmowych, pod szeroką i niezbyt precyzyjną nazwą konstytucji oraz uniwersałów. Tak pomyślane wydawnictwo – zdaniem historyków państwa i prawa, przygotowujących edycję do druku – opatrzone zostało nazwą nawiązującą do dorobku Józefa Załuskiego i Stanisława Konarskiego, ale określające mniej szeroko jego treść: *Volumina constitutionum*.³⁰⁾

Po bliższym zapoznaniu się z zawartością wszystkich tomów *Volumina legum*, można stwierdzić, że wydawnictwo nie objęło wszystkich konstytucji sejmowych, chociaż zawiera sporo aktów, których nie da się w żadnym wypadku uznać za konstytucje.

W tej sytuacji należy określić czym były konstytucje sejmowe, a chcąc je określić, należy spojrzeć na całość działalności sejmów. W wyniku działalności sejmowej powstawały: 1) akty prawnego normalnego zarządu państwem, z okazji trwania obrad, wydawane na tymże sejmie; 2) traktaty międzynarodowe; 3) uchwały sejmowe. Te zaś dzieliły się na: a) uniwersały (w sprawach podatkowych), b) konstytucje (we wszystkich innych sprawach). Choć podzielone na odrębne przepisy, zaopatrzone osobnymi tytułami, stanowiły całość dla danego sejmów.³¹⁾

Wacław Uruszczak skonstatował, że konstytucje sejmowe nie zawsze przypominały ustawy w dzisiejszym rozumieniu tego słowa, wyróżniając zarazem następujące ich rodzaje:

- 1) konstytucje nowelizujące prawo pospolite (zawieszające moc prawa pospolitego czy je zmieniające; rozszerzające prawo pospolite o nowe prawa);
- 2) konstytucje potwierdzające lub powtarzające dotychczasowe prawa;
- 3) uchwały normatywne w sprawie wykonania obowiązujących praw (rozporządzenia wykonawcze);
- 4) zarządzenia administracyjne, tj. decyzje sejmowe w sprawach z dziedziny administracji państwa.³²⁾

Z tej kategorizacji konstytucji sejmowych wynika, że tylko konstytucje nowelizujące i potwierdzające lub powtarzające dotychczasowe prawo można by porównać do aktów ustanawianych przez dzisiejsze parlamenty, gdy pozostałe należą do kompetencji organów administracji państwowej. Ta różnorodność sejmowych aktów prawnych wynika z faktu, że polskie ustawodawstwo sejmowe wkraczało stopniowo w zakres kompetencji królewskich, a więc również w sprawy zarządu państwem.

Inna systematyzacja uchwał sejmowych (znana już na początku XVI w., a być może i wcześniej) to podział z punktu widzenia trwałości ich mocy obowiązującej: wieczyste (*constitutiones perpetuae*), obowiązujące na czas nieokreślony (np. artykuły

(30) *Volumina constitutionum*, I. 1493–1549. Do druku przygotowali: Stanisław GRODZISKI – Irena DWORNICKA – Wacław URUSZCZAK, Warszawa 1996.

(31) S. GRODZISKI, *Sejm dawnej Rzeczypospolitej*, s. 173.

(32) W. URUSZCZAK, *Sejm walny*, s. 138.

henrykowski na pierwszym sejmie elekcyjnym w 1573 r.) i czasowe (constitutiones temporales), obowiązujące przez czas z góry oznaczony.³³⁾

Konstytucje wieczyste uważano zawsze za bezwzględnie ważniejsze. Określając z góry czas obowiązywania jakiejś konstytucji sejmowej zaznaczano to wyraźnie w tekście. Konstytucje czasowe to często decyzje o powołaniu pospolitego ruszenia, przepisy o obozowaniu, uchwały podatkowe, a więc – rzecz oczywista – miały one charakter czasowy.³⁴⁾

Odrębnej zgody stanów sejmowych wymagało nadanie konstytucjom mocy wstecznej. Obowiązywała zasada *lex retro non agit*, ale ustanowienie wyjątku było możliwe w razie konieczności czy szczególnej użyteczności publicznej.³⁵⁾

Podsumowując należy stwierdzić, że sejm walny powstał jako forma reprezentacji stanowej. Tego rodzaju zgromadzenia stanowiły zjawisko typowe dla monarchii stanowych, w których cechą charakterystyczną systemu politycznego był dualizm władzy, rozdzielonej między władcę a stany. Kompetencje sejmowe wypływały z prawa ogólnego (pospolitego) społeczności szlacheckiej, którego źródłem były przywileje ziemskie, statuty, konstytucje sejmowe oraz powszechnie obowiązujące zwyczaje. Konstytucje sejmowe zawierały nie tylko postanowienia, które należały ściśle do kompetencji sejmu, ale również te, które wypływały z samodzielnych prerogatyw królewskich. Uchwały zapadały za zgodą króla, senatu oraz posłów ziemskich. Obrady zmierzały do uzyskania zgody powszechnej. Brak zgody któregoś z poselstw ziemskich, nie tamował w omawianym okresie ważności uchwały wobec tych ziem i województw, których posłowie ją zaaprobowali.

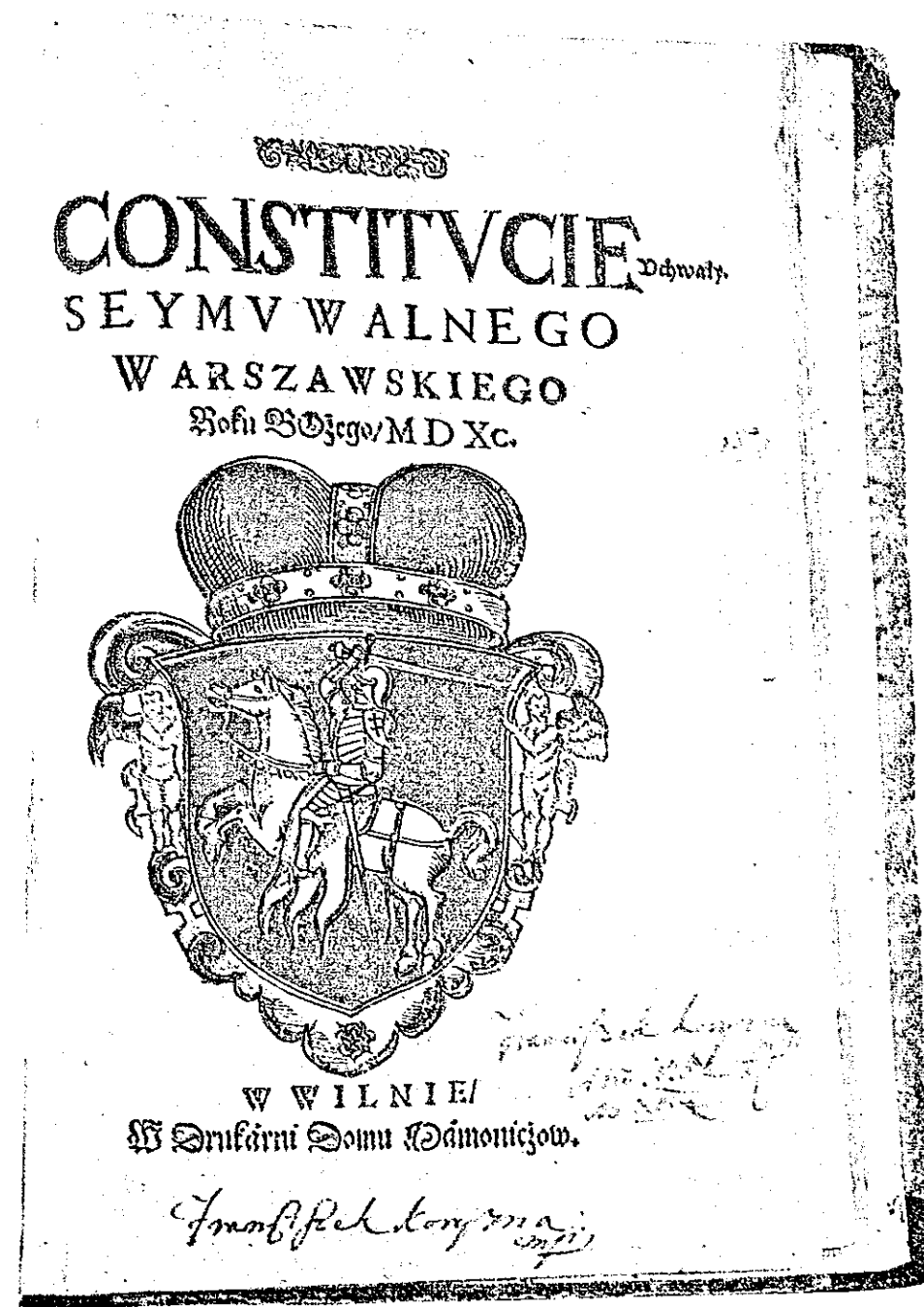
Mimo wskazanych wielu mankamentów w funkcjonowaniu sejmu walnego i stanowieniu prawa polskiego, możliwość pośredniego lub bezpośredniego udziału ok. 10 % społeczeństwa w procesie stanowienia prawa, w znaczący sposób wpływała na poziom kultury prawnej i politycznej, wysoki jeszcze w pierwszej połowie XVII wieku.³⁶⁾

(33) S. GRODZISKI, *Wstęp*, s. 35-36.

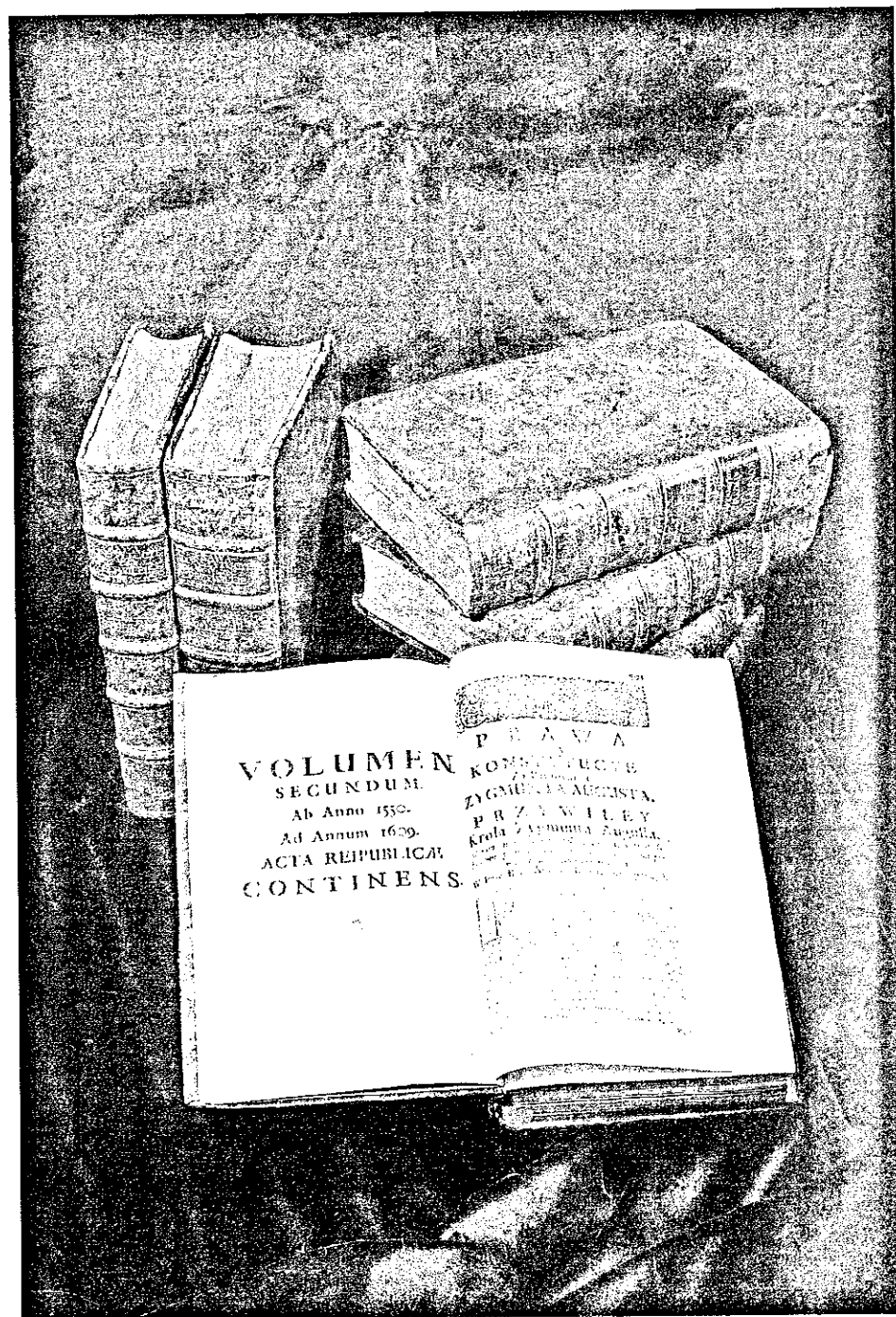
(34) IDEM, *Sejm dawnej Rzeczypospolitej*, s. 171.

(35) W. URUSZCZAK, *Sejm walny*, s. 138.

(36) Władysław CZAPLIŃSKI, *Rola sejmów XVII wieku w kształtowaniu kultury politycznej w Polsce*, in: *Dzieje kultury politycznej w Polsce*, pod red. Józefa Andrzeja Gierowskiego, Warszawa 1977, s. 42-50; Edward OPALIŃSKI, *Kultura polityczna szlachty polskiej w latach 1587-1652*, Warszawa 1995, s. 294-296.



Constitutio uchwały seymu walnego warszawskiego roku bożego 1590 wileńskiej oficyny Mamowiczów. W zbiorach Biblioteki Narodowej w Warszawie. Reprodukacja z: *Sejmy i sejmiki Pierwszej Rzeczypospolitej*. Dokumenty w zbiorach Biblioteki Narodowej, opracowali Marek WREDE – Maria WREDE, Warszawa 1999.



Volumina legum.

Zbiór praw Królestwa Polskiego i Wielkiego Księstwa Litewskiego uchwalonych na sejmach od roku 1347 do roku 1793. W zbiorach Biblioteki w Warszawie. Reprodukacja z: *Sejmy i sejmiki Pierwszej Rzeczypospolitej*. Dokumenty w zbiorach Biblioteki Narodowej, opracowali Marek WREDE - Maria WREDE, Warszawa 1999.

Włodzimierz Kaczorowski – Jan Seredyka

Polské sněmovní konstituce od konce 16. do poloviny 17. století

Shrnutí

Časový rámeček příspěvku vymezují dvě důležité události v dějinách staropolského parlamentu. První z roku 1493 je spojena s účastí zemských poslů při jednání krále se senátory, kdy bylo dohodnuto, že korunní valný sněm (*sejm*) a po reálné unii Polska s Litvou (1569) parlament federativní Rzeczypospolite bude dvoukomorový. Druhým důležitým datem byl rok 1652, kdy byl sejm na protest jednoho z poslů odročen a jeho usnesení prohlášena za neplatná. Dřívější sejmy byly také přerušovány, ale jen na základě vůle většiny poslů.

Přes formální princip jednomyslnosti byly zákony ve skutečnosti přijímány a rušeny většinou zástupců v sejmě. Na základě toho bylo 80 % (z více jak 140) zasedání sejmu v letech 1494-1652 ukončeno s pozitivním výsledkem.

Zpočátku byly výsledky zákonodárné činnosti sejmu zpravidla označovány jako statuta, dekreta, privilegia, zřízení, recesy a později stále častěji jako konstituce. Pro terminologické nejasnosti můžeme konstatovat, že pouze část sejmem přijatých normativních aktů se podobala dnešním zákonům. Ostatní se týkaly jednotlivých případů, které spadaly do správní pravomoci.

Zvlášť je nutné uvést tajné zápisy z archivu, které byly přijímány zasedajícími stavy převážně ve vojensko-fiskálních záležitostech a nebyly samozřejmě zveřejňovány. Pozoruhodné jsou také nepsané tzv. intence sejmu, které byly výrazem stanoviska shromážděných zástupců a platných právních norem.

Nejednou bylo – po několikátých jednáních – přijato jen tzv. prohlášení o daních. O daně se zajímala zejména vládnoucí skupina. Porady spojené s daněmi však poskytovaly šlechtě příležitost vyjednávat s králem a dosahovat tak žádaná právně-politická řešení. Za této situace král pozvolna ztrácel zákonodárnou iniciativu. Zatímco ještě počátkem 16. století byla úloha zemských poslů omezoována vůlí panovníka a senátorů, za vlády posledních Jagellonců již představitelé šlechty stále více posouvali do popředí své požadavky. Ovlivňovali proto program jednání sněmů (*sejmiků*) a pozice sejmu obsažené v královské legaci.

Za této situace byly rozšířeny formy dohod mezi stavy v sejmě. Senátoři a poslové před závěrečným rozhodnutím (konkluzí) sejmu jednali mimo jednotlivé komory prostřednictvím svých delegátů. Konala se také společná zasedání v komisích, provincionální zasedání a kolokvia obou komor.

Od šedesátých let 16. století rostl podíl šlechty na zákonodárství, což později vedlo k přípravě návrhů zákonů a jejich akceptaci zemskými posly ve sněmovně ještě před tím, než byly schváleny králem a senátory. Jednání, která trvala několik týdnů, byla podle zvyku ukončena v jednom dni. Proto někdy trvala závěrečná zasedání více jak deset hodin. Zřídka bylo zasedání po dohodě prodlouženo o jeden nebo dva dny. Teprve podle konstituce z roku 1633 bylo posledních pět dní jednání sejmu určeno k závěrečnému zasedání. Zákonodárný proces tím však byl zlepšen jen částečně.

Konstituce byly definitivně dotvářeny teprve po zasedání sejmu. O jejich konečné redakci zpočátku rozhodovala korunní kancelář, později kancléř společně se zástupci senátu a sněmovny poslů. Při redakci byly prováděny v zákonech změny. Dokonce byly doplňovány zákony, které během závěrečného zasedání nebyly projednány, resp. nebyly stavy přijaty. Vyvolávalo to v sejmících protesty, které pak byly prošetřovány sejmem. I přes uvedené nedostatky měla přímá či nepřímá účast asi 10 % obyvatelstva na zákonodárné činnosti velký vliv na úroveň právní a politické kultury, a to ve značné míře ještě v první polovině 17. století.

Włodzimierz Kaczorowski - Jan Seredyka

Die Konstitutionen des polnischen Reichstages [Sejms]
vom Ende des 15. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts

Zusammenfassung

Den zeitlichen Rahmen des Textes bestimmen zwei wichtige Ereignisse in der Geschichte des altpolnischen Parlamentarismus. Die erste Begebenheit steht im Jahre 1493 mit der Teilnahme der Landboten an den Beratungen des Monarchen mit den Senatoren in Verbindung. Dadurch wurde entschieden, dass der Reichstag [sejm walny] der Krone und nach der Realunion Polens mit Litauen (1569) das Parlament des föderativen Königreichs Polen aus zwei Kammern bestehen würde. Das zweite wichtige Datum bildete das Jahr 1652, seit welchem auf den Einspruch eines Abgeordneten hin der Reichstag vertagt und seine Beschlüsse für null und nichtig erklärt wurden. Früher wurden die Reichstage auch geteilt, doch geschah dies gemäß dem Willen der Mehrheit der Abgeordneten.

Trotz des formellen Einmütigkeitsprinzips in der Gesetzgebung wurden die Gesetze in der Tat von der Mehrheit der Reichstagsrepräsentanten beschlossen oder abgelehnt. Dank dessen konnten 80 % (von über 140) Reichstagsitzungen in den Jahren 1493-1652 mit einem positiven Ergebnis beendet werden.

Anfänglich bezeichnete man die Ergebnisse der Arbeit des gesetzgebenden Reichstages zumeist als Statuten, Dekrete, Privilegien, Ordnungen, Rezesse und später immer öfter als Konstitutionen (Verfassungen). Um eine terminologische Verwirrung zu vermeiden, kann festgestellt werden, dass nur ein Teil der Reichstagsabschiede den heutigen Gesetzen ähnlich war. Alle anderen betrafen Einzelfälle, die in den Kompetenzbereich der Verwaltung fielen.

Gesondert müssen die Geheimschriften des Archivs erwähnt werden, die von den tagenden Ständen überwiegend zu militärisch-steuerlichen Angelegenheiten beschlossen und selbstverständlich nicht publiziert wurden. Interessant sind auch die nicht niedergeschriebenen sog. Reichstagsintentionen, die als Ausdruck der Einstellung der Versammelten und der geltenden Rechtsnormen anzusehen sind.

Manchmal kam - nach einige Wochen dauernden Beratungen - nur eine sog. Steuerproklamation (Steueruniversal) zustande. An Steuern war hauptsächlich die regierende Gruppe interessiert. Die Beratungen darüber boten jedoch dem Adel die Gelegenheit, mit dem König zu verhandeln, um die erwünschten juristisch-politischen Lösungen zu erreichen. In dieser Sachlage verlor der König allmählich die gesetzgebende Initiative. Wenn noch Anfang des 16. Jh. die Rolle der Landboten allein auf die Akzeptanz des Willens des Monarchen und der Senatoren beschränkt war, so versuchten die Vertreter des Adels in der Zeit der letzten Jagellonen immer mehr ihre Forderungen in den Vordergrund zu rücken. Sie haben dadurch das Tagungsprogramm der Landtage und die Reichstagsabschiede beeinflusst, die in der königlichen Legation diskutiert wurden.

In dieser Lage wurden die Formen der Verständigung zwischen den Reichstagsständen bereichert. Bevor die Senatoren und Abgeordneten zur Konklusion des Reichstages erschienen waren, traten sie außerhalb der Beratungen in einzelnen Kammern durch Boten in Kontakt. Es wurden auch Ausschusssitzungen, gemeinsame Provinzialtagungen und Kolloquien beider Kammern durchgeführt.

Seit den sechziger Jahren des 16. Jh. Intensivierte sich der Anteil des Adels an der Gesetzgebung stetig, was später zur Vorbereitung der Gesetzesvorschläge und ihrer Vorakzeptanz in der Kammer durch die Landboten führte, bevor sie, nach Bewilligung durch den König und die Senatoren, zum Gesetz erhoben wurden. Gewohnheitsmäßig wurden die einige Wochen dauernden Beratungen an einem Tage konkludiert. Deswegen dauerte manchmal die letzte Sitzung mehr als zehn Stunden. Selten konnte man sich dabei darauf verständigen, die Beratungen des Reichstages um einen oder zwei Tage zu verlängern. Erst mit der Konstitution von 1633 wurde die Dauer der Konklusion auf die letzten fünf Tage der Reichstagsberatungen festgelegt. In der Tat wurde dadurch aber das Verfahren der Gesetzgebung wenig rationalisiert.

Die Konstitutionen wurden endgültig erst nach den Reichstagsberatungen gestaltet. Über ihre Redaktion entschied zuerst die Kanzlei der Krone, später die Kanzler zusammen mit den Deputierten des Senats und der Landbotenstube. Bei der Redaktion erfuhren die Gesetze zuweilen Veränderungen. Es wurden sogar jene Gesetze bearbeitet, die während der Konklusion gar nicht behandelt bzw. von den Ständen nicht akzeptiert wurden. Dies löste Proteste auf den Landtagen aus, die dann vom Reichstag untersucht wurden. Trotz der aufgezählten Mängel hatte die direkte oder indirekte Teilnahme von ca 10 % der Bevölkerung am gesetzgebenden Verfahren großen Einfluß auf das Niveau der juristischen und politischen Kultur, das noch in der ersten Hälfte des 17. Jh. als hoch eingeschätzt werden kann.

VLADISLAVSKÉ ZŘÍZENÍ ZEMSKÉ A POČÁTKY ÚSTAVNÍHO ZŘÍZENÍ V ČESKÝCH ZEMÍCH (1500-1619)

Uspořádali Karel MALÝ a Jaroslav PÁNEK
Praha 2001



EWOLUCJA USTROJOWA I POCZĄTKI KONSTYTUCJONALIZMU W WIELKIM KSIĘSTWIE LITEWSKIM NA TLE PRAWODAWSTWA POLSKI I EUROPY ŚRODKOWEJ (XVI – POŁOWA XVII WIEKU)

Marceli K O S M A N

Temat mojego wystąpienia został zasygnalizowany dwuczłonowo – bez charakterystyki przeobrażeń społeczno-ustrojowych w Wielkim Księstwie Litewskim trudno bowiem mówić o jego prawodawstwie a tym samym o specyficznej odrębności państwowej we wspomnianym w tytule okresie. Wypadnie więc również cofnąć się chronologicznie o ponad stulecie (do 1385 r.) a także wykroczyć naprzód (do roku 1795), by zwięźle powiedzieć o ewolucji państwa i narodu w dobie zwanej przedrozbiorową.

Litwa historyczna tym różniła się od etnicznej,¹⁾ którą z pewnym uproszczeniem można utożsamiać się z dzisiejszą republiką litewską, że powstała w sensie państwowym

(1) Szerzej zob. Marceli KOSMAN, *Litwa etniczna i historyczna*, in: Świat i Polska u progu XXI wieku. Praca zbiorowa, Toruń 1994, s. 263-268; IDEM, *Polska – Litwa*, in: Polska i jej nowi sąsiedzi (1989-1993). Praca zbiorowa, Poznań-Toruń 1994, s. 41-56; IDEM, *Litauen – Legenden einer grossen Vergangenheit und Realitäten der Gegenwart*, Welt Trends. Zeitschrift für internationale Politik und vergleichende Studien, Nummer 16, Herbst 1997, s. 113-130. Autor

na bazie jednego z plemion bałtyjskich,²⁾ które dokonało zjednoczenia w połowie XIII wieku równocześnie z początkiem dynamicznej ekspansji na ziemiach ruskich; ekspansja ta trwała aż do pierwszej ćwierci XV wieku, doprowadzając do powstania wielkiego terytorialnie państwa, które w chwili liczyło ok. miliona kilometrów kwadratowych powierzchni dzisiejszej Litwy oraz w znacznym stopniu Białorusi i Ukrainy. Element litewski (tak pod względem ludności jak i obszaru), stanowił zaledwie 10 % a po unii lubelskiej 20 % – w 1569 r. bowiem zmniejszył się znacznie obszar Wielkiego Księstwa w związku z włączeniem Podlasia, Wołynia i Kijowszczyzny do Korony w ramach wspólnej Rzeczypospolitej. Zmieniły się więc proporcje etniczne na Litwie, co miało dla jej integracji wewnętrznej również pozytywne skutki; na ten aspekt sprawy historiografia zwraca mniej uwagi. Zrozumiałe więc, że silne musiały być wpływy ruskie na ustrój państwowy, zwłaszcza przed 1385 r.³⁾ W kancelarii państwowej język ruski (starobiałoruski) był używany oficjalnie jeszcze przez cały wiek XVI i dopiero w następnym został zastąpiony przez polski, który go stopniowo wypierał w piśmiennictwie już za czasów – ostatnich zwłaszcza – Jagiellonów.⁴⁾

analizuje historiograficzne i publicystyczne wątki tematu; te ostatnie niezwykle ożywiły się w dobie usamodzielnienia politycznego Litwy po rozpadzie Związku Radzieckiego, kiedy to zresztą również historycy oddali swe pióra dla publicystyki politycznej – zob. J. KIAUPIEN, *Replik auf Marceli Kosmans Version der litauischen Geschichte*, ibidem, s. 131-142; M. KOSMAN, *Mitologia rediviva. Między litwomanią a litwofobią*, in: *Kultura polityczna w Polsce. T. II. Mity i fakty*. Praca zbiorowa, Poznań 1999, s. 103-111.

(2) Spośród ludów nazwanych w połowie XIX w. Bałtami w najkorzystniejszej sytuacji geopolitycznej znaleźli się Litwini oraz Żmudzini (B. środkowi), którzy zdołali stworzyć własne państwo, zanim zostaliby zawojowani przez silniejszych sąsiadów; natomiast B. zachodni (Jaćwiegowie i Prusowie) ulegli eksterminacji w wiekach średnich a resztki ich zasymilowały się z najeźdźcami (Zakon Krzyżacki), zaś B. wschodni (ludy łotewskie zamieszkałe w Inflantach) zmieszały się ze zdobywcami niemieckimi.

(3) Do następującej konkluzji doszedł J. OCHMAŃSKI, *Ruskie wzory organizacyjne w państwie litewskim XIV-XV wieku*, in: idem, *Dawna Litwa. Studia historyczne*, Olsztyn 1986, s. 81n.: „...Ruś dostarczała państwu litewskiemu wzorów w systemie zarządzania krajem, wyjąwszy władze centralne i w zakresie sądownictwa /.../ Recepcja modelu ruskiego musiała nastąpić jeszcze w pierwszej połowie XIV wieku, za rządów Giedymina (1315-1341), a może nawet wcześniej, gdyż Połock, najbliższy Litwie ruski dzielnicowy ośrodek państwowy, był związany z Litwą już od czasów twórcy monarchii litewskiej – Mendoga.”

(4) W kancelarii wielkksiążęcej na początku XV wieku, kiedy została ona utworzona przez w.ks. Witolda w oparciu o wzory polskie, ruskie i niemieckie, wśród personelu (sekretarze) dominowali Polacy oraz Rusini (ci jednak nie należeli do grona doradców władcy, ich rola ograniczała się do technicznego sporządzania dokumentów), istniała specjalizacja językowo-terytorialna, można więc mówić o oddziałach łaćwińsko-niemieckim, ruskim a także tatarskim – zob. M. KOSMAN, *Kancelaria wielkiego księcia Witolda*, *Studia Źródłoznawcze* XIV, 1969, s. 101nn. O kompetencjach personelu świadczy fakt, że na dworze wielkksiążęcym również dokonywano tłumaczeń pism z języka czeskiego na niemiecki; informacja na ten temat znajduje się w wykazie materiałów przesłanych w 1429 r. wielkiemu mistrzowi (zob. ibidem, s. 102

Dzieje związku państwowego były równie owocne dla obu stron, co burzliwe. Uwaga ta dotyczy również historiografii, na tym miejscu należy wymienić obok polskiej i znacznie młodszej ale dziś dynamicznie rozwijającej się litewskiej, również rosyjską. Starła się ona eksponować ruski charakter Wielkiego Księstwa, pisząc o *litovsko-russkim gosudarstwie*, podobnie jak w piśmiennictwie białoruskim po pierwszej wojnie światowej już w tytułach prac eksponowano jego *litovsko-belarusskij* charakter. Dzieje Litwy, czy szerzej: ludów bałtyjskich, przyciągały też uwagę badaczy niemieckich; na tym miejscu wypadnie zauważyć widoczną nie tylko w dawniejszym piśmiennictwie litewskim tendencję do eksponowania dziejowych związków Litwy historycznej z Zakonem Krzyżackim oraz jego spadkobiercą – księstwem Hohenzollernów w Prusach.

By nie rozwijać tego wątku, powiemy jedynie, że po odsunięciu śmiertelnego niebezpieczeństwa (wiązało się ono z zagrażającymi bytowi narodowemu najazdami krzyżackimi w drugiej połowie XIV w.) i odzyskaniu Żmudzi na mocy pierwszego pokoju toruńskiego (z 1411 r.), Litwini nie mieli powodu do wrogiego nastawienia wobec niedawnego nieprzyjaciela;⁵⁾ toteż nie wspomagali Polaków podczas wojny trzydziestoletniej (1454-1466) z Zakonem Krzyżackim. Wcześniej zaś, na początku panowania w Wilnie Jagiełły (od 1377 r.), powstała koncepcja unii personalnej z Polską, która nie zagrażała ani uzależnieniem się od Krzyżaków, ani destrukcją etniczną poprzez chrystianizację w obrządku wschodnim. Takie projekty bowiem istniały a płynące z nich obawy legły u podstaw opóźnionej chrystianizacji Litwy.⁶⁾

Dawniejsza historiografia polska podchodziła w sposób nieco paternalistyczny do unii z Litwą, eksponując „dobrodziejstwa”, jakie Korona dawała „młodszemu cywilizacyjnie” partnerowi i usiłując wykazać, że Wielkie Księstwo zgodnie z polskimi

przyp. 52). Do oryginałów pism tatarskich – przekazywanych np. Władysławowi Jagielle – dołączano tłumaczenia ruskie, z reguły mniej butne w treści. Z czasem – zwłaszcza w sprawach wewnętrznych – działały bodaj raczej obok siebie niż w integracji oddziały łaćwiński (polski) i ruski, co dawało okazję do nadużyć (dokumenty w tych samych sprawach, odmienne w treści, dla różnych osób) – zob. J. BARDACH, *O praktyce kancelarii litewskiej za Zygmunta I Starego*, in: idem, *Studia z ustroju i prawa Wielkiego Księstwa Litewskiego XIV-XVII w.*, Warszawa 1970, s. 351nn.

(5) Zob. rozprawy Henryka ŁOWMIAŃSKIEGO (zwłaszcza *Polityka ludnościowa Zakonu Niemieckiego w Prusach i na Pomorzu, Agresja Zakonu Krzyżackiego na Litwę w wiekach XII-XV* oraz *Początki i rola polityczna zakonów rycerskich nad Bałtykiem w wieku XIII i XIV*) zabrane w tomie pt.: *Prusy – Litwa – Krzyżacy*. Wyboru dokonał, opracował, wstępem i postłowie opatrzył M. Kosman, seria „Klasyki Historiografii”, pod red. A. F. Grabskiego, Warszawa 1989.

(6) Zob. M. KOSMAN, *Drogi zaniku pogaństwa u Bałtów*, Wrocław 1976; IDEM, *Zmierzch Perkuna czyli ostatni pogaństwo nad Bałtykiem*, Warszawa 1981; *Chrzest Litwy. Geneza – przebieg – konsekwencje*. Red. M. ZAHAJKIEWICZ, Lublin 1990. W dawniejszej literaturze koncentrowano się bardziej na faktach jednostkowych związanych z chrztem, w nowszej na długotrwałych – nawet wielowiekowych – procesach chrystianizacyjnych. Procesy te stały się przedmiotem gruntownych studiów ks. Jana FIJAŁKA, ogłoszonych w zbiorowym dziele pt. *Polska i Litwa w dziejowym stosunku*, Kraków 1914.

pomysłami związku państwowego zostało inkorporowane po układzie w Krewie (sierpień 1385 r.), na mocy którego Jagiełło wraz z ręką „króla“ Jadwigi po przyjęciu chrztu objął tron polski. Że sprawy nie przedstawiały się tak jednoznacznie i w szczegółach pozostają do dziś dyskusyjne, dowodzą dociekania badaczy z okresu międzywojennego i ostatniego półwiecza.⁷⁾

Spoglądając na trwający pół tysiąclecia związek państwowy Polski i Litwy, można powiedzieć krótko: w jego trakcie pogłębiała się integracja, choć każda ze stron nie kwestionując korzyści płynących z unii⁸⁾ miała własne interesy: Korona dążyła do

(7) Przytoczymy tu nowatorską w swoim czasie (1937) rozprawę H. ŁOWMIANŚKIEGO pt. *Wcielenie Litwy do Polski w 1386 r.*, przedrukowaną m.in. w tomie *Prusy – Litwa – Krzyżacy*, zob. wyżej przyp. 5; ewolucyjny charakter związku państwowego Litwy z Polską od schyłku XIV w. do 1569 r. ukazuje Juliusz BARDACH, *Krewa i Lublin. Z problemów unii polsko-litewskiej*, in: idem, *Studia z ustroju i prawa* (zob. wyżej przyp. 4), s. 11-67. Zwykle mówi się o pomocy polskiej dla Litwy u schyłku XIV i na początku XV w. – i to nie ulega wątpliwości, podobnie jak późniejszy udział w obronie granicy wschodniej Wielkiego Księstwa. Korzyści jednak nie były tylko jednostronne. Należy też przejść bez polemiki nad publicystycznymi rewelacjami Jonasa Dainauskasa (po II wojnie światowej), jakoby dokumenty porozumienia w Krewie były falsyfikatem a polski kler wyjątkowo nieudolnie prowadził chrystianizację Litwy (było odwrotnie!), czy opowieściami ks. Kazimierza Propolanisa o słabej Polsce, która uratowała się dzięki unii z potężną Litwą (zob. M. KOSMAN, *Drogi zaniku pogaństwa*, rozdział pt. *Z dziejów fałszywego obrazu*). Interesująco o genezie unii pisze – zwracając uwagę na nie dostrzeżone wcześniej jej aspekty – w powstałej przed kilkudziesięciu laty a opublikowanej dopiero po śmierci autora syntezie H. ŁOWMIANŚKI, *Polityka Jagiellonów*, Poznań 1998, s. 38: „Jeżeli w genezie unii po stronie litewskiej dominował motyw obrony, to nie da się powiedzieć, ażeby bojarzy nie mieli na widoku celów ekspansyjnych; przecież pomoc polska miała między innymi służyć do kontynuowania ekspansji na wschodzie. Co więcej, tron polski miał przypaść Litwinowi, z czym zapewne łączono nadzieje, że przy swoim królu Litwini osiągną w Polsce wpływowe stanowiska. Tego mogli się spodziewać bojarzy na podstawie własnego doświadczenia. Przecież drużyna litewska, towarzysząca swemu księciu, gdy ten osiadał w grodzie ruskim, wchodziła w skład grupy rządzącej odpowiedniego terytorium /.../ W Polsce te przewidywania na razie nie sprawdziły się, bo Litwini nie byli do tego przygotowani, ale w chwili zawarcia unii mogli nie zdawać sobie z tego sprawy.“ Istotnie, zupełnie inna była sytuacja polityczna i poziom rozwoju społeczno-ustrojowego przeżywających rozbitcie dzielnicowe księstw ruskich oraz zjednoczonej i scentralizowanej za ostatnich Piastów Polski. Zresztą dokonując militarnego podboju Rusi Litwini, którzy tam osiadali, ulegali rutenizacji i przyjmowali prawosławie.

(8) Specjalne miejsce zajmuje – budząca dotąd kontrowersje wśród historyków również polskich tzw. zdrada kiejdańska (Kiejdany – rezydencja hetmana wielkiego litewskiego i wojewody wileńskiego Janusza Radziwiłła, który w 1655 r. podczas najazdu szwedzkiego wraz z innymi panami litewskimi ogłosił zerwanie unii i poddanie się Wielkiego Księstwa Litewskiego Karolowi X Gustawowi). Nie miała ona praktycznego znaczenia ze względu na wygnanie Szwedów z Rzeczypospolitej i przywrócenie status quo ante. Wypadnie zaznaczyć, że została zawarta w sytuacji szczególnie niekorzystnej dla Litwy ze względu na trwającą agresję rosyjską, w trakcie której zostały zniszczone rozległe wschodnie obszary Wielkiego Księstwa a także zdobyta jego stolica – Wilno.

inkorporacji, Wielkie Księstwo zaś do zachowania swej odrębności na płaszczyźnie ustrojowej. Tendencję taką reprezentowali przede wszystkim magnaci (dla szlachty korzystne było uzyskiwanie takiej samej pozycji prawnej, jaką miał ten stan nad Wisłą i Wartą), czemu nie przeszkadzał fakt, że przejmowali oni kulturę i posługiwali językiem polskim. Z czasem popularność zdobywało określenie: *gente Lithuani* (podobnie jak *gente Rutheni*), *natione Poloni*.⁹⁾

Choć Polakom nie udało się po 1385 r. inkorporować Litwy, to jednak systematycznie następowała recepcja prawa i zbliżanie obu państw. Widoczne było ono nie tylko w trakcie związku personalnego ale i wówczas, kiedy unia formalnie nie istniała a obie stolice łączyła wyłącznie osoba wspólnego władcy: Kazimierza Jagiellończyka (1447-1492), którego wyniesienie w 1440 r. na tron litewski oznaczało zerwanie więzi; w l. 1492-1501 na Wawelu zasiadał Jan Olbracht, w Wilnie zaś Aleksander, którego następnie Polacy obdarzyli koroną – jak niegdyś Jagiełłę – dla utrzymania związku państwowego. Jednak również w czasach formalnej odrębności umacniały się nad Wilnią wpływy polskie, reformy ustrojowe były przeprowadzane przy udziale kompetentnych przybyszy z Korony, choć Litwini przestrzegali, by np. duchowni w parafiach posługiwali się w pracy duszpasterskiej językiem swoich wiernych.¹⁰⁾

Każda ze stron obstawała przy swoim. Powołując na Wawel w 1501 r. Aleksandra Polacy wymogli na nim unię mielnicką (Mielnik), na mocy której m. in. zrzekł się swego dziedzicznego tronu na rzecz Korony. Unia jednak nigdy nie została zatwierdzona przez litewską radę wielkksiążęcą. Ale przygotowując unię lubelską ostatni z Jagiellonów, Zygmunt August, postąpił tak samo, zrzekając się dziedzicznego tronu na rzecz Korony i wówczas nikt jego decyzji nie kwestionował. Na sejmie 1569 r. ogromne połacie Wielkiego Księstwa (Podlasie, obszary przyszłej Ukrainy) odłączyły się od niego składając akces do Korony. Natomiast nie zostały zrealizowane takie pomysły koronnych dostojników, by zunifikowane na trwałe Wielkie Księstwo nazwać „Nową Polską“;¹¹⁾ sam fakt jednak, że były wysuwane, świadczy nie tylko o aspiracjach

(9) Najnowszy syntetyczny zarys dziejów unii dał w serii „Dzieje narodu i państwa polskiego“ J. BARDACH, *O Rzeczpospolitą Obojga Narodów. Dzieje związku Polski z Litwą do schyłku XVIII wieku*, Warszawa 1998.

(10) Zob. M. KOSMAN, *Polacy w Wielkim Księstwie Litewskim. Z badań nad mobilnością społeczeństwa w dobie jagiellońskiej 1386-1569*, in: *Spółczesność Polski średniowiecznej*. Praca zbiorowa, T. I, Warszawa 1981, s. 347-378; IDEM, *Bracia Chwalczewscy. Z dziejów szlachty kaliskiej w XVI wieku*, *Rocznik Kaliski XV*, 1982, s. 9-29 (zob. też IDEM, *Orzeł i Pogoń. Z dziejów polsko-litewskich XIV-XX w.*, Warszawa 1992); Maria Barbara TOPOLSKA, *Polacy w Wielkim Księstwie Litewskim w XVI - XVIII wieku. Przyczynek do dziejów polskiej emigracji na wschód w okresie staropolskim*, *Lituanos-Slavica Posnaniensia. Studia Historica*, II, 1987, s. 147-166.

(11) Z pomysłem takim wystąpił kanclerz wielki koronny Walenty Dembiński w dobie finalizowania unii przez Zygmunta Augusta, postulując nazwy trzech prowincji Korony: Małopolska, Wielkopolska i Nowa Polska (Lidia KORCZAK, *Litwa. Przechowana tożsamość*. Kraków 1998, s. 65). Wówczas był taki projekt przedwczesny, natomiast w XVIII w. określenie *Polska* było coraz częściej utożsamiane z *Rzeczpospolitą* a Litwa traktowana jako jedna z jej części; w wieku XIX, pod zaborami, prawo obywatelstwa posiadało określenie Polak (Polska)

ich autorów, ale również o postępach integracyjnych w ciągu niemal dwóch stuleci, jakie upłynęły od porozumienia w Krewie.

Dawniejsza historiografia polska raczej nie zajmowała się specyfiką ustrojową Wielkiego Księstwa Litewskiego po unii lubelskiej, często uważając, że niczym za pomocą czarodziejskiej różdżki automatycznie w 1569 r. było ono kulturalnie – przynajmniej w warstwie szlacheckiej – zintegrowane z Koroną. Takie stanowisko zajmowali nawet wytrawni znawcy zagadnienia,¹²⁾ ale niewątpliwym wpływem na społeczny odbiór przedwczesnej polonizacji wywarła literatura piękna, przede wszystkim czołowi jej przedstawiciele w XIX wieku – Adam Mickiewicz („Pan Tadeusz”) i Henryk Sienkiewicz (Trylogia, zwłaszcza „Potop”).¹³⁾

W nowszych badaniach, w których uczestniczyli równie intensywnie badacze polscy i litewscy, dokonano interesujących ustaleń co do integracji ustrojowej ale również w zakresie specyfiki urzędów litewskich w okresie Rzeczypospolitej szlacheckiej. Dotyczą one obyczaju politycznego (m.in. osobnego wynoszenia na tron wielkksiążęcy),¹⁴⁾ organizacji administracji kościelnej,¹⁵⁾ prawa i parlamentaryzmu.¹⁶⁾ Można

nadrzędne wobec Koroniarza (czyli mieszkańca dawnego Królestwa Polskiego, ale nie w całości, bo mieszkańca Wielkopolski i Małopolski zachodniej), Litwina (Litwa historyczna po 1569 r., a więc wraz z Białorusią) i Rusina (Małopolska wschodnia czyli Galicja).

(12) Zob. Stanisław KUTRZEBA, *Historia ustroju Polski w zarysie*. T. II: Litwa, Lwów-Warszawa 1921² (pierwodruk ukazał się w 1913 r.); IDEM, *Historia źródeł dawnego prawa polskiego*. T. I-II, Lwów-Warszawa-Kraków 1925 (reprint: Kraków 1987). W dziele tym obok koronnego zostało osobno omówione prawo mazowieckie, śląskie, pruskie i litewskie; autor stwierdza (t. II, s. 42) na wstępie do jego charakterystyki: „Prawo litewskie, tj. prawo, które obowiązywało na obszarach W. Księstwa Litewskiego, co do różnorodnych źródeł stoi poza prawem ziemskim koronnym. Niektórych ich rodzajów, spotykanych w tamtym prawie, zgoła tu nie ma, inne znacznie są uboższe, mniej rozwinięte, przeważnie później się pojawiają, ale są znów takie, których brak w prawie koronnym polskim.” Znajdujemy tu zapowiedź tych ustaleń, jakich dokonają późniejsi badacze, którzy zwrócili uwagę na specyfikę ustrojową Wielkiego Księstwa Litewskiego XVII-XVIII stuleci.

(13) Zob. M. KOSMAN, *Henryka Sienkiewicza wizja Polski wspaniałej*, Poznań 1999 (tam dalsza literatura).

(14) Ceremonia wynoszenia na tron w czasach pogańskich tkwi w pomroce dziejowej, zapewne wodzów wzorem germańskim wynoszono na tarczy; natomiast po przyjęciu chrztu, skoro nie udało się w 1430 r. Witoldowi uzyskać korony królewskiej, postanowiono zaadaptować stary obyczaj do nowych warunków i owo podniesienie miało charakter uroczysty, z udziałem dostojników duchownych i świeckich, z reguły w katedrze wileńskiej, stanowiąc sui generis koronację. Z pewnością tak zainaugurowano rządy hospodarskie Aleksandra Jagiellończyka w 1492 r. a w następnym stuleciu Zygmunta Starego i Zygmunta Augusta (nie wiemy, czy wcześniej w 1440 r. Kazimierza Jagiellończyka). Unia lubelska przewidywała wspólny wybór monarchy i Litwini chcieli zachować osobne owo wyniesienie, jednakże Polacy do tego nie dopuścili pozostawiając jedynie koronację na Wawelu władcy, który nosił tytuł króla i wielkiego księcia. Zob. M. KOSMAN, *Litwa pierwotna – mity, legendy, fakty*, Warszawa 1989 (rozdział „Podniesienie” książąt litewskich).

powiedzieć, że historycy litewscy, zarówno z czasów międzywojennych jak i w okresie radzieckim a zwłaszcza po usamodzielnieniu się republiki, zwracali uwagę na odrębności Litwy historycznej; badacze polscy zaś – nie negując tej specyfiki – koncentrowali uwagę na wspólnej przeszłości, bynajmniej nie traktując jej paternalistycznie czy sielankowo. Nie inaczej mogli i mogą postępować zwłaszcza monografisci poszczególnych sejmów walnych, gromadzących senatorów i posłów z całej Rzeczypospolitej.

Sejm walny rzeczywiście był obok monarchy instytucją mającą integrować po 1569 r. państwo, złożone z dwóch części – Królestwa Polskiego i Wielkiego Księstwa Litewskiego. Jednakże, podobnie jak unifikacja odbyła długą i efektywną drogę przed 1569 r., również nie zakończyła się na sejmie zjednoczeniowym w Lublinie. Istniało odrębne prawodawstwo – nadal obowiązywały Statuty Litewskie, z których dwa jeszcze z czasów jagiellońskich (1529 i 1566), trzeci zaś już zredagowany na początku panowania trzeciego króla obranego podczas tzw. „wolnej elekcji”, Zygmunta III Wazy (1588); eksponował on samodzielność W. Księstwa, nie podważając zawartej przed 19 laty unii, ale też jej nie eksponując. Miał on przetrwać zabory, został bowiem zniesiony dopiero w pierwszej połowie XIX w. przez Mikołaja I. Co więcej, obowiązywał również na obszarach włączonych w 1569 r. do Korony, tyle że nazywano go tam Statutem Wołyńskim (a nie Litewskim). Było to wybitne dzieło prawodawstwa Wieku Złotego.

Statut nie zrywał /.../ związku unii, lecz wbrew jej postanowieniom nie tylko nie uzgodnił systemu prawa Litwy z systemem prawnym Korony, ale uczynił wiele, by odrębność Wielkiego Księstwa umocnić. Wybrano w tym celu drogę najskuteczniejszą. Była nim rozbudowa i unowocześnienie systemu prawnego, co pozwalało Litwinom przeciwstawić się tendencjom unifikacyjnym płynącym z Korony. Ustawodawcy litewscy nie odrzucali zresztą z góry wszystkich inspiracji pochodzących z Polski, wybiórczo akceptowali te, które były wyrazem nowoczesnych idei oraz opartych na nich rozwiązań – konkluduje Juliusz Bardach.¹⁷⁾ Istotnie, zwłaszcza w zakresie tolerancji wyznaniowej ówczesne prawodawstwo litewskie mogło stanowić wzór dla innych, nawet dla Korony, choć i tę

(15) M. KOSMAN, „Primas Wielkiego Księstwa Litewskiego”. Z badań nad miejscem diecezji wileńskiej w metropolii gnieźnieńskiej, in: 1000 lat Archidiecezji Gnieźnieńskiej. Praca zbiorowa, Gniezno 2000, s. 283-292.

(16) Przede wszystkim gruntowne rozprawy J. BARDACHA zebrane w tomach: *Studia z ustroju oraz O dawnej i niedawnej Litwie* a także dalsze badania nad Statutami Litewskimi i ich miejscem w łańcisku kulturze prawniczej. Zob. też L. KORCZAK, *Litewska rada wielkksiążęca w XV wieku*, Kraków 1998; Jerzy MALEC, *Szkice z dziejów federalizmu i myśli federalistycznej w czasach nowożytnych*, Kraków 1999.

(17) J. BARDACH, *Litewskość w państwowości i systemie prawa Wielkiego Księstwa w XVI-XVIII stuleciach*, in: Taip istorijos ir butoves. Studijos prof. Eduardo Gudavicius 70-mecziui. Vilnius 1999, s. 355.

ówczesny pisarz nazywał przytuliskiem dla heretyków, zaś dzisiejszy badacz – Janusz Tazbir – „państwem bez stosów”.¹⁸⁾

Wielkie Księstwo składało się z dziewięciu województw,¹⁹⁾ podzielonych z wyjątkiem dwu kresowych²⁰⁾ na powiaty. W ramach tych jednostek wybierano posłów podczas sejmików elekcyjnych, zaś po ich powrocie z sejmiku omawiano jego obrady i postanowienia na sejmikach relacyjnych. Na ogólną liczbę 182, sejmiki litewskie wysyłały ich do Warszawy 48, przy czym najbardziej dynamiczne i liczne były te z Litwy centralnej.²¹⁾

Droga do parlamentaryzmu wiodła poprzez powstanie rady wielkksiążęcej, początkowo dobieranej przez panującego z udziałem jej członków ad hoc, nie mających sformalizowanego charakteru. Po zawarciu związku państwowego z Polską przybrała w ciągu XV wieku charakter stały ze znacznymi kompetencjami ograniczającymi władzę hospodara. W szczególnych sytuacjach, jak dla wyboru władcy w 1440 czy 1492 r., rada wzywała dzielnice, by przysłały swych przedstawicieli (od 10 do 12 osób) na sejm. W XVI w. stał się on instytucją stałą, obok – później znacznie niż w Koronie – pojawiły się sejmiki, najpierw na Podlasiu, zaś w całym Wielkim Księstwie na mocy przywileju wileńskiego Zygmunta Augusta z 1565 r.²²⁾

Stanowisko dawniejszej historiografii na temat staropolskiego parlamentaryzmu wyraża Stanisław Kutrzeba, który stwierdza, że odrębne zjazdy w Wielkim Księstwie zanikły pod koniec XVI w., kiedy to „Litwa pogodziła się ze swoim udziałem w sejmie koronnym, który pozostał jedyną instytucją dla całej Rzeczypospolitej”. Jako „pozostałość dawnego sejmiku litewskiego, a raczej za jej ślad” traktuje tzw. generał litewski czyli sejmik generalny, przyrównując go do koronnych „generałów” w Kole dla Wielkopolski i w Korczynie dla Małopolski. Litwini zjeżdżali się zwykle przed sejmem w Wołkowysku a następnie w Słonimie.²³⁾

(18) Zob. M. KOSMAN, *Protestanci i Kontrreformacja. Z dziejów tolerancji w Rzeczypospolitej XVI-XVIII wieku*, Wrocław 1978 (studium: *Tolerancja religijna w Wielkim Księstwie Litewskim do XVIII w.*)

(19) Województwa wileńskie, trockie, księstwo żmudzkie, smoleńskie, połockie, nowogródzkie, witebskie, brzeskie litewskie, mściśławskie.

(20) Połockiego i mściśławskiego.

(21) Woj. wileńskie – 10 posłów, woj. trockie – 8, księstwo żmudzkie – 2, woj. nowogródzkie – 6, woj. brzeskie – 4, woj. mińskie – 6. Zestawienie reprezentacji sejmikowej zob. Henryk OLSZEWSKI, *Sejm Rzeczypospolitej epoki oligarchii 1652-1763. Prawo – praktyka – teoria – programy*, Poznań 1966, s. 64-66.

(22) S. KUTRZEBA, *Historia ustroju*, s. 93-105; H. ŁOWMIANŃSKI, *Prusy – Litwa – Krzyżacy*, s. 259nn. (studium: *Z zagadnień spornych społeczeństwa litewskiego w wiekach średnich*); L. KORCZAK, *Litewska rada wielkksiążęca*, s. 77 („Nie tracąc doradczego charakteru, consilium statutem z 1468 r., a potem przywilejem z 1492 roku uzyskało prawną podstawę swego istnienia i zakresu działania”).

(23) S. KUTRZEBA, *Historia ustroju*, s. 151n.

Sprawa jednak nie przedstawiała się – w świetle nowszych badań – tak prosto. Litwa zachowywała swe odrębności i nie chciała być traktowana automatycznie jako jedna z trzech prowincji Rzeczypospolitej, ale podkreślała swe miejsce w dualistycznym państwie. Owszem, matematycznie (proporcje w skarbie czy wojskowości) godziła się na stosunek 1:3, zaś w końcu wywalczyła w 1673 r. obowiązek zwoływania co trzeciego sejmiku do Grodna (dotąd wszystkie z reguły odbywały się w Warszawie). Doprowadziła do tego ku swojej satysfakcji a irytacji Koroniarzy. Grodno też, po zniszczeniu Wilna w 1655 r. przez wojska moskiewskie, od połowy XVII w. przejmowało pewne atrybuty litewskiej stołeczności jako nowe *miasto rezydencjonalne* jego królewskiej mości.²⁴⁾

Litwini po unii lubelskiej, niezależnie od postępujących coraz gruntowniejszych procesów integracyjnych na płaszczyźnie politycznej, ustrojowej i kulturalnej, starali się podkreślać swą odrębność, co w Koronie a także w polskiej kulturze historycznej było często określane mianem separatyzmu. Przejawy tego stanu – czasami mające realne podstawy w obronie własnych interesów a nierzadko stanowiące wyraz ambicio-nalnych postaw – spotykamy na płaszczyźnie parlamentarnej.

Początek nowego etapu ożywionych studiów nad tym zagadnieniem dała przed trzydziestu laty polemika między polskimi badaczami – Janem Seredyką i Henrykiem Wisnerem – na temat tzw. konwokacji wileńskiej czyli osobnej formy zgromadzenia parlamentarnego dla Wielkiego Księstwa. Funkcjonowała ona niezależnie od sejmiku walnego Rzeczypospolitej, nie była jednak sejmikiem generalnym. Pierwszy ze wspomnianych historyków na marginesie monografii sejmiku nadzwyczajnego w Toruniu z 1626 r. zajął się nieudaną próbą jego zbojkotowania przez hetmana polnego litewskiego Krzysztofa Radziwiłła. Dało to drugiemu okazję nie tylko do polemiki, ale do zajęcia się tą instytucją. W sumie dzięki temu źródłowe studia nad parlamentaryzmem, wcześniej skoncentrowane na XVI wieku, przyniosły istotne ustalenia w odniesieniu do następnego stulecia, przede wszystkim do epoki Wazów,²⁵⁾ którzy po kądzieli byli Jagiellonami.²⁶⁾

(24) Zamku wileńskiego nie odbudowano, choć miasto szybko wzniosło się z ruin i pozyskało wspaniałe budowle późnobarokowe, przede wszystkim jednak były to kościoły i pałace magnackie. Zob. M. KOSMAN, *Litewski Warwel. Problem stołecznych funkcji Wilna do połowy XVII wieku*, *Zapiski Historyczne* (Toruń) LXIV, 1999, zeszyt 3-4, s. 37-65.

(25) Zygmunt III (1587-1632), Władysław IV (1632-1648), Jan Kazimierz (1648-1668).

(26) Matka Zygmunta III – Katarzyna Jagiellonka – była córką Zygmunta I Starego a żoną króla szwedzkiego Jana III Wazy. Zob. co do kwestii odrębności parlamentarnych na Litwie w stosunku do całej Rzeczypospolitej zwłaszcza: J. SEREDYKA, *Radziwiłłowski plan zbojkotowania przez Litwę w 1626 r. sejmiku nadzwyczajnego w Toruniu*, *Zeszyty Naukowe Wyższej Szkoły Pedagogicznej w Opolu*. Historia VIII, 1971, s. 35-58; IDEM, *Konflikt między Koroną a Litwą w 1627 r.*, ibidem VI, 1968, s. 142; IDEM, *Konwokacja wileńska, ale jaka?*, ibidem XII, 1973, s. 121nn.; H. WISNER, *Konwokacja Wileńska. Z dziejów parlamentaryzmu litewskiego w czasach Zygmunta III*, *Czasopismo Prawno-Historyczne* XX, zeszyt 2, 1968, s. 75-80; IDEM, *Sejm litewski czy konwokacja wileńska?*, *Zeszyty Naukowe WSP w Opolu* XII, 1973.

Kronikarz polski Marcin Bielski pod rokiem 1573 – a więc podczas bezkrólewia po śmierci ostatniego Jagiellona – pisze, że Litwini do Nowogródka „zjazd pospolity złożyli“, deliberując zwłaszcza o kontrowersjach z Koroniarzami. Wkrótce potem zaś „uprzedzając ten czas sejmików panowie litewscy zjechali się też byli do Wilna“, gdzie również debatowali na temat wyboru następcy ostatniego Jagiellona.²⁷⁾ Ów *zjazd pospolity* to obrady, które przetrwały po 1569 r. i zyskały nazwę Zjazdu Głównego Konwokacji Wileńskiej, albo jednego z tych członów czyli *Konwokacji Wileńskiej* czy – rzadziej – *Zjazdu Głównego*.

Była to pozostałość dawnego sejmiku litewskiego, choć unia lubelska jej nie przewidywała. Początkowo zwoływali ją panujący, zaś zdaniem H. Wisnera „w pierwszych latach w. XVII zaakceptowana została w pojęciu powszechnym jako forma nadzwyczajna, niemniej będąca w użyciu“. Poprzedzały ją z reguły sejmiki (z wyjątkiem konwokacji 1632 r. po śmierci Zygmunta III), na których wybrani posłowie byli wyposażeni w pisemne instrukcje; w obradach udział brali również senatorowie i urzędnicy centralni Wielkiego Księstwa. Obrady niekiedy trwały kilkanaście dni.²⁸⁾

Choć była to pozostałość odrębnej państwowości,²⁹⁾ Zjazd Główny zaaprobował Stefan Batory, podobnie Zygmunt III i Władysław IV. Królowie też byli władni zapowiedziane zjazdy odwoływać. W 1613 r. konwokacja wileńska wezwała sejmiki do skasowania konstytucji sejmowej uchwalonej przed dwu laty (*O rozgraniczeniu dóbr koronnych z WXL*), ponieważ została ona opublikowana bez wiedzy posłów litewskich.³⁰⁾ Wypadnie zauważyć, że szlachta uważnie śledziła treść publikowanych konstytucji sejmowych, konfrontując druki z uchwałami podejmowanymi w stosownym czasie podczas obrad parlamentu.

W dziejach parlamentaryzmu Wielkiego Księstwa Litewskiego można więc mówić o uchwałach konwokacji wileńskich oraz o konstytucjach tej części Rzeczypospolitej wyodrębnionych z ogółu uchwał sejmów walnych. Odrębne konstytucje dla Litwy uchwalono po raz pierwszy na sejmie Rzeczypospolitej z 1581 r., Stefan Batory w stosownych artykułach (41 - 50) zwracał się do *Stanów Wielkiego Księstwa Litewskiego*, mówił o pieczętowaniu tych uchwał pisanych po rusku pieczęcią wielkoksiążęcą,

przypomniawszy o wyższości uchwał sejmowych nad lokalnymi: *a to tak, iżby nic spisom Unii nie było przeciwno*.³¹⁾

Istotne znaczenie z biegiem czasu miał fakt, że kiedy sejmy kończyły się bez podejmowania uchwał, wówczas dla Litwy władne były je podejmować zjazdy główne. Generalnie konstytucje Wielkiego Księstwa miały charakter uzupełniający w stosunku do ogólnych uchwał sejmowych, które były też specjalnie aprobowane przez jego reprezentację parlamentarną. W zakresie polityki zagranicznej – należy pamiętać – prowadzenie pertraktacji z Moskwą leżało w kompetencji kanclerza wielkiego litewskiego. Od 1607 r. publikowano odrębnie *Konstytucje Wielkiego Księstwa Litewskiego*.³²⁾ Były one w ogólnym zbiorze osobno numerowane (paragrafy 1 - 10), umieszczone bezpośrednio po 85 uchwałach dotyczących Korony a bezpośrednio przed konkluzjami. Niekiedy jednak dochodziło do odstępstwa od reguły terytorialnej, kiedy wśród spraw litewskich znajdowały się postanowienia związane z obszarem Małopolski.

Ale już wcześniej (w 1590 r.) wyrazem dążenia do odrębności stało się wyłączenie z ogółu uchwał sejmowych postanowień odnoszących się do tej części Rzeczypospolitej pod tytułem *Sprawy Wielkiego Księstwa Litewskiego*. Na bieżąco również po 1607 r. sprawy litewskie miały w większości odrębną numerację. Oczywiście obok kwestii interesujących poszczególne ziemie w ramach prowincji państwa, specjalne miejsce zajmowały te, które miały charakter ogólny i dotyczyły Rzeczypospolitej jako całości.

Wyodrębnianie konstytucji dla Litwy miało miejsce przede wszystkim w drugiej połowie długiego panowania Zygmunta III a po upływie ćwierćwiecza za czasów Jana Kazimierza. *Zmiana /.../ uwidoczniła się w trzech podstawowych dla działania państwa płaszczyznach: skarbowej, militarnej i dyplomatycznej. Nie negując jedności stanu szlacheckiego Rzeczypospolitej zdawała się świadczyć co najmniej o trwającej odrębności Litwy i Korony Polskiej* – zauważa H. Wisner.³³⁾ Wypadnie jednak nadmienić, iż swa odrębność akcentowały nie tylko obie części Rzeczypospolitej (a konkretnie ta, która była na tym tle szczególnie czuła, czyli Wielkie Księstwo), lecz również poszczególne ziemie w ich skład wchodzące.

Uchwały o charakterze ogólnym zajmowały specjalne miejsce i nie było potrzeby ich odrębnego potwierdzenia. Z czasem zaprzestano zaznaczać, iż dane postanowienie obowiązuje na obszarze Litwy, poprzestając na stosownym tytule, jak w 1662 r. *O zamkach i fortecach Rzeczypospolitej w Koronie i WXL*, czy – podczas tego samego sejmiku

(27) Marcin Bielski, *Kronika*, T. III, wyd. Kazimierz Jan TUROWSKI, Sanok 1856, s. 1237 i 1263.

(28) H. WISNER, *Konwokacja*, s. 80.

(29) J. BARDACH, *Formes des assemblées représentatives du Grand Duché de Lituanie après l'union de Lublin (1569)*, in: XIII^e Congrès International des Sciences Historiques, LII, Warszawa 1975, s. 159-184.

(30) Zachowały się uchwały Zjazdów Głównych z lat 1593, 1605, 1613, 1614, 1615, 1617, 1624, 1632, 1634, 1648 – H. WISNER, *Sejmiki litewskie w czasach Zygmunta III i Władysława IV. Konwokacja wileńska oraz sejmiki przedsejmowe i relacyjne*, Miscellanea Historico-Archivistica, T. III, Warszawa-Łódź 1989, s. 51n.

(31) *Volumina Legum. Prawa, konstytucje i przywileje Królestwa Polskiego, Wielkiego Księstwa Litewskiego i wszystkich prowincji należących na walnych sejmach koronnych od sejmiku wiślickiego Roku Pańskiego 1347 aż do ostatniego sejmiku uchwalone* (dalej: VL). T. II. Petersburg 1859, s. 210.

(32) VL II, s. 448-451.

(33) H. WISNER, *Konstytucje Wielkiego Księstwa Litewskiego za Wazów*, Czasopismo Prawno-Historyczne XXIX, 1977, zeszyt 2, s. 211.

ekstraordinaryjnego – *Oświadczenie ku nam* (czyli Janowi Kazimierzowi - MK) *życzliwości Stanów Koronnych i W.X. Lit.*³⁴⁾

Konstytucje Wielkiego Księstwa nie stanowiły przeciwstawienia generalnym postanowieniom sejmów walnych, były raczej ich dopełnieniem, osobno je zestawiano dopiero podczas redakcji tekstów do druku a nie już w trakcie uchwalania. Nie stanowiło to zresztą reguły, stąd trudno byłoby w samym istnieniu doszukiwać się dowodów odrębności państwowej a przede wszystkim tendencji antyintegracyjnych. W każdym razie nie należy tu dopatrywać się zasadniczych przejawów trwania osobnej państwowości, byłoby to zupełną nadinterpretacją.

Na kształt redakcyjny konstytucji wywierali wpływ sami monarchowie oraz ich najbliżsi współpracownicy z kancelarii koronnej. Natomiast trudno doszukiwać się tu przejawów antyunijnej polityki ze strony litewskiej elity politycznej. Osobnych uchwał dla jednej z części państwa nie należy traktować jako godzących w całość Rzeczypospolitej. Ta bowiem systematycznie się integrowała, który to proces przebiegał niestety w parze z równoległym postępującym osłabieniem państwa i jego polityczną dezintegracją. Zjawisko to jednak dawało o sobie znać – choć nie było doceniane a może i uważane głównie po połowie XVII a przede wszystkim w ciągu XVIII stulecia.

Nie należy więc przeceniać faktu istnienia osobnych konstytucji sejmowych dla Wielkiego Księstwa Litewskiego. Należy w nich upatrywać przejaw chęci do niezamazywania przejawów przedunijnej odrębności. Inna sprawa, że nasilenie tych tendencji – również na płaszczyźnie ustaw zasadniczych – po kryzysie państwowym za Jana Kazimierza wiązało się z osłabieniem Rzeczypospolitej w wyniku wojen za panowania tego władcy.

(34) VL IV, s. 389.

Marceli Kosman

Ústavní vývoj a počátky konstitucionalismu ve Velikém knížectví litevském na pozadí zákonodárné činnosti v Polsku a ve střední Evropě (od 16. do poloviny 17. století)

Shrnutí

Vývoj Velikého knížectví litevského od nástupu Jagellonců na polský trůn (1385) a poté od vytvoření Polsko-litevské unie (1569) představuje pozoruhodný příklad srůstání dvou původně samostatných států do jediného státního celku, ale zároveň ukázkou dlouhodobého uchování specifických rysů někdejšího státu v rámci personální a poté reálné unie. Půltisícileté soužití Polska a Litvy vedlo přirozeně k postupné integraci, zároveň však k prosazování vlastních zájmů polských a litevských elit. Zatímco Poláci měli zájem na plném začlenění Litvy do společného státu (pokoušeli se dokonce - ovšemže marně - pro Litvu prosadit název "Nové Polsko"), Litvané usilovali o zachování ústavního svérázu Velikého knížectví litevského i poté, co si osvojili polskou kulturu a polský jazyk.

Osobitost Litvy byla ztělesněna zvláštními institucemi v rámci Rzeczypospolité - dosazováním panovníka na velkoknížecí trůn, církevní správou, právním a parlamentárním zřízením. Třebaže panovník a valný korunní sněm (*sejm*) plnili ve státě integrační funkce, ve Velikém knížectví litevském se v 16. a 17. století udrželo a dokonce zdokonalilo vlastní zákonodárství. Jeho výrazem se staly *Litevské statuty*, a to nejen z doby předunijní (1529 a 1566), ale i z období následujícího (1588). Poslední uvedený statut nepodvracel unii, avšak v jejím rámci posiloval zvláštní postavení Litvy; modernizací právního systému totiž poskytoval obyvatelům Velikého knížectví litevského více možností obrany proti unifikačním tendencím, vycházejícím z Polska.

Na tomto základě se ustálil jednotný parlamentní systém, v němž vedle valného korunního sněmu (*sejmu*) působil také specifický litevský sněmík (*sejmik generalny litewski*), pozdější hlavní sjezd vilenské konvokace (*Zjazd Główny Konwokacji Wileńskiej*). Jeho existence zdůrazňovala, že Litva znamená více než jen jednu z provincií Rzeczypospolité, dokonce že jde o jakousi formu dualistického státu. Usnesení vilenských konvokací získaly v rámci zákonodárství Rzeczypospolité od roku 1581 zvláštní, ve vztahu k celostátním usnesením doplňkový charakter. Jakožto *Konstituce Velikého knížectví litevského* byla zákonodárná usnesení vilenské konvokace publikována společně s usneseními celostátního parlamentu, jímž byla rovněž aprobována. Toto specifické zákonodárství nemělo antiunijní charakter, zůstávalo však dokladem vědomí litevské ústavní specifiky.

Marceli Kosman

Die verfassungsmäßige Entwicklung und die Anfänge des Konstitutionalismus im Großfürstentum Litauen vor dem Hintergrund der legislativen Tätigkeit in Polen und in Mitteleuropa (vom 16. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts)

Zusammenfassung

Die Entwicklung des Großfürstentums Litauen seit der Thronbesteigung der Jagiellonen in Polen (1385) und nachfolgend seit der Bildung der Polnisch-litauischen Union (1569) symbolisiert ein bemerkenswertes Beispiel für die Verschmelzung zweier ursprünglich selbständiger Staaten zu einem einzigen Staatsverband, zugleich jedoch war es die Bewährungsprobe für die langfristige Bewahrung der spezifischen Charakteristika des einstigen Staates zunächst im Rahmen einer Personal- und dann einer Realunion. Das fünfhundertjährige Zusammenleben von Polen und Litauen führte naturgemäß zu einer fortschreitenden Integration, zugleich jedoch kam es zur Durchsetzung der eigenen Interessen der jeweiligen Eliten in beiden Ländern. Während die Polen Interesse an einer vollständigen Eingliederung Litauens in einen gemeinsamen Staat besaßen (sie unternahmen schließlich sogar – wenn auch erfolglos – den Versuch, für Litauen die Bezeichnung „Neu-Polen“ durchzusetzen), richteten die Litauer ihre Anstrengungen auf die Bewahrung der verfassungsmäßigen Eigenständigkeit des Großfürstentums Litauen noch zu einem Zeitpunkt, als sie bereits die polnische Kultur und Sprache zu rezipieren begannen.

Die Eigentümlichkeit Litauens verkörperte sich insbesondere in spezifische Institutionen im Rahmen der Rzeczpospolita – in der Einsetzung des Herrschers auf den großfürstlichen Thron, in der Kirchenverwaltung sowie der rechtlichen und parlamentarischen Ordnung. Während der Monarch sowie der Generallandtag der Krone (*Sejm*) im Staat eine Integrationsfunktion ausübten, hielt sich im Großfürstentum Litauen im 16. und 17. Jahrhundert eine eigene Gesetzgebung, die schließlich sogar einen Ausbau erfuhr. Ausdruck hierfür waren die *Litauischen Statuten*, und zwar nicht allein diejenigen aus der Zeit vor Abschluß der Union (1529 und 1566), sondern auch jene aus dem nachfolgenden Zeitraum (1588). Das zuletzt angeführte Statut wandte sich zwar nicht von der Union ab, stärkte allerdings in deren Rahmen die besondere Stellung Litauens; die Modernisierung des Rechtssystems bot nämlich den Bewohnern des Großfürstentums Litauen erheblich mehr Möglichkeiten für eine Abwehr der von Polen ausgehenden Unifikationsstendenzen.

Auf dieser Grundlage setzte sich ein einheitliches parlamentarisches System durch, in dem neben dem Generallandtag der Krone (*Sejm*) auch der kleinere spezifisch litauische Landtag (*Sejmik generalny litewski*), später der Hauptlandtag der Konvokation von Wilna (*Zjazd Główny Konwokacji Wileńskiej*) seinen Platz hatte. Dessen Existenz unterstrich, daß Litauen mehr als nur eine Provinz innerhalb der Rzeczpospolita war, daß es sich hierbei vielmehr um die spezifische Form eines dualistischen Staates handelte. Die Landtagsabschiede der Konvokationen von Wilna gewannen im Rahmen der Gesetzgebung der Rzeczpospolita seit 1581 einen besonderen, im Verhältnis zu den

gesamtstaatlichen Beschlüssen ergänzenden Charakter. Als Konstitutionen des Großfürstentums Litauen wurden die legislativen Beschlüsse der Konvokation von Wilna gemeinsam mit den Protokollen des gesamtstaatlichen Parlaments verabschiedet, die ebenfalls eine Approbation erfuhren. Diese spezifische Gesetzgebung besaß keinen antiunitären Charakter, blieb jedoch ein Zeugnis für das Wissen um die Eigentümlichkeit der litauischen Verfassung.

VĚLADISLAVSKÉ ZŘÍZENÍ ZEMSKÉ

A POČÁTKY ÚSTAVNÍHO ZŘÍZENÍ V ČESKÝCH ZEMÍCH
(1500-1619)

Uspořádalí Karel MALÝ a Jaroslav PÁNEK
Praha 2001



PRAWO A PRAKTYKA KONSTITUCYJNA ZA PIERWSZYCH WAZÓW (1587-1648)

Janusz DOROBISZ

Najczęściej konstytucję stanowi jeden akt normatywny określający społeczno-gospodarczy i polityczny ustrój państwa oraz podstawowe prawa obywatelskie. Tak rozumianą ustawą zasadniczą sejm szlacheckiej Rzeczypospolitej uchwalił 3 maja 1791 roku, tworząc podstawy monarchii konstytucyjnej. W tej kwestii odmienne stanowisko zajął W. Sobociński, który mianem ustawy konstytucyjnej państwa polskiego określił artykuły henrykowskie z 1573 roku.¹⁾ S. Płaza zauważył, że wspomniane artykuły wraz z przywilejami szlacheckimi i innymi normami ustrojowymi przesądziły o ukształtowaniu się monarchii konstytucyjnej w Rzeczypospolitej wkrótce po wygaśnięciu dynastii Jagiellonów.²⁾

Bezkrólewie z lat 1572-1573 było okresem wzmożonej walki politycznej o kształt ustrojowy państwa. Zachowawczym tendencjom większości senatorów szlachta przeciwstawiła postulat prawnego określenia pozycji panującego, w formie artykułów,

1) Władysław SOBOCIŃSKI, *O ustawie konstytucyjnej państwa polskiego z 1573 roku*, Czasopismo Prawno-Historyczne, I, 1949, s. 75-90.

2) Stanisław PŁAZA, *Wielkie bezkrólewia*, Kraków 1988, s. 75.

których miało być około dwudziestu. Niemal w tej liczbie uchwalono je na sejmie elekcyjnym w maju 1573 roku. Senat, który upatrywał w królu naturalnego sojusznika w walce o władzę ze szlachtą, nie zamierzał popierać jej aspiracji politycznych zawartych w artykułach. Stanowisko senatu wykorzystał Henryk Walezy (1573-1574) odkładając potwierdzenie artykułów. Wkrótce skrycie opuścił Rzeczpospolitą obejmując po śmierci Karola IX tron Francji. Z rozdwojonej elekcji 1575 roku wyszedł zwycięsko Stefan Batory (1576-1586). Zaprzysiął on artykuły, nazwane od imienia poprzednika henrykowskimi, które stały się prawem obowiązującym elekcyjnych władców Rzeczypospolitej, aż do jej upadku w końcu XVIII wieku.³⁾

W przypadku złamania prawa artykuły henrykowskie upoważniały szlachtę do wypowiedzenia posłuszeństwa królowi. W 1576 roku sejm postanowił, że artykuł *de non praestanda oboedientia* będzie odnosił się do sytuacji świadomego naruszenia prawa przez króla. Nie określono jednak procedury wypowiedzenia posłuszeństwa władcy, więc kiedy Zygmunt III Waza (1587-1632) nosił się z zamiarem wzmocnienia władzy królewskiej, szlachta skorzystała ze średniowiecznego prawa oporu podnosząc rokosz (1606). Sejm z 1609 roku, który zamykał okres niepokoїв wewnętrznych, sprecyzował warunki wypowiedzenia posłuszeństwa władcy stanowiąc, że wcześniej powinien on zostać trzykrotnie napomniany – w ostatniej instancji przez sejm, lecz tak złożona procedura nie znalazła praktycznego zastosowania.⁴⁾

Prawo szlachty do wolnego wyboru króla zostało wymienione na początku artykułów henrykowskich. Demokratyczny wybór władcy powinien być jednomyślny, co w praktyce sprzyjało rozdwojeniu elekcji (1575, 1587). Możliwość zreformowania jej zasad rozważono na sejmach w 1588 i 1589 roku, a do wypracowanych wówczas projektów powrócono w latach 1630-1632 na krótko przed zgonem Zygmunta III Wazy. W artykułach henrykowskich władca przyrzekał nie używać tytułu dziedzica tronu ani podejmować jakichkolwiek działań zmierzających w tym kierunku. Zygmunt III nosił się z zamiarem desygnowania lub wyboru następcy za swego życia (1605, 1626), co wzmagało nieufność szlachty, która wymusiła na Wazie wydanie przywileju o wolnej elekcji (1607, 1631).⁵⁾ Zgodny wybór Władysława IV Wazy w 1632 roku umocnił tendencje zachowawcze wśród szlachty i przekonanie o doskonałości wolnej elekcji.

W artykułach henrykowskich króla zobowiązano do zachowania pokoju wyznaniowego między różniącymi się w wierze. Został on ustanowiony mimo sprzeciwu większości biskupów na zjeździe konwokacyjnym w styczniu 1573 roku. Kiedy gorliwy katolik Zygmunt III Waza dwukrotnie (1593, 1598) udał się do dziedzicznego królestwa szwedzkiego, sejm na czas nieobecności władcy w Rzeczypospolitej przyjął

(3) *Volumina Legum* (dalej VL), II, Petersburg 1859, s. 159-163.

(4) VL II, s. 163, 462-463.

(5) Jan SEREDYKA, *Rzeczpospolita w ostatnich latach panowania Zygmunta III (1629-1632). Zarys wewnętrznych dziejów politycznych*, Opole 1978, s. 68-69, 109-116.

ustawy przeciw tumultom, również o podłożu wyznaniowym.⁶⁾ W następnych latach słabnący obóz reformacyjny nie zdołał doprowadzić do uchwalenia przepisów wykonawczych do konfederacji warszawskiej z 1573 roku. Zawarte w niej wzajemne zobowiązania stron do zachowania pokoju wyznaniowego zastąpiono w dobie bezkrólewia z 1632 roku jednostronną gwarancją katolików dla innowierców, lecz ich sytuacja prawna nie uległa pogorszeniu za panowania tolerancyjnego Władysława IV Wazy (1632-1648).⁷⁾

Najważniejsze postanowienia artykułów henrykowskich dotyczyły relacji sejm-król. Do podstawowych uprawnień sejmu należało stanowienie praw i podatków, wyrażanie zgody na zwołanie pospolitego ruszenia szlachty, decydowanie o wojnie i pokoju. Artykuły henrykowskie zobowiązywały króla do zwoływania sejmów nie rzadziej niż co dwa lata na sześć tygodni. Władca nie mógł więc rządzić bez sejmu, czego w latach 1559-1562 próbował ostatni z Jagiellonów. W artykułach henrykowskich zagwarantowano też zwoływanie przez króla sejmików, na których szlachta danego okręgu wybierała posłów na sejm i udzielała im pełnomocnictw. Postanowienia te utrwały dominującą pozycję szlacheckiego sejmu w strukturach władzy Rzeczypospolitej. Za pierwszych Wazów sejm tylko raz nie zebrał się w określonym prawem terminie. Z powodu przeciągania się oblężenia Smoleńska przez wojska Zygmunta III Wazy zwlekał on ze zwołaniem sejmu, który powinien zebrać się w początku 1611 roku. Bez odniesienia sukcesu król nie chciał wracać do Warszawy, gdyż wojnę z Rosją rozpoczął bez formalnej zgody sejmu.⁸⁾ Jesienny sejm z 1611 roku oraz kolejny z 1613 roku przypominały królowi, że zgodnie z artykułami henrykowskimi do podjęcia wojny ofensywnej niezbędna była zgoda stanów. W połowie lat czterdziestych XVII wieku Władysław IV Waza podjął przygotowania do wojny z Turcją zaciągając wojsko z własnych środków. Sejm z 1646 roku nakazał rozpuszczenie oddziałów i określił liczbę gwardii królewskiej opłacanej ze skarbu nadwornego na 1200 żołnierzy.⁹⁾

Szeroki zakres spraw leżących w kompetencji sejmu przy braku stałego regulaminu obrad powodował, że rzadko kończyły się one po upływie ustawowych sześciu tygodni. Każda prolongata sejmu wymagała zgody zgromadzonych. Do połowy XVII wieku posłowie choć niechętnie, godzili się na przedłużanie obrad, nawet o 10 dni jak w przypadku sejmu z 1638 roku.¹⁰⁾

W razie konieczności artykuły henrykowskie upoważniały króla do częstszego zwoływania sejmów po zasięgnięciu rady senatorów. Ustawowo nie określono czasu trwania takiego sejmu, więc mógł on obradować i sześć tygodni. Kiedy w 1595 roku

(6) VL II, s. 342-343, 366.

(7) Jan DZIĘGIELEWSKI, *O tolerancję dla zdominowanych. Polityka wyznaniowa Rzeczypospolitej w latach panowania Władysława IV*, Warszawa 1986, s. 64.

(8) Janusz BYLIŃSKI, *Sejm z roku 1611*, Wrocław 1979, s. 46, 50-51, 60-61.

(9) VL III, s. 6, 80-81; IV, s. 43-44.

(10) Sybilla HOŁDYS, *Praktyka parlamentarna za panowania Władysława IV Wazy*, Wrocław 1991, s. 118.

Rzeczpospolita znalazła się w trudnej sytuacji zewnętrznej stany upoważniły króla do zwołania sejmku dwutygodniowego, który o trzy tygodnie miały poprzedzić sejmiki. Tematykę przyszłych obrad zawarto w skrypcie do archiwum, więc króla formalnie zwolniono od rozsyłania przed sejmem listów deliberacyjnych do senatorów. W 1595 roku nie zaistniała konieczność zwołania sejmku nadzwyczajnego, ale do przyjętych wówczas rozwiązań odwołano się w przyszłości. Trudności z wypłaceniem żołdu zbuntowanym żołnierzom zmusiły Zygmunta III Wazę do zwołania sejmku nadzwyczajnego na grudzień 1613 roku. Trzytygodniowe obrady stanów o cztery tygodnie poprzedziły sejmiki. Król deklarował szlachcie, że niezwykle tryb zwołania sejmku nie będzie precedensem na przyszłość. Za panowania Zygmunta III Wazy zebrało się jeszcze pięć sejmów nadzwyczajnych dwu (1621, 1626, 1629) lub trzytygodniowych (1624, 1632). Za rządów Władysława IV Wazy cztery dwutygodniowe (1634, 1635, 1637, 1642) i jeden trzytygodniowy (1647). Z jednym wyjątkiem wszystkie sejmy nadzwyczajne zwołano na mocy wcześniejszej uchwały stanów, w której określono tematykę przyszłych obrad, a nawet (1642, 1647) dzień odbycia sejmików i inauguracji sejmku. Praktyka ta była niezgodna z artykułami henrykowskimi a zmierzała do rozszerzenia kompetencji sejmku kosztem uprawnień króla. W 1627 roku Zygmunt III Waza zamierzał zwołać sejm nadzwyczajny. Poprzedni z 1626 roku wyraził na to zgodę, lecz ustawa nie została opublikowana, więc nie stała się prawem. W tej sytuacji zakwestionowano legalność decyzji króla o zwołaniu sejmku nadzwyczajnego, a następny zebrał się jako zwyczajny. Sejm zwyczajny z 1637 roku rozszedł się bez podjęcia uchwał. Po zasięgnięciu rady senatu Władysław IV Waza zwołał wkrótce sejm nadzwyczajny. Król nie posiadał upoważnienia stanów, więc niektóre sejmiki odmówiły sejmowi legalności i nie wysłały posłów na obrady. Ustawy z lat 1637 i 1638 zakazały królowi zwoływania sejmów nadzwyczajnych o zebraniu się których decydowały stany.¹¹⁾

W artykułach henrykowskich postanowiono powołać senatorów rezydentów, którzy w okresie międzysejmowym mieli stanowić organ doradczo-kontrolny króla. Wyznaczeni na sejmie w liczbie 16 tworzyli czteroosobowe zespoły (biskup, wojewoda i dwóch kasztelanów), które wymieniały się co pół roku. W czasie dziesięcioletnich rządów Stefan Batory zrezygował powołania senatorów rezydentów. Nie wyznaczono ich też przez pierwsze dwadzieścia lat panowania Zygmunta III Wazy. Żądanie powołania rezydentów pojawiło się w dobie rokoszu (1606), a zrealizowano je rok później na sejmie. Wówczas też sprecyzowano postanowienie artykułów henrykowskich o składaniu na sejmie sprawozdań z rad senatu. Kancelaria koronna powinna je spisywać, a obecni senatorowie mieli składać pod nimi podpisy. Ustanowiono też kary pieniężne na senatorów nie rezydujących przy królu, a w 1609 roku nawet je podwyższono. Mimo tego część senatorów-rezydentów nie wypełniała swych obowiązków. Posłowie domagali się ukarania ich zgodnie z prawem, lecz skorzystano z niego, chyba wyjątkowo, dopiero w 1619 roku. Cztery lata wcześniej posłowie upomnieli się o odczytanie sprawozdań z rad senatu. Zygmunt III oświadczył, że decyzja w tej kwestii należy do niego, a posłowie

(11) Janusz DOROBISZ, *Z problematyki procedury sejmów nadzwyczajnych za Zygmunta III*, in: *Acta Universitatis Wratislaviensis*, No 945, 1988, s. 132-134.

nie powinni zajmować się sprawami do których nie zostali powołani. Konflikt o pełne wyegzekwowanie ustawy z 1607 roku narastał do połowy lat dwudziestych XVII wieku. Zygmunt III i jego doradcy dalecy byli od ujawnienia posłom uchwał rad senatu, które w większości dotyczyły niepopularnej wśród szlachty dynastycznej i pro-habsburskiej polityki Wazy. Posłów przekonywano o konieczności zachowania w tajemnicy spraw państwowych, gdyż ich ujawnienie mogłoby zaszkodzić interesom Rzeczypospolitej. Argument ten, wspierany przez inne nie był pozbawiony słuszności, lecz przyjęcie go kolidowało z prawem. W tej sytuacji król zaproponował posłom zasięgnięcie informacji o radach senatu wprost z kancelarii koronnej bez konieczności odczytywania ich na forum sejmku. Posłowie-legaliści nie godzili się na takie rozwiązanie, które byłoby precedensem, mogącym w przyszłości w istotny sposób zmienić praktykę wykonywania ustawy z 1607 roku. Do końca panowania Zygmunta III Wazy senatus consultów nie odczytywano na sejmach. Podczas bezkrólewia z 1632 roku szlachta przygotowała projekt stosownej ustawy, odrzucony przez senatorów na sejmie koronacyjnym Władysława IV w 1633 roku. Kilka lat później władca utracił zaufanie części szlachty, podejmując w wąskim gronie doradców kontrowersyjne decyzje, które na użytek publiczny opatrywano formułą *ex senatus consulto*. Na sejmie z 1638 roku posłowie domagali się odczytania rad senatu, ale uzyskali tylko ogólne informacje, gdyż okazało się, że kancelaria koronna nie prowadziła przewidzianej prawem dokumentacji. Kanclerz wielki koronny zadeklarował w imieniu króla wolę stosowania się do ustawy z 1607 roku, lecz obietnicy tej przeczyła praktyka kolejnych sejmów. W latach 1639-1641 trzykrotnie podejmowano próby nowelizacji wspomnianej ustawy. Pierwszy projekt przygotowała mieszana senatorsko-poselska komisja. Ostatni z 1641 roku „*De reddenda ratione senatus consultorum*” został opracowany przez posłów bez udziału senatorów, których ustawa dotyczyła. Liczbę senatorów rezydentów zwiększono do 28, dzieląc ich na siedmioosobowe zespoły. Prowadzoną przez kancelarię koronną dokumentację z rad senatu nakazano odczytywać na początku obrad sejmowych. Ustawa z 1641 roku nawiązywała do artykułów henrykowskich, lecz w nowej redakcji pozwalała sejmowi na rozciągnięcie pełnej kontroli nad królem i jego doradcami. W 1641 roku senatorowie nie zawetowali ustawy, a jednym z tego powodów były efekty polityki rozdawniczej Władysława IV Wazy.¹²⁾

W artykułach henrykowskich królów zobowiązano do zachowania prerogatyw godności i urzędów oraz obsadzania ich szlachtą stateczną, godną i zasłużoną. Sejm koronacyjny Zygmunta III Wazy z 1588 roku pozostawił władcy pół roku na obsadzenie wakujących godności i urzędów. Władysławowi IV Wazie skrócono ten czas do sześciu tygodni. Rozdawnictwo dóbr i godności było głównym atutem władcy w rozgrywkach politycznych, przede wszystkim na forum sejmku. Ustawy z lat 1576, 1588 nakazywały królowi rozdanie wakansów na początku sejmku. W 1607 roku zobowiązano króla do obsadzenia wakansów w pierwszym tygodniu sejmku pod sankcją nie

(12) Janusz DOROBISZ – Anna FILIPCZAK-KOCUR, *Senat za Zygmunta III i Władysława IV*, in: K. Matwijowski – J. Pietrzak (ed.), *Senat w Polsce. Dzieje i teraźniejszość*, Warszawa 1993, s. 92-99; Władysław CZAPLIŃSKI, *Walka pierwszych Wazów polskich ze stanami*, in: *Acta Universitatis Wratislaviensis*, No 504, 1981, s. 16-26.

przystąpienia posłów do obrad.¹³⁾ Zygmunt III Waza zwlekał z podejmowaniem decyzji personalnych, lecz najczęściej były one trafne. Często król dokonywał nominacji przekraczając czas określony prawem, co prowadziło do wielodniowych sporów z posłami, zakłócając obrady sejmu. Konsekwentna polityka rozdawnicza Zygmunta III Wazy spowodowała, że w końcu panowania senat składał się niemal wyłącznie z katolików i stronników króla. W realizacji prerogatywy rozdawniczej Władysław IV Waza okazał się przeciwnikiem ojca. Wakanse obsadzał szybko na pierwszą, często niesprawdzoną wieść o zgonie senatora. Już w pierwszych miesiącach panowania ministrowie odradzali królowi zbyt pośpieszne podejmowanie decyzji personalnych. Władysław IV Waza przyrzekł uwzględnić życzenie doradców, lecz słowa nie dotrzymał.¹⁴⁾ Z powodu rozrzutności król rychło popadł w długi, a jednym ze sposobów zdobywania pieniędzy było sprzedawanie urzędów i godności. Proceder ten nie miał oparcia w prawie i nie był pochwalany przez współczesnych. Chociaż nie można twierdzić, że o otrzymaniu godności senatorskiej czy dygnitarii decydowały wyłącznie pieniądze, to ich obecność nie sprzyjała podejmowaniu optymalnych decyzji personalnych przez króla. Ponadto legalizm większości senatorów kolidował z ambitnymi planami politycznymi Władysława IV Wazy, które popierała nieliczna grupa doradców, w części cudzoziemców. W tej sytuacji doszło do naruszenia sojuszu senatu z królem, który dotychczas pozwalał Wazom na przeciwstawienie się rosnącym aspiracjom politycznym izby poselskiej.

Do połowy XVII wieku szlachta nadała rozszerzoną wykładnię prawną artykułom henrykowskim, osłabiając władzę króla i oddalając groźbę absolutum dominium. W II połowie XVII wieku okazało się, że z walki o władzę w Rzeczypospolitej wyszła zwycięsko nie izba poselska, a tym bardziej senat, lecz nieliczni jego członkowie, którzy uzyskali nieformalny wpływ na szlachtę i politykę państwa.

(13) VL II, s. 161, 258, 435; III, s. 364.

(14) Władysław CZAPLIŃSKI, *Na dworze Władysława IV*, Warszawa 1959, s. 200-201.

Janusz Dorobisz

Právo a ústavní praxe za vlády prvních králů z dynastie Vasovců

Shrnutí

V roce 1572 vymřela v Polském království (*Rzeczpospolita*) dynastie Jagellonců. Na konvokačním shromáždění v lednu 1573 bylo rozhodnuto, že na jaře bude v blízkosti Varšavy veškerou polskou šlechtou zvolen nový král.

Vzhledem k nebezpečí možných absolutistických snah nově zvoleného krále Jindřicha z Valois byly přijaty zákony, které se týkaly povinností krále, státního zřízení, konfesijního soužití, svobodné volby krále, nejdůležitějších pravomocí sejmu (rozhodování o zákonech, daních a o válce a míru, svolávání šlechtických shromáždění). Král byl povinen svolávat *sejm* každé dva roky na dobu šesti týdnů, v případě naléhavé potřeby častěji, a to po dohodě se senátem. Až do poloviny 17. století svolávali zvolení polští králové pravidelně *sejm*, zatímco stavy rozhodovaly o konání jeho mimořádných zasedání.

Bez souhlasu senátu král nemohl vést jakoukoliv zahraniční politiku ani uzavřít manželství. „*Articuli Henriciani*“ obsahují základní ustanovení, týkající se poměru mezi sejmem a králem. Zakotvovaly pevná oboustranná práva a povinnosti a šlechtě zajišťovaly právo vypovědět poslušnost králi, pokud by panovník nedodržel své volební závazky.

V této době byl také zvýšen počet senátorů. Důvodem bylo, že král zneužíval oprávnění senátní rady.

Podle „*Articuli Henriciani*“ byl král povinen při obsazování důležitých postů a významných úřadů zohledňovat polskou šlechtu. V roce 1588 bylo rozhodnuto, že král má jmenovat úředníky ve lhůtě šesti měsíců. V roce 1632 byla tato lhůta snížena na šest týdnů. V roce 1607 byl král zavázán obsadit všechny úřady během prvního týdne konání sejmu, což zřetelně omezovalo možnost královského vlivu na konečná usnesení sejmu.

Podle ustanovení „*Articuli Henriciani*“ byla polská šlechta oprávněna odepřít králi poslušnost, pokud porušil garantovaná práva. Během revolty proti králi Zikmundovi III. Vasovi (1606-1609) zvolil *sejm* v letech 1607 a 1609 právě tento postup odepření poslušnosti.

Ze zápasu o nadvládu mezi králem a šlechtou vyšli velmožové jako vítězové a od poloviny 17. století začali hrát dominantní politickou roli ve státě.

JANUSZ DOROBISZ

Janusz Dorobisz

Recht und Praxis des Grundgesetzes während der Herrschaft der ersten Könige
aus der Wasadynastie

Zusammenfassung

Im Jahre 1572 starb in der Rzeczpospolita das Geschlecht der Jagiellonen aus. In der Konvokation im Januar 1573 einigte man sich darauf, daß im Frühjahr in der Nähe von Warschau die Gesamtheit der polnischen Szlachta, also des Adels, einen neuen König wählen würde.

Um der Gefahr eines absolutistischen Strebens des neugewählten Königs Heinrich von Valois vorzubeugen, wurden nachfolgende Gesetze verabschiedet, die die Pflichten des Königs, die Grundformen der Republik, Glaubensfrieden, freie Königswahl, die wichtigsten Rechtsbereiche des Sejms (Festlegung der Gesetze und Steuern, Entscheidung über Krieg und Frieden, Krieg und Einberufung des adeligen Landesaufgebots) bestimmten. Der König wurde verpflichtet, den Sejm alle zwei Jahre für die Dauer von sechs Wochen einzuberufen, im Notfall auch öfter, und zwar in Abstimmung mit dem Senat. Bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts riefen die gewählten polnischen Könige regelmäßig den Sejm ein, während die Stände über eine Zusammenkunft der außerordentlichen Reichstage entschieden.

Ohne die Zustimmung des Senats konnte der König keine Außenpolitik betreiben und auch keine Ehe schließen. Die „*Articuli Henriciani*“ enthielten die grundsätzlichen Bestimmungen über das Verhältnis zwischen Reichstag und König. Sie legten die beiderseitigen Rechte und Pflichten fest und räumten dem Adel ein Gehorsamsverweigerungsrecht ein, sollte der König seine Wahlverpflichtungen nicht einhalten.

Damals wurde auch die Zahl der Senatoren und Residenten erhöht. Grund hierfür war der vom König betriebene Mißbrauch der Berechtigung des Senatsrates.

In den „*Articuli Henriciani*“ wurde der König verpflichtet, bei der Besetzung wichtiger Positionen und verdienstvoller Ämter den polnischen Adel zu berücksichtigen. Im Jahre 1588 bestimmte man, daß der König die Nominierung und Ernennung der Beamten innerhalb einer Frist von sechs Monaten vollziehen solle. 1632 verringerte sich diese Frist bei Thronvakanz auf sechs Wochen. 1607 mußte der König alle Ämter innerhalb der ersten Tagungswche des Sejms besetzen, was die Möglichkeiten des königlichen Einflusses auf die endgültigen Beschlüsse des Reichstags deutlich einschränkte.

In den „*Articuli Henriciani*“ wurde die polnische Szlachta zur Gehorsamsverweigerung gegenüber dem König ermächtigt, sofern dieser garantierte Rechte verletzte. Während der Meuterei gegen König Sigismund III. Wasa (1606-1609) haben die Reichstage 1607 und 1609 ebendieses Verfahren der Aufkündigung des Gehorsams gewählt.

Aus dem Kampf um die Vorherrschaft zwischen König und Adel Polens gingen die Magnaten als Sieger hervor, die in der Mitte des 17. Jahrhunderts begannen, eine politisch dominante Rolle im Staat zu spielen.

VLADISLAVSKÉ ZŘÍZENÍ ZEMSKÉ

A POČÁTKY ÚSTAVNÍHO ZŘÍZENÍ V ČESKÝCH ZEMÍCH
(1500-1619)

Uspořádali Karel MALÝ a Jaroslav PÁNEK

Praha 2001



TRIPARTITUM – STABILIZUJÚCI PRVOK UHORSKEJ FEUDÁLNEJ SPOLOČNOSTI

Jozef KLIMKO

Problematike veľmi významnej súkromnej právnej zbierky *Tripartitum*, ktoré vzniklo z iniciatívy uhorských stavov a kráľa Ladislava II., sa venovali už významní českí a slovenskí právni historici, najmä prof. Dr. Karel Kadlec svojou prácou *Verböczyovo Tripartitum*, ktorú vydal v Prahe roku 1902, ako aj prof. Dr. Štefan Luby v monografii *Obyčajové právo a súdna prax* z roku 1939.¹⁾ Napriek skutočnosti, že obe práce sú veľmi kvalitné, právni historici sa k téme *Tripartitum* sporadicky vracajú ako k prameňu uhorského súkromného práva, ktoré sa používalo napriek viacerým modifikáciám takmer tristo rokov.

Kráľ Ladislav II. 19. novembra 1514 vydal schvaľovací dekrét, ktorý aj podpísal, ale na ktorý nebola hneď po podpise pripojená kráľovská pečať, vďaka čomu sa schvaľovací dekrét nemohol stať platným a *Tripartitum* sa oficiálne nestalo zákonom. Najpravdepodobnejším dôvodom absencie okamžitého platného vystavenia sankčného dekrétu možno hľadať okrem iných v prospech nižšej šľachty prijatých ustanovení

(1) Karel KADLEC, *Verböczyovo Tripartitum*, Praha 1902; Štefan LUBY, *Obyčajové právo a súdna prax*, Bratislava 1939.

a nechote panovníka zrieknuť sa všetkých tých výhod, ktoré mu poskytovali už do vtedy platné pramene písaného práva.

Verböczyho tento postoj panovníka neodradil od toho, aby sa staral o uplatnenie svojho diela, aj keď sa mu nedostalo sankcie a vďaka svojej funkcii personalisa ho vydal následne tlačou vo Viedni, rozoslal do jednotlivých komitátov a tým vytvoril podmienky pre jeho používanie aj najvyšším súdnym tribunálom. Vďaka tomu, aj keď Tripartitum nenadobudlo formu zákonníka, stalo sa prameňom objektívneho práva. Kodifikovanie obyčajového práva v diele Verböczyho na druhej strane neznamená teda koniec éry obyčajového práva, nakoľko platné právo z minulosti inkorporované do formy obyčajového práva tentokrát už spísaného, jeho význam a postavenie naopak posilnilo. Obyčajové právo si túto pozíciu vindikovalo aj samotnými ustanoveniami Tripartita, ktoré ako bolo už konštatované, stálo na stanovisku, že staršie právo, aj to, ktoré bolo pôvodne formulované v kráľovských dekrétach alebo privilégiách, má *vim ac potestatem* len zo stáleho užívania. Dobová právna náuka a prax vytvorila rad poznávacích znakov, pomocou ktorých zisťovala existenciu normy obyčajového práva. K týmto znakom patria najmä:

1. zvyk, obyčaj – pod ktorými chápeme de facto spôsob zachovávaný členmi spoločenstva pri takých úkonoch, ktoré sa opakujú, sú rovnaké a spôsobilé k tomu, aby boli vo všeobecnosti rešpektované a nasledované. Opakovanie sa úkonov nepochybne pôsobilo na upevnenie presvedčenia o ich účelnosti a potrebnosti. Obyčaj charakterizoval preto znak ustálenosti, trvácnosti a všeobecnosti.

2. Uplynutie času – patrilo tiež k poznávacím znakom obyčajového práva. Dĺžka času, ktorá uplynula do doby jej akceptácie spoločnosťou spravidla závisela od obsahu obyčaje. Čím bola všeobecnejšia, tým bola doba jej používania v čo najširšom rámci rýchlejšia, nakoľko objektívne je potrebné poukázať aj na bezprostrednú spätosť adresnosti obyčaje k počtu subjektov, ktorí ju mali zachovávať, a veľkosť územia, na ktorom bola aplikovaná. Manifestačnejší prejav akceptácie obyčajového práva na väčšom území štátu bol nepochybne podmienený uplynutím dlhšieho času.

3. Presvedčenie o právnej záväznosti – spočívalo v presvedčení tej-ktorej pospolitosti, že toto zvykové pravidlo musí zachovávať, lebo jeho zachovávanie je záväzné.

Možno však pripomenúť, že kodifikáciou preda len došlo k zmene, ktorú možno považovať za nespornú výhodu nového obyčajového práva, pretože nové obyčajové právo bolo už právom písaným, a teda poskytovalo všetky tie výhody, ktoré sú už spojené s užívaním písaného právneho prameňa. Výhody tejto sústavy písaného obyčajového práva boli podnetom k rozšíreniu a zdokonaľovaniu tohto systému. Kodifikačné práce sa uberali v podstate dvojakým smerom. Jednak k novému spracovaniu obyčajového práva zozbieraného už v Tripartite, aby mohlo v budúcnosti nadobudnúť povahu zákonníka, jednak zozbieraniu a vydaniu kráľovských dekrétov, privilégií a vôbec tzv. zákonného práva v čo najširšom zmysle. Prvým z naznačených krokov bola revízia Tripartita zákonným článkom XXI: 1548, ktorá sa uskutočnila v zbierke nazvanej *Quadrupartitum*. Nie je prekvapením, že ani táto zbierka nebola z politických dôvodov opäť sankcionovaná, na rozdiel od Tripartita nenadobudla už zbierka *Quadrupartitum* záväznosť ani z moci obyčajového práva. Naplnením druhého smeru zmienenej legislatívno-politického úsilia boli zbierky zákonov, ktoré sa stali základom pre *Corpus*

Iuris Hungarici. Aj keď *Corpus Iuris Hungarici* nebol uznaný za oficiálny prameň obyčajového alebo dekretálneho práva, zvýšil reputáciu práva obyčajového. Sám sa stal síce formálnym prameňom, ale len z moci práva obyčajového, ktoré vytvorilo regulatív, že jeho normatívny obsah je záväzný. Obdobne ako svojho času Tripartitum stalo sa mocou normy obyčajového práva formálnym a písaným prameňom práva obyčajového. Napriek tomu, že Tripartitum sa nestalo zákonom, už od roku 1517 sa všeobecne používalo ako prameň práva. Hneď po uverejnení ho začala používať a bezvýhradne aplikovať súdna prax a zákonodarstvo hoci mu neudelilo zákonmi sankciu, pokladalo ho za nesporný prameň platného práva. Odvolávali sa naň zákony ako na *decretum generale*. Tripartitum malo vplyv aj na mestské právo, a preto sa používalo aj v mestských súdoch.²⁾ Tejto kvality nadobudol aj *Corpus Iuris Hungarici*.³⁾ Výlučnosť *Corpus Iuris Hungarici* nie je totiž formálnoprávna, ale len faktická, ktorá sa prejavovala v tom, že to, čo v ňom nebolo obsiahnuté, spravidla všetko stratilo platnosť. Podľa zásad stredovekého uhorského práva priznávala sa kráľovským dekrétom záväznosť len po dobu vlády panovníka, ktorý ich vydal, a v opačnom prípade len vtedy, ak ich uznalo právo obyčajové.⁴⁾ Znamená to, že pokiaľ sa prestali používať, stratili platnosť, ktorú mali priznanú obyčajovým právom. Snaha prejsť pomocou *Corpus Iuris Hungarici* k systému písaného práva sa nenaplnila. Naopak, *Corpus Iuris Hungarici* zvýšil reputáciu obyčajového práva. Samotný sa síce stal formálnym prameňom práva, avšak len z moci práva obyčajového, ktoré vytvorilo regulu, že jeho normatívny obsah je záväzný. Obyčajové právo obhájiло svoje postavenie aj naďalej. Formálne sa opieralo naďalej o Tripartitum, ale už zreteľne zdokonalené a zmodernizované súdnou praxou.⁵⁾

Obdobie od roku 1848 do roku 1918 bolo charakterizované konkrétnymi plánmi ku kodifikácii stále platného obyčajového práva a k vydaniu všeobecne platného občianskeho zákonníka. V tom čase sa obyčajové právo opieralo formálne stále ešte o Tripartitum, aj keď už modernizované súdnou praxou. Rok 1848 priniesol však zásadnú zmenu v zásadných princípoch celého právneho poriadku, vďaka čomu sa oslabila viera v možnosti ďalšieho prispôsobovania sa obyčajového práva. Bolo potrebné reagovať na zrušenie poddanstva, odstránenie princípu aviticity a stavovského šľachtického práva vôbec.

V skutočnosti ani zákonný článok XV: 1848 nenadobudol účinnosť, avšak ním predpokladaný zámer sa formálne uskutočnil na oktrojovaní rakúskeho občianskeho zákonníka, čo sa stalo patentom z 29. novembra 1852. Ako je známe, na jeho základe začal platiť od 1. mája 1853 v Uhorsku rakúsky občiansky zákonník, ktorý sa používal však relatívne veľmi krátko do 23. júla 1861. V Uhorsku nastal opäť návrat k právu

(2) Pozri k tomu: Karel MALÝ – Florián SIVÁK, *Dejiny štátu a práva v Česko-Slovensku do roku 1918*, Bratislava 1992, s. 108-109.

(3) Pozri: Josef KLIMKO, *Österreichisches Recht in der Slowakei*, in: *Österreichisches Recht in seinen Nachbarstaaten Tschechien – Slowakei – Ungarn*, Wien 1997, s. 77-81.

(4) Pozri k tomu: F. RAFFAY, *A magyar magánjog kézikönyve*, I., Győr 1909, s. 35nn.; tiež Karel LAŠTOVKA, *Obyčejové právo ve správním právu*, in: *Slovník veřejného práva*, II, Brno 1936, s. 1046nn.

(5) Pozri: Š. LUBY, *Obyčejové právo*, s. 16-17.

obyčajovému. Odstránením rakúskeho práva nastal problém reštitúcie starého práva, ktorá bola sťažená problémom akútности jeho reformy, ktorej uskutočňovanie sa po revolúcii sústavne oddaľovalo. Rovnako bola aktuálna otázka potreby vyrovnaní sa s rakúskym právom, a preto panovník zvolal 2. októbra 1860 Judexkuriálnu konferenciu, ktorá už 3. apríla 1861 predložila elaborát, ktorý mal byť základom celej právnej sústavy. Elaborát bol publikovaný ako smernica pre ďalšiu právnu prax a nie ako záväzné právne pravidlo, nakoľko úlohou konferencie nebolo zavedenie systému zákonného práva, ktoré by ukončilo éru práva obyčajového. Napriek tomu elaborát Judexkuriálnej konferencie sa ujíma v právnej praxi ako by bol riadnou platnou normou objektívneho práva. Elaborát obsahoval len vyznačenie toho, čo má platiť a čo nie, pričom z rakúskeho práva boli ponechané niektoré ustanovenia, najmä recipovanie pozemnoknižného a banského zákona.

Možno teda kuriózne konštatovať, že ako Tripartitum neznamenal koniec éry obyčajového práva, tak ani elaborát Judexkuriálnej konferencie nevytlačil obyčajové právo, ale mu poskytol príležitosť vylepšenia jeho reputácie. Na druhej strane nevyriešenie problému kodifikácie naďalej aktualizovalo riešenie tohto problému, a preto na základe kráľovského výnosu zo dňa 16. októbra 1895 sa začalo so systematickým spracúvaním nového občianskeho zákonníka. Kodifikačná komisia ukončila svoju prácu po piatich rokoch a vydala ju v roku 1900 tlačou spoločne s dôvodovou správou za účelom otvorenia verejnej odbornej diskusie.

Pripomienky sa využili pri spracovaní druhej osnovy občianskeho zákonníka, ktorá sa postúpila parlamentu, ktorý však už k rokovaniu v pléne z dôsledku vypuknutia I. svetovej vojny neprikročil.

Záverom môžeme konštatovať životaschopnosť a význam uhorského obyčajového práva, ku ktorej svojou mierou prispela Zbierka Tripartitum. Pomocou súdnej praxe došlo k prevzatíu rozhodujúcej časti jeho ustanovení a zásad.

Po vzniku Československej republiky v roku 1918 sa vďaka recepčnej norme 11/1918 Sb. z. a n. z 28. októbra 1918 recipoval právny poriadok, ktorý platil do toho dňa na území, ktoré sa stalo jeho súčasťou. Znamenalo to, že celá sústava platného uhorského obyčajového práva bola prevzatá pre územia Slovenskej a Podkarpatskej Rusi, aj keď sa v recepčnom zákone jej prevzatie výslovne nespomína. Na druhej strane intenciou tohto zákona bolo zachovanie dovtedajšieho právneho poriadku s výhradou určitých zmien, ktoré si vyžadovala forma nového štátu.

Záverom možno konštatovať, že právna prax aplikovala Tripartitum ako systematický celok. Neskúmala autentickosť noriem – obyčají, ktoré obsahoval, považovala ich za autentické, tak ako ich Werböczy vo svojej zbierke formuloval. Z uvedeného vyplýva, že Tripartitum malo svoju záväznosť formálneho práva ako celku. Obyčajové právo, spracované v Tripartite, bolo *ius non scriptum*.⁽⁶⁾ Vo svojej špecifickej podobe dokázalo svoju životnosť aj keď vo výrazne modifikovanej a silne fragmentačnej podobe až do uplynulého storočia. Významnou mierou sa podieľalo ako zbierka obyčajového práva na stabilizácii uhorskej spoločnosti a vývoji právnej kultúry tohto regiónu vôbec.

(6) Tamtiež, s. 67.

Jozef Klimko

Tripartitum – ein stabilisierendes Element der ungarischen Feudalgesellschaft

Zusammenfassung

Die Geschichte des ungarischen und später slowakischen Gewohnheitsrechts kann man in einige Perioden einteilen, deren Meilensteine bedeutende Versuche zur Einschränkung oder Beseitigung der Übermacht des ungeschriebenen Gewohnheitsrechts sind. So ist der erste Zeitabschnitt – von der ältesten Zeit bis zur Herausgabe des *Tripartitums* – gekennzeichnet durch die Übermacht des Gewohnheitsrechts, welches in dieser Epoche nicht nur die quantitative, sondern auch die qualitative, also normative Übermacht über dem Gesetzesrecht innehatte. Die Gesetze und königlichen Dekrete dieser Zeit galten nur für die Lebenszeiten des Herrschers, während dessen Regierung sie herausgegeben wurden und mit dessen Tod sie ihre Gültigkeit zu verlieren pflegten, ausgenommen, wenn sie der nachfolgende Herrscher ausdrücklich rezipierte, was später in den Krönungsreversen meistens geschah, oder daß sie zu Gewohnheitsrecht wurden und so ihre Geltung behielten. Aus diesem Grunde zählt man in dieser Epoche die Dekrete und Gesetze zum Gewohnheitsrecht. Der Grund dieser Abhängigkeit der Gesetze vom Gewohnheitsrecht lag besonders im Umstand begründet, daß sie nicht vollständig und allgemein veröffentlicht wurden.

Die zweite Entwicklungsperiode von 1514 bis 1848 ist der Zeitabschnitt des *Tripartitums* und des *Corpus Iuris Hungarici*. Beide Werke sind Ausdruck einer immer lauter werdenden Forderung nach Kodifikation des Gewohnheitsrechts, aber auch in dieser Periode wurde die Übermacht des Gewohnheitsrechts nicht beseitigt, denn das Tripartitum selbst war nur geschriebenes Gewohnheitsrecht und leitete seine Verbindlichkeit nur von den Normen des Gewohnheitsrechts ab. Auch die Verbindlichkeit der Sammlung *Corpus Iuris Hungarici* ergab sich nur aus den Bestimmungen des Gewohnheitsrechts. Diese Epoche brachte einen Fortschritt lediglich dergestalt, daß das ungeschriebene Gewohnheitsrecht in hohem Maße durch geschriebenes Gewohnheitsrecht ersetzt wurde.

Die dritte Periode von 1848 bis 1918 ist gekennzeichnet durch ganz konkrete Pläne und legislativ-politische Versuche, zu denen der Artikel XV/1848 die Veranlassung gab. Trotzdem wurde das Gewohnheitsrecht 1852 nicht durch eine Kodifikation ersetzt, sondern durch das gänzlich unerwartet oktroyierte österreichische Allgemeine bürgerliche Gesetzbuch. Diese österreichische Periode endete im Jahr 1861 mit der Umsetzung kodifikatorischer Bestrebungen: mit der Einführung der Gerichtsregeln der Judex-kurialen Konferenz. Diese blieb allerdings nur Ausdruck dieser Kodifizierungsbestrebungen und stellte keine Kodifikation im eigentlichen Sinne dar. Deren neue Grundlage bildete der königliche Erlaß vom 16. Oktober 1895, aufgrund dessen der erste und zweite Entwurf des ungarischen bürgerlichen Gesetzbuches ausgearbeitet wurden. Die Gesetzgebung desselben wurde durch den Krieg verhindert, so daß auch diese Periode ohne Kodifikation des bürgerlichen Rechts endete.

JOZEF KLIMKO

Jozef Klimko

Tripartitum – element stabilizujący węgierskie społeczeństwo feudalne

Streszczenie

Dzieje węgierskiego, a później słowackiego prawa zwyczajowego możemy podzielić na kilka okresów, których punktami zwrotnymi są istotne starania zmierzające do ograniczenia lub odrzucenia niepisane prawa zwyczajowego. Taki jest okres pierwszy – od czasów najdawniejszych aż do wydania *Tripartitum* – dla którego charakterystyczna była przewaga prawa zwyczajowego, mającego w tym czasie nie tylko ilościową, ale też jakościową, a zatem normatywną przewagę nad prawem pisanim. Ustawy i dekrety królewskie obowiązywały tylko za życia tego władcy, w trakcie którego rządów zostały wydane, a w momencie jego śmierci traciły swoją ważność, oprócz tych, które następny władca w sposób zdecydowany przejmował, co się dokonywało za pośrednictwem specjalnych zobowiązań pisemnych lub tych, które stały się częścią składową prawa zwyczajowego i w ten sposób zachowywały swoją ważność. Z tego powodu w tym czasie dekrety i ustawy zaliczane są do prawa zwyczajowego. Przyczyna tej zależności ustaw od prawa zwyczajowego spoczywała przede wszystkim w fakcie, że nie były one w sposób należyty rozpowszechnione.

Drugi okres rozwojowy od 1514 do 1848 roku jest epoką *Tripartitum* i *Corpus Iuris Hungarici*. Oba dzieła są przejawem ciągle żywego postulat o skodyfikowanie prawa zwyczajowego, lecz także w tym okresie nie usunięto przewagi prawa zwyczajowego, albowiem samo *Tripartitum* było jedynie spisaniem prawem zwyczajowym, a jego obowiązywanie wypływało z postanowień prawa zwyczajowego. Także obowiązywanie zbioru praw *Corpus Iuris Hungarici* wynikało z postanowień prawa zwyczajowego. Epoka ta przyniosła postęp jedynie pod tym względem, że niepisane prawo zwyczajowe było w wielkim stopniu zastąpione pisaniem prawem zwyczajowym.

Okres trzeci od 1848 do 1918 roku charakteryzują już konkretne plany i próby legislacyjno-polityczne, dla których podjęta stała się artykał ustawy XV/1848. Pomimo to prawo zwyczajowe nie zostało zastąpione w 1852 roku kodyfikacją, ale zupełnie nieoczekiwanie narzuconym austriackim powszechnym kodeksem cywilnym. Ta austriacka epoka zakończyła się w 1861 roku, a jedynym wynikiem kodyfikacyjnych starań było wprowadzenie zasad prawnych tzw. patentu lutowego. Ten jednakże był tylko przejawem kodyfikacyjnych starań, nie rzeczywistą kodyfikacją. Nową podstawą dążeń kodyfikacyjnych stało się rozporządzenie króla z 16 października 1895 roku, na którego podstawie opracowano pierwszą i drugą propozycję *węgierskiego kodeksu cywilnego*. Jego wydanie uniemożliwiła wojna, dlatego także ten okres nie zakończył się kodyfikacją prawa cywilnego.

VLADISLAVSKÉ ZŘÍZENÍ ZEMSKÉ

A POČÁTKY ÚSTAVNÍHO ZŘÍZENÍ V ČESKÝCH ZEMÍCH

(1500-1619)

Uspořádali Karel MALÝ a Jaroslav PÁNEK
Praha 2001



VERBÖCZYHO TRIPARTITUM A ZÁKLADY ÚSTAVNÍHO ZŘÍZENÍ UHERSKÉHO KRÁLOVSTVÍ (NÁSTIN)

Dalibor JANIŠ

Základní institucionální rámec raného uherského státu se vytvořil za vlády Štěpána I. (997-1038), který v roce 1000 získal od papeže Silvestra II. královskou korunu a v téže době dosáhl také zřízení arcibiskupství v Ostrihomi. Stoliční Bělehrad, dnešní Székesfehérvár, se stal sídlem uherských králů a zdejší kapitula místem jejich korunovaci. V bratislavské mincovně zahájil ražbu stříbrných denárů. Štěpánovi se podařilo dostat pod nadvládu rozsáhlá území a stal se přímým vlastníkem asi dvou třetin zabraných držav. Královské hrady se staly vojenskými a hospodářskými centry a také základními články nové komitátní správy, v jejímž čele stáli župani z řad věrných králových stoupenců.¹⁾

(1) László KONTLER, *Dějiny Maďarska*, Praha 2001, s. 42-48; Richard PRAŽÁK a kol., *Dějiny Maďarska*, Brno 1993, s. 20-22; Josef MACŮREK, *Dějiny Maďarů a uherského státu*, Praha 1934, s. 34-45. Ke vzniku uherského státu nejnověji Ján STEINHÜBEL, *Vznik Uhorska a Nitrianske kniežatstvo*, Historický časopis (dále jen HC) 47, 1999, s. 569-614; TÝŽ, *Uhorské kráľovstvo a Nitrianske kniežatstvo za vlády Štefana I.*, HC 48, 2000, s. 3-37; TÝŽ, *Nástupcovia Štefana I. v bojoch o uhorský trón*, HC 48, 2000, s. 585-606; TÝŽ, *Uhorskí králi a nitrianske kniežatá v rokoch 1046-1077*, HC 49, 2001, s. 393-414.

Do doby vlády krále Štěpána spadá vznik nejstaršího souboru zákonných ustanovení, který se dochoval v několika pozdějších (vzájemně odlišných) rukopisných verzích. Ustanovení jsou rozdělena do dvou samostatných knih a týkají se především církevních a majetkových záležitostí. Další podobné sbírky pocházejí z doby vlády krále Ladislava I. (1077-1095) a Kolomana (1095-1116).²⁾

Počátkem 12. století byl uherský stát institucionálně dotvořen i vnitřně. Panovníkova moc se opírala o komitátní soustavu, významným orgánem se stala královská rada složená z prelátů, dvorských úředníků a županů. Na královském dvoře byl nejvyšším úředníkem palatin s řadou soudních a správních pravomocí. Počátkem 12. století byly zřízeny samostatné úřady dvorského soudce a taverníka (spravoval královské finance) a ve druhé polovině téhož století vznikla také královská kancelář. Vládní systém byl ovlivněn jak západními, tak i východními (byzantskými) prvky. Mocenské postavení uherských králů dosáhlo vrcholu patrně za Bély III. (1172-1196). Za vlády jeho syna Ondřeje II. (1205-1235) došlo k výrazným proměnám vztahu mezi panovníkem a velmoži. Král rozdal šlechtě značnou část královských statků, které byly až do této doby stále poměrně rozsáhlé. Udělované statky se západoevropským lénům podobaly jen vzdáleně a staly se svobodným dědičným vlastnictvím velmožů. Do závislosti na vznikající pozemkové vrchnosti se dostávali i hradští služebníci a prosté svobodné obyvatelstvo usazené na udělených statcích. Početná skupina králových přímých vazalů (označovaných jako *servientes*) se cítila přímo ohrožena vzrůstající mocí velmožů (zejména těch, kteří zastávali vysoké úřady v župách a na královském dvoře) a v roce 1222 si vynutila na králi vydání privilegia, které se stalo základním kamenem ústavního zřízení uherského státu, jakousi uherskou Magnou chartou.

V úvodu dispozice listiny král Ondřej potvrdil všem obyvatelům království „svobodu“ udělenou „svatým králem“ – Štěpánem I. Král dále stanovil, že o svátku krále Štěpána (20. srpna) se má ve Stoličném Bělehradě konat shromáždění, na kterém měl král (případně palatin jako jeho zástupce) vyslechnout všechny spory. Řada následujících ustanovení se týká postavení zmiňovaných *servientů*: mohli se svobodně zúčastnit jmenovaného shromáždění, nesměli být bez soudu uvězněni, na jejich statcích neměly být vybírány poplatky, bylo rozšířeno jejich dědičné právo, dále byli vyňati z jurisdikce župana a jeho zástupce a ve vztahu k nim omezena jurisdikce palatina, náklady na jejich účast při tažení mimo zemi měl nést král, všichni však byli povinni zemi bránit. Privilegium obsahuje řadu dalších ustanovení týkajících se soudnictví a pravomocí jednotlivých úředníků. Král se zavázal, že nebude udělovat celé komitáty a úřady do trvalé držby; statky udělené za „spravedlivou službu“ si však jejich držitelé mohli ponechat. Významné úřady spojené s královskou komorou, mincovnictvím, solí a mýty měly být napříště svěřovány domácím šlechticům, nikoliv Izmaelitům (muslimům) či Židům, také statky neměly být udělovány cizincům. Kromě palatina, bána a dvorských županů krále a královny neměl nikdo držet více jak jeden úřad. Listina se dotýká také

(2) Štefan LUBY, *Dejiny súkromného práva na Slovensku*, Bratislava 1946, s. 70-72 (zde bohaté odkazy na starší, převážně maďarskou literaturu); L. KONTLER, *Dějiny*, s. 47-51. Edice – L. ZÁVODSZKY, *Szent István, Szent László és Kálmán korabeli törvények és zsinati határozatok forrásai*, Budapest 1904.

cizinců – *hosti*, kteří neměli získat jakékoliv hodnosti (úřady) bez souhlasu královské rady. Podobně jako hradští bojovníci (*iobagiones castrorum*) měli žít podle „svobody“ krále Štěpána I. Za koroborací, ze které se dozvídáme, že privilegium bylo sepsáno v sedmi vyhotoveních a ta uložena na určených místech, následuje sankce – je zde významné ustanovení, které doplňuje výčet práv a povinností v dispozici: pokud by král nebo jeho nástupci chtěli ustanovení porušit, mají biskupové, vazalové a ostatní šlechtici společně i jednotlivě právo odporu (*resistendi et contradicendi ... in perpetuum facultatem*), bez toho, že by se dopustili nevěry.³⁾ Církev, které se ustanovení zlaté buly také částečně dotýkala, obdržela (patrně ještě před jejím vydáním) samostatné výsady, obsažené v listině krále Ondřeje II. z roku 1222. Duchovní osoby byly vyňaty z pravomoci světských soudů, před které již neměly být z žádného titulu předvolávány.⁴⁾

Ondřej II. ve své následné politice ustanovení zlaté buly příliš nerespektoval, což ho vedlo do konfliktu se šlechtou i synem Bélou, který byl od roku 1220 v souladu se starší tradicí „mladším králem“. V roce 1231 byl nucen vydat společně se synem novou zlatou bulu, která v zásadě opakuje ustanovení z roku 1222. Obsahuje však jinou sankci – místo práva odporu je zde zárukou přísaha krále, vztahující se i na jeho potomky, a právo ostrihomského arcibiskupa krále napomenout a případně exkomunikovat, k čemuž také o dva roky později došlo.⁵⁾

Béla IV. (1235-1270) se po nástupu na trůn snažil o upevnění královské moci a restituci některých královských statků, jeho úsilí však narazilo na odpor šlechty a bylo přerušeno ničivým tatarským vpádem počátkem 40. let. Neúspěchy Bélyvy politiky a konflikt se synem počátkem 60. let vedly na ostrihomském sněmu v roce 1267 k vydání privilegia, kterým byla potvrzena v pozměněných formulacích některá ustanovení ze zlaté buly z roku 1222. Na dodržování ustanovení měl opět dohlížet ostrihomský arcibiskup. Privilegium obsahuje důležitý článek, podle kterého se shromáždění ve Stoličném Bělehradě měli zúčastnit dva nebo tři šlechtici z každého komitátu. Toto ustanovení tak jednoznačně směřuje k pozdějšímu ovládnutí komitátů šlechtou i vznikající stavovské monarchii.⁶⁾

Počátkem 14. století stála proti oslabené královské moci velká pozemková šlechta, ovládající rozsáhlá území i všechny významné úřady. Přesto se Karlovi I. Robertovi (1308-1342) díky obratné politice podařilo prosadit a pozvednout královskou moc –

(3) Richard MARSINA (vyd.), *Codex diplomaticus et epistolaris Slovaciae* I, Bratislava 1971, č. 270, s. 199-201. (Překlad do slovenštiny, místy ale nepřesný, přináší výběrová překladová edice *Dokumenty slovenskej národnej identity a štátnosti* I, Bratislava 1998, s. 124-126.) Srov. L. KONTLER, *Dějiny*, s. 62-65; R. PRAŽÁK a kol., *Dějiny*, s. 29-33; J. MACŮREK, *Dějiny*, s. 55-57; Karel MALÝ – Florián SIVÁK, *Dějiny státu a práva v českých zemích a na Slovensku do r. 1918*, Jinočany 1993², s. 76-77, 80-81; Karel KADLEC, *Dějiny veřejného práva ve střední Evropě*, Praha 1920, s. 219-223.

(4) R. MARSINA (vyd.), *Codex*, č. 269, s. 198-199.

(5) František ČÁDA (ed.), *Vybrané prameny k právním dějinám středoevropským*, Brno 1931, č. 56, s. 78. R. PRAŽÁK a kol., *Dějiny*, s. 30-31; K. KADLEC, *Dějiny*, s. 222-223.

(6) Š. LUBY, *Dejiny*, s. 72-73; L. KONTLER, *Dějiny*, s. 65-68.

král mimo jiné provedl reformu soudnictví, ve které pokračoval i jeho nástupce Ludvík I. Veliký.⁷⁾ Za jejich vlády se vytváří stavovský systém. V roce 1351 potvrdil král na sněmu ustanovení zlaté buly z roku 1222, přičemž ale byla změněna dědická ustanovení.⁸⁾

Od začátku 13. století se začala institucionalizovat také města, což dokládá řada královských privilegií pro města a příchozí cizince – hosty.⁹⁾ Samosprávné městské obce se pak rozvíjely především od druhé poloviny 13. století, rozvoj měst v jednotlivých částech Uherského království byl však značně odlišný. Města byla podřízena královské jurisdikci (tavernikální soud). Svobodná královská města byla nepočtená a postavení městského stavu bylo ve 14. století v mocenskopolitické struktuře slabé. K vzestupu měst došlo až za vlády Zikmunda Lucemburského, který v březnu 1405 svolal zástupce měst a jednal s nimi jako s celkem. V dubnu téhož roku vydal tzv. menší dekret, který přiznal městům významná práva. Opevněná města získala právo obesílat sněmy, bylo jim přiznáno vlastní soudnictví (systém vrchních stolic), odvolání směřovala k nejvyššímu taverníkovi, resp. k samotnému králi. V polovině 15. století byly rozdíly v právním postavení měst jasně zřetelné. Zvláštní postavení získalo v království sedm tzv. tavernikálních měst, jejichž zástupci ovládali tavernikální soud. K významným svobodným královským městům dále náležela tzv. personální města, která byla podřízena jurisdikci personála. Zástupci svobodných královských měst se jako čtvrtý stav občas účastnili sněmů, jejich politický vliv byl ale stále velmi malý.¹⁰⁾

Zikmund Lucemburský před svým nástupem na uherský trůn v roce 1387 musel uherským stavům slíbit, že bude zachovávat staré svobody, bude se řídit radou nejvýznamnějších prelátů a magnátů a světské a církevní úřady nebude obsazovat cizinci. V ústavním zřízení se tak pevně zachytil prvek korunovačních reversů. Na temešvářském sněmu, kterého se kromě prelátů a šlechty účastnili i čtyři zástupci z každé župy a zástupci měst, král v roce 1397 potvrdil zlatou bulu, ovšem bez článku o právu šlechty

na odpor. Král se snažil vymanit z vlivu uherské šlechty a posílit svoji moc, což se mu po dramatických událostech v letech 1397-1401 podařilo. Reforma se dotkla královské rady, obou kanceláří a soudnictví.¹¹⁾ Po Zikmundově smrti mocenské pole ovládla šlechta a řada jeho reforem byla zrušena – nový král Albrecht byl přinucen obnovit „starobylé obyčeje“. Ve 40. a 50. letech 15. století se dotvořil stavovský systém, jehož hlavním institucionálním základem se stal každoročně svolávaný sněm, na kterém zasedala vysoká šlechta, preláti, zástupci žup a svobodných měst.¹²⁾ K výraznému upevnění panovnické moci došlo po volbě Matyáše Korvína uherským králem v lednu 1458. Energický král začal prosazovat královská práva, současně však respektoval pozici stavů – již při volbě musel slíbit, že bude pravidelně svolávat sněm. Král Matyáš se ve své politice opíral zejména o nižší šlechtu a měšťanstvo a snažil se oslabit instituce stavovského státu – nejvyšší úřady, na jejichž místo se tlačila královská kancelář, obsazená kvalifikovanými a výkonnými úředníky. Kancelář společně s královskou radou také často vykonávala některé pravomoci sněmu (např. schvalování daní). Významná svobodná města podřídil své přímé jurisdikci a provedl reformu soudnictví v župách a také fiskální a vojenskou reformu. Zejména se soudní reformou úzce souvisel tzv. větší dekret (*Decretum maius*) vydaný králem roku 1486, který obsahoval v 78 článcích ustanovení procesní a veřejnoprávní povahy a omezoval vliv staršího obyčejového práva. V roce 1488 byl v Lipsku dokonce vydán tiskem. Ani ustanovení o jeho „věčné platnosti“, inspirované římským právem, nezabránilo jeho pozdějšímu zrušení v roce 1492 tzv. větším dekretem krále Vladislava (*Decretum maius Vladislavi*). Volební kapitulace přijatá Vladislavem II. Jagellonského v souvislosti s jeho volbou uherským králem v roce 1490 prakticky zrušila starší reformy Matyáše Korvína směřující k centralizovanému státu a pevné královské moci.¹³⁾

Za vlády Vladislava II. se stal aktuálním požadavek kodifikace zákonného i obyčejového práva, který byl vysloven ze strany krále i stavů. V roce 1498 byl sestavením a zpracováním obyčejového práva pověřen protonotář Adam. Práce nijak nepostupovaly, proto zřejmě okolo roku 1500 pověřil král sestavením kodifikace Štěpána Verböczyho. Verböczy se narodil asi mezi léty 1458-1460, získal důkladné právnické vzdělání a jako právník působil v Matyášově královské kanceláři. Na sněmech vystupoval jako mluvčí šlechticko-zemanské strany, tj. nižší šlechty. Své dílo nazvané *Tripartitum opus iuris consuetudinarii incliti regni Hungariae* předložil na sněmu v roce 1514. Dílo posoudila zvláštní komise a následně bylo předáno k potvrzení panovníkovi. Dílo však formálně

(7) K nástupu dynastie Anjou nejnověji Blanka BREZOVÁKOVÁ, *Politický zápas Anjouovců o uhorskou korunu*, HČ 39, 1991, s. 569-587; TÁŽ, *Konsolidační snahy Karola I. v Uhorsku po zvolení za krále (1310-1317)*, HČ 41, 1993, s. 361-378; TÁŽ, *Postavení Uhorska v stredoerópskom priestore v prvej polovici 14. storočia*, HČ 46, 1998, s. 177-203; Jaroslav PERNÍŠ, *Karol Róbert z Anjou a jeho manželky*, HČ 45, 1997, s. 177-193.

(8) K vytváření stavovského systému srov. Janos M. BAK, *Königtum und Stände in Ungarn im 14.-16. Jahrhundert*, Wiesbaden 1973; dále L. KONTLER, *Dějiny*, s. 81-83; R. PRAŽÁK a kol., *Dějiny*, s. 41-47; K. KADLEC, *Dějiny*, s. 223nn.

(9) K tomu nejnověji srov. Ferdinand ULÍČNÝ, *Výsadnost' mešťanov od 13. storočia*, HČ 49, 2001, s. 415-431. Ze starší literatury Richard MARSINA, *Reforma stredovekých miest v Uhorsku*, HČ 31, 1983, s. 164-180; TÝŽ, *K vývoju miest na Slovensku do začiatku 15. stor.*, HČ 21, 1973, s. 337-367. K okruhu významných spišských měst srov. Štefánia MERTANOVÁ, *Vznik a vývoj spišského mestského práva*, *Právněhistorické studie* 18, 1974, s. 205-236; Július BARTL, *Príspevok ku kategorizácii spišských miest a mestečiek v stredoveku*, HČ 32, 1984, s. 101-125.

(10) Wilhelm BAUM, *Císař Zikmund. Kostnice, Hus a války proti Turkům*, Praha 1996, s. 61-63; R. PRAŽÁK a kol., *Dějiny*, s. 47-53; L. KONTLER, *Dějiny*, s. 91-92; K. MALÝ – F. SIVÁK, *Dějiny státu*, s. 86-89, 143, 153-154, R. MARSINA, *K vývoju*, s. 337-338.

(11) W. BAUM, *Císař Zikmund*, s. 33-49; J. M. BAK, *Königtum*, s. 28nn., 132nn.; Rudolf RAUSCHER, *Volební kapitulace a korunovační reversy panovníků ve státech střední Evropy*, Bratislava 1925, s. 46, 82-83; L. KONTLER, *Dějiny*, s. 87-91.

(12) L. KONTLER, *Dějiny*, s. 98-103.

(13) K Matyáši Korvínovi nejnověji srov. Jörg K. HOENSCH, *Matthias Corvinus. Diplomat, Feldherr und Mäzen*, Graz-Wien-Köln 1998; Karl NEHRING, *Matthias Corvinus, Kaiser Friedrich III. und das Reich*, München 1989; Josef MACEK, *Jagellonský věk v českých zemích (1471-1526)*, 1, Praha 1992, s. 263-291. Dále srov. L. KONTLER, *Dějiny*, s. 103-117; R. PRAŽÁK a kol., *Dějiny*, s. 53-63; K. MALÝ – F. SIVÁK, *Dějiny státu*, s. 142nn.

nebylo schváleno, neboť k potvrzovací královské listině nebyla připojena pečeť – důvodem byl odpor vyšší šlechty, která nepřála Verböczymu a jeho pojetí rovnoprávné a jednotné šlechty – „*una et eadem nobilitas*“. Sbíрка tak zůstala pouhou právní knihou, záhy se však pro neexistenci jiného podobného soupisu práva stala v podstatě platným zákonem, neboť na ni odkazovala četná usnesení uherského sněmu a byla používána v soudní praxi. Jejím rozšíření přispěla také skutečnost, že Verböczy ji nechal přes králův zákaz v roce 1517 vytisknout ve Vídni. Tripartitum se stalo základem a vyjádřením práv uherských stavů. Verböczy se ještě o něco později, v roce 1525, pokusil o přezkoumání a schválení Tripartita. Přestože se v této době stal palatinem, ke schválení nakonec nedošlo.¹⁴⁾

Tripartitum, jak napovídá jeho název, je rozděleno do tří hlavních částí, včetně úvodu do čtyř. Verböczy se zabýval především šlechtickým právem, k městskému právu a k právnímu postavení poddaných přihlížel jen okrajově. Většina ustanovení se týká soukromého práva, hmotného i procesního, část ustanovení práva ústavního, správního a trestního. Verböczy se při zpracování a uspořádání pokusil o jistou systematiku ovlivněnou justiniánskými Institucemi a Gratiánovým dekretem, důsledně se mu ji však nepodařilo udržet. Vydání z roku 1517 obsahuje nejprve předmluvu ke čtenářům, královské schválení a dále dedikaci králi Vladislavovi, po které následuje úvod (prolog), který se skládá z 16 titulů a v teoretizující rovině pojednává o všeobecných otázkách. Jsou zde definice soukromého a veřejného práva, přirozeného práva, mezinárodního práva apod., které Verböczy převzal z římskoprávních pramenů. První část se skládá ze 134 titulů, jež se týkají soukromého hmotného práva šlechty uherské, chorvatské a sedmihradské. Druhá část se skládá z 86 titulů a je věnována procesním předpisům, třetí část se skládá z 36 titulů a obsahuje řadu různých ustanovení místního práva chorvatského a sedmihradského a práva městského.¹⁵⁾

Verböczy se při sestavování svého díla opíral především o sněmovní usnesení, královské dekrety a soudní nálezy. V názvu díla se sice mluví o obyčejovém právu, řada obyčejových norem vznikla v praxi používáním původně zákonného práva. V několika případech se Verböczy opřel o mínění učených právníků. Tripartitum je psáno latinsky, obsahuje však množství maďarských a slovanských výrazů, které dle svého vyjádření v textu záměrně ponechal.¹⁶⁾

V průběhu 16. až 19. století bylo asi dvacetkrát vydáno, bylo přeloženo do maďarštiny (1565), chorvatštiny (1574) a němčiny (1599), v rukopise se dochovalo také v novořečtině (1760). Počátkem 17. století bylo zahrnuto do sbírky zákonů nazvané *Corpus Iuris Hungarici*.¹⁷⁾

Tripartitum se stalo základním souborem uherského šlechtického práva, který se výslovně odvolával na starší privilegia, jako byla např. zlatá bula Ondřeje II. Verböczy ve svém díle jednoznačně zformuloval ideu abstraktní „koruny“, jakožto společenství šlechty a krále, kteří jsou skutečnými nositeli veškeré moci ve státě.¹⁸⁾

(14) Základní práci o Tripartitu představuje rozsáhlé dílo Karla KADLECE, *Verböczyho Tripartitum a soukromé právo uherské i chorvatské šlechty v něm obsažené*, Praha 1902. Dále srov. Š. LUBY, *Dejiny*, s. 89-94; R. PRAŽÁK a kol., *Dejiny*, s. 66-67.

(15) K. KADLEC, *Verböczyho Tripartitum*, s. 17-63.

(16) Tamtéž, s. 63-90.

(17) Š. LUBY, *Dejiny*, s. 76-77.

(18) K pojmu *corona* srov. Jozef KARPAT, *Corona regni Hungariae v době árpádovskej*, Bratislava 1937; TÝŽ, *Súčasný stav bádania o pojme „Corona regni Hungariae“*, Právněhistorické studie 18, 1974, s. 297-302.

Dalibor Janiš

Verböczy's Tripartitum und die Grundlagen der verfassungsmäßigen Ordnung des Königreichs Ungarn (Abriß)

Zusammenfassung

Die Grundlagen des ungarischen Staates wurden zu Beginn des 11. Jahrhunderts unter der Herrschaft König Stefans I. errichtet. In seiner Regierungszeit entstand auch der älteste Kanon von Gesetzen, dem ähnliche Sammlungen unter Stephans Nachfolgern Ladislaus I. und Koloman folgten.

Am Ende des 12. Jahrhunderts erreichte die Machtstellung des ungarischen Königs ihren Höhepunkt; unter der Herrschaft König Andreas' II. kam es dabei freilich zu gravierenden machtpolitischen Verschiebungen. Andreas II. gab im Jahre 1222 auf Veranlassung seiner Vasallen eine Goldene Bulle heraus, die deren Stellung in der Hierarchie verankerte. Dieses Privilegium enthielt des weiteren zahlreiche Bestimmungen, die die Verwaltung und das Gerichtswesen betrafen. Die Festlegungen der Goldenen Bulle wurden nachfolgend stets von den jeweiligen ungarischen Herrschern konfirmiert. Zu Beginn des 14. Jahrhunderts gelang es Karl I. Robert seine Macht gegenüber dem Adel zu festigen.

In dem sich herausbildenden Ständesystem spielte der sich im Inneren differenzierende Adel die Hauptrolle, während die Städte lediglich eine nachgeordnete Machtposition einnahmen.

Die königliche Macht festigte sich unter der Herrschaft Sigismunds von Luxemburg und Matthias' Corvinus, unter den Jagiellonen jedoch wurde sie deutlich geschwächt und die alten Zentralisierungsreformen rückgängig gemacht.

Im Jahre 1514 vollendete Stefan Verböczy sein Werk *Tripartitum opus iuris consuetudinarii incliti regni Hungariae*, das freilich aufgrund des Widerstands des höheren Adels nicht den Charakter einer offiziellen Kodifikation erhielt. Das Werk setzt sich aus drei Hauptteilen sowie einer Einleitung zusammen und beinhaltet vornehmlich das adelige Privat- und Prozeßrecht, darüber hinaus finden sich hier auch Bestimmungen zum Verfassungs-, Verwaltungs- und Strafrecht. Das Tripartitum bildete die grundlegende Sammlung des ungarischen Rechts bis weit in das 19. Jahrhundert hinein.

Dalibor Janiš

Tripartitum Verböczego i podstawy ustawodawstwa Królestwa Węgierskiego (Zarys)

Streszczenie

Fundamenty państwa węgierskiego zostały położone na początku XI wieku za panowania króla Stefana I. W tym czasie powstał najstarszy zbiór przepisów prawnych, kolejne podobne powstały za panowania jego następców Władysława I i Kolomana.

Pod koniec XII wieku mocarstwowa pozycja króla węgierskiego była bardzo silna, ale za panowania Andrzeja II doszło do wyraźnych zmian. Król Andrzej II wydał w 1222 roku pod wpływem swych wasali Złotą bullę, która umocniła ich pozycję. Bulla zawierała szereg decyzji dotyczących administracji i sądownictwa. Postanowienia Złotej bulli były także później uznawane przez węgierskich władców. Na początku XIV wieku Karolowi I Robertowi udało się wzmocnić swoją siłę wobec szlachty.

W kształtującym się systemie stanowym główną rolę odgrywała wewnętrznie zróżnicowana szlachta, zaś miasta zajmowały słabszą pozycję.

Potęga króla umocniona za panowania Zygmunta Luksemburskiego i Macieja Korwina została wyraźnie osłabiona w czasie panowania Jagiellonów, natomiast starsze reformy centralizacyjne przestały obowiązywać.

W 1514 roku Stefan Verböczy zakończył swoje dzieło *Tripartitum opus iuris consuetudinarii incliti regni Hungariae*, które jednak ze względu na sprzeciw szlachty wyższej nigdy nie stało się oficjalną kodyfikacją. Praca składa się z trzech głównych części i ze wstępu, i zawiera przede wszystkim szlacheckie prawo prywatnomajątkowe i procesowe, a także postanowienia prawa konstytucyjnego, administracyjnego i karnego. Tripartitum było podstawowym zbiorem prawa węgierskiego aż do XIX wieku.

V.

ZÁVĚRY

Schlußfolgerungen

Zakończenie

VLADISLAVSKÉ ZŘÍZENÍ ZEMSKÉ

A POČÁTKY ÚSTAVNÍHO ZŘÍZENÍ V ČESKÝCH ZEMÍCH
(1500-1619)

Uspořádali Karel MALÝ a Jaroslav PÁNEK
Praha 2001



ZEMSKÁ ZŘÍZENÍ V KONTEXTU ÚSTAVNÍCH PROMĚN VE STŘEDNÍ EVROPĚ V 16. A NA POČÁTKU 17. STOLETÍ

Jaroslav PÁNEK

1. Úvodem

Když roku 1527 připravoval Racek Doubravský z Doubravy¹⁾ pro nového českého krále Ferdinanda I. vlastní překlad Vladislavského zřízení zemského do latiny, neponechal nic náhodě. Už na nejnápadnějším místě svého rukopisu²⁾ – na kožených deskách³⁾ – vyjádřil složitost nastalé situace, v níž se tradice potýkala s nadcházející změnou. Na přední straně desek uvedl složitou titulaturu mladého, avšak ambiciózností již proslulého panovníka, na zadní stranu desek pak vtiskl znak Českého království s opisem REX IVSTVS NOSTER IN VIRTUTE TVA LETABITVR. Neboť v zakladateli

1) Souhrnně o tomto spisovateli pojednali Josef HEJNIC – Jan MARTÍNEK, *Rukověť humanistického básnictví v Čechách a na Moravě – Enchiridion renatae poesis Latinae in Bohemia et Moravia cultae*, II, Praha 1966, s. 84-88.

2) Österreichische Nationalbibliothek Wien, Cod. 3269.

3) Podle záznamu v rukopisu byla sice jeho vazba v červenci 1915 opravována, avšak původní vzhled zůstal zachován.

nové dynastie neviděl jen nositele moci, ale také osobnost, na jejíž povaze a schopnostech závisí prospěch celku – v dobrém i ve zlém.⁴⁾

Nastupujícímu Habsburkovi podával Racek Doubravský *Iura et constitutiones regni Bohemiae*, která byla nejvyšším výrazem sebevědomí českých stavů, právě ve chvíli, kdy český stát vstoupil na rozcestí. Jedna vývojová cesta vedla k dalšímu zatlačování panovníka stavy, druhá k obnově a postupnému zesilování ústřední moci zeměpána na úkor vzepjatých stavovských práv. První cesta se otvírala ve východním sousedství, zejména v polsko-litevském prostředí, druhá pak na západě a na jihu, v dědičných habsburských zemích a v německých teritoriálních státech.⁵⁾

Katolicky orientovaný doktor práv mohl nanejvýš jen tušit, kterými směry povede další vývoj českých zemí a jejich sousedů. Naproti tomu dějepisec, ohlížející se nazpět k přelomovému roku 1526, již výsledky dalšího vývoje zná. Leč i kritický historik je zatížen jednostrannými pohledy, neboť má sklon vnímat uskutečněné proměny – zejména své vlastní země – jako jediný možný vývojový směr. Aby si tuto zátěž „nadměrného vědění“ ulehčili, sešli se badatelé z několika středoevropských zemí počátkem prosince roku 2000 v pražském Karolinu a diskutovali o zemských zřízeních a kodifikačních pokusech v zemích České koruny, v Bavorsku, Sasku, Rakousích, Uhrách a v Polsku (včetně litevské části tehdejší Rzeczypospolitej). V této knize předkládají zúčastnění odborníci výsledky svého rokování o tom, jak se utvářely ústavní poměry v jednotlivých středoevropských zemích na prahu novověku, co měly navzájem společného a čím se od sebe lišily. Každý z autorů podal výklad o „své“ zemi či státě, nicméně již v zahájené diskusi se objevily náznaky porovnávání. Pro soustavnou komparaci, která nemá ve střední Evropě hlubší tradici,⁶⁾ se teprve utvářejí předpoklady a není pochyb o tom, že bude pokračovat i po uzavření a vydání této společné publikace. Nicméně již dnes je možné alespoň náznakem se pokusit o srovnání, jež nemůže nemít povahu předběžné úvahy, které by však nicméně mohlo podnítit další úsilí o mezinárodní komparaci ústavních poměrů ve střední Evropě.

4) Edici latinského překladu připravil František PALACKÝ (ed.), *Zřízení zemské Království českého za krále Vladislava r. 1500 vydané*, in: Archiv český V, Praha 1862, s. 9-265; předmluva Racka Doubravského otištěna tamtéž na s. 8.

5) K tomuto procesu souhrnně Gottfried SCHRAMM, *Polen – Böhmen – Ungarn. Übernationale Gemeinsamkeiten in der politischen Kultur des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit*, in: Joachim Bahlcke – Hans-Jürgen Bömelburg – Norbert Kersken (Hrsg.), *Ständefreiheit und Staatsgestaltung in Ostmitteleuropa. Übernationale Gemeinsamkeiten in der politischen Kultur vom 16.-18. Jahrhundert*, Leipzig 1996, s. 13-38.

6) Zásluhy o naznačení cest ke komparaci zemí středovýchodní Evropy na přelomu středověku a novověku, získaly zejména seminář Gottfrieda Schramma na *Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau* a *Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas in Leipzig*, vedené Winfriedem Eberhardem, v Lipsku. V obou případech se výzkum soustřeďoval na historickou problematiku, zatímco badatelé v oboru právních dějin zůstávali zpravidla stranou. Právě o takovýto první krok v mezioborovém výzkumu se pokusila konference z roku 2000 a také nynější publikace.

2. Konsolidační úsilí stavů a povaha zemských zřízení v zemích České koruny

Zemská zřízení – kodifikace základních ustanovení zemského práva ústavního a zvláště pak procesního, civilního a trestního – se na přelomu středověku a novověku uplatnila v řadě středoevropských zemí.⁷⁾ V Českém království se tato podoba písemně fixované právní normy uplatnila v době, kdy šlechta vládla dostatečnou mocí, aby do zemského zřízení vtělila své zájmy, a disponovala odpovídajícími zkušenostmi, které získala v době předchozího bezvládní. Organizačním předpokladem vzniku zemských zřízení ve „stabilizované stavovské monarchii českého typu“⁸⁾ bylo dotvoření obou vyšších stavů (panského a rytířského) a zajištění funkčnosti nejdůležitějších stavovských institucí.⁹⁾ Počínaje Vladislavským zřízením zemským z roku 1500 prokazovaly šlechtické stavy, že nejsou nositelem anarchie, nýbrž vlastního pojetí státu, které není zásadně neslučitelné s konsolidovanou monarchií. Zemská zřízení zakotvila nejen základní právní řád a fungování institucí, resp. vzájemnou kontrolu panovníka a stavů, ale také stabilitu majetkových poměrů a vztahů mezi vrchnostmi a poddanými, což znamenalo záruku politického, společenského a hospodářského systému v zemi.¹⁰⁾

Základními zdroji kodifikačního úsilí, ztělesněného v českých zemských zřízeních, byly jednak soudní nálezy nebo právní obyčeje, podle nichž se řídilo rozhodování soudů, jednak sněmovní usnesení čili zákony. V průběhu 16. století vzrůstala váha sněmem schvalovaných zákonů, což bylo v dualistickém politickém systému výrazem modernizace, přijatelné nejen pro panovníka, ale i pro stavy.¹¹⁾ Rozhodujícím kritériem pro výběr norem, jež byly zařazovány do zemského zřízení, se stalo politické hledisko; dávalo přednost těm ustanovením, jež regulovala vztahy mezi stavy a panovníkem či mezi stavy navzájem; právě tím byla posilována ústavně právní složka zemských zřízení.¹²⁾ Pro české kodifikace tohoto druhu se stala příznačnou snaha o konsenzuální

7) Ernst C. HELLBLING, *Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte*, 2. Auflage, Wien-New York 1974, s. 281.

8) František ŠMAHEL, *Nástin proměn stavovské skladby Českého království od konce 14. do počátku 16. století*, in: Vladislavské zřízení zemské a počátky ústavního zřízení v českých zemích, Praha 2001 [nadále jen zkráceně: Sborník VZZ], s. 71-84, citát ze s. 74.

9) Blíže Ivan MARTINOVSKÝ, *Vznik a počátky Vladislavského zemského zřízení*, in: Sborník VZZ, s. 85-100.

10) Karel MALÝ, *Ochrana vlastnictví ve Vladislavském zřízení zemském*, in: Sborník VZZ, s. 207-215; Ladislav SOUKUP, *Poddaní a jejich právní postavení v zemských zřízeních doby předbělohorské v Čechách*, in: Sborník VZZ, s. 239-248.

11) Karel MALÝ, *Právní kultura v českém stavovském státě*, in: Sborník VZZ, s. 55-66, zvl. s. 57.

12) K. MALÝ, *Právní kultura*, s. 60.

nacházení „obecného dobrého“, zatímco vliv římského práva – posilujícího postavení panovníka – byl v nich po celé 16. století značně omezený.¹³⁾

Ačkoli Vladislavské zřízení zemské vznikalo v Čechách a mělo platnost pouze pro České království, v době jeho přípravy se projevil obdobné tendence i v dalších zemích České koruny. Platí to o velkém privilegiu Vladislava II. pro Slezsko, jež roku 1498 vytvářelo právní základnu pro respektování stavovských svobod a ustálení celoslezských institucí,¹⁴⁾ stejně jako o výroku téhož panovníka („Spruch König Wladislaw“), který roku 1497 určil kompetence vrchního soudu ve Zhořelci ve vztahu k ostatním stavům v Horní Lužici.¹⁵⁾ Ve všech těchto případech šlo – a to z iniciativy stavovských elit příslušné země – zcela zjevně o touž snahu konsolidovat poměr mezi stavy a panovníkem i vztahy mezi stavovskými korporacemi navzájem, a dále o úsilí vybudovat stabilní základnu zemského zřízení v podobě institucí s celozemskou působností.

3. Vznik zemských zřízení 16. století jako výsledek soupeření mezi panovníkem a stavy v zemích České koruny

S výjimkou Vladislavského zřízení zemského vznikaly další obdobné kodifikace zemského práva jako výraz napětí mezi zemskými stavy, usilujícími o rozšíření nebo alespoň zachování vlastních práv, a habsburským panovníkem, po roce 1526 cílevědomě směřujícími k omezení stavovských privilegií. Časový posun při utváření těchto kodifikací byl odrazem rozdílné úrovně vnitřní centralizace jednotlivých zemí, postupující konsolidace jejich stavovských obcí a ovšem také proměn politického prostředí, v němž bylo možno zemské zřízení prosadit sněmovním jednáním (ze strany stavů) nebo vnutit shora (z pozice posíleného panovníka). I když v různých korunních zemích nebyla zemská zřízení či jim podobné kodifikace na stejné úrovni co do náplně a dělby moci mezi stavy a králem,¹⁶⁾ přece jen doba jejich vzniku vyznačuje určité periody utváření zemského zřízení v rámci celé České koruny:

13) Karolina ADAMOVÁ, *Obecné dobré a idea spravedlnosti v českých zemských zřízeních doby předbělohorské (se zaměřením na 16. století)*, in: Sborník VZZ, s. 101-112; K. MALÝ, *Právní kultura*, s. 60.

14) Kazimierz ORZECOWSKI, *Rola przywileju króla Władysława z 1498 r. w dziejach śląskiego stanowego parlamentaryzmu*, in: Sborník VZZ, s. 153-163.

15) Lenka BOBKOVÁ, *Zemská zřízení a zemské stavy v Horní a Dolní Lužici v 16. století*, in: Sborník VZZ, s. 165-191, zvl. s. 171.

16) Jaroslav PÁNEK, *Český stát a stavovská společnost na prahu novověku ve světle zemských zřízení*, in: Sborník VZZ, s. 13-54; Dalibor JANIŠ, *Ústavní základy moravského zemského práva na počátku novověku*, in: Sborník VZZ, s. 113-135; Joachim BÄHLCKE, *Die Landesordnung in Schlesien im 16. und frühen 17. Jahrhundert*, in: Sborník VZZ, s. 137-151; L. BOBKOVÁ, *Zemská zřízení*, s. 173-179.

Čechy	1500	1530	1549	1564	(reedice 1594) ¹⁷⁾
Morava	-	1535	1545	1562	1604
Horní Lužice	-	1538-1539	(1544) ¹⁸⁾	(1561-1562) 1582	1597
Dolní Lužice	-	(1538)	-	-	(1598)
Slezsko	-	-	-	(1550-1600) ¹⁹⁾	-
- Opolsko-Ratibořsko	-	-	-	1562	-
- Těšínsko	-	-	-	1573	-

Třicátá léta 16. století se stala dobou intenzivních kodifikačních prací ve většině zemí České koruny, avšak k vytvoření (či novelizaci) a přijetí plnohodnotného zemského zřízení vedla pouze ve dvou nejpokročilejších korunních zemích.²⁰⁾ Ve všech případech šlo o hledání nové rovnováhy mezi stavy a silicím panovníkem. První polovina čtyřicátých let, doba předcházející šmalkaldské válce, umožnila moravským stavům jednostranné uplatnění pro ně výhodného zemského zřízení, kdežto léta následující po porážce protihabsburského odboje vedla naopak v Čechách k vnucení takové kodifikace, která nebyvalým způsobem zvýhodňovala krále a jeho nejbližší stoupence. Teprve očekávaná a poté uskutečněná změna na trůnu (vystřídání autoritativního Ferdinanda I. kompromisněji orientovaným Maxmiliánem II.) spolu s vnitřními a vnějšími problémy habsburské monarchie umožnila dosáhnout konsolidace v šedesátých letech 16. století. V Čechách, na Moravě, v Horní Lužici a také v některých slezských knížectvích byla přijata zemská zřízení, která vyjadřovala relativní rovnováhu mezi panovníkem a stavy a jež napomohla ke stabilizaci mocenských poměrů v těchto zemích až do konce 16. století.

17) Reedici je míněno nové vydání dosud platného zemského zřízení, které za účelem přetisku neprošlo obsahovou redakcí.

18) Letopočtem vloženým do závorky jsou v této tabulce označeny soubory zemských práv, které lze jen volně srovnávat s ucelenými zemskými zřízenými.

19) Zde je pouze orientačně uvedeno období nejintenzivnějšího vydávání zemských zřízení pro jednotlivá slezská knížectví, načež následují dva nejznámější příklady z řady zřízení pro drobná knížecí teritoria; soupis zemských (a dalších) zřízení pro tato knížectví podává Matthias WEBER, *Die schlesischen Polizei- und Landesordnungen der Frühen Neuzeit*, Köln-Weimar-Wien 1996, s. 361-459.

20) Mám na mysli Čechy a Moravu; posouzení zemského zřízení pro Horní Lužici z hlediska jeho ucelenosti si ještě vyžádá hlubší srovnávací rozbor.

4. Zemská zřízení v dalších středoevropských zemích

Mezi západními sousedy českého státu představuje *Bavorsko* příznačnou cestu k zemskému zřízení jakožto nástroji panovnické regulace právních poměrů a teritoriální unifikace. V návaznosti na dávné tradice bavorského psaného práva vznikl roku 1346 *zákoník císaře Ludvíka Bavora pro Hornobavorské vévodství*, který se tomuto panovníkovi – na rozdíl od Karla IV. a jeho zákoníku pro země České koruny (*Majestas Carolina* z roku 1355) – podařilo uvést do života. Tato časná kodifikace, ovlivněná recepcí římského práva, byla jednoznačně dílem panovníka. Rovněž *zemská zřízení pro Dolnobavorské vévodství* (1474, 1491, 1501) vycházela – na rozdíl od zhruba současného Vladislavského zřízení zemského – z iniciativy zeměpána; nicméně k této kodifikaci obyčejového práva přistupovaly vstřícně i stavy, které však odmítaly rychlou unifikaci práva i po sjednocení Bavorska roku 1505. V dalším unifikačním procesu se osvědčil podobný postup, jaký byl patrný o něco dříve v rakouských zemích: nejprve došlo ke sjednocení soudního řádu (*Gerichtsordnung* 1520) a teprve poté bylo ze strany panovníka prosazováno ucelené zemské zřízení (*Landesordnung* 1553, 1578), načež následoval komplexní, již romanizovaný zákoník, shrnující normy veřejného a civilního práva (*Bayerisches Landrecht* 1616).²¹⁾

Zemské právo se stalo nástrojem k překonávání teritoriální roztržičnosti rovněž v *Sasku*, kde se stavy bránily unifikačním snahám panovníka, v nichž právem spatřovaly ohrožení vlastních mocenských pozic. V tomto prostředí se však projevila výrazná tendence k syntéze domácí právní kultury s římským právem, které mělo své zastánce na saských univerzitách ve Wittenberku a v Lipsku (podobnou úlohu sehrávala v Bavorském vévodství univerzita v Ingolstadtu). Společným působením zeměpána, juristicky vzdělaných dvorních radů a univerzitních právníků, kteří byli vtaženi do přípravných kodifikačních prací, se modernizace saského práva postupně prosazovala v zemských zřízeních (*Landesordnungen* 1482, 1543, 1555) a vyvrcholila v zákoníku pro Saské kurfiřtství (*Kurfürstliche Konstitutionen* 1572), který znamenal zakotvení silného panovníka a přispěl k připoutání šlechty ke kurfiřtskému dvoru. Ve vývoji Saska a Bavorska sehrával rozhodující úlohu zeměpán, zatímco stavy se občas stavěly na odpor právní unifikaci, ale základním tendencím knížecí politiky se víceméně přizpůsobovaly.²²⁾

Proces kodifikace zemských zřízení v *dědičných habsburských (starorakouských) zemích* byl nejen v porovnání s Bavorskem a Saskem, ale též oproti Českému království opožděn. Od přelomu 15. a 16. století zde sice v návaznosti na pokusy císaře Maxmiliána I. o administrativní reformu Svaté říše římské vznikaly určité kodifikace, ty se však týkaly především práva trestního a procesního (*Tiroler Malefizordnung* 1499, *Niederösterreichische Landgerichtsordnung* 1514 a další). Teprve v prvních desetiletích existence habsburské

21) Hans SCHLOSSER, *Die Landesordnungen in Bayern im 16. und 17. Jahrhundert*, in: Sborník VZZ, s. 293-308.

22) Gerhard LINGELBACH, *Landesordnungen in Sachsen und die Rechtsreformen im 16. und 17. Jahrhundert (Dargestellt am Beispiel der „Kursächsischen Konstitutionen“)*, in: Sborník VZZ, s. 309-332.

monarchie – tedy zhruba v téže době jako na Moravě – se prosazovala komplexnější zemská zřízení pro jednotlivé rakouské země (Tyroly 1526, 1532, 1573; Dolní Rakousy 1540; Horní Rakousy 1559). Tato zemská zřízení (*Landesordnungen*) kodifikovala práva poskytnutá panovníkem zemským stavům jakožto představitelům jednotlivých zemí, a to se zřetelem nejen k zemskému ústavnímu zřízení, ale zpravidla také k soukromému, trestnímu a procesnímu právu.²³⁾

Na rozdíl od Bavorska a Saska tvořily ovšem habsburské země příliš složitý komplex, navíc po roce 1564 rozdělený do tří celků (na severu podunajských zemí dolnorakouských, na jihozápadě alpských zemí hornorakouských a na jihovýchodě ležících zemí vnitrorakouských). Zejména ve skupině tzv. dolnorakouských zemí narůstalo napětí mezi oběma arcivévodstvími. Horní Rakousy usilovaly na počátku 17. století v poměru k Dolním Rakousům (podobně jako v téže době Slezsko, Horní a Dolní Lužice a dávno předtím již Morava ve vztahu k Čechám) o právní zajištění svébytného postavení. Toto emancipační hnutí splývalo s opozicí protestantských stavů proti katolickým Habsburkům a jeho výrazem se stalo v Horních Rakousích úsilí o takovou změnu zemského zřízení, která by potvrdila stavovské svobody a svéprávnost Horních Rakous. Návrh na nové uspořádání poměrů v zemi (*Verfasste Landtafel* 1616), vycházející z představ kalvinistických radikálů, naznačil, jak blízko k sobě měli i ve formulaci žádoucího právního řádu protihabsbursky orientovaní stavovští představitelé Horních Rakous a Českého království (zvláště autoři návrhů na úpravu českého zemského zřízení a zanedlouho i tvůrci České konfederace).²⁴⁾

Zásadně odlišný byl vývoj kodifikačního úsilí v severním sousedství českého státu – v *Polsku*. I tam se ovšem na prahu novověku začalo prosazovat psané právo na úkor práva obyčejového, avšak snahy o jeho kodifikaci narážely na značné obtíže. Téměř současně s Vladislavským zřízením zemským vznikl svod nejdůležitějších právních pramenů (statutů a konstitucí, tj. sněmovních usnesení), který byl péčí korunního kancléře Jana Łaského vydán v tzv. *Statutu Łaskiego* (1506) a později se stal základním souborem polského zemského práva. Sedmáct let poté se podařilo kodifikovat procesní právo polských soudů (*Formula processus* 1523), ale všechny další pokusy o kodifikaci skončily v následujícím století neúspěchem. Ačkoli díla Jakuba Przyłuskiego (*Leges seu statuta ac privilegia regni Poloniae*, 1553), Jana Herburta (*Statuta i przywileje koronne*, 1570) a jejich pokračovatelů měla pozoruhodnou teoretickou úroveň, jejich sněmovní schvalování narazilo na odpor, neboť proti kodifikačním tendencím a zájmům střední šlechty se stavěli magnáti a prelátstvo.²⁵⁾ Zatímco Litvané dospěli v 16. století ke

23) E. C. HELBLING, *Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte*, s. 280-281.

24) Herbert KALB, *Aspekte der Verfassungsstruktur in den österreichischen Erbländern im 16. und 17. Jahrhundert (Österreich ob der Enns)*, in: Sborník VZZ, s. 333-346.

25) Juliusz BARDACH (red.), *Historia państwa i prawa Polski do roku 1795, część I: Zdzisław KACZMARCZYK – Bogusław LEŚNODORSKI, Historia państwa i prawa Polski od połowy XV w. do roku 1795*, Warszawa 1957, s. 22-29; Juliusz BARDACH – Bogusław LEŚNODORSKI – Michał PIETRZAK, *Historia ustroju i prawa polskiego*, wydanie drugie poprawione, Warszawa 1994, s. 187-189.

kodifikací práva veřejného, soukromého, trestního a procesního v podobě *Litevských statutů* (1529, 1566 a 1588),²⁶⁾ v Polské koruně 16. a 17. století musely souhrnnou kodifikaci nahrazovat neoficiální svody práva, jejichž aktualizaci přinášely oficiální tisky sněmovních usnesení.²⁷⁾ Ve státě s mimořádně silným postavením stavů tak vznikla situace, která byla – se zřetelem k dosažené úrovni kodifikace – podobná poměrům na Moravě na přelomu 15. a 16. století (po vzniku *Knihy Tovačovské*) a také v raně novověkých *Ubrách* (po vzniku *Verböczyho Tripartita*), jejichž justiční praxe prokázala mimořádnou životaschopnost obyčejového práva.²⁸⁾

5. Problém celistvosti státu v zemském a ústavním zřízení

Zemská zřízení měla zpravidla platnost v jedné zemi, která ovšem mohla být totožná s menším státem. Avšak tato zemská zřízení neřešila složitou kolizní problematiku ve vzájemných vztazích několika zemí, tvořících větší stát, jakým byla Česká koruna, Rakousy, Uhry nebo Polsko-litevská unie.

V takové situaci se výrazem prohlubující se teritorializace moci stávala tendence k ucelení jednotného státu a jediného na jeho území platného ústavního zřízení; tato tendence nevycházela jen ze strany panovníka, ale i ze strany stavů centrální země. Vývoj nebyl přímočarý ani u teritorií menších (Bavorsko, Sasko), tím méně pak u rozlehlých států složených. Ve střední a středovýchodní Evropě se takto výrazně projevila snaha vládnoucích elit Polské koruny o úplnou integraci Velikého knížectví litevského a o eliminaci jeho ústavního svérázu, vyjádřená i symbolicky pokusem o označování Litvy názvem „Nové Polsko“.²⁹⁾ Analogické tendence vykazovaly stavy Českého království,

26) J. J. LAPPO, *Litevský statut a jeho sankce v r. 1588*, Sborník věd právních a státních 22, 1922, s. 23-56; TÝŽ, *Základní zákony Velikého knížectví litevského a Polsko-lublínské unii*, Sborník věd právních a státních 23, 1923, s. 313-344; Z. KACZMARCZYK – B. LEŚNODORSKI, *Historia państwa i prawa Polski*, s. 29.

27) O tzv. věčných a dočasných sněmovních usneseních – „konstitucích“ (constitutiones perpetuae a temporales) blíže Z. KACZMARCZYK – B. LEŚNODORSKI, *Historia państwa i prawa Polski*, s. 22. O způsobu přijímání „konstitucí“ na polském sněmu detailně pojednali Włodzimierz KACZOROWSKI – Jan SEREDYKA, *Polskie konstytucje sejmowe od końca XVI do połowy XVII wieku*, in: Sborník VZZ, s. 347-360; Janusz DOROBISZ, *Prawo i praktyka konstytucyjna za pierwszych Wazów (1587-1648)*, in: Sborník VZZ, s. 377-384.

28) Blíže Jozef KLIMKO, *Tripartitum – stabilizující prvok uhorskej feudálnej spoločnosti*, in: Sborník VZZ, s. 385-390; Dalibor JANIŠ, *Verböczyho Tripartitum a základy ústavního zřízení Uherského království*, in: Sborník VZZ, s. 391-399.

29) Marcell KOSMAN, *Ewolucja ustrojowa i początki konstytucjonalizmu w Wielkim Księstwie Litewskim na tle prawodawstwa Polski i Europy środkowej (XVI - połowa XVII wieku)*, in: Sborník VZZ, s. 361-375.

když se na lenním principu snažily udržovat nadřazené postavení nad stavy vedlejších zemí České koruny.³⁰⁾

V obou případech narazilo úsilí o ústavně zakotvenou centralizaci na nepřekonatelné překážky, jež kladly do cesty unifikaci stavy „periferních“ zemí. Zatímco Litva si v dlouhodobém procesu prosadila ústavní uznání svébytného postavení v Polsko-litevské unii a normativní i institucionální záruky této skutečnosti (v *Litevských statutech*),³¹⁾ Morava a další země České koruny dosáhly završení dlouhodobého emancipačního procesu v ústavním zakotvení rovnoprávnosti (v *České konfederaci 1619*).³²⁾ Státy, v nichž se na úkor panovníka prosadil velmi silný stavovský vliv, prokázaly na přelomu 16. a 17. století dostatečnou pružnost při harmonizaci vnitřních zájmů a při odpovídajícím přetváření ústavních poměrů. Nicméně ani toto řešení, jak ukázal další vývoj Polska, nebylo zárukou jejich dlouhodobé konkurenceschopnosti v soupeření se sousedními státy, v nichž převážila moc panovníka nad stavy.

6. Česká konfederace jako raně moderní ústava

Zemská zřízení a jim podobné souhrny právních norem, které vznikly v českých a dalších střeoevropských zemích od konce 15. do počátku 17. století, obsahovaly sice významná ustanovení ústavní povahy, samy však ještě nebyly ústavami v pravém smyslu tohoto slova. Na takovou úroveň se dostal teprve nejvýznamnější výsledek českého právního myšlení raného novověku – *Česká konfederace (Confoederatio Bohemica)* – z roku 1619.³³⁾

Tvůrci České konfederace, jimiž byli nejzkušenější právníci mezi stavovskými představiteli protihabsburské opozice v zemích České koruny, sice využívali zkušeností zemských zřízení, dokázali se však oprostít od druhořadých témat a soustředili se právě na ty stránky právního řádu, které náležejí do novověkých ústav. Úvodem ke konfederacím článkům vyjádřili podstatu nově zřizovaného státního společenství (dobrovolný „spolek a bratrské sjednocení“ pěti zemí, jejich společný postup a vzájemná obrana) a základní ideu státu, již se stala svoboda a „jednotejná ochrana nade všemi zeměmi, stavy a obyvateli jich, bez rozdílu náboženství“.³⁴⁾ Ve stovce stručných a přehledných, systematicky uspořádaných článků vymezili základní uspořádání státu, charakterizovali instituce s jejich kompetencemi, pravidla politického rozhodování a vzájemné kontroly

30) Josef VÁLKA, *Morava ve struktuře a historii českého lenního a stavovského státu*, Moravský sborník historický 1, 1986, s. 22-45.

31) Viz pozn. 25 a 28.

32) Josef VÁLKA, *Konfederace z roku 1619 ve vývoji teritoriální a náboženské struktury České koruny*, in: Sborník VZZ, s. 193-202.

33) Edice textu České konfederace: František KAMENÍČEK, *Zemské sněmy a sjezdy moravské*, II, Brno 1902, s. 649-669.

34) F. KAMENÍČEK, *Zemské sněmy a sjezdy moravské*, II, s. 650.

jednotlivých nositelů moci. Byla to plnohodnotná formulace záruk politického řádu, která konstituovala politické společenství, přičemž mu ponechávala možnost dalšího dobrovolného rozšiřování. Ve svých principech (ustavení nového společenství a stanovení jeho cílů, legitimizace ústavního zřízení a vymezení nositelů moci) Česká konfederace zcela odpovídala evropské kontinentální tradici ústavnosti a racionálně voluntaristickému pojetí ústavy. Nevycházela totiž – na rozdíl od zemských zřízení – pouze z výsledků dosavadního vývoje, ale byla konstruována také na základě představ a vůle svých tvůrců.³⁵⁾

Jak se dnes shodují badatelé z Čech,³⁶⁾ Moravy,³⁷⁾ Rakouska³⁸⁾ i Německa,³⁹⁾ *Confederatio Bohemica* – jakožto svobodný, zároveň však soudržný a pro přístup dalších zainteresovaných teritorií otevřený svazek rovnoprávných zemí a jejich stavovských obcí, navíc obohacený kulturou koexistence⁴⁰⁾ – nabízela střední Evropě novou vývojovou perspektivu. I když v českých, rakouských a uherských zemích nebyly splněny všechny předpoklady pro nástup stavovsko-pluralitní „nizozemské cesty“ (zejména chyběla ekonomická a politická síla velkých měst),⁴¹⁾ přece jen tento projekt nebyl pouhou utopií, od samého počátku odsouzenou k nezdaru. Alespoň v teoretické rovině totiž využíval některých předností posíleného raně novověkého státu (s byrokratickým úředním aparátem a sjednoceným vojenstvím) i stavovství s jeho schopností dosahovat širšího společenského konsenzu a rozvíjet kulturu pluralitní náboženské koexistence. Válečná porážka protihabsburských sil a následný pád tohoto státního experimentu není tedy nutno posuzovat zdaleka jen jako prohru českých evangelíků, ale také jako zúžení vývojových možností směrem k moderní společnosti pro celou střední Evropu.

7. Badatelské možnosti

Závěrem je na místě shrnout náměty, jež pro další badatelskou činnost přinesla mezinárodní rozprava o širším kontextu Vladislavského zřízení zemského na přelomu

35) K obecným rysům ústavnosti srov. Hans VORLÄNDER, *Die Verfassung. Idee und Geschichte*, München 1999, s. 9-20.

36) Karel MALÝ, *Právní kultura v českém stavovském státě*, s. 55-66, zvl. s. 61-62.

37) Josef VÁLKA, *Konfederace z roku 1619 ve vývoji teritoriální a náboženské struktury České koruny*, in: Sborník VZZ, s. 193-202.

38) H. KALB, *Aspekte der Verfassungsstruktur in den österreichischen Erbländern*, in: Sborník VZZ, s. 337.

39) Winfried EBERHARD, *Zur Religionsproblematik in der böhmischen Landesverfassung der Reformationsepoche*, in: Sborník VZZ, s. 249-266, zvl. s. 254, 260-262.

40) W. EBERHARD, *Zur Religionsproblematik*, s. 262, zdůrazňuje dvousetletou zkušenost ověřenou schopnost nadřazovat obecný prospěch nad dílčí konfesijní zájmy.

41) J. VÁLKA, *Konfederace z roku 1619*, s. 197-198.

20. a 21. století.⁴²⁾ Především je patrné, že české historické a právně historické bádání výrazně zaostalo za výzkumem v sousedních zemích při *přípravě kritických edicí* ústavně právních pramenů; je proto nanejvýš žádoucí urychleně přistoupit k přípravě vědeckých vydání Vladislavského zřízení zemského, případně dalších zemských zřízení ze zemí České koruny, a také mimořádně významných moravských právních knih; na tomto základě bude možno zahájit jejich podrobný formální i obsahový rozbor a dospět k jejich soustavnějšímu komparativnímu zhodnocení.

Kritéria pro hodnocení zemských zřízení (popřípadě i dalších příbuzných právních památek) budou zajisté časem upřesňována. Na základě dosavadních výzkumů lze předložit k úvaze alespoň některá z nich: I. *Vznik a působnost zemských zřízení* – 1. doba a vnější okolnosti vzniku zemského zřízení (ZZ); 2. podíl panovníka a stavů, resp. mezistavovských konfliktů na vzniku ZZ; 3. význam zájmového soupeření či sepětí politických činitelů ovlivňujících vznik ZZ; 4. konkrétní iniciátoři a tvůrci ZZ; 5. uplatnění obyčejového práva, soudních výroků, sněmovních usnesení a panovnických rozhodnutí jakožto podkladů pro vznik ZZ; 6. podíl právních (politických) praktiků a učených (univerzitně vzdělaných) právníků na vzniku ZZ; 7. forma potvrzení ZZ; 8. způsob zveřejnění ZZ; 9. jazyk originálu a překladů ZZ; 10. první vydání a reedice ZZ a jejich rozšíření; II. *Struktura a obsah zemských zřízení*: 1. účel a pojetí úvodních partií ZZ; 2. členění látky ZZ; 3. způsob zpřehlednění obsahu ZZ pro dobového uživatele; 4. relativní úplnost a systematickosti ZZ; 5. zastoupení práva ústavního, civilního, trestního, procesního atd. v člancích ZZ; 6. poměr práva zemského (šlechtického), městského a kanonického v ustanoveních ZZ; 7. podíl práva domácího, popřípadě zdomácnělého zahraničního, a práva římského; 8. zakotvení ústavních poměrů v zemi, zejména pokud jde o nositele moci zákonodárné, výkonné a soudní; III. *Místo zemského zřízení ve vývoji právní kultury a politického myšlení* příslušné země a státu: 1. postavení konkrétního ZZ v dlouhodobém kodifikačním procesu; 2. oceňování starobylosti a možnost novelizace ZZ; 3. význam ZZ v rámci soudobých pramenů práva; 4. úloha ZZ při utváření předpokladů pro vyšší formu zakotvení ústavních principů.

Jako badatelsky velmi aktuální se dále jeví *srovnávací analýza ústavních poměrů ve středoevropských zemích*, a to nikoli jen v česko-polsko-uherském rámci, ale také s přihlédnutím k rakouským zemím a k sousedním teritoriálním státům na území Svaté říše římské.⁴³⁾ Teprve na tomto základě bude možno pokročit na cestě ke sblížení pojmového aparátu a k vystižení typologie zemských zřízení i dalších ústavně právních pramenů, odrážejících proces utváření raně moderního státu. Konečně stojí před historií

42) Zajímavou úvahu nad pojednávanou tematikou zveřejnil Petr MAŤA, *Symposium o Vladislavském zemském zřízení*, Český časopis historický 99, 2001, s. 440-442.

43) Právě s ohledem na to, že mezi překážky širšího srovnávacího pohledu na střední Evropu patří též jazykové bariéry, pokusili jsme se v tomto sborníku o jejich zmenšení tím, že předkládáme nejdůležitější výsledky zúčastněných badatelů v podobě souhrnů souběžně ve třech jazycích – češtině (v jednom případě slovenštině), němčině a polštině. Nutno dodat, že inspiraci k tomuto postupu nabídla také publikace Katedry dějin parlamentarismu Opolské univerzity *Sejm czeski od czasów najdawniejszych do 1913 roku*. Praca zbiorowa pod redakcją Mariana J. PTAKA, Opole 2000, která použila paralelně týchž tří středoevropských jazyků.

v těchto zemích nezbytnost prozkoumat *vývoj právní a politické kultury v tomto evropském regionu*, zvláště v období utváření centralizovaných a federativních států na přelomu středověku a novověku. Pokud se podaří v naznačených směrech dosáhnout podstatných výsledků, mohla by dosud opomíjená střední Evropa zaujmout důstojnější místo ve výkladu raně novověkých dějin starého kontinentu.

VLADISLAVSKÉ ZŘÍZENÍ ZEMSKÉ A POČÁTKY ÚSTAVNÍHO ZŘÍZENÍ V ČESKÝCH ZEMÍCH (1500-1619)

Uspořádali Karel MALÝ a Jaroslav PÁNEK
Praha 2001



DIE LANDESORDNUNGEN IM KONTEXT DER VERFASSUNGSRECHTLICHEN VERÄNDERUNGEN IN MITTELEUROPA IM 16. UND ZU BEGINN DES 17. JAHRHUNDERTS

Jaroslav PÁNEK

1. Einleitung

Als im Jahre 1527 Racek Doubravský von Doubrava¹⁾ für den neuen böhmischen König Ferdinand I. eigens eine Übersetzung der Wladislawschen Landesordnung ins Lateinische vorbereitete, überließ er nichts dem Zufall. Bereits an der auffälligsten Stelle seines Manuskripts²⁾ – auf den ledernen Einbandtafeln³⁾ – schilderte er die Kompliziertheit der eingetretenen Situation, in der die Tradition auf die eintretenden Veränderungen prallte. Auf der Vorderseite der Tafeln brachte er die komplizierte Titulatur des jungen,

1) Zusammenfassend zu diesem Autor vgl. Josef HEJNIC – Jan MARTÍNEK, *Rukověť humanistického básnictví v Čechách a na Moravě – Enchiridion renatae poesis Latinae in Bohemia et Moravia cultae*, II, Praha 1966, S. 84-88.

2) Österreichische Nationalbibliothek Wien, Cod. 3269.

3) Einer Eintragung in der Handschrift zufolge, wurde zwar der Einband im Juli 1915 restauriert, das ursprüngliche Aussehen blieb jedoch erhalten.

zugleich aber durch seine Ambitionen bereits berühmten Herrschers zum Ausdruck, die Rückseite der Tafeln zierte das Wappen des Königreichs Böhmen mit der Umschrift REX IVSTVS NOSTER IN VIRTUTE TVA LETABITVR. Im Begründer der neuen Dynastie auf dem böhmischen Thron sah er nämlich nicht allein den Träger der Macht, sondern zugleich eine Persönlichkeit, von deren Charakter und Fähigkeiten der Erfolg des Ganzen abhängt – im Guten wie im Schlechten.⁴⁾

Dem die Herrschaft übernehmenden Habsburger überreichte Racek Doubravský die *Iura et constitutiones regni Bohemiae*, die die höchste Verkörperung des Selbstbewußtseins der böhmischen Stände darstellten, und zwar gerade in einem Augenblick, als der böhmische Staat sich auf einem Scheideweg befand. Die eine Entwicklungsrichtung führte dabei zu einer weiteren Zurückdrängung des Herrschers durch die Stände, die zweite zu einer Erneuerung und schrittweisen Stärkung der Zentralgewalt des Landesherrn zu Lasten der entfaltenen Rechte der Stände. Die erste Entwicklung spielte sich in der östlichen Nachbarschaft ab, insbesondere in der Polnisch-litauischen Union, die zweite sodann im Westen und Süden, in den habsburgischen Erblanden sowie den deutschen Territorialstaaten.⁵⁾

Der katholisch orientierte Doktor der Rechte konnte im Höchsthalle lediglich erahnen, in welche Richtung die weitere Entwicklung der böhmischen Länder und ihrer Nachbarn verlaufen würde. Demgegenüber kennt der Geschichtsforscher, der retrospektiv auf das Wendjahr 1526 zurückblickt, bereits die Ergebnisse der weiteren Entwicklung. Doch auch der kritische Historiker ist nicht frei von einseitigen Betrachtungsweisen, da er die Neigung hat, realisierte Veränderungen – insbesondere im eigenen Land – als einzig mögliche Entwicklungsrichtung anzusehen. Um diesen Ballast eines „übergroßen Wissens“ ein wenig abzuwerfen, haben sich Wissenschaftler aus mehreren mitteleuropäischen Ländern Anfang Dezember des Jahres 2000 im Prager Carolinum versammelt und über die Landesordnungen und Kodifikationsversuche in den Ländern der Böhmisches Krone, in Bayern, Sachsen, Österreich, Ungarn und in Polen (eingeschlossen den litauischen Teil der damaligen Rzeczpospolita) zu diskutieren. In dem vorliegenden Sammelband präsentieren die beteiligten Fachleute die Ergebnisse ihrer Konferenz und zeigen, wie sich die verfassungsrechtlichen Verhältnisse in den einzelnen Ländern Mitteleuropas an der Schwelle zur Neuzeit herausbildeten, welche Gemeinsamkeiten sie aufwiesen und wodurch sie sich voneinander unterschieden. Jeder Autor lieferte eine Darstellung „seines“ Landes, dennoch deuteten sich bereits in der Eingangsdiskussion Anzeichen für eine Komparation an. Für einen systematischen Vergleich, der in Mittel-

4) Eine Edition der lateinischen Übersetzung besorgte František PALACKÝ (Ed.), *Zřízení zemské Království českého za krále Wladislawa r. 1500 vydané*, in: Archiv český V, Praha 1862, S. 9-265; das Vorwort Racek Doubravskýs ist dort auf S. 8 ebenfalls wiedergegeben.

5) Zu diesem Prozeß zusammenfassend Gottfried SCHRAMM, *Polen – Böhmen – Ungarn. Übernationale Gemeinsamkeiten in der politischen Kultur des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit*, in: Joachim Bahlcke – Hans-Jürgen Bömelburg – Norbert Kersken (Hrsg.), *Ständefreiheit und Staatsgestaltung in Ostmitteleuropa. Übernationale Gemeinsamkeiten in der politischen Kultur vom 16.-18. Jahrhundert*, Leipzig 1996, S. 13-38.

europa auf keine größere Tradition zurückblicken kann⁶⁾, werden erst jetzt die Voraussetzungen geschaffen und es besteht kein Zweifel, daß dieser Vergleich auch nach Abschluß und Veröffentlichung dieser Publikation seine Fortsetzung finden wird. Dennoch kann bereits heute ansatzweise ein Vergleich vorgenommen werden, der lediglich ein Zwischenergebnis darstellt und der weitere Anstrengungen in Richtung einer internationalen Komparation der verfassungsrechtlichen Verhältnisse in Mitteleuropa unterstützen wird.

2. Die Konsolidierungsbemühungen der Stände und der Charakter der Landesordnungen in den Ländern der Böhmisches Krone

Die Landesordnungen – die Kodifizierung des verfassungsrechtlichen, in gewissem Maße auch des prozeß-, zivil- und strafrechtlichen Landrechts – kamen an der Wende vom Mittelalter zur frühen Neuzeit in einer Reihe mitteleuropäischer Länder zur Geltung.⁷⁾ Im Königreich Böhmen fand diese Form der schriftlich fixierten Rechtsnorm in einer Zeit Anwendung, als der Adel über ausreichende Macht verfügte, um in der Landesordnung seine Interessen sanktionieren zu lassen und um mit den entsprechenden Erfahrungen zu disponieren, die er in der Zeit des Interregnums gewonnen hatte. Organisatorische Voraussetzung für die Entstehung der Landesordnungen in einer „stabilisierten Ständemonarchie böhmischen Typs“⁸⁾ war die Ausformung der beiden höheren Stände (der Herren und Ritter) sowie die Absicherung des Funktionierens der wichtigsten ständischen Institutionen.⁹⁾ Beginnend bei der Wladislawschen Landesordnung aus dem Jahre 1500 demonstrierten die adeligen Stände, daß sie nicht allein Träger der Anarchie waren, sondern eine eigene Auffassung vom Staat besaßen, die im Grunde unvereinbar mit der konsolidierten Monarchie war. Die Landesordnungen verankerten

6) Verdienste um die Charakterisierung der Wege hin zu einem Vergleich zwischen den Ländern Ostmitteleuropas an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit kommen insbesondere dem Seminar Gottfried Schramms an der *Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau* sowie dem *Geisteswissenschaftlichen Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas in Leipzig* zu, das von Winfried Eberhard geleitet wird. In beiden Fällen hat sich die Forschung auf die historische Problematik konzentriert, während die Forscher im Bereich der Rechtsgeschichte in der Regel nicht mit einbezogen wurden. Gerade diesbezüglich haben die Konferenz im Jahre 2000 sowie der vorliegende Tagungsband erste Schritte im Hinblick auf eine interdisziplinäre Forschung unternommen.

7) Ernst C. HELBLING, *Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte*, 2. Auflage, Wien-New York 1974, S. 281.

8) František ŠMAHEL, *Nástin proměn stavovské skladby Českého království od konce 14. do počátku 14. století*, in: *Vladislavské zřízení zemské a počátky ústavního zřízení v českých zemích*, Praha 2001 [nachfolgend: *Sborník VZZ*], S. 71-84; das Zitat auf S. 74.

9) Eingehender hierzu Ivan MARTINOVSKÝ, *Vznik a počátky Vladislavského zemského zřízení*, in: *Sborník VZZ*, S. 85-100.



nicht allein die grundlegende Rechtsordnung und das Funktionieren der Institutionen bzw. die gegenseitige Kontrolle des Herrschers und der Stände, sondern zugleich auch die Stabilität der Eigentumsverhältnisse sowie der Beziehungen zwischen Obrigkeiten und Untertanen, was die Garantie für das politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche System im Lande bot.¹⁰⁾

Grundlegende Quellen der in den böhmischen Landesordnungen verkörperten Kodifikationsbemühungen waren zum Einen Gerichtsurteile oder Rechtsgewohnheiten, nach denen die Entscheidungen der Gerichte gefällt wurden, zum Anderen aber auch die Landtagsabschiede bzw. Gesetze. Im Verlauf des 16. Jahrhunderts nahm das Gewicht der durch den Landtag verabschiedeten Gesetze zu, was in dem dualistisch-politischen System Ausdruck einer Modernisierung war, die nicht allein für den Herrscher, sondern auch für die Stände eine Akzeptanz besaß.¹¹⁾ Entscheidendes Kriterium für die Auswahl der Normen, die in der Landesordnung Aufnahme fanden, wurde der politische Standpunkt; er gab jenen Bestimmungen den Vorzug, die die Beziehungen zwischen den Ständen und dem Herrscher regelten bzw. zwischen den Ständen untereinander; gerade dadurch erfuhr das verfassungsrechtliche Element der Landesordnungen eine Stärkung.¹²⁾ Für die böhmischen Kodifikationen dieser Art wurde das Bemühen um eine Konsensfindung des „Allgemeinwohls“ kennzeichnend, während der Einfluß des Römischen Rechts – das die Stellung des Herrschers stärkte – darin das gesamte 16. Jahrhundert hinweg bedeutende Einschränkungen erfuhr.¹³⁾

Wenngleich die Wladislawsche Landesordnung in Böhmen entstand und lediglich für das Königreich Böhmen galt, kamen während ihrer Ausarbeitung ähnliche Tendenzen auch in den übrigen Ländern der Böhmisches Krone zum Vorschein. Dies gilt insbesondere für das große Privileg Wladislaws II. für Schlesien, das im Jahre 1498 zur Rechtsgrundlage für die Respektierung der ständischen Freiheiten und die Stabilisierung der gesamtschlesischen Institutionen aufstieg¹⁴⁾, sowie für den Schiedsspruch eben dieses Herrschers („Spruch König Wladislav“), der im Jahre 1497 die Kompetenzen des Obergerichts in Görlitz hinsichtlich der Beziehungen zu den übrigen Ständen in der Oberlausitz

10) Karel MALÝ, *Ochrana vlastnictví ve Vladislavském zřízení*, in: Sborník VZZ, S. 207-215; Ladislav SOUKUP, *Poddaní a jejich právní postavení v zemských zřízeních doby předbělohorské v Čechách*, in: Sborník VZZ, S. 239-248.

11) Karel MALÝ, *Právní kultura v českém stavovském státě*, in: Sborník VZZ, S. 55-66, insbesondere S. 57.

12) Ebenda, S. 60.

13) Karolina ADAMOVIČ, *Obecné dobré a idea spravedlnosti v českých zemských zřízeních doby předbělohorské (se zaměřením na 16. století)*, in: Sborník VZZ, S. 101-112; K. MALÝ, *Právní kultura*, S. 60.

14) Kazimierz ORZECZOWSKI, *Rola przywileju króla Władysława z 1498 r. w dziejach śląskiego stanowego parlamentaryzmu*, in: Sborník VZZ, S. 153-163.

regelte.¹⁵⁾ In allen diesen Fällen ging es – und zwar auf Initiative der ständischen Eliten des entsprechenden Landes – ganz offensichtlich um das Bemühen, das Verhältnis zwischen den ständischen Korporationen untereinander zu regeln, sowie um die Anstrengungen hinsichtlich des Aufbaus einer stabilen Grundlage der Landesordnung in Gestalt einer Institution mit gesamtstaatlicher Wirkung.

3. Die Entstehung der Landesordnungen des 16. Jahrhunderts als Ergebnis des Ringens zwischen Herrscher und Ständen in den Ländern der Böhmisches Krone

Mit Ausnahme der Wladislawschen Landesordnung entstanden die übrigen, ähnlich ausgerichteten Kodifikationen des Landrechts als Ausdruck der Spannungen zwischen den um eine Erweiterung oder zumindest eine Bewahrung ihrer eigenen Rechte ringenden Landständen und dem habsburgischen Monarchen, der seit dem Jahre 1526 zielgerichtet auf eine Beschränkung der ständischen Privilegien hinarbeitete. Die zeitliche Verschiebung bei der Ausformung dieser Kodifikationen war Ausdruck der auf unterschiedlichem Niveau befindlichen inneren Zentralisierung in den einzelnen Ländern, der fortschreitenden Konsolidierung ihrer Ständegemeinden, aber auch der Veränderungen im politischen Milieu, in dem die Landesordnung durch von seiten der Stände initiierte Landtagsverhandlungen oder aber von oben (aus der Position des gestärkten Herrschers heraus) durchgesetzt werden konnte. Auch wenn in den verschiedenen Kronländern die Landesordnungen oder ihnen ähnliche Kodifikationen im Hinblick auf Inhalt und Machtteilung zwischen Ständen und König nicht das gleiche Niveau aufwiesen¹⁶⁾, kennzeichnet die Zeit ihrer Entstehung bestimmte Perioden der Ausformung der Landesordnung im Rahmen der gesamten Böhmisches Krone:

15) Lenka BOBKOVÁ, *Zemská zřízení a zemské stavy v Horní a Dolní Lužici v 16. století*, in: Sborník VZZ, S. 165-191, insbesondere S. 171.

16) Jaroslav PÁNEK, *Český stát a stavovská společnost na prahu novověku ve světle zemských zřízení*, in: Sborník VZZ, S. 13-54; Dalibor JANIŠ, *Ústavní základy moravského zemského práva na počátku novověku*, in: Sborník VZZ, S. 113-135; Joachim BÄHLCKE, *Die Landesordnung in Schlesien im 16. und frühen 17. Jahrhundert*, in: Sborník VZZ, S. 137-151; L. BOBKOVÁ, *Zemská zřízení*, S. 173-179.

Böhmen	1500	1530	1549	1564	(Reedition 1594) ¹⁷⁾
Mähren	-	1535	1545	1562	1604
Oberlausitz	-	1538-1539	(1544) ¹⁸⁾	(1561-1562) 1582	1597
Niederlausitz	-	(1538)	-	-	(1598)
Schlesien	-	-	-	(1550-1600) ¹⁹⁾	-
- Oppeln-Ratibor	-	-	-	1562	-
- Teschen	-	-	-	1573	-

Die dreißiger Jahre des 16. Jahrhunderts bildeten einen Zeitraum intensiver Kodifikationsarbeiten in den meisten Ländern der Böhmisches Krone, doch kam es lediglich in den beiden am weitesten entwickelten Kronländern zur Bildung (bzw. Novellierung) und Annahme einer vollwertigen Landesordnung.²⁰⁾ In allen Fällen handelte es sich um die Suche nach einem neuen Gleichgewicht zwischen den Ständen und dem machtpolitisch erstarkenden Herrscher. Die erste Hälfte der vierziger Jahre – also die dem Schmalkaldischen Krieg vorausgehende Zeit – ermöglichte den mährischen Ständen eine einseitige Durchsetzung der für sie günstigen Landesordnung, während die der Niederlage des antihabsburgischen Aufstands folgende Periode in Böhmen wiederum zu einer Oktroyierung einer solchen Kodifikation führte, die den König und dessen engste Anhänger eindeutig bevorteilte. Erst die erwartete und danach realisierte Veränderung auf dem Thron (die Auswechslung des autoritären Ferdinand I. durch den kompromißbereiteren Maximilian II.) ermöglichte es, zusammen mit den innen- und

17) Mit der Reedition ist die erneute Herausgabe des bislang geltenden Landrechts gemeint, die für den Nachdruck keine inhaltliche Redaktion erfuhr.

18) Mit den in Klammern gesetzten Jahreszahlen werden in dieser Tabelle die Sammlungen der Landrechte markiert, die sich nur sehr vage mit den in sich geschlossenen Landesordnungen vergleichen lassen.

19) An dieser Stelle wird lediglich zur Orientierung der Zeitraum der intensivsten Veröffentlichung der Landesordnungen für die einzelnen schlesischen Fürstentümer angeführt, auf die die beiden bedeutendsten Beispiele aus der Reihe der Ordnungen für kleinere Fürstenterritorien folgen; eine Übersicht der Landes- (und weiterer) Ordnungen für diese Fürstentümer bietet Matthias WEBER, *Die schlesischen Polizei- und Landesordnungen der Frühen Neuzeit*, Köln-Weimar-Wien 1996, S. 361-459.

20) Ich denke hier an Böhmen und Mähren; eine Bewertung der Landesordnung für die Oberlausitz erfordert hinsichtlich der Einschätzung ihrer Geschlossenheit noch weitergehende komparative Analysen.

außenpolitischen Problemen der Habsburgermonarchie, in den sechziger Jahren des 16. Jahrhunderts eine Konsolidierung einzuleiten. In Böhmen, Mähren, der Oberlausitz und auch in einigen schlesischen Fürstentümern wurden Landesordnungen verabschiedet, die das relative Gleichgewicht zwischen Herrscher und Ständen zum Ausdruck brachten und die dazu beitrugen, die machtpolitischen Verhältnisse in jenen Ländern bis zum Ende des 16. Jahrhunderts zu stabilisieren.

4. Die Landesordnungen in weiteren mitteleuropäischen Ländern

Unter den westlichen Nachbarn Böhmens vollzog sich in Bayern der typische Weg hin zu einer Landesordnung als Instrument der herrscherlichen Regulierung der Rechtsverhältnisse sowie der territorialen Unifikation. In Anknüpfung an die alten Traditionen des bayerischen Schriftrechts entstand im Jahre 1346 das *Gesetzbuch Kaiser Ludwigs des Bayern für das Herzogtum Oberbayern*, das dieser Monarch – im Unterschied zu Karl IV. und seinem Gesetzbuch für die Länder der Böhmisches Krone (Majestas Carolina aus dem Jahre 1355) – auch in der Praxis umzusetzen vermochte. Diese frühe Kodifikation, beeinflusst von der Rezeption des Römischen Rechts, stellte eindeutig ein Werk des Königs dar. Auch die *Landesordnungen für das Herzogtum Niederbayern* (1474, 1491, 1501) gingen – im Unterschied zu der annähernd zeitgleichen Waldislawischen Landesordnung – auf die Initiative des Landesherrn zurück; dennoch kamen dieser Kodifikation des Gewohnheitsrechts auch die Stände entgegen, die jedoch eine rasche Unifikation des Rechts auch nach der Vereinigung Bayerns im Jahre 1505 ablehnten. In einem weiteren Unifikationsprozeß offenbarte sich ein ähnliches Vorgehen, das auch – zeitlich etwas früher – für die österreichischen Länder charakteristisch war: Zuerst kam es zur Vereinheitlichung der Gerichtsordnung (*Gerichtsordnung* 1520) und erst danach wurde durch den Landesherrn eine in sich geschlossene Landesordnung durchgesetzt (*Landesordnung* 1553, 1578), der sich ein komplexes, bereits romanisiertes Gesetzbuch anschloß, das die Normen des öffentlichen und zivilen Rechts umfaßte (*Bayerisches Landrecht* 1616).²¹⁾

Das Landrecht bildete ein Instrument zur Überwindung der territorialen Zersplitterung auch in Sachsen, wo sich die Stände den Unifikationsbemühungen des Landesherrn entgegenstellten, in denen sie zu Recht eine Gefährdung ihrer eigenen Machtpositionen erblickten. In diesem Milieu machte sich jedoch eine deutliche Tendenz hin zu einer Synthese der einheimischen Rechtskultur mit dem Römischen Recht bemerkbar, welches seine Verfechter an den sächsischen Universitäten in Wittenberg und in Leipzig besaß (eine ähnliche Rolle spielte im Herzogtum Bayern die Universität in Ingolstadt). Durch das gemeinsame Wirken des Landesherrn, der juristisch gebildeten Hofräte sowie der Rechtsgelehrten an den Universitäten, die in die vorbereitenden Kodifizierungsarbeiten einbezogen wurden, setzte sich die Modernisierung des sächsischen

21) Hans SCHLOSSER, *Die Landesordnungen in Bayern im 16. und 17. Jahrhundert*, in: *Sborník VZZ*, S. 293-308.

Rechts schrittweise in den Landesordnungen durch (*Landesordnungen* 1482, 1543, 1555) und fanden im Gesetzbuch für das Kurfürstentum Sachsen ihren Höhepunkt (*Kurfürstliche Konstitutionen* 1572), das die Festschreibung eines starken Landesherrn verankerte und zur Bindung des Adels an den kurfürstlichen Hof beitrug. In der Entwicklung Sachsens und Bayerns spielte der Landesherr die maßgebliche Rolle, während die Stände mitunter einer rechtlichen Unifizierung Widerstand leisteten, sich aber dennoch den grundlegenden Tendenzen der fürstlichen Politik mehr oder weniger anpaßten.²²⁾

Der Prozeß der Kodifizierung der Landesordnungen in den **habsburgischen (altösterreichischen) Erblanden** vollzog sich nicht allein im Vergleich zu Bayern und Sachsen, sondern auch gegenüber dem Königreich Böhmen zeitlich später. Seit der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert entstanden hier zwar in Anknüpfung an Versuche Kaiser Maximilians I. hinsichtlich einer Verwaltungsreform des Heiligen Römischen Reiches bestimmte Kodifikationen, doch betrafen diese vor allem das Straf- und Prozeßrecht (*Tiroler Malefizordnung* 1499, *Niederösterreichische Landgerichtsordnung* 1514 u.a.). Erst im Verlauf der ersten Dezennien der Existenz der Habsburgermonarchie – also annähernd zur gleichen Zeit wie in Mähren – setzten sich komplexere Landesordnungen für die einzelnen österreichischen Länder durch (Tirol 1526, 1532, 1573; Niederösterreich 1540; Oberösterreich 1559). Diese Landesordnungen kodifizierten die durch den Landesherrn den Landständen als Repräsentanten der einzelnen Länder gewährten Rechte, und zwar nicht allein im Hinblick auf die Verfassungsordnung des Landes, sondern in der Regel auch hinsichtlich des Privat-, Straf- und Prozeßrechts.²³⁾

Im Unterschied zu Bayern und Sachsen stellten die habsburgischen Länder jedoch ein ziemlich kompliziertes Gebilde dar, das darüber hinaus seit 1564 in drei Komplexe aufgliedert war (im Norden die niederösterreichischen Donauländer, im Südwesten die oberösterreichischen Alpenländer und im Südosten die innerösterreichischen Länder). Vor allem in der Gruppe der sog. niederösterreichischen Länder wuchsen die Spannungen zwischen beiden Erzherzogtümern. Oberösterreich erstrebte zu Beginn des 17. Jahrhunderts im Vergleich zu Niederösterreich (ähnlich wie zur gleichen Zeit Schlesien, die Ober- und Niederlausitz und bereits geraume Zeit davor schon Mähren im Verhältnis zu Böhmen) eine rechtliche Absicherung seiner eigenständigen Position. Diese Emanzipationsbewegung verschmolz mit der Opposition der protestantischen Stände gegen die katholischen Habsburger, und deren Ausdruck wurden in Oberösterreich die Anstrengungen in Richtung einer solchen Veränderung der Landesordnung, die die ständischen Freiheiten und die Eigenberechtigung Oberösterreichs bestätigen sollte. Der Entwurf für eine Neuordnung der Verhältnisse im Lande (*Verfaßte Landtafel* 1616), der von den Vorstellungen der calvinistischen Radikalen ausging, deutete an, wie nahe die antihabsburgisch orientierten Ständevertreter Oberösterreichs und des Königreichs Böhmen sich auch in der Formulierung einer anzu-

22) Gerhard LINGELBACH, *Landesordnungen in Sachsen und die Rechtsreformen im 16. und 17. Jahrhundert (Dargestellt am Beispiel der Entstehung der „Kursächsischen Konstitutionen“)*, in: Sborník VZZ, S. 309-332.

23) E. C. HELLBLING, *Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte*, S. 280f.

strebenden Rechtsordnung standen (vor allem die Autoren der Entwürfe für eine Reform der böhmischen Landesordnung und wenig später auch die Schöpfer der Böhmisches Konföderation).²⁴⁾

Grundlegend anders verlief die Entwicklung hinsichtlich der Kodifikationsbemühungen beim nördlichen Nachbarstaat Böhmens – in Polen. Auch dort begann sich freilich an der Schwelle zur Neuzeit das geschriebene Recht zu Lasten des Gewohnheitsrechts durchzusetzen, jedoch stießen die Bemühungen im Hinblick auf dessen Kodifikation auf beträchtliche Schwierigkeiten. Nahezu zeitgleich zur Wladislawschen Landesordnung entstand eine Sammlung der wichtigsten Rechtsquellen (Statuten und Konstitutionen, d.h. sog. Landtagsabschiede), die dank der Fürsorge des Kronkanzlers Jan Łaski im sog. *Statut Łaskiego* (1506) veröffentlicht wurde und später den grundlegenden Kanon des polnischen Landrechts bildete. Siebzehn Jahre später gelang es dann, das Prozeßrecht der polnischen Gerichte zu kodifizieren (*Formula processus* 1523), doch alle weiteren Versuche einer Kodifikation endeten im nachfolgenden Jahrhundert ergebnislos. Wenngleich die Werke Jakob Przyłuskis (*Leges seu statuta ac privilegia regni Poloniae*, 1553), Jan Herburt's (*Statuta i przywileje koronne*, 1570) sowie ihrer Fortsetzer ein beachtliches theoretisches Niveau erreichten, stieß deren Verabschiedung durch den Landtag auf Widerstand, da sich die Magnaten und Prälaten gegen die Kodifikationstendenzen und Interessen des mittleren Adels stellten.²⁵⁾ Während die Litauer im 16. Jahrhundert dazu übergingen, das öffentliche, private, Straf- und Prozeßrecht in Gestalt der *Litauischen Statuten* (1529, 1566 und 1588)²⁶⁾ zu kodifizieren, mußten auf dem Territorium der Polnische Krone im 16. und 17. Jahrhundert inoffizielle Sammlungen des Rechts, deren Aktualisierung die offiziellen Drucke der Landtagsabschiede garantierten, eine systematische Kodifikation ersetzen.²⁷⁾ In einem Staat mit einer außerordentlich

24) Herbert KALB, *Aspekte der Verfassungsstruktur in den österreichischen Erbländern im 16. und 17. Jahrhundert (Österreich ob der Enns)*, in: Sborník VZZ, S. 333-346.

25) Juliusz Bardach (Red.), *Historia państwa i prawa Polski do roku 1795, część I: Zdzisław KACZMARCZYK – Bogusław LEŚNODORSKI, Historia państwa i prawa Polski od połowy XV w. do roku 1795*, Warszawa 1957, S. 22-29; Juliusz BARDACH – Bogusław LEŚNODORSKI – Michał PIETRZAK, *Historia ustroju i prawa polskiego*, wydanie drugie poprawione, Warszawa 1994, S. 187-189.

26) J. J. LAPPO, *Litevský statut a jeho sankce v r. 1588*, Sborník věd právních a státních 22, 1922, S. 23-56; DERS., *Základní zákony Velikého knížectví litevského a Polsko po lublinské unii*, Sborník věd právních a státních 23, 1923, S. 313-344; Z. KACZMACZYK – B. LEŚNODORSKI, *Historia państwa i prawa Polski*, S. 29.

27) Zu den sog. ewigen und provisorischen Landtagsabschieden bzw. „Konstitutionen“ (constitutiones perpetuae et temporales) vgl. eingehender Z. KACZMARCZYK – B. LEŚNODORSKI, *Historia państwa i prawa Polski*, S. 22. Zur Art und Weise der Annahme der „Konstitutionen“ auf dem polnischen Reichstag vgl. ausführlich Włodzimierz KACZOROWSKI – Jan SEREDYKA, *Polskie konstytucje sejmowe od końca XVI do połowy XVII wieku*, in: Sborník VZZ, S. 347-360; Janusz DOROBISZ, *Prawo i praktyka konstytucyjna za pierwszych Wazów (1587-1648)*, in: Sborník VZZ, S. 377-384.

starken Stellung der Stände entstand somit eine Situation, die – im Hinblick auf das erreichte Niveau der Kodifikation – den Verhältnissen in Mähren an der Wende vom 15. zum 16. Jahrhundert (nach der Entstehung des *Tobitschauer Buches*) und auch im frühneuzeitlichen Ungarn (nach der Entstehung von Verböczys *Tripartitum*) ähnelte, deren Rechtspraxis eine außergewöhnliche Lebensfähigkeit des Gewohnheitsrechts dokumentierte.²⁸⁾

5. Das Problem der Kompaktheit des Staates in der Landes- und Verfassungsordnung

Die Landesordnungen galten in der Regel in einem Land, das jedoch mit einem kleineren Staat identisch sein konnte. Freilich: Diese Landesordnungen vermochten nicht die komplizierte Problematik etwaiger Interessenskollisionen in den gegenseitigen Beziehungen einiger Länder zu lösen, wie dies etwa bei der Böhmisches Krone, Österreich, Ungarn oder der Polnisch-litauischen Union der Fall war.

In einer derartigen Situation, in der sich die Territorialisierung der Macht verstärkte, herrschte die Tendenz hin zu einer Arrondierung des einheitlichen Staates und einer einzigen, auf seinem Territorium gültigen Rechtsordnung vor; diese Tendenz ging nicht allein nur von Seiten des Herrschers aus, sondern ebenfalls von den Ständen des zentralen Landes. Die Entwicklung verlief dabei weder in kleineren Territorien (Bayern, Sachsen) noch in ausgedehnteren Staaten geradlinig. In Mittel- und Ostmitteleuropa zeigte sich dies eindrucksvoll im Bemühen der herrschenden Eliten der Polnischen Krone hinsichtlich einer vollständigen Integration des Großfürstentums Litauen und einer Eliminierung seiner verfassungsrechtlichen Eigenständigkeit, die auch der symbolische Versuch einer Bezeichnung Litauens als „Neu-Polen“ zum Ausdruck brachte.²⁹⁾ Analoge Tendenzen artikulierten die Stände des Königreichs Böhmen, als sie sich auf der Basis des Lehnsprinzips bemühten, die übergeordnete Stellung gegenüber den Ständen der Nebenländer der Böhmisches Krone beizubehalten.³⁰⁾

In beiden Fällen stießen die auf eine verfassungsrechtlich verankerte Zentralisierung zielenden Bestrebungen auf unüberwindbare Hindernisse, die die Stände der „peripheren“ Länder einer Unifizierung in den Weg stellten. Während Litauen sich in einem langwierigen Prozeß die Anerkennung seiner verfassungsrechtlichen Eigenständigkeit innerhalb der Polnisch-litauischen Union sowie die normativen und institutionellen

28) Eingehender hierzu Jozef KLIMKO, *Tripartitum – stabilizujúci prvok uhorskej feudálnej spoločnosti*, in: Sborník VZZ, S. 385-390; Dalibor JANIŠ, *Verböczyho Tripartitum a základy ústavného zřízení Uherského království*, in: Sborník VZZ, S. 391-399.

29) Marceli KOSMAN, *Ewolucja ustrojowa i początki konstytucjonalizmu w Wielkim Księstwie Litewskim na tle prawodawstwa Polski i Europy środkowej (XVI - połowa XVII wieku)*, in: Sborník VZZ, S. 361-375.

30) Josef VÁLKA, *Morava ve struktuře a historii českého lenního a stavovského státu*, Moravský sborník historický 1, 1986, S. 22-45.

Garantien dieses Zustandes (in den *Litauischen Statuten*) zu sichern vermochte³¹⁾, erreichten Mähren und weitere Länder der Böhmisches Krone die Krönung des langzeitlichen Emanzipationsprozesses in einer verfassungsrechtlichen Verankerung der Gleichberechtigung (in der *Böhmisches Konföderation* 1619).³²⁾ Die Staaten, in denen sich zu Lasten des Herrschers ein sehr starker Einfluß der Stände durchsetzte, demonstrierten an der Wende vom 16. zum 17. Jahrhundert eine ausreichende Elastizität bei der Harmonisierung der inneren Interessen sowie bei der entsprechenden Umformung der verfassungsrechtlichen Verhältnisse. Dennoch war auch diese Lösung, wie die weitere Entwicklung Polens demonstrierte, keine Garantie für eine langfristige Konkurrenzfähigkeit im Ringen mit den Nachbarstaaten, in denen die Macht des Landesherrn über diejenige der Stände dominierte.

6. Die Böhmisches Konföderation als frühmoderne Verfassung

Die Landesordnungen sowie die ihnen verwandten Sammlungen von Rechtsnormen, die in den böhmischen und weiteren mitteleuropäischen Ländern zwischen dem ausgehenden 15. und dem beginnenden 17. Jahrhundert entstanden, enthielten zwar gewichtige Festlegungen verfassungsrechtlichen Charakters, stellten jedoch selbst keine Verfassungen im eigentlichen Wortsinne dar. Auf eine solche Stufe gelangte erst das bedeutendste Resultat des frühneuzeitlichen Rechtsdenkens in Böhmen – die *Böhmisches Konföderation (Confederatio Bohemica)* aus dem Jahre 1619.³³⁾

Die Schöpfer der Böhmisches Konföderation nutzten zwar als erfahrene Rechtsgelehrte aus den Reihen der Ständevertreter der antihabsburgischen Opposition in den Ländern der Böhmisches Krone die Erfahrungen der Landesordnungen, verstanden es jedoch, sich von zweitrangigen Themen freizumachen und konzentrierten sich gerade auf jene Seiten der Rechtsordnung, die in die neuzeitlichen Verfassungen gehören. In der Einleitung zu den Konföderationsartikeln artikulierten sie das Wesen der neu errichteten staatlichen Gemeinschaft (den freiwilligen „Bund und die brüderliche Vereinigung“ der fünf Länder, deren gemeinsames Vorgehen und die gegenseitige Verteidigung) sowie die grundlegende Idee des Staates, nämlich die Freiheit und den „einmütigen Schutz für alle Länder, Stände und Bewohner, ohne Unterschied des Glaubens“³⁴⁾. In einhundert kurzen und übersichtlichen, systematisch gegliederten Artikeln beschrieben sie die grundlegende Ordnung des Staates, charakterisierten die Institutionen sowie deren Kompetenzen, die Regeln der politischen Entscheidungsfindung sowie der gegen-

31) Vgl. Anm. 25 und 28.

32) Josef VÁLKA, *Konfederace z roku 1619 ve vývoji teritoriální a náboženské struktury České koruny*, in: Sborník VZZ, S. 193-202.

33) Die Edition des Textes der Böhmisches Konföderation bei František KAMENÍČEK, *Zemské sněmy a sjezdy moravské*, II, Brno 1902, S. 649-669.

34) Ebenda, S. 650.

seitigen Kontrolle der einzelnen Träger der Macht. Es handelte sich um die vollwertige Formulierung der Garantien der politischen Ordnung, die die politische Gemeinschaft konstituierte, wobei sie dieser die Möglichkeit einer weiteren freiwilligen Erweiterung zugestand. In ihren Prinzipien (Konstituierung einer neuen Gemeinschaft und Festlegung ihrer Ziele, Legitimierung der verfassungsrechtlichen Ordnung und Abgrenzung der Machtträger) entsprach die Böhmisches Konföderation ganz der kontinentalen Tradition in Europa hinsichtlich der Verfassungsproblematik und der rational-voluntaristischen Auffassung der Verfassung. Sie ging nämlich nicht – im Unterschied zu den Landesordnungen – allein von den Ergebnissen der bisherigen Entwicklung aus, sondern sie konstituierte sich auch auf der Grundlage der Vorstellungen und des Willens ihrer Schöpfer.³⁵⁾

Übereinstimmend konstatieren die Forscher aus Böhmen³⁶⁾, Mähren³⁷⁾, Österreich³⁸⁾ und Deutschland³⁹⁾ heute, daß die *Confoederatio Bohemica* – als freier, zugleich jedoch solidarischer und für den Beitritt weiterer interessierter Territorien offener Bund gleichberechtigter Länder und ihrer Ständegemeinden, zudem durch eine Kultur der Koexistenz bereichert⁴⁰⁾ – Mitteleuropa eine neue Entwicklungsperspektive eröffnete. Auch wenn in den böhmischen, österreichischen und ungarischen Ländern nicht alle Voraussetzungen für das Beschreiten des ständisch-pluralitären „niederländischen Weges“ erfüllt wurden (insbesondere fehlte die wirtschaftliche und politische Kraft der großen Städte⁴¹⁾), bildete dieses Projekt dennoch keine bloße Utopie, die von Beginn an zum Scheitern verurteilt war. Zumindest auf theoretischer Ebene nutzten auch der gestärkte frühneuzeitliche Staat einige dieser Vorteile (mit dem bürokratischen Beamtenapparat und der vereinten Militärmacht), ebenso wie das Ständewesen mit seiner Fähigkeit, einen breiteren gesellschaftlichen Konsens zu erreichen und die Kultur einer pluralitären konfessionellen Koexistenz zu entwickeln. Die militärische Niederlage der antihabsburgischen Kräfte und das sich anschließende Scheitern dieses staatlichen Experiments ist also notwendigerweise nicht allein als Niederlage der böhmischen Protestanten zu bewerten, sondern zugleich auch als Einengung der Entwicklungsmöglichkeiten in Richtung einer modernen Gesellschaft für ganz Mitteleuropa.

35) Zu den allgemeinen Charakteristika der Verfassungsproblematik vgl. Hans VORLÄNDER, *Die Verfassung. Idee und Geschichte*, München 1999, S. 9-20.

36) Karel MALÝ, *Právní kultura v českém stavovském státě*, S. 55-66, insbesondere S. 61f.

37) Josef VÁLKA, *Konfederace z roku 1619 ve vývoji teritoriální a náboženské struktury České koruny*, in: Sborník VZZ, S. 193-202.

38) H. KALB, *Aspekte der Verfassungsstruktur*, S. 337.

39) Winfried EBERHARD, *Zur Religionsproblematik in der böhmischen Landesverfassung der Reformationsepoche*, in: Sborník VZZ, S. 249-266, insbesondere S. 254, 260-262.

40) W. EBERHARD, *Zur Religionsproblematik*, S. 262, betont die durch eine zweihundertjährige Erfahrung verifizierte Fähigkeit, das Allgemeinwohl über konfessionelle Einzelinteressen zu stellen.

41) J. VÁLKA, *Konfederace z roku 1619*, S. 197f.

7. Forschungsperspektiven

Abschließend sollen hier noch einmal die Anregungen wiedergegeben werden, die die Diskussion über den breiteren Kontext der Wladislawschen Landesordnung für die weitere Forschung an der Schwelle zum 21. Jahrhundert erbracht hat.⁴²⁾ Offensichtlich ist, daß die tschechische historische und rechtsgeschichtliche Forschung gegenüber Untersuchungen in den Nachbarländern Defizite bei der *Inangriffnahme kritischer Editionen* verfassungsrechtlicher Quellen besitzt; es ist daher höchste Zeit, verstärkt zur Vorbereitung wissenschaftlicher Editionen der Wladislawschen Landesordnung, gegebenenfalls auch weiterer Landesordnungen aus den Ländern der Böhmisches Krone sowie der außerordentlich bedeutsamen mährischen Rechtsbücher überzugehen; auf dieser Grundlage wird es möglich sein, deren detaillierte formale und inhaltliche Analyse durchzuführen und zu einer systematischeren komparativen Bewertung zu gelangen.

Die Kriterien für die Bewertung der Landesordnungen (im Bedarfsfalle auch weiterer verwandter Rechtsdenkmäler) werden ohne Zweifel mit der Zeit zu präzisieren sein. Auf der Grundlage der bisherigen Forschungen können zumindest einige von ihnen an dieser Stelle in Erwägung gezogen werden: I. *Entstehung und Wirkungsbereich der Landesordnungen* – 1. Zeit und äußere Umstände der Entstehung der Landesordnung (nachfolgend: LO); 2. Anteil des Herrschers und der Stände bzw. der zwischenständischen Konflikte bei der Entstehung der LO; 3. Bedeutung des interessenmäßigen Ringens bzw. des Anteils der die Entstehung der LO beeinflussenden politischen Vertreter; 4. Konkrete Initiatoren und Schöpfer der LO; 5. Gültigkeit des Gewohnheitsrechts, der Gerichtsurteile, der Landtagsabschiede und herrscherlichen Entscheidungen als Grundlagen für die Entstehung der LO; 6. Anteil der rechts-(politischen) Praktiken und der gelehrten (durch eine Universitätsbildung geschulten) Juristen an der Entstehung der LO; 7. Form der Bestätigung der LO; 8. Art und Weise der Veröffentlichung der LO; 9. Sprache des Originals und der Übersetzungen der LO; 10. Erstausgabe und Reeditionen der LO sowie deren Verbreitung; II. *Struktur und Inhalt der Landesordnungen*: 1. Zweck und Auffassung der Eingangspassagen der LO; 2. Gliederung des Stoffes der LO; 3. Art und Weise der Übersichtlichkeit des Inhalts der LO für zeitgenössische Benutzer; 4. Relative Vollständigkeit und Systematik der LO; 5. Repräsentanz der Verfassungs-, Zivil-, Straf- und Prozeßrechts usw. in den Artikeln der LO; 6. Verhältnis des (adeligen) Land-, Stadt und Kirchenrechts in den Bestimmungen der LO; 7. Anteil des einheimischen (gegebenenfalls des eingebürgerten auswärtigen Rechts) und des Römischen Rechts; 8. Verankerung der verfassungsrechtlichen Verhältnisse im Lande, insbesondere sofern es um die Träger der legislativen, exekutiven und jurisdiktiven Gewalt geht; III. *Der Platz der Landesordnung in der Entwicklung der Rechtskultur und des politischen Denkens* des entsprechenden Landes und Staates: 1. Stellung der konkreten LO innerhalb des langjährigen Kodifikationsprozesses; 2. Bewertung der Altertümlichkeit

42) Interessante Überlegungen zu der hier behandelten Problematik finden sich bei Petr MAŤA, *Symposium o Vladislavském zemském zřízení*, Český časopis historický 99, 2001, S. 440-442.

und die Möglichkeit der Novellierung der LO; 3. Bedeutung der LO im Rahmen der zeitgenössischen Rechtsquellen; 4. Rolle der LO bei der Schaffung der Voraussetzungen für eine höhere Form der Verankerung verfassungsrechtlicher Prinzipien.

Als für die Forschung sehr aktuell erscheint ferner eine vergleichende Analyse der verfassungsrechtlichen Verhältnisse in den mitteleuropäischen Ländern geboten, und zwar keineswegs nur im böhmisch-polnisch-ungarischen Rahmen, sondern auch mit Blick auf die österreichischen Länder und die benachbarten Territorialstaaten auf dem Gebiet des Heiligen Römischen Reiches.⁴³⁾ Erst auf dieser Grundlage wird es möglich sein, auf dem Weg zu einer Annäherung des Begriffsapparates und zu einer Erfassung der Typologie der Landesordnungen sowie weiterer verfassungsrechtlicher Quellen fortzuschreiten, die den Prozeß der Bildung des frühmodernen Staates reflektieren.

Schließlich steht vor den Historikern in diesen Ländern die unerläßliche Aufgabe, die *Entwicklung der rechtlichen und politischen Kultur in dieser europäischen Region* zu untersuchen, insbesondere im Zeitraum der Bildung zentralisierter und föderativer Staaten an der Wende vom Mittelalter zur Neuzeit. Sofern es gelingen sollte, in den angedeuteten Bahnen grundlegende Ergebnisse zu erzielen, könnte das bislang vergessene Mitteleuropa einen ehrenvolleren Platz in der Darstellung der frühneuzeitlichen Geschichte des alten Kontinents einnehmen.

43) Gerade mit Blick auf die Tatsache, daß zu den Hindernissen für eine breitere vergleichende Sicht auf Mitteleuropa auch die Sprachbarrieren gehören, haben wir in diesem Tagungsband den Versuch unternommen, diese dadurch zu mindern, daß wir die wichtigsten Ergebnisse der einzelnen Beiträge in Gestalt von Zusammenfassungen in gleich drei Sprachen – tschechisch (in einem Falle slowakisch), deutsch und polnisch – vorstellen. Hinzugefügt werden muß, daß die Anregung zu einem solchen Vorgehen auch eine Publikation des Lehrstuhls für Geschichte des Parlamentarismus der Universität Oppeln unter dem Titel *Sejm czeski od czasów najdawniejszych do 1913 roku*. Praca zbiorowa pod redakcją Mariana J. PTAKA, Opole 2000, geliefert hat, die ebenfalls parallel drei mitteleuropäische Sprachen verwendet hat.

VLADISLAVSKÉ ZŘÍZENÍ ZEMSKÉ

A POČÁTKY ÚSTAVNÍHO ZŘÍZENÍ V ČESKÝCH ZEMÍCH (1500-1619)

Uspořádali Karel MALÝ a Jaroslav PÁNEK
Praha 2001



USTAWY KRAJOWE W KONTEKŚCIE ZMIAN KONSTYTUCYJNYCH W EUROPIE ŚRODKOWEJ W XVI I NA POZĄTKU XVII WIEKU

Jaroslav PÁNEK

1. Wstęp

Kiedy w 1527 roku Racek Doubrawski z Doubrawy¹⁾ przygotowywał dla nowego czeskiego króla Ferdynanda I, własny przekład Władysławowskiej ustawy krajowej w języku łacińskim, nie pozostawił nic przypadkowi. Już na najbardziej widocznym miejscu swojego rękopisu²⁾ – na skórzanych okładkach³⁾ – wyraził złożoność zaistniałej sytuacji, gdzie tradycja zderzała się z nadchodzącą zmianą. Na tytułowej stronie okładki umieścił złożoną tytulaturę młodego, słynącego już jednak z ambicji władcy, natomiast na tylnej stronie okładki wydrukował symbol Królestwa Czech z napisem REX IVSTVS

1) Ogólnie sylwetkę tego pisarza przedstawili Josef HEJNIC – Jan MARTÍNEK, *Rukovět humanistického básnictví v Čechách a na Moravě – Enchiridion renatae poesis Latinae in Bohemia et Moravia cultae*, II, Praha 1966, s. 84-88.

2) Österreichische Nationalbibliothek Wien, Cod. 3269.

3) Zgodnie z zapisem w rękopisie, jego oprawę wprowadzono w lipcu 1915 roku zmieniano, jednak zachowano pierwotny wygląd.

NOSTER IN VIRTUTE TVA LETABITVR. Albowiem założyciel nowej dynastii był dla niego nie tylko przedstawicielem władzy, ale także osobowością, od której charakteru i zdolności zależy sukces ogółu – w sensie pozytywnym i negatywnym⁴⁾.

Zasiadającemu na tron Habsburgowi, Racek Doubravski przedkładał *Iura et constitutiones regni Bohemiae*, która wyrażała siłę czeskich stanów, właśnie w momencie, kiedy czeskie państwo znalazło się na rozdrożu. Jedna droga rozwojowa oznaczała kolejne wywieranie nacisku na władcę przez stany, druga prowadziła do odnowienia i stopniowego wzmocnienia władzy panującego, kosztem nadwyrężonych praw stanowych. Pierwsza droga związana była z sąsiedztwem na wschodzie, zwłaszcza ze środowiskiem polsko-litewskim, natomiast druga prowadziła na zachód i południe, do dziedzicznych krajów habsburskich i państw niemieckich⁵⁾.

Doktor prawa o orientacji katolickiej, mógł w najlepszym razie jedynie domyślać się, w jakim kierunku potoczy się dalszy rozwój czeskich ziem i ich sąsiadów. Natomiast historyk, spoglądając wstecz do przełomowego roku 1526, już zna wyniki tego rozwoju. Ale również krytyczny historyk jest obciążony jednostronnymi poglądami, gdyż ma tendencję do postrzegania urzeczywistnionych przemian – zwłaszcza swojego własnego kraju – jako jedyne możliwego kierunku rozwojowego. Aby to obciążenie „nadmiernej wiedzy” uczynić lżejszym, naukowcy z kilku krajów środkowoeuropejskich spotkali się na początku grudnia w 2000 roku w praskim Karolinum i dyskutowali na temat ustaw krajowych i prób kodyfikacyjnych w krajach Korony Czeskiej, w Bawarii, Saksonii, Austrii, na Węgrzech i w Polsce (litewską częścią ówczesnej Rzeczypospolitej łącznie). W tej książce, specjaliści biorący udział w konferencji, przedstawiają wyniki swych przemyśleń odnośnie tego, w jaki sposób kształtowały się stosunki konstytucyjne w poszczególnych krajach środkowoeuropejskich na progu ery nowożytności, co miały nawzajem wspólnego i czym się od siebie różniły. Każdy z autorów przedstawił „swój” kraj czy państwo, tym niemniej w otwartej dyskusji pojawiły się już tendencje komparatystyczne. W Europie Środkowej nie ma tradycji prowadzenia systematycznych badań porównawczych, dopiero tworzone są ku temu podstawy, ale nie ulega wątpliwości, że prace w tym kierunku będą kontynuowane, także po zamknięciu i wydaniu tej publikacji⁶⁾. Mimo wszystko już dzisiaj można się, przynajmniej w ogólnym

4) Łacińskie wydanie przekładu przygotował František PALACKÝ (ed.), *Zřízení zemské Království českého za krále Vladislava r. 1500 vydané*, [w:] Archiv český V, Praha 1862, s. 9-265; przedmowa Racka Doubravskiego wydrukowana tamże na s. 8.

5) Na ten temat ogólnie Gottfried SCHRAMM, *Polen – Böhmen – Ungarn. Übernationale Gemeinsamkeiten in der politischen Kultur des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit*, [w:] Joachim Bahlcke – Hans-Jürgen Bömelburg – Norbert Kersken (Hrsg.), *Ständefreiheit und Staatsgestaltung in Ostmitteleuropa. Übernationale Gemeinsamkeiten in der politischen Kultur vom 16.-18. Jahrhundert*, Leipzig 1996, s. 13-38.

6) Zasługi w dziedzinie wskazania dróg do prowadzenia badań porównawczych krajów Europy Środkowo-Wschodniej na przełomie średniowiecza i ery nowożytnej, położyły zwłaszcza seminarium Gottfrieda Schramma na *Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau* i *Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas in Leipzig*, prowadzone przez

zarysie, pokusić o porównanie, które nie może nie mieć charakteru rozważań wstępnych, które mogłoby jednakże stać się podniętą do następnych działań na polu międzynarodowej komparatystyki stosunków konstytucyjnych w Europie Środkowej.

2. Konsolidacyjne dążenia stanów i charakter ustaw krajowych na ziemiach Korony Czeskiej

Ustawy krajowe – kodyfikacje krajowego prawa konstytucyjnego, ale do pewnego stopnia również procesowego, cywilnego i karnego – na przełomie średniowiecza i epoki nowożytnej znajdowały zastosowanie w wielu krajach środkowoeuropejskich⁷⁾. W Królestwie Czech ta postać pisemnie utrwalonej normy prawnej była wykorzystywana w okresie, kiedy szlachta była dostatecznie silna, aby do ustawy krajowej włączyć swe interesy, i dysponowała odpowiednimi doświadczeniami, które uzyskała w okresie poprzedniego bezkrólewia. Przesłanką organizacyjną powstania ustaw krajowych w „ustabilizowanej monarchii stanowej czeskiego typu”⁸⁾ było zakończenie procesu kształtowania się obydwu wyższych stanów (stanu panów i rycerzy) i zagwarantowanie funkcjonowania najważniejszych instytucji stanowych⁹⁾. Począwszy od Władysławskiej ustawy krajowej z 1500 roku, stany szlacheckie udowadniały, że nie są nosicielami anarchii, ale własnej koncepcji państwa, która nie jest zasadniczo sprzeczna ze skonsolidowaną monarchią. Ustawy krajowe umocniły nie tylko podstawowy porządek prawny i funkcjonowanie instytucji, ewent. wzajemną kontrolę władcy i stanów, ale ponadto stabilizację stosunków majątkowych i stosunków między władzą zwierzchnią i poddanymi, co oznaczało zagwarantowanie politycznego, społecznego i gospodarczego systemu w kraju¹⁰⁾.

Podstawowymi źródłami kodyfikacyjnych dążeń, ucieleśnionych w czeskich ustawach krajowych, były z jednej strony orzeczenia sądowe albo zwyczaje prawne, którymi kierowały się sądy przy podejmowaniu decyzji, z drugiej strony ustanowienia sejmowe czyli ustawy. W ciągu XVI wieku wzrastało znaczenie ustaw uchwalanych

Winfrieda Eberharda, w Lipsku. W obydwu przypadkach badania były skoncentrowane na problematyce historycznej, natomiast badacze z dziedziny historii prawa zazwyczaj nie angażowali się w nie. Właśnie taki pierwszy krok w badaniach interdyscyplinarnych zamierzała uczynić konferencja w 2000 roku, a także poniższa publikacja.

7) Ernst C. HELLBLING, *Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte*, 2. Auflage, Wien-New York 1974, s. 281.

8) František ŠMAHEL, *Nástin proměn stavovské skladby Českého království od konce 14. do počátku 16. století*, [w:] Vladislavské zřízení zemské a počátky ústavního zřízení v českých zemích, Praha 2001 (dalej w postaci skrótu: Sborník VZZ), s. 71-84, cyt. ze str. 74.

9) Dokładniej Ivan MARTINOVSKÝ, *Vznik a počátky Vladislavského zemského zřízení*, [w:] Sborník VZZ, s. 85-100.

10) Karel MALÝ, *Ochrana vlastnictví ve Vladislavském zřízení zemském*, [w:] Sborník VZZ, s. 207-215; Ladislav SOUKUP, *Poddaní a jejich právní postavení v zemských zřízeních doby předbělohorské v Čechách*, [w:] Sborník VZZ, s. 239-248.

przez sejm, co w dualistycznym systemie politycznym było wyrazem modernizacji, która była do przyjęcia nie tylko przez władcę, ale też przez stany¹¹⁾. Decydującym kryterium przy wyborze norm, które były włączane do ustaw krajowych, stało się stanowisko polityczne; dawało one pierwszeństwo tym postanowieniom, które regulowały stosunki pomiędzy stanami i władcą czy pomiędzy stanami nawzajem; w ten właśnie sposób wzmacniano konstytucyjno-prawny element ustaw krajowych¹²⁾. Dla czeskich kodyfikacji tego typu znamienne było dążenie do konsensualnego znajdowania „dobra ogólnego“, podczas gdy wpływ prawa rzymskiego – wzmacniającego pozycję monarchy – był w nich przez cały XVI wiek znacznie ograniczony¹³⁾.

Aczkolwiek Władysławska ustawa krajowa powstawała w Czechach i obowiązywała tylko w Królestwie Czech, to w czasie kiedy ją opracowywano, podobne tendencje pojawiły się też na innych ziemiach Korony Czeskiej. To dotyczy wielkiego przywileju Władysława II dla Śląska, który w 1498 roku stał się podstawą prawną w respektowaniu swobód stanowych i ustalenia instytucji ogólnoląskich¹⁴⁾, tak samo jak wypowiedzi tego monarchy („Spruch König Wladislaw“), który w 1497 roku określił kompetencje sądu zwierzchniego w Zgorzelcu w stosunku do pozostałych stanów w Górnych Łużycach¹⁵⁾. We wszystkich tych przypadkach chodziło – i to z inicjatywy elit stanowych odpowiedniego kraju – całkiem otwarcie o to samo dążenie do skonsolidowania stosunków pomiędzy stanami i władcą, i stosunków pomiędzy korporacjami stanowymi nawzajem, a następnie o dążenie do stworzenia stabilnej podstawy dla ustaw krajowych w formie instytucji, które obowiązywałyby w całym kraju.

3. Powstanie ustaw krajowych w XVI wieku jako wynik rywalizacji między monarchą i stanami na ziemiach Korony Czeskiej

Oprócz Władysławskiej ustawy krajowej, powstawały inne podobne kodyfikacje prawa krajowego, będące wyrazem napięcia pomiędzy stanami krajowymi, dążącymi do rozszerzenia lub przynajmniej zachowania własnych praw, a habsburskim monarchą, który po 1526 roku świadomie dążył do ograniczenia przywilejów stanowych. Przesunięcie czasowe w tworzeniu tych kodyfikacji było odzwierciedleniem zróżnicowanego poziomu

11) Karel MALÝ, *Právní kultura v českém stavovském státě*, [w:] Sborník VZZ, s. 55-66, zwłaszcza s. 57.

12) K. MALÝ, *Právní kultura*, s. 60.

13) Karolina ADAMOVÁ, *Obecné dobré a idea spravedlnosti v českých zemských zřízeních doby předbělohorské (se zaměřením na 16. století)*, [w:] Sborník VZZ, s. 101-112; K. MALÝ, *Právní kultura*, s. 60.

14) Kazimierz ORZECZOWSKI, *Rola przywileju króla Władysława z 1498 r. w dziejach śląskiego stanowego parlamentaryzmu*, [w:] Sborník VZZ, s. 153-163.

15) Lenka BOBKOVÁ, *Zemská zřízení a zemské stavy v Horní a Dolní Lužici v 16. století*, [w:] Sborník VZZ, s. 165-191, szczeg. s. 171.

wewnętrznego scentralizowania poszczególnych krajów, postępującej konsolidacji ich gmin stanowych, ale także przemian środowiska politycznego, w którym można było przeforsować ustawę krajową w wyniku decyzji sejmu (ze strony stanów) lub z góry narzucić (z pozycji wzmocnionego władcy). I chociaż na różnych ziemiach Królestwa ustawy krajowe czy podobne do nich kodyfikacje różniły się co do treści i podziału władzy między stanami i królem,¹⁶⁾ to mimo wszystko czas ich powstania wyznacza pewne okresy tworzenia ustaw krajowych w ramach całej Korony Czeskiej:

Czechy	1500	1530	1549	1564	(reedycja 1594) ¹⁷⁾
Morawy	-	1535	1545	1562	1604
Górne Łużyce	-	1538-1539	(1544) ¹⁸⁾	(1561-1562) 1582	1597
Dolne Łużyce	-	(1538)	-	-	(1598)
Śląsk	-	-	-	(1550-1600) ¹⁹⁾	-
Śląsk Opolsko-Raciborski	-	-	-	1562	-
Śląsk Cieszyński	-	-	-	1573	-

Lata trzydzieste XVI wieku stały się okresem najbardziej intensywnych prac kodyfikacyjnych w większości ziem Korony Czeskiej, jednak do wytworzenia (czy nowelizacji) i przyjęcia pełnowartościowej ustawy krajowej doprowadziły one tylko

16) Jaroslav PÁNEK, *Český stát a stavovská společnost na prahu novověku ve světle zemských zřízení*, [w:] Sborník VZZ, s. 13-54; Dalibor JANÍŠ, *Ústavní základy zemského práva na počátku novověku*, [w:] Sborník VZZ, s. 113-135; Joachim BAHLCKE, *Die Landesordnung in Schlesien im 16. und frühen 17. Jahrhundert*, [w:] Sborník VZZ, s. 137-151; L. BOBKOVÁ, *Zemská zřízení*, s. 173-179.

17) Przez reedycję rozumie się nowe wydanie do tego czasu obowiązującej ustawy krajowej, które w celu przedruku nie zostało opracowane pod względem treści.

18) Datą w nawiasie są w tej tabelce oznaczone zbiory praw krajowych, które tylko w sposób luźny można porównywać z pełnymi ustawami krajowymi.

19) Tutaj jedynie w sposób orientacyjny podano okres najbardziej intensywnego wydawania ustaw krajowych w poszczególnych księstwach śląskich, po czym wymienione są dwa najbardziej znane przykłady z szeregu ustaw dla drobnych terytoriów książęcych; spis ustaw krajowych (i innych) dla tych księstw podaje Matthias WEBER, *Die schlesischen Polizei- und Landesordnungen der Frühen Neuzeit*, Köln-Weimar-Wien 1996, s. 361-459.

w dwóch najbardziej rozwiniętych krajach Korony.²⁰⁾ We wszystkich przypadkach chodziło o poszukiwanie nowej równowagi pomiędzy stanami i coraz silniejszym monarchą. Pierwsza połowa lat czterdziestych, okres poprzedzający szmalkaldzką wojnę, umożliwił morawskim stanom jednostronne wykorzystanie korzystnej dla nich ustawy krajowej, podczas gdy lata, które przysły po porażce antyhabsburskiego buntu prowadziły w Czechach do narzucenia takiej kodyfikacji, która w niebywały sposób była korzystna dla króla i jego najbliższych zwolenników. Dopiero oczekiwana i następnie urzeczywistniona zmiana na tronie (zastąpienie autorytatywnego Ferdynanda I, bardziej kompromisowym Maksymilianem II) razem z wewnętrznymi i zewnętrznymi problemami monarchii habsburskiej, umożliwiła osiągnięcie konsolidacji w latach sześćdziesiątych XVI wieku. W Czechach, na Morawie, w Górnych Łużycach, a także w niektórych śląskich księstwach zostały przyjęte ustawy krajowe, które wyrażały relatywną równowagę między władcą i stanami, i które przyczyniły się do stabilizacji stosunków mocarstwowych na tych ziemiach aż do końca XVI wieku.

4. Ustawy krajowe w innych krajach środkowoeuropejskich

Wśród zachodnich sąsiadów czeskiego państwa, Bawaria reprezentuje znamienne drogę ku ustawom krajowym, będących narzędziami, za pomocą których monarcha reguluje stosunki prawne i unifikację terytorialną. W nawiązaniu do dawnej tradycji bawarskiego pisemnego prawa powstał w 1346 roku kodeks cesarza Ludwika Bawarskiego dla Księstwa Górnej Bawarii, który udało się temu władcy – w odróżnieniu od Karola IV i jego kodeksu dla ziem Korony Czeskiej (Majestas Carolina z 1355 roku) – wprowadzić w życie. Ta wczesna kodyfikacja, na którą miała wpływ recepcja prawa rzymskiego, była jednoznacznie dziełem władcy. Także ustawy krajowe dla Księstwa Dolnej Bawarii (1474, 1491, 1501) wychodziły – w odróżnieniu od w przybliżeniu współczesnej Władysławowskiej ustawy krajowej – z inicjatywy szlachcica; mimo to tę kodyfikację prawa zwyczajowego akceptowały również stany, które jednakże odrzucały szybką unifikację prawa, także po zjednoczeniu Bawarii w 1505 roku. W kolejnym unifikacyjnym procesie sprawdziło się podobne podejście, jakie było widoczne trochę wcześniej na ziemiach austriackich: najpierw doszło do połączenia systemu sądowego (*Gerichtsordnung* 1520), a dopiero potem monarcha dążył do wprowadzenia w życie jednolitej ustawy krajowej (*Landesordnung* 1553, 1578), po czym następował kompleksowy, już zromanizowany kodeks, obejmujący normy prawa publicznego i cywilnego (*Bayerisches Landrecht* 1616).²¹⁾

Prawo krajowe stało się narzędziem do pokonywania rozbitcia terytorialnego również w Saksonii, gdzie stany broniły się przeciwko unifikacyjnym dążeniom władcy,

20) Mam na myśli Czechy i Morawy; ocena ustawy krajowej dla Górnych Łużyc z punktu widzenia jego całości jeszcze wymaga głębszej analizy porównawczej.

21) Hans SCHLOSSER, *Die Landesordnungen in Bayern im 16. und 17. Jahrhundert*, [w:] Sborník VZZ, s. 293-308.

w którym słusznie dostrzegały zagrożenie własnych pozycji mocarstwowych. W tym środowisku przejawiała się wyraźna tendencja do syntezy krajowej kultury prawnej z prawem rzymskim, które miało swych zwolenników na saksońskich uniwersytetach w Wittenbergu i w Lipsku (podobną rolę odgrywał w Księstwie Bawarii uniwersytet w Ingolstadicie). Wspólne działania szlachty, wykształconych pod względem prawnym radców dworu i prawników uniwersyteckich, którzy zostali wciągnięci do przygotowawczych prac kodyfikacyjnych sprawiły, że zmodernizowane prawo saksońskie zaczęło stopniowo przenikać do ustaw krajowych (*Landesordnungen* 1482, 1543, 1555) by osiągnąć szczyt w kodeksie dla Księstwa Saksonii (*Kurfürstliche Konstitutionen* 1572), który oznaczał umocnienie silnego władcy i przyczynił się do uzależnienia szlachty od dworu książęcego. W rozwoju Saksonii i Bawarii decydującą rolę odgrywał władca, podczas gdy stany czasem przeciwstawiały się unifikacji prawnej, ale do podstawowych tendencji polityki książęcej w zasadzie się przystosowywały.²²⁾

Proces kodyfikacji ustaw krajowych na dziedzicznych ziemiach habsburskich (staroautriackich), był nie tylko w porównaniu z Bawarią i Saksonią, ale też w porównaniu z Królestwem Czech, opóźniony. Od przełomu XV i XVI wieku powstawały wprawdzie tutaj, w nawiązaniu do prób cesarza Maksymiliana I, który chciał doprowadzić do administracyjnej reformy Świętego Cesarstwa Rzymskiego, określone kodyfikacje, te jednak dotyczyły przede wszystkim prawa karnego i procesowego (*Tiroler Malefizordnung* 1499, *Niederösterreichische Landgerichtsordnung* 1514 i inne). Dopiero w pierwszych dziesięcioleciach istnienia monarchii habsburskiej – a więc mniej więcej w tym samym czasie co na Morawach – zaczęły powstawać bardziej kompleksowe ustawy krajowe dla poszczególnych ziem austriackich (Tyrol 1526, 1532, 1573; Dolna Austria 1540; Górna Austria 1559). Te ustawy krajowe (*Landesordnungen*) kodyfikowały prawa zagwarantowane przez monarchę stanom krajowym jako przedstawicielom poszczególnych ziem, i to z uwzględnieniem nie tylko ziemskich ustaw krajowych, ale zazwyczaj również prawa prywatnego, karnego i procesowego.²³⁾

W odróżnieniu od Bawarii i Saksonii, ziemie habsburskie tworzyły jednakże zbyt złożony kompleks, w dodatku po 1564 roku podzielony na trzy części (na północy nadunajskie ziemie dolnoaustriackie, na południowym zachodzie alpejskie ziemie górnoaustriackie oraz leżące na południowym wschodzie ziemie wewnątrzautriackie). Zwłaszcza w grupie tzw. ziem dolnoaustriackich narastało napięcie między obydwoma arcyksięstwami. Górna Austria starała się na początku XVII wieku, w stosunku do Dolnej Austrii (podobnie jak w tym samym czasie Śląsk, Górne i Dolne Łużyce, a przedtem już Morawy w stosunku do Czech) o prawne zagwarantowanie niezależnej pozycji. Ten emancypacyjny ruch łączył się z opozycją protestanckich stanów przeciwko katolickim Habsburgom, a jego wyrazem stało się w Górnej Austrii dążenie do takiej zmiany ustawy krajowej, która potwierdziłaby wolność stanową i pełnoprawność Górnej Austrii.

22) Gerhard LINGELBACH, *Landesordnungen in Sachsen und die Rechtsreformen im 16. und 17. Jahrhundert (Dargestellt am Beispiel der Entstehung der „Kursächsischen Konstitutionen“)*, [w:] Sborník VZZ, s. 309-332.

23) E. C. HELLBLING, *Österreichische Verfassungs- und Verwaltungsgeschichte*, s. 280-281.

Propozycja nowego porządku w stosunkach w kraju (*Verfasste Landtafel* 1616), wychodząca z wyobrażeń radykałów kalwińskich, świadczy o tym, że antyhabsburcy przedstawiciele stanów z Górnej Austrii i Królestwa Czech, mieli wiele wspólnego, także przy formułowaniu żądanych przepisów prawnych (szczególnie autorzy propozycji o zmianie czeskiej ustawy krajowej, a wkrótce potem także twórcy Czeskiej Konfederacji).²⁴⁾

Zasadniczo inaczej przebiegał rozwój dążeń kodyfikacyjnych u północnych sąsiadów państwa czeskiego – w Polsce. Jednakże i tam na progu ery nowożytnej zaczęło dochodzić do głosu prawo pisane, kosztem prawa zwyczajowego, jednak starania o jego kodyfikację natrafiały na znaczne trudności. Prawie jednocześnie z Władysławowską ustawą krajową, powstał zbiór najważniejszych źródeł prawnych (statutów i konstytucji, tj. uchwał sejmowych), który został wydany dzięki staraniom kanclerza koronnego Jana Łaskiego, tzw. *Statuty Łaskiego* (1506), a później stał się podstawowym zbiorem polskiego prawa krajowego. Siedemnaście lat później udało się skodyfikować procesowe prawo polskich sądów (*Formula processus* 1523), ale wszystkie następne próby kodyfikacyjne zakończyły się w przyszłych stuleciach niepowodzeniem. Aczkolwiek dzieła Jakuba Przyłuskiego (*Leges seu statuta ac privilegia regni Poloniae*, 1553), Jana Herburt (*Statuty i przywileje koronne*, 1570) i ich kontynuatorów miały godny uwagi poziom teoretyczny, jednak uchwalenie ich przez sejm natrafiło na sprzeciw, albowiem przeciwko tendencjom kodyfikacyjnym i interesom średniej szlachty wystąpili magnaci i prałaci.²⁵⁾ Kiedy w XVI wieku Litwini byli przygotowani do skodyfikowania prawa publicznego, prywatnego, karnego i procesowego w formie *Statutów litewskich* (1529, 1566 i 1588),²⁶⁾ w Koronie Polski w XVI i XVII wieku, całościową kodyfikację zastępowano nieoficjalnymi zbiorami prawa, których aktualizację przynosiły oficjalne druki uchwał sejmowych.²⁷⁾ W państwie z nadzwyczaj silną pozycją stanów powstała w ten

24) Herbert KALB, *Aspekte der Verfassungsstruktur in den österreichischen Erbländern im 16. und 17. Jahrhundert (Österreich ob der Enns)*, [w:] Sborník VZZ, s. 333-346.

25) Juliusz Bardach (red.), *Historia państwa i prawa Polski do roku 1795*, część I: Zdzisław KACZMARCZYK – Bogusław LEŚNODORSKI, *Historia państwa i prawa Polski od połowy XV w. do roku 1795*, Warszawa 1957, s. 22-29; Juliusz BARDACH – Bogusław LEŚNODORSKI – Michał PIETRZAK, *Historia ustroju i prawa polskiego*, wydanie drugie poprawione, Warszawa 1994, s. 187-189.

26) J. J. LAPPO, *Litevský statut a jeho sankce v r. 1588*, Sborník věd právních a státních 22, 1922, s. 23-56; TEŽ, *Základní zákony Velikého knížectví litevského a Polsko po lublínské unii*, Sborník věd právních a státních 23, 1923, s. 313-344; Z. KACZMARCZYK – B. LEŚNODORSKI, *Historia państwa*, s. 29.

27) O tzw. wiecznych i czasowych uchwałach sejmowych - „konstytucjach“ (constitutiones perpetuae et temporales) więcej Z. KACZMARCZYK – B. LEŚNODORSKI, *Historia państwa*, s. 22. O sposobie przyjmowania „konstytucji“ na polskim sejmie szczegółowo pisali Włodzimierz KACZOROWSKI – Jan SEREDYKA, *Polskie konstytucje sejmowe od końca XVI do połowy XVII wieku*, [w:] Sborník VZZ, s. 347-360; Janusz DOROBISZ, *Prawo i praktyka konstytucyjna za pierwszych Wazów (1587-1648)*, [w:] Sborník VZZ, s. 377-384.

sposób sytuacja, która była – biorąc pod uwagę osiągnięty poziom kodyfikacji – podobna do stosunków na Morawach na przełomie XV i XVI wieku (po powstaniu *Księgi Towarczowskiej*), a także na Węgrzech, we wczesnym okresie ery nowożytnej (po powstaniu *Tripartitum Verböczyego*), których praktyka sądowa charakteryzowała się niezwykłą żywotnością prawa zwyczajowego.²⁸⁾

5. Zagadnienie integracji państwa w ustawach krajowych i systemie konstytucyjnym

Ustawy krajowe zazwyczaj obowiązywały na jednym terytorium, które mogło być oczywiście utożsamiane z mniejszym państwem. Jednak taka ustawa krajowa nie rozwiązywała złożonej problematyki kolizyjnej we wzajemnych stosunkach kilku krajów, tworzących większe państwo, jakim była Korona Czeska, Austria, Węgry lub Unia Polski z Litwą.

W takiej sytuacji wyrazem pogłębiającej się terytorializacji władzy stawała się tendencja do ujednoczenia państwa i jedynej obowiązującej na jego terytorium ustawy konstytucyjnej; tendencja ta wychodziła nie tylko ze strony monarchy, ale też ze strony stanów kraju centralnego. Rozwój ten nie przebiegał prostolinijnie nawet na mniejszych terytoriach (Bawaria, Saksonia), a tym bardziej w wypadku rozległych państw złożonych. W Europie Środkowej i Środkowo-Wschodniej w ten sposób przejawiało się dążenie elit rządzących Korony Polski do całkowitej integracji Wielkiego Księstwa Litewskiego i wyeliminowania jego specyfiki konstytucyjnej, wyrażone także symboliczną próbą określania Litwy nazwą „Nowa Polska“.²⁹⁾ Analogiczne tendencje były bliskie stanom Królestwa Czech, kiedy na zasadzie lennejskiej starały się utrzymać zwierzchnią pozycję nad stanami pozostałych ziem Korony Czeskiej.³⁰⁾

W obydwu przypadkach dążenie do konstytucyjnie zagwarantowanej centralizacji, natrafiało na przeszkody nie do pokonania, które na drodze ku unifikacji kładły stany „peryferyjnych“ krajów. Kiedy Litwa w długotrwałym procesie, przeforsowała konstytucyjne uznanie niezależnej pozycji w unii polsko-litewskiej, także normatywne i instytucjonalne zagwarantowanie tego faktu (w *Statutach Litewskich*),³¹⁾ Morawy i pozostałe ziemie Korony Czeskiej doprowadziły do końca długotrwały emancypacyjny proces

28) Dokładniej Jozef KLIMKO, *Tripartitum – stabilizující prvok uhorskej feudálnej spoločnosti*, [w:] Sborník VZZ, s. 385-390; Dalibor JANIŠ, *Verböczyho Tripartitum a základy ústavního zřízení Uherského království*, [w:] Sborník VZZ, s. 391-399.

29) Marceli KOSMAN, *Ewolucja ustrojowa i początki konstytucjonalizmu w Wielkim Księstwie Litewskim na tle prawodawstwa Polski i Europy Środkowej (XVI - połowa XVII wieku)*, [w:] Sborník VZZ, s. 361-375.

30) Josef VÁLKA, *Morava ve struktuře a historii českého lenního a stavovského státu*, Moravský sborník historický 1, 1986, s. 22-45.

31) Zobacz przypisy 25 i 28.

w konstytucjonalnym zagwarantowaniu równoprawności (w *Czeskiej Konfederacji* 1619).³²⁾ Państwa, w których stany uzyskały bardzo silną pozycję, kosztem władcy, wykazały się na przełomie XVI i XVII wieku dostateczną elastycznością w procesie harmonizowania interesów wewnętrznych i odpowiednim przekształcaniu stosunków konstytucyjnych. Nie mniej jednak nawet to rozwiązanie, o czym świadczy dalszy rozwój Polski, nie było gwarantem ich długotrwałej zdolności do konkurowania z sąsiednimi państwami, w których władca miał przewagę nad stanami.

6. Czeska Konfederacja jako przykład nowożytnej konstytucji

Ustawy krajowe i podobne do nich ogólne normy prawne, które powstały na ziemiach czeskich i innych środkowoeuropejskich obszarach, od końca XV do początku XVII wieku, zawierały wprawdzie znaczące uchwały o charakterze konstytucyjnym, same jednak nie były jeszcze konstytucjami w pełnym tego słowa znaczeniu. Taki poziom osiągnął dopiero wynik czeskiego myślenia prawnego wczesnej ery nowożytności – *Ceská konfederace* (*Confoederatio Bohemica*) z 1619 roku.³³⁾

Twórcy Czeskiej Konfederacji, którymi byli najbardziej doświadczeni prawnicy, będący przedstawicielami różnych stanów i wchodzący w skład opozycji antyhabsburskiej na ziemiach Korony Czeskiej, wykorzystywali wprawdzie doświadczenia ustaw krajowych, ale potrafili się oderwać od drugorzędnych tematów i skupili się na tych właśnie kwestiach przepisów prawnych, które należą do nowożytnych konstytucji. We wstępie poprzedzającym artykuły konstytucji, wyrazili istotę kształtującej się właśnie wspólnoty politycznej (dobrowolny „związek i braterskie zjednoczenie się” pięciu terytoriów, ich wspólny rozwój i wzajemna obrona) i podstawową ideę państwa, którą stała się wolność i „w jednakowym stopniu zapewnienie bezpieczeństwa wszystkim ziemiom, stanom i ich obywatelom, bez względu na różnice wyznaniowe”.³⁴⁾ W stu zwężonych i przejrzystych, w sposób systematyczny przygotowanych artykułach, wyznaczyli podstawową strukturę państwa, scharakteryzowali instytucje wraz z ich kompetencjami, zasady decydowania politycznego i wzajemnej kontroli poszczególnych przedstawicieli władzy. Była to pełnowartościowa formuła gwarantów systemu politycznego, która konstytuowała polityczną społeczność, przy czym pozostawiała jej możliwość dalszego dobrowolnego rozszerzania się. W swych zasadach (utworzenie nowego społeczeństwa i ustalenie jego celów, zalegalizowanie ustaw krajowych i określenie przedstawicieli władzy) Czeska Konfederacja całkowicie odpowiadała europejskiej kontynentalnej tradycji konstytucjonalnej i racjonalno-woluntarystycznej koncepcji konstytucji. Nie opierała się bowiem – w odróżnieniu od ustaw krajowych – jedynie

32) Josef VÁLKA, *Konfederace z roku 1619 ve vývoji teritoriální a náboženské struktury České koruny*, [w:] Sborník VZZ, s. 193-202.

33) Wydanie tekstu Czeskiej Konfederacji: František KAMENÍČEK, *Zemské sněmy a sjezdy moravské*, II, Brno 1902, s. 649-669.

34) F. KAMENÍČEK, *Zemské sněmy*, II, s. 650.

na wynikach dotychczasowego rozwoju, ale została skonstruowana także na podstawie wyobrażeń i woli swych twórców.³⁵⁾

Badacze z Czech,³⁶⁾ Moraw,³⁷⁾ Austrii³⁸⁾ i Niemiec³⁹⁾ zgadzają się obecnie co do tego, że *Confoederatio Bohemica* – jako wolny, ale jednocześnie spójny i otwarty na przystąpienie do niej innych zainteresowanych terytoriów, związek równoprawnych ziem i ich gmin stanowych, ponadto wzbogacony kulturą koegzystencji⁴⁰⁾ – proponowała Europie Środkowej nową perspektywę rozwojową. I chociaż na ziemiach czeskich, austriackich i węgierskich nie były spełnione wszystkie warunki niezbędne do przyjęcia stanowo-pluralistycznej „holenderskiej drogi” (nie było zwłaszcza ekonomicznej i politycznej siły wielkich miast),⁴¹⁾ to przecież projekt ten nie był zwykłą utopią, od samego początku skazaną na niepowodzenie. Przynajmniej na poziomie teoretycznym wykorzystywał bowiem niektóre zalety wzmocnionego państwa z okresu wczesnej nowożytności (z biurokratycznym aparatem urzędowym i zjednoczonym wojskiem) i stanowości z jej zdolnością osiągnięcia szerszego społecznego konsensusu i rozwijania kultury pluralistycznej koegzystencji religijnej. Wojennej porażki antyhabsburskich sił i upadku tego politycznego eksperymentu nie można zatem oceniać jedynie jako przegranej czeskich ewangelików, ale też jako zawężenie możliwości rozwojowych w kierunku nowożytnego społeczeństwa dla całej Europy Środkowej.

7. Możliwości badawcze

Na zakończenie wypadałoby przedstawić zagadnienia, które należy uwzględnić w przyszłej pracy badawczej, a które są wynikiem międzynarodowej dyskusji o szerszym kontekście Władysławowskiej ustawy krajowej na przełomie XX i XXI wieku.⁴²⁾ Przede wszystkim jest rzeczą oczywistą, że czeskie historyczne i prawnohistoryczne badania

35) Odnośnie ogólnych zarysów konstytucjonalizmu por. Hans VORLÄNDER, *Die Verfassung. Idee und Geschichte*, München 1999, s. 9-20.

36) Karel MALÝ, *Právní kultura v českém stavovském státě*, s. 55-66, szczególnie s. 61-62.

37) Josef VÁLKA, *Konfederace z roku 1619 ve vývoji teritoriální a náboženské struktury České koruny*, [w:] Sborník VZZ, s. 193-202.

38) H. KALB, *Aspekte der Verfassungsstruktur*, s. 337.

39) Winfried EBERHARD, *Zur Religionsproblematik in der böhmischen Landesverfassung der Reformationsepoche*, [w:] Sborník VZZ, s. 249-266, szczególnie s. 254, 260-262.

40) W. EBERHARD, *Zur Religionsproblematik*, s. 262, podkreśla dwustuletnią, sprawdzoną przez doświadczenia zdolność do stawiania wyżej dobra ogólnego nad częściowymi interesami wyznaniowymi.

41) J. VÁLKA, *Konfederace z roku 1619*, s. 197-198.

42) Interesujące rozważania dotyczące powyższej tematyki przedstawił Petr MAŤA, *Symposium o Vladislavském zemském zřízení*, Český časopis historický 99, 2001, s. 440-442.

w sposób wyraźny pozostają w tyle za badaniami w krajach sąsiednich pod względem *przygotowywania krytycznych edycji źródeł konstytucyjno-prawnych*; dlatego trzeba jak najszybciej przystąpić do przygotowania naukowych wydań Władysławskiej ustawy krajowej, ewentualnie innych ustaw krajowych z ziem Korony Czeskiej, a także niezwykle ważnych morawskich ksiąg prawnych; na tej podstawie będzie można rozpocząć ich szczegółową formalną i treściową analizę, i doprowadzić do ich bardziej systematycznych ocen porównawczych.

Kryteria oceny ustaw krajowych (ewentualnie także innych pokrewnych pamiątek prawnych) zostaną z pewnością z czasem bardziej skonkretyzowane. Na podstawie dotychczasowych badań można przedstawić przynajmniej niektóre z nich: I. *Powstanie i wchodzenie w życie ustaw krajowych* – 1. czas i okoliczności zewnętrzne powstania ustawy krajowej; 2. Udział i wpływ władcy i stanów, ewent. konfliktów między stanami na powstawanie ustawy krajowej; 3. znaczenie współzawodnictwa w zakresie interesów i czynników politycznych na powstanie ustawy krajowej; 4. inicjatorzy i twórcy ustawy krajowej; 5. zastosowanie prawa zwyczajowego, wyroków sądowych, uchwał sejmowych i decyzji monarchy jako podstaw tworzenia ustaw krajowych; 6. udział osób o odpowiedniej praktyce prawnej i politycznej, a także uczonych (z wykształceniem uniwersyteckim) w powstawaniu ustaw krajowych; 7. forma potwierdzania ustaw krajowych; 8. sposób podania do publicznej wiadomości ustaw krajowych; 9. język oryginału i przekładu ustaw krajowych; 10. pierwsze wydanie i reedycja ustaw krajowych i rozpowszechnianie ich; II. *Struktura i zawartość treściowa ustaw krajowych*: 1. rola i koncepcja wstępnych partii ustaw krajowych; 2. rozczłonkowanie materiału ustaw krajowych; 3. sposób uczynienia bardziej przejrzystym treści ustawy krajowej dla współczesnego czytelnika; 4. względna kompletność i systematyczność ustawy krajowej; 5. elementy prawa konstytucyjnego, cywilnego, karnego, procesowego itd. w artykułach ustaw krajowych; 6. stosunek prawa krajowego (szlacheckiego), miejskiego i kanonicznego w uchwałach ustaw krajowych; 7. udział prawa krajowego, ewentualnie dostosowanego do warunków krajowych prawa zagranicznego i prawa rzymskiego; 8. umocnienie stosunków konstytucyjnych w państwie, zwłaszcza jeżeli chodzi o przedstawicieli władzy ustawodawczej, wykonawczej i sędziowskiej; III. *Miejsce ustawy krajowej w rozwoju kultury prawnej i myśleniu politycznym* odpowiedniego kraju i państwa: 1. pozycja konkretnej ustawy krajowej w długotrwałym procesie kodyfikacyjnym; 2. docenianie archaiczności i możliwość nowelizacji ustawy krajowej; 3. znaczenie ustaw krajowych w ramach współczesnych źródeł prawa; 4. rola ustaw krajowych w tworzeniu warunków dla wyższej formy wprowadzania zasad konstytucyjnych.

Z badawczego punktu widzenia bardzo aktualnym zagadnieniem wydaje się być *analiza porównawcza stosunków konstytucyjnych w krajach środkowo-europejskich* i to nie tylko na obszarze czesko-polsko-węgierskim, ale też z uwzględnieniem ziem austriackich i sąsiednich państw Świętego Cesarstwa Rzymskiego.⁴³⁾ Dopiero na tej podstawie będzie

43) Uwzględniając fakt, że bariery językowe są jedną z przeszkód, aby do tego zagadnienia podejść z szerszego punktu widzenia, postaraliśmy się w tej pracy o ich zmniejszenie w ten sposób, że najważniejsze wyniki badań, biorących udział w tej konferencji badaczy przetłumaczyliśmy jednocześnie w formie streszczeń na trzy języki – na język czeski (w jednym

można kontynuować prace na drodze zbliżenia aparatu pojęciowego i trafności typologicznej ustaw krajowych i innych źródeł konstytucyjno-prawnych, odzwierciedlających proces tworzenia się nowoczesnego państwa.

Przed historykami z tych krajów, jako rzecz konieczna jawi się zbadanie *rozwoju kultury prawnej i politycznej w tym regionie Europy*, zwłaszcza w okresie kształtowania się scentralizowanych i federacyjnych państw na przełomie średniowiecza i ery nowożytności. O ile uda się w zarysowanych kierunkach osiągnąć istotne wyniki, to pomijana dotychczas Europa Środkowa, mogłaby zająć bardziej dostojne miejsce w interpretowaniu historii starego kontynentu w okresie wczesnej nowożytności.

przypadku słowacki), niemiecki i polski. Należy dodać, że inspiracją do takiej formy tejże pracy była również publikacja Katedry Historii Parlamentaryzmu Uniwersytetu Opolskiego *Sejm czeski od czasów najdawniejszych do 1913 roku*. Praca zbiorowa pod redakcją Mariana J. PTAKA, Opole 2000, w której zastosowano paralelnie również te trzy języki środkowo-europejskie.

SEZNAM ZKRATEK – ABKÜRZUNGEN - SKROTY

AČ	- Archiv český
CDM	- Codex diplomaticus et epistolaris Moraviae
CIB	- Codex iuris Bohemici
CTL	- Corrigierte Landtafel
CzPH	- Czasopismo Prawno-Historyczne
Č-OZZ	- Obnovené zřízení zemské pro Čechy
ČČH	- Český časopis historický
čl.	- článek
ČsČH	- Československý časopis historický
ex.	- exemplář
FF UK	- Filozofická fakulta Univerzity Karlovy
FHB	- Folia Historica Bohemica
HAB	- Herzog August Bibliothek Wolfenbüttel
HČ	- Historický časopis
HRG	- Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte
K	- Konfederace, Česká konfederace
KNM	- Knihovna Národního muzea v Praze
KVK	- Karlsruher Virtueller Katalog
LO	- Landesordnung
LŽ	- Lužice (fond SÚA Praha)
M-OZZ	- Obnovené zřízení zemské pro Moravu
MLO	- Mährische Landesordnung
MU	- Masarykova univerzita v Brně
MZA	- Moravský zemský archiv v Brně
MZZ	- Zřízení zemské Markrabství moravského
NK ČR	- Národní knihovna České republiky v Praze
NLM	- Neues Lausitzisches Magazin
Nö, NÖ, N.Ö.	- Niederösterreich, niederösterreichisch
ÖARR	- Österreichisches Archiv für Recht & Religion
Oö.	- Oberösterreich, oberösterreichisch
OZZ	- Obnovené zřízení zemské
PHS	- Právněhistorické studie
přív.	- přívazek
SM	- Stará manipulace (fond SÚA)
SPFFBU	- Sborník prací filozofické fakulty brněnské univerzity
StR	- Studie o rukopisech
SÚA	- Státní ústřední archiv v Praze
SWB	- Südwestdeutscher Bibliotheksverband
UB	- Universitätsbibliothek

UK	-	Univerzita Karlova v Praze
ÚSH	-	Ústecký sborník historický
VL	-	Volumina legum
VLO	-	Verneuerte Landesordnung
VLT	-	Verfasste Landtafel
VZZ	-	Vladislavské zřízení zemské
WLO	-	Wladislawische Landesordnung
ZČU	-	Západočeská univerzita v Plzni
ZP	-	Zústání prešpurské
ZRG-GA	-	Zeitschrift der Savigny-Stiftung für Rechtsgeschichte, Germanistische Abteilung
ZZ	-	zemské zřízení

VYOBRAZENÍ – ABBILDUNGEN - ILUSTRACJE

1. *Zemské zřízení Českého království z roku 1564* (Praha 1564): Znak Českého království – s. 3
2. *Zemské zřízení Českého království z roku 1530* (Praha 1530): Titulní list – s. 9
3. *Vladislavské zřízení zemské* (Tisk vydaný v Praze 1500; Knihovna Národního muzea, sign. 25 D 6, s. 2): Úvodní stať – s. 25
4. *Vladislavské zřízení zemské* (Tisk vydaný v Praze 1500; Knihovna Národního muzea, sign. 25 D 6, s. 4-5): Závěrečná část úvodní stati a ustanovení o zemském soudu – s. 26
5. *Vladislavské zřízení zemské* (Tisk vydaný v Praze 1500; Knihovna Národního muzea, sign. 25 D 6, s. 286-287): Ustanovení o loupežnictví a násilných trestných činech, se soudobým komentářem v marginálních rukopisných poznámkách – s. 26
6. *Zemské zřízení Českého království z roku 1530* (Tisk vydaný v Praze 1530; Strahovská knihovna, sign. CI III 74, titulní strana): Vyobrazení zemského soudu – s. 27
7. *Zemské zřízení Českého království z roku 1530* (Tisk vydaný v Praze 1530; Strahovská knihovna, sign. CI III 74, fol. 1r): Úvodní článek o složení zemského soudu – s. 28
8. *Zemské zřízení Českého království z roku 1530* (Tisk vydaný v Praze 1530; Strahovská knihovna, sign. CI III 74, fol. 1v): Článek o jednání zemského soudu – s. 29
9. *Zemské zřízení Českého království z roku 1530* (Tisk vydaný v Praze 1530; Strahovská knihovna, sign. CI III 74): Přední deska knižní vazby – s. 30
10. *Zemské zřízení Českého království z roku 1530* (Tisk vydaný v Praze 1530; Strahovská knihovna, sign. CI III 74): Impressum Pavla Severyna – s. 31
11. *Zemské zřízení Českého království z roku 1549* (Tisk vydaný v Praze 1550; Strahovská knihovna, sign. CN IV 22): Impressum Jana Kosořského z Kosoře – s. 31
12. *Zemské zřízení Českého království z roku 1549* (Tisk vydaný v Praze 1550; Strahovská knihovna, sign. CN IV 22): Titulní list se znakem Ferdinanda I. – s. 32
13. *Zemské zřízení Českého království z roku 1549* (Tisk vydaný v Praze 1550; Strahovská knihovna, sign. CN IV 22, fol. A IIr): Předmluva místopísaře Českého království Oldřicha Humpolce z Prostiboře a na Lochovicích – s. 33
14. *Zemské zřízení Českého království z roku 1549* (Tisk vydaný v Praze 1550; Strahovská knihovna, sign. CN IV 22, fol. VIIv): Vyobrazení zemského soudu – s. 34

15. *Zemské zřízení Českého království z roku 1549* (Tisk vydaný v Praze 1550; Strahovská knihovna, sign. CN IV 22, fol. VIII): **Vyobrazení zemského soudu a články A 12** (o vkladech královských písemností do desek zemských a dvorských) a **A 13** (o zasedacím pořádku zemského soudu) – s. 35
16. *Zemské zřízení Českého království z roku 1549* (Tisk vydaný v Praze 1550; Strahovská knihovna, sign. CN IV 22, fol. XXI): **Články B 19** (o osazování katolických a utrakvistických far), **B 20-21** (přísahy nejvyšších úředníků zemských) – s. 35
17. *Zemské zřízení Českého království z roku 1549* (Tisk vydaný v Praze 1550; Strahovská knihovna, sign. CN IV 22): **Seznam poplatků v úřadu desk zemských** – s. 36
18. *Zemské zřízení Českého království z roku 1549* (Tisk vydaný v Praze 1550; Strahovská knihovna, sign. CN IV 22): **Výzdoba přední desky knižní vazby** – s. 37
19. *Zemské zřízení Českého království z roku 1564* (Tisk vydaný v Praze 1564; Strahovská knihovna, sign. CI IV 18): **Titulní list** – s. 38
20. *Zemské zřízení Českého království z roku 1564* (Tisk vydaný v Praze 1564; Strahovská knihovna, sign. CI IV 18, s. 6): **Vyobrazení zemského soudu** – s. 39
21. *Zemské zřízení Českého království z roku 1564* (Tisk vydaný v Praze 1564; Strahovská knihovna, sign. CI IV 18): **Znak Volfa z Vřesovic, nejvyššího písaře Českého království a autora předmluvy k zemskému zřízení** – s. 40
22. *Zemské zřízení Českého království z roku 1564* (Tisk vydaný v Praze 1564; Strahovská knihovna, sign. CI IV 18, fol. 1r): **Článek A 1** (o volbě českého krále) – s. 41
23. *Zemské zřízení Českého království z roku 1564* (Tisk vydaný v Praze 1564; Strahovská knihovna, sign. CI IV 18): **Tematický rejstřík k zemskému zřízení (začátek)** – s. 42
24. *Zemské zřízení Českého království z roku 1564* (Tisk vydaný v Praze 1564; Strahovská knihovna, sign. CI IV 18): **Impressum Jiřího Melantricha z Aventina** – s. 43
25. *Zemské zřízení Českého království z roku 1564* (Tisk vydaný v Praze 1564; Strahovská knihovna, sign. CI IV 18): **Výzdoba přední desky knižní vazby** – s. 44
26. *Obnovené zřízení zemské Českého království – německé znění* (Tisk vydaný ve Vídni 1627; Strahovská knihovna, sign. CJ IV 2): **Titulní list** – s. 45
27. *Obnovené zřízení zemské Českého království – české znění* (Tisk vydaný v Praze 1627; Strahovská knihovna, sign. AB XII 30): **Titulní list** – s. 46
28. *Obnovené zřízení zemské Českého království – české znění* (Tisk vydaný v Praze 1627; Strahovská knihovna, sign. AB XII 30): **Uvozovací listina Ferdinanda II. s připomínkou „vysoce ohavné rebelie“ 1618-1620** – s. 47
29. *Obnovené zřízení zemské Českého království – německé znění* (Tisk vydaný ve Vídni 1627; Strahovská knihovna, sign. CJ IV 2): **Závěr uvozovací listiny Ferdinanda II. s panovnickou autentikou** – s. 48
30. *Práva a zřízení markrabství moravského z roku 1545*, list II, **článek „že margrabství Moravské svobodné jest“** (Moravská zemská knihovna) – s. 128
31. *Práva a zřízení markrabství moravského z roku 1545*, list II, - pokračování článku „že margrabství Moravské svobodné jest“ (Moravská zemská knihovna) – s. 129
32. *Zřízení zemské markrabství moravského z roku 1604*, list IV (Moravská zemská knihovna) – s. 130
33. *Zřízení zemské markrabství moravského z roku 1604*, list VII: **Začátek landfrýdu** (Moravská zemská knihovna) – s. 131
34. *Kayserliche Landes Ordnung im Marggraffthums Oberlausitz*, Anno 1582 Publiciret - titulní list – s. 180
35. **Hrad Ortenburg na vedutě Budyšina (výřez) v počátku 18. století** – s. 181
36. **Špice tzv. Reichenturm v Budyšině, postavené za Rudolfa II.** – s. 182
37. **Pohled na Zhořelec na vedutě v počátku 18. století** – s. 183
38. *Obnovené zřízení zemské pro České království* – druhé vydání z roku 1640: **Titulní list** (Ústřední knihovna Právnické fakulty MU v Brně) – s. 231
39. *Obnovené zřízení zemské pro České království* – druhé vydání z roku 1640, list 165 (Ústřední knihovna Právnické fakulty MU v Brně) – s. 232
40. *Deklaratoria a Novely* (dodatky k Obnovenému zřízení zemskému pro České království ve vydání z roku 1640 (Ústřední knihovna Právnické fakulty MU v Brně) – s. 233
41. *Sächsische Landesordnung von 1482*, Seite aus der *Erstausgabe des Codex Augusteus*, Leipzig 1724 – s. 311
42. *Die Runneburg bei Weißensee (Thüringen), heutiger Zustand* – s. 312
43. *Siegel der Stadt Weißensee (Thüringen), aus dem Jahr 1446* – s. 313
44. *Titelkupfer der Erstausgabe der Kursächsischen Konstitutionen*, Dresden 1572 – s. 317
45. *Ausschreiben des Kurfürstens Moritz von Sachsen vom 12. November 1500, die Gebrechen der Policy und Justiz betreffend*, Seite aus der *Erstausgabe des Codex Augusteus*, Leipzig 1724 – s. 319
46. *Titelseite des Handbuchs wichtigster kursächsischer Gesetze von Christian Gottlieb Haubold*, Leipzig 1800 – s. 324
47. *Abdruck der Kursächsischen Konstitutionen, Anfang des 19. Jahrhunderts*, Seite aus Haubolds Handbuch wichtigster kursächsischer Gesetze – s. 328
48. *Constitucie uchwały seymu walnego warszawskiego roku bożego 1590 wileńskiej oficyny Mamowiczów. W zbiorach Biblioteki Narodowej w Warszawie. Reprodukcia z: Sejmy i sejmiki Pierwszej Rzeczypospolitej. Dokumenty w zbiorach*

Biblioteki Narodowej, opracowali Marek WREDE - Maria WREDE, Warszawa 1999
- s. 355

49. **Volumina legum.** Zbiór praw Królestwa Polskiego i Wielkiego Księstwa Litewskiego uchwalonych na sejmach od roku 1347 do roku 1793. W zbiorach Biblioteki w Warszawie. Reprodukcia z: *Sejmy i sejmiki Pierwszej Rzeczypospolitej*. Dokumenty w zbiorach Biblioteki Narodowej, opracowali Marek WREDE - Maria WREDE, Warszawa 1999 - s. 356

PODĚKOVÁNÍ

Vydavatelé děkují Knihovně Národního muzea v Praze, Moravské zemské knihovně v Brně, Strahovské knihovně v Praze a Ústřední knihovně Právnické fakulty Masarykovy univerzity v Brně za laskavé svolení k reprodukci výše uvedených vyobrazení. Srdečně děkují rovněž PhDr. Jiřímu Mikulcovi, CSc., který zpracoval reprodukce vyobrazení č. 1-29.

SEZNAM AUTORŮ - AUTORENVERZEICHNISS - SPIS AUTORÓW

Doc. JUDr. PhDr. Karolina Adamová, CSc.
Ústav právních dějin, Právnická fakulta Univerzity Karlovy
nám. Curieových 7, CZ - 116 40 Praha 1

Dr. Joachim Bahlcke
Historisches Seminar der Universität Leipzig
Burgstraße 21, D - 04109 Leipzig

Doc. PhDr. Lenka Bobková, CSc.
Historický ústav Akademie věd ČR
Prosecká 76, CZ - 190 00 Praha 9

Dr. hab. Janusz Dorobisz
Instytut Historii, Uniwersytet Opolski
ul. Oleska 48, PL - 45-052 Opole

Prof. Dr. Winfried Eberhard
Geisteswissenschaftliches Zentrum Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas
Luppenstraße 1 B, D - 04177 Leipzig

Mgr. Dalibor Janiš, Ph.D.
Historický ústav Akademie věd ČR
Veveří 97, CZ - 602 00 Brno

Prof. zw. dr. hab. Włodzimierz Kaczorowski
Instytut Historii, Uniwersytet Opolski,
ul. Oleska 48, PL - 45-052 Opole

JUDr. Marta Kadlecová, CSc.
Katedra dějin státu a práva, Právnická fakulta Masarykovy univerzity
Veveří 70, CZ - 611 80 Brno

Prof. DDr. Herbert Kalb
Institut für Kirchenrecht, Rechtswissenschaftliche Fakultät
Johannes Kepler Universität Linz
Altenbergerstrasse 69, A - 4040 Linz-Auhof

Prof. JUDr. Jozef Klimko, DrSc.
Katedra právních dějin, Právnická fakulta Univerzity Komenského
Šafárikovo nám. 6, SK - 818 05 Bratislava

Prof. zw. dr. hab. Marcelli Kosman
Instytut Nauk Politycznych i Dziennikarstwa
Uniwersytet Adama Mickiewicza w Poznaniu
ul. Szamarzewskiego 89, PL - 60-569 Poznań

PhDr. Petr Kreuz, Dr.
Ústav právních dějin, Právnická fakulta Univerzity Karlovy
nám. Curieových 7, CZ - 116 40 Praha 1

Prof. Dr. Gerhard Lingelbach
Rechtswissenschaftliche Fakultät, Friedrich-Schiller-Universität Jena
Carl-Zeiß-Straße 3, D - 07743 Jena

Prof. Dr.h.c. JUDr. Karel Malý, DrSc.
Ústav právních dějin, Právnická fakulta Univerzity Karlovy
nám. Curieových 7, CZ - 116 40 Praha 1

PhDr. Ing. Ivan Martinovský
Rabštejnská 22, CZ - 323 32 Plzeň

Prof. zw. dr. hab. Kazimierz Orzechowski
Instytut Historii Państwa i Prawa, Uniwersytet Wrocławski
ul. Kuźnicza 46/47, PL - 50-138 Wrocław

Prof. Dr.h.c. PhDr. Jaroslav Pánek, DrSc.
Historický ústav Akademie věd ČR
Prosecká 76, CZ - 190 00 Praha 9

Prof. zw. dr. hab. Jan Sereďyka
Katedra Historii Parlamentaryzmu
Instytut Historii, Uniwersytet Opolski
ul. Oleska 48, PL - 45-052 Opole

Prof. Dr. Hans Schlosser
Lehrstuhl für Bürgerliches Recht und Rechtsgeschichte, Universität Augsburg
Universitätsstrasse 24, D - 86159 Augsburg

Doc. JUDr. Ladislav Soukup, CSc.
Katedra právních dějin, Právnická fakulta Univerzity Karlovy
nám. Curieových 7, CZ - 116 40 Praha 1

Prof. PhDr. František Šmahel, DrSc.
Historický ústav Akademie věd ČR
Prosecká 76, CZ - 190 00 Praha 9

Prof. PhDr. Josef Válka, CSc.
Historický ústav, Filozofická fakulta Masarykovy univerzity
Arne Nováka 1, CZ - 660 88 Brno

VLADISLAVSKÉ ZŘÍZENÍ ZEMSKÉ A POČÁTKY ÚSTAVNÍHO
ZŘÍZENÍ V ČESKÝCH ZEMÍCH (1500-1619)

Die Wladislawische Landesordnung und die Anfänge der verfassungsmäßigen

Ordnung in den böhmischen Ländern (1500-1619)

*Władysławska ustawa krajowa i początki systemu konstytucyjnego
na ziemiach czeskich (1500-1619)*



OBSAH - INHALT - SPIS TREŚCI

I.

SPOLEČNOST A PRÁVO V ČESKÝCH ZEMÍCH MEZI
VLADISLAVSKÝM ZŘÍZENÍM A ČESKOU KONFEDERACÍ

*Gesellschaft und Recht in den böhmischen Ländern zwischen
Wladislawischer Landesordnung und Böhmischer Konföderation*

*Spoleczeństwo i prawo w ziemiach czeskich pomiędzy
rozporządzeniem Władysława II i Konfederacją Czeską*

Jaroslav PÁNEK (Praha)	13
Český stát a stavovská společnost na prahu novověku ve světle zemských zřízení <i>Der böhmische Staat und die Ständegesellschaft an der Schwelle zur Neuzeit im Lichte der Landesordnungen</i> <i>Państwo czeskie i społeczeństwo stanowe na progu nowożytności w świetle ustaw krajowych</i>	
Karel MALÝ (Praha)	55
Právní kultura v českém stavovském státě <i>Die Rechtskultur im böhmischen Ständestaat</i> <i>Kultura prawna w czeskim państwie stanowym</i>	

II.

ZEMSKÁ ZŘÍZENÍ V ZEMÍCH ČESKÉ KORUNY NA POČÁTKU NOVOVĚKU

*Die Landesordnungen in den Ländern der Böhmischen Krone
zu Beginn der Neuzeit*

Ustrój ziem Korony Czeskiej na początku czasów nowożytnych

- František ŠMAHEL (Praha)71
Nástin proměn stavovské skladby Českého království od konce 14.
do počátku 16. století
*Die Veränderungen in der Ständestruktur des Königreichs Böhmen vom Ende
des 14. bis zum Beginn des 16. Jahrhunderts*
*Zarys przemian struktury stanów Królestwa Czech od końca XIV do początku
XVI wieku*
- Ivan MARTINOVSKÝ (Plzeň)85
Vznik a počátky Vladislavského zemského zřízení
Entstehung und Anfänge der Wladislawschen Landesordnung
Powstanie i początki Władysławowskiej ustawy krajowej
- Karolina ADAMOVÁ (Praha)101
Obecné dobré a idea spravedlnosti v českých zemských zřízeních doby
přebělohorské (se zaměřením na 16. století)
*Das Allgemeinwohl und die Idee der Gerechtigkeit in den böhmischen
Landesordnungen der Zeit vor 1620 (unter besonderer Berücksichtigung
des 16. Jahrhunderts)*
*Dobro ogólne i idea sprawiedliwości w czeskich ustawach krajowych w okresie
przed bitwą pod Białą Górą (ze szczególnym uwzględnieniem XVI wieku)*
- Dalibor JANIŠ (Brno)113
Ústavní základy moravského zemského práva na počátku novověku
Verfassungsmäßige Grundlagen des mährischen Landrechts in der frühen Neuzeit
*Konstytucyjne podstawy morawskiego prawa krajowego na początku
okresu nowożytności*
- Joachim BAHLCKE (Leipzig)137
Die Landesordnung in Schlesien im 16. und frühen 17. Jahrhundert.
Zum Verhältnis von Gesetzgebung und Staatsentwicklung im Osten
des ständischen Europa
*Zemské zřízení ve Slezsku v 16. a na počátku 17. století. K poměru zákonodárství
a státního vývoje na východě stavovské Evropy*
*Ustawa krajowa na Śląsku w XVI i na początku XVII wieku. Stosunek
ustawodawstwa i rozwoju politycznego na wschodzie Europy stanowej*

- Kazimierz ORZECZOWSKI (Wrocław) 153
Rola przywileju króla Władysława z 1498 r. w dziejach śląskiego stanowego
parlamentaryzmu
*Úloha privilegia krále Vladislava II. z roku 1498 v dějinách slezského stavovského
parlamentarismu*
*Der Einfluß des Privilegs von 1498 auf die Entwicklung der schlesischen
Ständeversammlungen*
- Lenka BOBKOVÁ (Praha) 165
Zemská zřízení a zemské stavy v Horní a Dolní Lužici v 16. století
*Die Landesordnungen und die Landstände in der Ober- und Niederlausitz im
16. Jahrhundert*
Ustawy krajowe i stany krajowe na Łużycach Górnych i Dolnych w XVI wieku
- Josef VÁLKA (Brno) 193
Konfederace z roku 1619 ve vývoji teritoriální a náboženské struktury České
koruny
*Die Konföderation aus dem Jahre 1619 in der Entwicklung der territorialen und
konfessionellen Struktur der Böhmischen Krone*
*Konfederacja z 1619 roku w rozwoju terytorialnej i religijnej struktury Korony
Czeskiej*

III.

ZÁKLADY ÚSTAVNÍHO ZŘÍZENÍ V ČESKÝCH ZEMÍCH PŘEBĚLOHORSKÉ DOBY

*Die Grundlagen der verfassungsmäßigen Ordnung
in den böhmischen Ländern in der Zeit vor 1620*
*Aspekty systemu konstytucyjnego w ziemiach czeskich okresu
przed Białą Górą*

- Karel MALÝ (Praha) 207
Ochrana vlastnictví ve Vladislavském zřízení zemském
Der Schutz des Eigentums in der Wladislawschen Landesordnung
Ochrona własności we Władysławowskiej ustawie krajowej
- Marta KADLECOVÁ (Brno) 217
Proces v zemských zřízeních v 16. a na počátku 17. století
Der Prozeß in den Landesordnungen im 16. und zu Beginn des 17. Jahrhunderts
Proces w ustawach krajowych w XVI i na początku XVII wieku

Ladislav SOUKUP (Praha)	239
Poddaní a jejich právní postavení v zemských zřízeních doby předbělohorské v Čechách	
<i>Die Leibeigenen und ihre Rechtsstellung in den böhmischen Landesordnungen in der Periode vor der Schlacht am Weißen Berg</i>	
<i>Poddani i ich sytuacja prawna w ustawach krajowych w okresie przed bitwą pod Białą Górą</i>	
Winfried EBERHARD (Leipzig)	249
Zur Religionsproblematik in der böhmischen Landesverfassung der Reformationsepoche	
<i>Náboženská politika v českých zemských zřízeních období reformace</i>	
<i>Polityka religijna w czeskich ustawach krajowych w okresie reformacji</i>	
Petr KREUZ (Praha)	267
Edice zemských zřízení a ústavně historických pramenů k dějinám českých zemí v raném novověku (1500-1619)	
<i>Die Editionen der Landesordnungen und die verfassungsrechtlich-historischen Quellen zur Geschichte der böhmischen Länder in der frühen Neuzeit (1500-1619)</i>	
<i>Edycje ustaw krajowych i źródeł konstytucyjno-historycznych dotyczące dziejów ziem czeskich we wczesnym okresie nowożytności (1500-1619)</i>	

IV.

PROBLÉMY RANĚ NOVOVĚKÉHO ÚSTAVNÍHO ZŘÍZENÍ STŘEDOEVROPSKÝCH ZEMÍ VE SROVNÁVACÍ PERSPEKTIVĚ

Die Probleme der frühneuzeitlichen Landesverfassung in den mitteleuropäischen Ländern in der vergleichenden Perspektive
Problemy wczesno-nowożytnych systemów konstytucyjnych w środkowej Europie w perspektywie porównawczej

Hans SCHLOSSER (Augsburg)	293
Die Landesordnungen in Bayern im 16. und 17. Jahrhundert	
<i>Zemská zřízení v Bavorsku v 16. a 17. století</i>	
<i>Ustawy krajowe w Bawarii w XVI i XVII wieku</i>	

Gerhard LINGELBACH (Jena)	309
Landesordnungen in Sachsen und die Rechtsreformen im 16. und 17. Jahrhundert - dargestellt am Beispiel der Entstehung der „Kursächsischen Konstitutionen“	
<i>Zemské zřízení v Sasku a státní reformy v 16. a 17. století - na příkladě vzniku „Konstitucí Saského kurfiřtství“</i>	
<i>Ustawy krajowe w Saksonii i reformy państwowe w XVI i XVII wieku - na przykładzie powstania „Konstytucji Elektoratu Saksonii“</i>	
Herbert KALB (Linz)	333
Aspekte der Verfassungsstruktur in den österreichischen Erbländern im 16. und 17. Jahrhundert (Österreich ob der Enns)	
<i>Podoba ústavní struktury v rakouských dědičných zemích v 16. a 17. století (Horní Rakousy)</i>	
<i>Postać struktury konstytucyjnej w austriackich krajach dziedzicznych w XVI i w XVII wieku (Górna Austria)</i>	
Włodzimierz KACZOROWSKI (Opole) – Jan SEREDYKA (Opole)	347
Polskie konstytucje sejmowe od końca XV do połowy XVII wieku	
<i>Polské sněmovní konstituce od konce 16. do poloviny 17. století</i>	
<i>Die Konstitutionen des polnischen Reichstages [Sejms] vom Ende des 15. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts</i>	
Marceli KOSMAN (Poznań)	361
Ewolucja ustrojowa i początki konstytucjonalizmu w Wielkim Księstwie Litewskim na tle prawodawstwa Polski i Europy środkowej (XVI - połowa XVII wieku)	
<i>Ústavní vývoj a počátky konstitucionalismu ve Velikém knížectví litevském na pozadí zákonodárné činnosti v Polsku a ve střední Evropě (od 16. do poloviny 17. století)</i>	
<i>Die verfassungsmäßige Entwicklung und die Anfänge des Konstitutionalismus im Großfürstentum Litauen vor dem Hintergrund der legislativen Tätigkeit in Polen und in Mitteleuropa (vom 16. bis zur Mitte des 17. Jahrhunderts)</i>	
Janusz DOROBISZ (Opole)	377
Prawo a praktyka konstytucyjna za pierwszych Wazów (1587-1648)	
<i>Právo a ústavní praxe za vlády prvních králů z dynastie Vasovců</i>	
<i>Recht und Praxis des Grundgesetzes während der Herrschaft der ersten Könige aus der Wasadynastie</i>	
Jozef KLIMKO (Bratislava)	385
Tripartitum – stabilizující prvok uhorskej feudálnej spoločnosti	
<i>Tripartitum – ein stabilisierendes Element der ungarischen Feudalgesellschaft</i>	
<i>Tripartitum – element stabilizujący węgierskie społeczeństwo feudalne</i>	

Dalibor JANIŠ (Brno)	391
Verböczyho Tripartitum a základy ústavního zřízení Uherského království (Nástin)	
<i>Verböczy's Tripartitum und die Grundlagen der verfassungsmäßigen Ordnung des Königreichs Ungarn (Abriß)</i>	
<i>Tripartitum Verböczego i podstawy ustawodawstwa Królestwa Węgierskiego (Zarys)</i>	

V.

ZÁVĚRY
Schlußfolgerungen
Zakończenie

Jaroslav PÁNEK (Praha)	
Zemská zřízení v kontextu ústavních proměn ve střední Evropě v 16. a na počátku 17. století.....	403
<i>Die Landesordnungen im Kontext der verfassungsrechtlichen Veränderungen in Mitteleuropa im 16. und zu Beginn des 17. Jahrhunderts</i>	415
<i>Ustawy krajowe w kontekście zmian konstytucyjnych w Europie Środkowej w XVI i na początku XVII wieku</i>	429

SEZNAM ZKRATEK – ABKÜRZUNGEN – SKROTY	443
---	-----

VYOBRAZENÍ – ABBILDUNGEN – ILUSTRACJE.....	445
--	-----

SEZNAM AUTORŮ – AUTORENVERZEICHNISS – SPIS AUTORÓW	449
--	-----





VLADISLAVSKÉ ZŘÍZENÍ ZEMSKÉ
A POČÁTKY ÚSTAVNÍHO ZŘÍZENÍ V ČESKÝCH ZEMÍCH
(1500-1619)

Sborník příspěvků z mezinárodní konference konané ve dnech
7. - 8. prosince 2000 v Praze

Uspořádali Karel Malý a Jaroslav Pánek

Redakčně připravil Dalibor Janiš

Překlady do polštiny Elżbieta Baron, do němčiny Thomas Krzenck

Übersetzungen ins Polnische Elżbieta Baron, ins Deutsche Thomas Krzenck

Tłumaczenie na język polski Elżbieta Baron, na język niemiecki Thomas Krzenck

Vydaly Historický ústav Akademie věd České republiky a Ústav právních dějin
Právnické fakulty Univerzity Karlovy

Praha 2001

460 s.

ISBN 80 - 7286 - 035 - 6